

99. Sitzung

am Donnerstag, dem 20. Februar 1986, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches 6120, 6138, 6143, 6144, 6157,
6167, 6181, 6182

Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Rothemund, Hiersemann, Christa Meier u. a. u. Frakt. betr. **13. Jahrgangsstufe an Gymnasien** (Drs. 10/8942)

Beschlußempfehlungen des Kulturpolitischen und des Bundesangelegenheitenausschusses (Drs. 10/8981, 10/9252)

Engelhardt Karl-Theodor (SPD),
Berichterstatter 6120
Engelhardt Karl-Theodor (SPD) 6120, 6123,
6124, 6126
Staatsminister Dr. Maier 6121, 6122, 6126
Klasen (SPD) 6121
Frau Meier Christa (SPD) 6122
Dr. Goppel (CSU) 6124, 6125
Kurz (SPD) 6125

Beschluß 6127

Antrag des Abg. Kolo u. a. betr. **Dioxin-Emissionen aus Müllverbrennungsanlagen** (Drs. 10/5987)

Beschlußempfehlungen des Landesentwicklungs-, des Wirtschafts-, des Sozialpolitischen und des Haushaltsausschusses (Drs. 10/7534, 10/7905, 10/8094, 10/9207)

Kolo (SPD), Berichterstatter 6127
Kolo (SPD) 6127, 6131
Kling (CSU) 6129, 6130, 6133
Frau Meier Christa (SPD) 6130

Beschluß 6135

Dringlichkeitsantrag der Abg. Tandler, Dr. Wilhelm, Diethel, Dr. Biebl, Feneberg, Alois Glück, Manfred Hölzl, Spitzner, Zenz u. Frakt. CSU betr. **Entschlebung über einen wirksamen Tierschutz** (Drs. 10/9322)

Beschluß 6135

Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Rothemund, Kolo u. Frakt. SPD betr. **Novellierung Tierschutzgesetz** (Drs. 10/9325)

Beschluß 6135

Dringlichkeitsantrag der Abg. Tandler, Diethel, Dr. Beckstein, Beck, Daum, Falk, Gastinger, Manfred Hölzl, Erwin Huber, Humbs, Lukas, Ponnath, Vollkommer, Zeitler u. Frakt. CSU betr. **Bericht des Herrn Staatsministers des Innern zu Vorgängen auf dem WAA-Gelände** (Drs. 10/9323)

Diethel (CSU) 6135, 6141
Dr. Rothemund (SPD), zur
Geschäftsordnung 6138
Tandler (CSU) 6139, 6140, 6144, 6164, 6175,
6176, 6179
Hiersemann (SPD) 6139, 6167, 6169, 6177, 6182
Dr. Fischer (CSU) 6141
Dr. Rothemund (SPD) 6143, 6182
Staatsminister Dr. Hillermeier 6144, 6173
Frau Meier Christa (SPD) 6148, 6157, 6167
Humbs (CSU) 6150
Wirth (SPD) 6153, 6165
Hölzl Manfred (CSU) 6155
Schmolcke (SPD) 6156
Staatsminister Lang 6157, 6169, 6181
Kolo (SPD) 6158, 6166, 6179, 6180
Kling (CSU) 6160
Huber Erwin (CSU) 6161
Dr. Matschl (CSU) 6162
Dr. Gantzer (SPD) 6164
Staatssekretär Dr. Fischer 6166
Gastinger (CSU) 6168
Staatssekretär Dr. Frhr. von Waldenfels 6171
Glück Alois (CSU) 6179, 6180, 6181

- Unterbrechung -

Dr. Rothemund (SPD) 6182, 6183, 6190
Tandler (CSU) 6184, 6189
Hiersemann (SPD) 6189

Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Rothemund, Hiersemann, Christa Meier u. Frakt. SPD betr. **Grundwasserschäden im Bereich der RMD-AG der Staustufe Geisling donauaufwärts** (Drs. 10/9324)

Beschluß	6192
Dr. Rothemund (SPD), zur Geschäftsordnung	6192
Dringlichkeitsantrag der Abg. Tandler, Leeb, Wünsche, Dr. Schosser u. Frakt. CSU betr. Än- derung der Römischen Verträge (Drs. 10/9361)	
Leeb (CSU)	6192
Feststellung der Beschlußunfähigkeit	6193
– Unterbrechung –	
Schluß der Sitzung	6193

Beginn der Sitzung: 09 Uhr 02 Minuten

Zweiter Vizepräsident Lechner: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 99. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks sowie das ZDF haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie sind damit einverstanden.

Wir kämen jetzt eigentlich zu Tagesordnungspunkt 64, doch bittet der Herr Kultusminister darum, daß Tagesordnungspunkt 92 vorgezogen wird, weil er zu einer anderen Tagung muß. Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe auf P u n k t 92 der Tagesordnung:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Rothemund, Hlrsemann, Christa Meier und anderer und Fraktion betreffend 13. Jahrgangsstufe an Gymnasien (Drucksache 10/8942)

Über die Beratungen im Ausschuß für kulturpolitische Fragen (Drucksache 10/8981) berichtet der Kollege Karl-Theodor Engelhardt.

Engelhardt Karl-Theodor (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem aufgerufenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion befaßte sich der Kulturpolitische Ausschuß in seiner 104. Sitzung am 22. Januar 1986. Berichterstatter war ich, Mitberichterstatter der Kollege Eykmann.

Als Berichterstatter stellte ich das Anliegen des Antrags heraus, trotz der Verlängerung der Wehrpflicht die zweite Kursphase der 13. Jahrgangsstufe der Kollegstufe des Gymnasiums in ihrer bisherigen Dauer beizubehalten und nicht zu verkürzen. Überhaupt dürfe durch die Verlängerung der Wehrpflicht eine Verkürzung der Schulzeit nicht in Frage kommen. Es seien Lösungen anzustreben, die nicht auf Kosten der Schule gehen.

An diesem Antrag entzündete sich eine Diskussion. Während vor allem von der CSU durch Kollegen Eykmann – auch der Herr Staatsminister Hans Maier

der anwesend war, griff in die Diskussion ein – betont wurde, daß man einen Kompromiß finden müsse, weil man um eine Verkürzung der Schulzeit bei den entsprechenden Verhandlungen mit den Hochschulen nicht herumkomme, standen wir auf dem Standpunkt – wobei auch Frau Kollegin Meier, Kollege Kurz, Kollege von Truchseß und Kollege Schmolcke in die Debatte eingriffen –, daß um jeden Preis vermieden werden müsse, die Schulzeit zu verkürzen.

Nach längerer Diskussion wurde der Dringlichkeitsantrag der SPD von der Mehrheit der CSU abgelehnt. Ich bitte das Hohe Haus um Entscheidung.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Danke schön, Herr Kollege. Wir kommen gleich zur Aussprache. Sie haben wiederum das Wort.

Engelhardt Karl-Theodor (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Schulzeit auf keinen Fall verkürzt werden darf und daß die Verlängerung der Wehrpflicht auf andere Weise geregelt werden muß, um den jungen Menschen eine Verlängerung der beruflichen Ausbildungszeit zu ersparen.

Erstens. Hier steht nicht die Verlängerung der Wehrpflicht zur Debatte; dafür sind wir in diesem Hause nicht zuständig, wohl aber eine Güterabwägung. Ich bin der Meinung, wenn Bildung, Kultur und alles, was damit zusammenhängt, schon zu den verteidigungswerten Gütern gehören, dann wäre es geradezu widersinnig, dort einzuschränken, wo diese Güter beginnen. Wenn ich also herginge und sagte, um die Wehrpflicht zu verlängern, muß ich die Schulzeit verkürzen, wäre das widersinnig. Ich bin der Meinung, daß Verlängerung der Schulzeit überhaupt nicht zur Debatte stehen dürfte.

Zweitens. Man klagt allgemein, daß der Stoff an den Gymnasien so umfangreich sei, gerade in der 13. Klasse in der Kollegstufe. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Stoffpläne reduziert gehörten, da sie sehr viel Ballast enthalten. Das ist bisher nie gelungen. Wenn ich nun die Schulzeit zusammendränge; wird keineswegs das Ganze erleichtert; man wird den Stoff in kürzerer Zeit bewältigen müssen, und das geht auf Kosten unserer Schüler, das geht auch auf Kosten der so oft beklagten Studierfähigkeit. Oftmals hört man von seiten der Universität, daß unsere Abiturienten nicht studierfähig seien. Man hört aus der Bevölkerung allgemein, daß unsere jungen Leute zu wenig Allgemeinbildung besäßen. Und hier soll von der Schule, von der Bildung, die nach Meinung vieler Leute nicht ausreichend ist, etwas abgezogen werden, indem man die Schulzeit verkürzt!

Ein weiteres ist zu sagen. In einer Zeit, in der gerade von Ihrer Seite die Leistung so sehr betont wird, in einer Zeit, in der Leistung in einer Weise bewertet wird, daß Noten auf Zehntel und Hundertstel ausgerechnet werden, dürfte es nicht dazu kommen, daß man den Schülern erschwerte Bedingungen auferlegt und zugleich die Leistung, die für das Leben entscheidend ist, trotzdem verlangt.

(Engelhardt Karl-Theodor [SPD])

Wir sind deshalb der Meinung, daß es falsch wäre, an der Schulzeit einzusparen und zusammenzuklittern. Es wäre paradox, es wäre schlecht, die Schulzeit zu verkürzen. Wir meinen daß sich die Mehrheit dem anschließen sollte. Das andere ist eine Frage der Ausführung. Die Hochschule könnte genauso entgegenkommen. Warum soll es auf Kosten der Schule gehen?

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Das Wort erteile ich dem Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus.

Staatsminister Dr. Maier: Herr Präsident, Hohes Haus! In einem Punkt bin ich mit meinem Vorredner völlig einig: Es darf nicht auf Kosten der Schule gehen. Aber Schule, Hochschule und Bundeswehr müssen sich arrangieren, denn wir alle rechnen damit, daß die Verlängerung der Wehrpflicht um drei Monate Gesetz wird. Was tun wir dann?

Ich darf das Problem kurz darstellen:

Die jetzigen Einberufungstermine sind so beschaffen, daß jemand, der mit einem Studium anfängt, das Wintersemester des folgenden Jahres nach Ableistung der Wehrpflicht erreicht. Die Einberufungstermine sind 01. 01., 01. 04., 01. 07. und 01. 10, wobei die meisten Abiturienten zum 01. 07. einberufen werden. Sie erreichen dann, eine fünfzehnmonatige Wehrpflicht vorausgesetzt, genau den 01. 10. des folgenden Jahres, können also im Wintersemester ein Studium beginnen. In Klammern sei bemerkt, daß die meisten Studiengänge, vor allem in den medizinischen und technisch-naturwissenschaftlichen Fächern, ohnehin nur im Wintersemester beginnen.

Was wird jetzt künftig geschehen, wenn die Dienstzeit statt 15 Monate 18 Monate beträgt?

Dann kommt der am 01. 07. einberufene Student unwiderruflich in den Dezember oder Januar des Wintersemesters; das Wintersemester fällt weg, und dort, wo er nicht im Sommersemester beginnen kann, muß er ein volles Jahr warten. Er verliert ein Jahr. Das kann nicht im Sinne des Erfinders sein, und deswegen müssen Bundeswehr, Hochschule und Schule einen Kompromiß finden.

Auch die SPD möchte, wenn ich der Formulierung Ihres Antrages folge, eine unnötige Verzögerung bei der Studienaufnahme vermeiden. Sie sagt allerdings, daß die Kollegstufe überhaupt nicht gekürzt werden darf, und das ist schlicht widersprüchlich, der Anspruch ist uneinlösbar. Warum? Sie verraten nicht, wie Sie das machen wollen. Eine um drei Monate verlängerte Wehrdienstzeit de facto anerkennen, wie bisher einen reibungslosen Übergang zum Studium gleichfalls schaffen, aber die Schulzeit nicht verkürzen, ist logisch vollkommen unmöglich, denn etwas muß ja geschehen. Wenn wir alles lassen wie bisher, kommt der erwähnte Student eben in den Januar des

folgenden Jahres, mitten in das Wintersemester, und ein ganzes Jahr geht ihm verloren.

Das ist der Grundwiderspruch dieses SPD-Antrags, auf den ich schon im Kulturpolitischen Ausschuß hingewiesen habe.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Klases?

Klases (SPD): Herr Staatsminister! Nachdem Sie sich solche Gedanken bezüglich der Wehrdienstleistenden und zum Studienbeginn gemacht haben, frage ich Sie, ob Sie sich über Ersatzdienstleistende oder Lehrlinge ähnliche Gedanken gemacht haben?

Staatsminister Dr. Maier: Für die Ersatzdienstleistenden gilt ja das gleiche; da muß man nur künftig 24 Monate rechnen. Auch da muß etwas in der Schule geschehen, damit keine überlangen Wartezeiten entstehen. Das ist vice versa das gleiche Problem.

Meine Damen und Herren! Der Lösungsvorschlag, den wir schon gemeinsam mit den unionsregierten Ländern und mit dem Bundesverteidigungsminister besprochen haben und den wir auch mit den SPD-regierten Ländern besprechen werden, geht äußerst schonend vor und verkürzt die Schulzeit nur um das unumgängliche Maß, nämlich um einen Monat.

Ich füge hinzu, daß diese Verkürzung um einen Monat aufgefangen werden kann. Dabei muß nicht der Unterricht verkürzt, sondern der Prüfungsvorgang des Abiturs etwas stärker zusammengedrückt werden. In Klammern sei bemerkt, daß der Prüfungsvorgang heute ja volle sieben Wochen beträgt. Mir will es nicht einleuchten, daß man das nicht auch in kürzerer Zeit machen kann.

(Abg. Kurz: Das ist doch praxisfern, was Sie da sagen!)

Meine Damen und Herren! Wir haben folgendes vereinbart, und ich schlage deswegen auch folgendes vor:

Die Bundeswehr ist bereit, ihre Einberufungszeit um einen Monat zurückzunehmen; es gelten also künftig nicht die von mir genannten bisherigen Daten, sondern die Daten 01. 12., 01. 03., 01. 06., 01. 09. Damit ist schon einmal ein Monat von den dreien gewonnen. Ein zweiter Monat kann gewonnen werden, wenn alle Hochschulen, wie das in Bayern bereits der Fall ist, am 1. November beginnen.

(Abg. Kurz: So kann man nur reden, wenn man keine Ahnung hat!)

In Bayern haben wir also keine Probleme, weil unsere Hochschulen und Universitäten am 01. 11. beginnen. Der dritte Monat, der noch aussteht, kann mit sog. Bordmitteln bewältigt werden; das heißt, jeder Bataillonskommandeur kann diese vier Wochen auf den Jahresurlaub anrechnen. Die Bundeswehr ist bereit, dieses Verfahren bei Abiturienten zu generalisieren.

(Abg. Kurz: Keine 15 Prozent der Abiturienten müssen zur Bundeswehr, was reden Sie denn!)

(Staatsminister Dr. Maier)

Damit sind diese drei Monate eingebracht, und wir haben die Möglichkeit, daß der Student wie bisher im Wintersemester des folgenden Jahres beginnt, auch wenn die Wehrpflicht drei Monate länger dauert.

Ich bin überzeugt, daß sich dieser Kompromiß auch in den SPD-regierten Ländern durchsetzen wird, denn die können die Abiturienten nicht ein Jahr warten lassen, während sie in den unionsregierten Ländern das kommende Wintersemester erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Daher ist dieser Kompromiß vernünftig, und ich wiederhole, er geht auch nicht auf Kosten der Schule,

(Abg. Kurz: Ach wo!)

denn damit werden nicht Unterrichtsvorgänge verkürzt und zusammengedrängt, sondern allein die Prüfungsvorgänge.

(Abg. Kurz: So redet der Kultusminister!)

Ich bitte daher, den Dringlichkeitsantrag, der auch in sich völlig widersprüchlich und unlogisch ist, abzulehnen.

(Beifall bei der CSU – Abg. Kurz: Unglaublich, so redet der Kultusminister!)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Nächste Wortmeldung Frau Kollegin Meier. Sie haben das Wort, Frau Kollegin!

Frau Meier Christa (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich gleich an den letzten Satz des Herrn Ministers anknüpfen. Von wegen unlogisch! Unlogisch ist meines Erachtens, daß die Union, obwohl es ja vorwiegend von ihr ausgeht, einerseits über die schlechte Allgemeinbildung, über die mangelnde Studierfähigkeit unserer jungen Leute jammert, andererseits aber sofort, wenn die Bundeswehr ruft, die Schulzeit verkürzt. Dann interessiert die Allgemeinbildung nicht mehr, dann interessiert die Kollegstufe nicht mehr, dann wird das einfach getan.

Sie vergessen bei der ganzen Debatte auch, daß Sie eine Verkürzung der Schulzeit allen Abiturienten und Abiturientinnen verpassen, nur höchstens aber 15 Prozent von der Bundeswehr betroffen sind. Die anderen 85 Prozent müssen diese Verkürzung der Schulzeit, das Zusammendrängen des Prüfungsvorgangs hinnehmen.

(Abg. Ritter: Haben Sie eine andere Lösung?)

Wenn Sie sagen, daß sich die Prüfungen sieben Wochen hinziehen, dann mag das sein. Aber sieben Wochen Prüfungszeitraum mit ihren Anforderungen, mit der verkürzten Ausbildung, mit der verkürzten Schulzeit, die ja vorausgeht, geht einfach nicht! Denken Sie daran, daß im Februar die Zeugnisse kommen und daß dann vielleicht noch vier Wochen zur Verfügung

stehen, bis die Abiturprüfungen beginnen, dann kommen schon die Pfingstferien, die sich einmal nach vorne und einmal nach hinten verschieben, dies alles belastet die jungen Leute.

Sie fragen: Wer soll sich denn sonst bewegen? Ich antworte Ihnen: einmal die Bundeswehr, zum zweiten die Universitäten. Sie sagen uns, die Universitäten wollen ihren Studienbeginn alle auf den 01. November legen. Was ist aber mit den Fachhochschulen? Sie haben immer noch den 01. Oktober als Studienbeginn. Darum kümmert sich keiner.

(Abg. Möslein: Doch!)

Was ist mit den Auszubildenden? Nach ihnen fragt auch keiner. Was ist mit den Zivildienstleistenden, die auch schon bisher ein Grundrecht wahrgenommen haben? Keiner hat sich bisher darum gekümmert, wie sie mit Ihrem Studienanfang zurechtkommen.

Ich frage Sie: Kann sich nicht einmal die Universität überlegen, ob man zum Beispiel nicht auch auf Trimester ausweichen könnte? Es gäbe noch genug Verhandlungsspielraum, aber man geht den einfachsten Weg, nämlich über die Schule, auf deren Kosten die Änderung vorgenommen wird.

Wir halten das für falsch, besonders wenn ich, um zum Ausgangspunkt meiner Ausführungen zurückzukommen, Ihr Gerede von der abnehmenden Allgemeinbildung und der mangelnden Studierfähigkeit dazu in Beziehung setze. Wie Sie das alles unter einen Hut bringen und dabei das so „bewährte“ Gymnasium in seiner vorhandenen Form und Güte, die Sie in Bayern immer wieder hervorheben, erhalten wollen, müssen Sie uns erst erklären.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Nochmals der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus, bitte!

Staatsminister Dr. Maier: Meine Damen und Herren von der SPD! Denken Sie doch bitte einmal Ihren Antrag genau durch. Sie sagen es zwar nicht offen, aber de facto erkennen Sie es an: Die Verlängerung der Wehrpflicht wird kommen; Sie rechnen damit. Gleichgültig, wie man dazu steht, sie wird auf jeden Fall kommen.

(Abg. Fendt: Obwohl Sie es nicht mögen!)

– Ja, da gab es durchaus verschiedene Meinungen innerhalb der SPD. Die einen waren heftig dagegen, aber die anderen sagten, gut, wir rechnen damit, das wird also Gesetz werden. Aber das ist nicht unsere Zuständigkeit. Ich kann mich da Herrn Engelhardt anschließen.

Die Schulverwaltung aber und die für die Schule zuständigen Parlamente müssen natürlich auf diese bevorstehende Veränderung reagieren. Bisher waren der Einzugstermin und der Beginn des Wintersemesters aufeinander abgestimmt, aber das ändert sich in dem Augenblick, wo statt 15 nun 18 Monate Wehrdienst anstehen. Was soll man jetzt tun?

(Staatsminister Dr. Maier)

Sie sagen, die Schulzeit dürfe nicht verkürzt werden. Ja, meine Damen und Herren, dann ist doch die Folge, gesetzt der Wehrdienst dauert drei Monate länger, daß Sie den Betreffenden ein Jahr warten lassen. Die Konsequenz Ihres Antrages ist, daß der Abiturient ein Jahr länger bis zum Beginn seines Studiums warten muß, weil Sie bocksteif und ohne jede Kompromißbereitschaft sagen, die Schulzeit darf nicht verkürzt werden. Die Konsequenz ist, daß die Betreffenden, wenn es nach Ihnen geht, ein Jahr länger warten müssen, bis sie ein Studium aufnehmen können.

(Abg. Klasen: Das ist doch nicht wahr! –
Abg. Kurz: Eine völlig falsche Alternative! –
Abg. Klasen: Tun Sie halt etwas an der
Hochschule!)

– Aber selbstverständlich! Ich hätte Ihnen wirklich mehr logisches Denken zugetraut, meine Damen und Herren.

Die Konsequenz unseres Kompromisses aber ist, daß die betreffenden Abiturienten das Wintersemester erreichen können, und zwar ohne gravierende Schäden für die Schule. Natürlich muß sich die Schule schikken; sie muß umorganisieren. Ich betone noch einmal: Nicht die Unterrichtszeit wird dabei verkürzt; wohl aber muß die Prüfungszeit konzentriert werden.

Im übrigen bewegt sich die Bundeswehr. Sie ist ja bereit, diesen Kompromiß zu machen.

(Abg. Kurz: Die gibt aber keinen Monat her!)

Es ist auch recht schwierig für die Bundeswehr, wie uns die Organisationsreferenten gesagt haben, ihre Einzugstermine um einen Monat zurückzuverlagern. Aber sie tun das. Sie rechnen auch auf den Jahresurlaub an. Wenn dann die Hochschulen am 1. Januar beginnen, dann fehlen im Grunde nur noch vier Wochen, und diese wird man in Gottes Namen noch von der Prüfungszeit wegnehmen können.

(Abg. Maurer: Das meine ich auch!)

Das ist ein in sich stimmiges Verfahren, und ich prophezeie Ihnen: Es wird sich auch in den SPD-regierten Ländern durchsetzen, denn diese können es sich doch gar nicht leisten zu sagen: In Baden-Württemberg kann ein Abiturient nach dem neuen System in einem Jahr das Wintersemester erreichen, aber in Hamburg oder in Hessen nicht. Das können sie sich überhaupt nicht leisten. Daher prophezeie ich das gleiche; dieser Kompromiß wird sich in allen Ländern der Bundesrepublik durchsetzen. Sie täten gut daran, jetzt schon auf diese Linie einzuschwenken – im Interesse nicht nur der Wehrpflichtleistenden, sondern auch im Interesse der Schulen, die bei diesem System gewiß den wenigsten Schaden leiden.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Nochmals Herr Kollege Engelhardt. Sie haben das Wort, Herr Kollege!

(Abg. Kurz: Hau rein! Sag's ihm!)

Engelhardt Karl-Theodor (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich sehe nicht ein,

(Abg. Otto Meyer: Das macht doch nichts!)

daß die Schule nach der Pfeife der Bundeswehr tanzen soll. Wir sind nicht mehr in Zeiten von Preußens Gloria,

(Abg. Möslein: Das hat doch nichts mit
Preußens Gloria zu tun!)

und wir leben nicht mehr unter Diktaturen, die früher einfach Dinge festsetzten, nach denen sich alle anderen richten mußten.

(Lachen bei der CSU)

Das muß einmal ganz deutlich gesagt werden. Wenn es notwendig ist, die 18 Monate einzuführen, dann bitte nicht auf Kosten der Schule!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dann muß man Lösungen finden, die anderswo liegen,

(Abg. Möslein: Ihnen paßt aber überhaupt
nichts!)

die nicht auf Kosten der Schule gehen.

(Abg. Möslein: Hier geht es auf Kosten der
Abiturienten!)

Ich will Ihnen das aufzeigen.

(Abg. Hiersemann: Soll halt die Hochschule
etwas machen!)

Nur 15 Prozent aller Abiturienten studieren weiter und sind von dieser Regelung betroffen. Von den anderen spricht man gar nicht.

Nun kann die Hochschule ohne weiteres entweder durch eine Verkürzung des ersten Semesters oder aber durch eine Verlegung des Studienbeginns Möglichkeiten schaffen. Das ist nicht zu viel verlangt; das ginge.

Ich denke nur an die Ferienregelung an der Hochschule. Wir haben an der Hochschule die lange Freizeit von vier Monaten im Sommer. Die vorgeschlagene Lösung soll auf Kosten der Schule gehen, die Prüfungszeit soll zusammengedrängt werden, aber bei der Hochschule soll nichts laufen. Da verlegt man höchstens den Semesterbeginn vom 15. oder 1. Oktober auf den 1. November. An unseren Hochschulen in Bayern haben wir diese Regelung sowieso schon. Genauso gut könnten auch die Hochschulen etwas beweglicher reagieren.

Zum zweiten kann man auch bei der Bundeswehr durch entsprechende Regelung und Straffung des Dienstes sowie durch den Einsatz von Reservisten – das kann man verlangen – auf den Effekt kommen, der erzielt werden soll, aber eben ohne Verkürzung der Schulzeit.

Noch ein Weiteres! Man sagt so leichtfertig, dann wird eben die Prüfungszeit verkürzt; das sagt man so leichthin. Ich bitte aber zu überlegen, was es be-

(Engelhardt Karl-Theodor [SPD])

deutet, wenn ich die Prüfung auf wenige Tage zusammendränge. Das ist eine Belastung für den einzelnen; das ist sehr viel für den einzelnen, wenn man bedenkt, was davon abhängt. Heute ist es doch so, daß unter Umständen ein Zehntel oder ein Hundertstel schlechter oder besser entscheidend dafür ist, ob der Abiturient einen bestimmten Studiengang wählen kann. Aber da sagt man so leichtfertig, einfach die Prüfungszeit zusammendrängen, dann hat man die ganze Sache.

Ich darf zusammenfassen: Ich sehe nicht ein, daß die Sache auf Kosten der Schüler ausgetragen werden soll. Deshalb stehen wir zu unserem Antrag.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Dr. Goppel!

Dr. Goppel (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion über die „Schulzeitverkürzung“, wie das in der SPD gerne genannt wird, und gleichzeitig über die Verlängerung der Wehrpflicht ist natürlich eine Diskussion, die von den Sozialdemokraten aufgegriffen wird, weil man an diesem Umstand wieder einmal deutlich machen kann, daß man die Bundeswehr eigentlich

(Abg. Klasen: Ach, ja!)

nicht mehr so einordnet, wie es notwendig wäre.

(Beifall bei der CSU)

Es geht in diesem Hohen Hause nicht darum, eigene Vorgaben zu lösen und zu organisieren, sondern darum, einer Situation, die sich durch eine Veränderung der Rechtslage in Bonn ergeben hat, so Rechnung zu tragen, daß Gymnasiasten nicht benachteiligt werden.

Sie stellen es so dar, als ob die Schüler dafür Opfer bringen müßten, daß die Wehrpflicht länger dauert. Das ist doch nicht wahr! Tatsache ist, daß wir erreichen müssen, daß niemand deshalb, weil er drei Monate länger zur Bundeswehr soll, länger warten muß, bis er mit seinem Studium beginnen kann.

(Abg. Otto Meyer: So ist es!)

Alles andere in dieser Diskussion ist unsachlich, unrichtig und unfair, Kollege Engelhardt.

(Abg. Karl-Theodor Engelhardt: Eben nicht!

– Abg. Kurz: Das trifft auf Sie zu, aber nicht auf uns!)

So kann man Jugendliche nur falsch informieren. – Sie haben sich doch gemeldet; dann warten Sie halt so lange!

Die Tatsachen sind ganz realistisch und nüchtern:

Die Wehrpflicht soll um drei Monate verlängert werden, und unter dieser Vorgabe muß in den Schulen gestrafft werden, damit Schüler durch die Verlängerung der Wehrpflicht am Ende nicht ein Jahr oder ein halbes Jahr Studienzeit verlieren.

„Preußens Gloria“! Herr Kollege Engelhardt, viel Vergnügen! Ich will Ihnen einmal eines sagen: Hätte vor einem Jahr jemand in diesem Hause gesagt, daß es ja eigentlich ein Aberwitz ist, beim Abitur, das irgendwo zwischen Ostern und Pfingsten liegt und das vielleicht auch einmal acht Tage vorher sein könnte, so viel Zeit zu vertun, daß wir den künftigen Studierenden Gelegenheit einräumen wollen, vier Wochen länger bei der Post zu arbeiten, damit sie einen Tausender dazuverdienen, dann hätte ganz Deutschland jubelt, die Schüler vorweg: Dort oben sitzen welche! Sie hätten gesagt: 14 Tage mehr Ferien – prima, toll! Die Lehrer, die Philologen hätten gesagt: 14 Tage weniger Kollegstufe, die mir sowieso Schwierigkeiten macht – prima, nachdem wir sowieso mit dem Stoff fertig sind; dafür haben wir alle etwas übrig. Aber nur weil über die Verlängerung der Wehrzeit gesprochen wird, haben Sie die Gelegenheit, eine solche Polemik zu starten.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Engelhardt?

Dr. Goppel (CSU): Nach dem nächsten Satz. Dieser Argumentation können wir nicht folgen, Herr Kollege Engelhardt. Das ist ein schamloses Ausnutzen einer insgesamt geschürten Stimmungslage, die so in der Fortsetzung der Friedensdiskussion wieder einmal die Möglichkeit gibt, Schülern zu sagen, daß sie hier vereinnahmt werden sollen. Das ist aber nicht wahr.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Kollege Engelhardt, Ihre Frage bitte!

Engelhardt Karl-Theodor (SPD): Herr Kollege Goppel, wissen Sie eigentlich, daß die Prüfung an den Gymnasien bereits früher eben wegen der Bundeswehr, wegen der Einzugstermine der Bundeswehr vorverlegt wurde? Wissen Sie das eigentlich? Jetzt noch einmal – –

(Abg. Stein: Ja, was denn!)

Dr. Goppel (CSU): Herr Kollege Engelhardt, ich weiß sehr genau, daß die Schule schon ein paar Mal auf neue Bedingungen – nicht nur auf solche der Bundeswehr – reagiert hat. So hat die Neueinteilung der Kollegstufe neue Bedingungen gebracht. Da ging es schon mehrfach ein paar Wochen hin, ein paar Wochen her.

Jetzt will ich Ihnen einmal eines sagen: Es gibt ein Bundesland, das mit seinen Schulzeiten rotiert, nämlich Baden-Württemberg. Die gehen einmal als erstes Bundesland und einmal als letztes Bundesland in die Ferien. Wir rotieren aber nicht.

(Abg. Klasen: Sie rotieren ständig!)

Wir haben eine genaue Festlegung unserer Schulzeit. – Ja, Herr Kollege Klasen, daß Sie ständig rotieren, habe ich schon oft gemerkt. Das war ein toller Zwischenruf! Ich bin so froh, daß wenigstens Sie nicht zu

(Dr. Goppel [CSU])

denen gehören, die jedes Jahr im Parlament wechseln; es wäre langweilig, wenn wir Sie nicht mehr hätten. Ich finde es toll, daß Sie das Rotieren nur außerhalb dieses Hauses üben.

(Abg. Klasen: Herr Goppel, Sie würden uns aber überhaupt nicht fehlen! – Weitere Zurufe)

– Herr Hiersemann, Sie können nicht rotieren. Ich habe ja auch einmal so ein Gewicht gehabt wie Sie. Sie können nicht rotieren; das möchte ich Ihnen ausdrücklich bestätigen.

(Abg. Hiersemann: Das werde ich Ihnen auch ersparen!)

Ich kann das von früher her noch beurteilen.

Aber wieder zum Ernst der Sache:

Die Situation ist doch eigentlich ganz einfach. In Baden-Württemberg, wo die Ferien mal schon im Juni anfangen, mal erst im September, ist das Abitur Ende Januar/Anfang Februar. Dennoch schaffen die Baden-Württemberger das Abitur – sieh an – mit drei Monaten weniger. Sie alle erzählen uns, es sei unmöglich, 14 Tage vorher, vier Wochen vorher Abitur zu schreiben. Die Baden-Württemberger machen es immer mit drei Monaten weniger! Herr Kollege Engelhardt, was soll das eigentlich? Entweder das geht, oder das geht nicht. Was in Baden-Württemberg geht und dort zu Abiturergebnissen, die den unseren vergleichbar, in der Regel etwas dahinter sind, kann in Bayern doch nicht verkehrt sein!

Also, Herr Kollege Engelhardt, machen wir nicht so viel Theater um dieses Thema; das ist es überhaupt nicht wert. Es geht um 14 Tage Vorverlegung des Abiturs, und zwar einmal in vier Jahren, weil dann Pfingsten nämlich schon im Mai liegt. Alles andere ist ohnehin kein Problem, denn dann liegt Pfingsten mit den 14tägigen Ferien im Juni. Auch das erzählen Sie niemand!

Ein Jahr von vieren oder fünfen werden wir in Gottes Namen verkraften, zumal die Damen und Herren Pädagogen, lassen Sie mich das doch auch mal anmerken, bei 348 Wochen gymnasialer Schulzeit – neun Jahre mal insgesamt rund 40 Wochen – zwei in neun Jahren doch wohl noch verkraften werden! Das macht in der Woche fünf Minuten. Ein Pädagoge, der das nicht hereinholt, hat meines Erachtens den falschen Beruf. Vielleicht wäre er besser Rechtsanwalt geworden. Das ist durchaus möglich, aber er würde seine Prozesse nicht gewinnen, das will ich Ihnen sagen!

Der Antrag der SPD ist abzulehnen, weil er nicht vorhandene Probleme einer beschränkten Schulzeitverlängerung behandelt wissen will.

(Beifall bei der CSU – Abg. Messerer: Sehr oberflächlich!)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Kurz!

Kurz (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für das, was Kollege Goppel gerade von sich gegeben hat, ist er schon von Kollegiaten an manchem Gymnasium ausgepiffen worden, wenn man die Zeitungsberichte über seine Auftritte in dieser Frage vor Schülern verfolgt.

(Abg. Dr. Goppel: Deswegen ist das noch lange nicht falsch! Wir werden ja sehen, ob Sie bejubelt werden!)

Es zeugt von erschreckender Unkenntnis des Kultusministers über die Abläufe in der Kollegstufe, insbesondere des vierten Kurshalbjahres, auch von der Unkenntnis des Herrn Kollegen Goppel, wenn hier behauptet wird, das ginge alles problemlos, das könne man durch Vorverlegen um einen Monat ganz locker in den Griff bekommen.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Goppel?

Kurz (SPD): Bitte, gern!

Dr. Goppel (CSU): Herr Kollege Kurz, gehe ich recht in der Annahme, daß Ihre Feststellung, daß ich mit etwas, wofür ich ausgepiffen worden bin, besondere Probleme hätte, einschließt, daß Sie am liebsten bejubelt werden?

Kurz (SPD): Herr Kollege Dr. Goppel, es könnte aber auch sein, daß diejenigen, die Ihnen hier den Beifall verweigern, vielleicht mehr Ahnung und mehr Engagement in schulischen Dingen haben, auch für die Rechte von Pädagogen, als Sie hier zeigen. Das Problem ist doch folgendes:

Erstens ist es äußerst zweifelhaft, ob die Verlängerung der Wehrzeit überhaupt ausreicht, um die Sollstärke der Bundeswehr zu sichern. Das sagen auch Vertreter der Bundeswehr ganz offen. Das ist überhaupt nicht damit abgetan, das reicht sowieso nicht. Das ist das eine.

Das Zweite ist, daß Sie von der CSU vor diesen Anforderungen der Bundeswehr gleich in die Knie gegangen sind

(Abg. Otto Meyer: Das tut er ja nicht!)

und sagen, wir opfern ein Stück Schulzeit, ein Stück Bildung um des zweifelhaften Versuchs der Erhaltung der Sollstärke der Bundeswehr willen; ich wundere mich, daß der Kultusminister das so willfährig tut. Das ist der Punkt. Deswegen warnen wir in dieser Diskussion Sie davor, Bildung als so geringfügig einzuschätzen, wie Sie das hier tun. Wir gehen auch deswegen in die Diskussion, weil – das gilt zumindest für Kollegen Goppel und die CSU – Sie ja insgeheim schon darüber Freude empfinden, daß es Ihnen damit gelingt, die Schulzeit, nämlich das 13. Schuljahr, wieder ein Stück zu treffen im Sinne Ihrer Forderung, überhaupt auf ein 13. Schuljahr am Gymnasium zu verzichten.

(Abg. Otto Meyer: Wer fordert denn das? Wo habe ich denn das gefordert?)

(Kurz [SPD])

– Das haben Sie doch schon öfters gesagt, sogar Ihr Herr Fraktionsvorsitzender hat es ganz ernsthaft in die Diskussion gebracht. Das ist doch der Punkt, um den es hier mit geht.

Ich muß Ihnen noch etwas sagen:

Sie sind nicht einmal bereit, darüber nachzudenken, daß Bayern das Bundesland mit dem spätesten Ferientermin ist, das ist Ihnen nicht einmal die ernste Überlegung wert, mal bei der Ferienordnung anzufangen und das Schuljahr, wenn es schon sein muß, einen Monat früher zu beginnen. Dann bräuchten Sie nämlich keinen Monat der Schulzeit zu opfern. Aber da gehen Sie nicht ran; die Rücksichten auf die anderen Bundesländer und die ausgehandelten Ferienordnungen sind wichtiger als eine vernünftige Prüfungsvorbereitung aller Abiturienten. Denn alle sind betroffen, aber nur 15 Prozent davon haben anschließend den Gang zur Bundeswehr vor sich. In diesem Verhältnis wird die Frage von Ihnen diskutiert, obwohl es ein Unverhältnis ist. Es beweist, daß Ihnen tatsächlich eine vernünftige Prüfungs- und Ausbildungszeit weniger wert und weniger wichtig ist, als vor den Forderungen der Bundeswehr zu kuschen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Nochmals der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus!

Staatsminister Dr. Maler: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gerade weil uns an einer guten Bildung und an einer vernünftigen Unterrichtssituation liegt, sind wir bemüht, einen Kompromiß zu finden. Der Dringlichkeitsantrag der SPD will zwei Dinge, die in vollem Umfang miteinander unvereinbar sind: Er will erstens die Kursphase völlig unverändert und unverkürzt lassen, und er will zweitens, daß aus dem verlängerten Wehrdienst keine Wartezeiten für das künftige Studium entstehen. Beides zusammen geht einfach nicht. Ich habe ja vorhin dargetan, daß dieses Wintersemester schon durch die Verlängerung des Wehrdienstes getroffen wird. Es muß also auf allen Seiten etwas getan werden.

Nun wird gesagt, damit wird das 13. Schuljahr getroffen. Ja, es gäbe natürlich Alternativen, die darauf hinausliefen, die Einberufungszeit auf den 1. April vorzulegen. Dann hätte man kein Problem mit der Wartezeit, aber dann wäre in der Tat das 13. Schuljahr in der Mitte getroffen worden. Da dies eine relativ einfache, geometrische Lösung gewesen wäre, hat sie viele Befürworter gehabt. Ich habe mich leidenschaftlich dagegen gewendet und habe im Gespräch mit Wörner den Kompromißvorschlag gemacht, daß die Bundeswehr unter Anrechnung auf den Jahresurlaub, auf einen Monat verzichtet, daß die Hochschulen dort, wo sie es nicht schon getan haben, auf einen Monat verzichten und am 1. November beginnen, und daß drittens die Schule einen Monat drängibt. Ich füge noch einmal hinzu: Prüfungszeit, nicht Unterrichtszeit.

Ich glaube, das ist ein goldener Schnitt in dieser ganzen Angelegenheit. Wir können anders nicht weiterkommen. Gerade wenn wir Ihnen folgen und überhaupt nichts tun, ergeben sich lange Wartezeiten von über einem Jahr.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Karl-Theodor Engelhardt?

Staatsminister Dr. Maler: Bitte, gern!

Engelhardt Karl-Theodor (SPD): Herr Minister, sind Sie nicht auch der Auffassung, daß die Hochschule viel mehr Möglichkeiten hätte, elastisch zu reagieren, als die Schule, deren Zeit ja bereits verkürzt worden ist?

Staatsminister Dr. Maler: Herr Kollege Engelhardt, wir haben auch das geprüft im Gespräch mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz. Ohne ungeheure Investitionen ist es nicht möglich, in allen Fächern im Sommersemester zu beginnen. Wir haben es wirklich sehr genau geprüft. Wenn Sie in der Medizin im Sommer beginnen, müssen Sie verdoppeln und brauchen unglaubliche Personal- und Mittelverstärkungen. Es ist, zumindest auf kurze Sicht, nicht machbar.

Im übrigen ist es für die Hochschulen und die anderen Bundesländer schon eine gewisse organisatorische Umstellung, wenn sie auf den 1. November gehen. Das wird auch Schwierigkeiten machen. Die Lösung, die ich vorschlage, hat den Vorteil, daß sie im Grunde auf aller Kosten und auf niemandes Kosten geht, denn dabei bewegen sich die Schule, die Hochschule und die Bundeswehr, alle drei. Es ist ein vernünftiger Kompromiß.

Ich glaube, man muß diesem Kompromiß folgen. Es gibt gar keine vernünftige andere Lösung. Daß dahinter Preußens Gloria stehen soll, Herr Kollege Engelhardt, ist nun wirklich ein Unfug. Der Hanseat Hans Apel, der im Hinblick auf den Geburtenschwund zum ersten Mal den Vorschlag einer Wehrdienstverlängerung in seiner Amtszeit gemacht hat,

(Abg. Karl-Theodor Engelhardt: Aber nicht auf Kosten der Schule!)

Ist ja schon aus landsmannschaftlichen Gründen nicht verdächtig, für Preußens Gloria zu sein. Im übrigen hat das wirklich nichts mit Obrigkeitsstaat zu tun. Schauen Sie, der Verteidigungsminister könnte sich ja auf den Standpunkt stellen: Wir verlängern einfach, und was die Schule macht, geht uns nichts an. Er hat aber vor Einbringung des Gesetzes den Kontakt mit allen Kultusministern und Schulverwaltungen gesucht, weil er wirklich die Auswirkungen für die Schulen so schonend wie möglich machen wollte. Ich glaube, das ist eine ganz andere Haltung als die eines obrigkeitsstaatlichen Verteidigungsministers.

(Beifall bei der CSU)

(Staatsminister Dr. Maier)

Ich kann nur wiederholen: Der Dringlichkeitsantrag ist in sich unlogisch und nicht durchführbar. Schon aus Gründen der Logik sollte er abgelehnt werden.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**. Die Ausschüsse empfehlen die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Stimmenthaltungen? – Mit Mehrheit **a b g e l e h n t**.

Ich rufe auf **P u n k t 64** der Tagesordnung:

Antrag des Abgeordneten Kolo und anderer betreffend Dioxin-Emissionen aus Müllverbrennungsanlagen (Drucksache 10/5987)

Über die Beratungen des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen (Drucksache 10/7534) berichtet Herr Abgeordneter Kolo.

Kolo (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen beschäftigte sich in seiner Sitzung am 11. Juli 1985 mit dem genannten Antrag. Berichterstatter war Kollege Dr. Ritzer, Mitberichterstatter Kollege Kling.

Die Diskussion verlief sehr heftig. Außer den Berichterstattern beteiligten sich daran der Kollege Heinrich und von der Verwaltung Herr Regierungsdirektor Eichele.

Der Antrag wurde mit der Mehrheit der CSU gegen die Stimmen der SPD abgelehnt. Ich bitte das Hohe Haus um Abstimmung. Ich habe diese knappe Berichterstattung gewählt, weil noch eine Diskussion folgen wird.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldung, Herr Abgeordneter Kolo!

Kolo (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist notwendig, deutlich zu machen, worum es eigentlich bei diesem Antrag geht, der die Staatsregierung ersucht, geeignete Maßnahmen einzuleiten, um die Dioxin-Emissionen aus Müllverbrennungsanlagen zu minimieren. Insbesondere sollen Anforderungen zur Nachverbrennung entsprechend dem Stand der Technik verschärft werden.

Detailliert ist gefordert, die Nachverbrennungstemperatur permanent durch eine Meßstelle zu überwachen und die Temperatur in der Feuerung gegenüber den bisherigen Anforderungen erheblich anzuheben. Ferner soll der Emissionswert für Kohlenmonoxid auf mindestens 100 mg pro m³ Abluft abgesenkt werden.

Zusätzlich soll ein Emissionswert für die Summe aller organischen Stoffe von höchstens 50 mg Gesamtkohlenstoff pro m³ eingeführt werden. Dieses Begehren betrifft die Müllverbrennungsanlagen selbst.

Ein zweiter Forderungskatalog betrifft die Behandlung und Ablagerung von Filterstäuben und Schlacken aus Müllverbrennungsanlagen, die ja dieses Hohe Haus schon wiederholt beschäftigt haben.

Hier soll nach folgenden Grundsätzen minimiert werden:

Erstens sind die Schlacken von den Stäuben zu trennen und getrennt abzulagern, weil die Schadstoffgehalte bei Schlacke und Stäuben durchaus unterschiedlich sind. Daher empfiehlt sich eine getrennte Lagerung. Zweitens sind bei der Ablagerung von Flugstäuben Verwehungen und Abschwemmungen durch Niederschlag während des Einbaus in die Deponie zu verhindern. Dies soll durch entsprechende Konditionierung erfolgen. Drittens ist ein Kontakt von Flugstäuben mit Lösemitteln, Lösevermittlern, Ölen und ähnlichem zu vermeiden, um ein Auswaschen der Dioxine und Schadstoffe zu verhindern. Viertens sind Flugstäube lediglich auf Deponien mit Basisabdichtung abzulagern. Das Sickerwasser ist einer geeigneten Behandlung zuzuführen. Nach Abschluß der Einlagerung ist die Deponie zu sichern.

Für mich ist nach wie vor völlig unverständlich, wie ein solcher Antrag von der Mehrheitsfraktion im Landtag abgelehnt werden kann, zumal eine Arbeitsgruppe beim Bundesministerium des Innern in ihrem Bericht zum Thema „Dioxin in Müllverbrennungsanlagen“ diese Forderungen nahezu wortwörtlich erhebt. So wurde dieser Bericht, ohne die Forderungen zu übernehmen, auch im Amtsblatt des Umweltministeriums vom 28. Dezember 1984 veröffentlicht. Dort heißt es zunächst, daß die Dioxin-Emissionen aus Müllverbrennungsanlagen nicht besorgniserregend seien, aber aus Vorsorgegründen die Dioxin-Emission aus Müllverbrennungsanlagen entsprechend dem Stand der Technik weiter minimiert werden müsse. So der Bericht dieser Arbeitskommission. Dann werden in etwa die gleichen Forderungen erhoben, die unser Antrag enthält. Das ist der erste Beweis dafür, daß unsere Forderung eigentlich mit dem herrschenden Sachwissen und dem Sach- und Fachverstand der Wissenschaft voll im Einklang ist.

Es kommt ein zweites hinzu: Sehen Sie sich einmal die Beratungsgrundlagen zur TA Luft III an. Da gibt es einmal den Regierungsentwurf auf der Drucksache 349/85, der davon ausgeht, daß die Verbrennungstemperaturen in den Müllverbrennungsanlagen bei 800 Grad ausreichend sind, um Dioxine und Furane zu cracken, also die gefährlichen Seveso-Gifte zu vermeiden. Bei der Beratung im Bundesrat haben die Länder in ihren Abänderungsanträgen darauf hingewiesen, daß diese Temperatur, die bisher auch überall herumgeistert, nicht ausreichend ist.

In der Begründung zu Nummer 338 11, den Nachbesserungsvorschlägen des Bundesrates zu den Müllverbrennungsanlagen, wird z.B. folgendes ausgeführt:

Messungen an Verbrennungsanlagen, die zum Teil im Auftrag von Landesbehörden und dem Umweltbundesamt durchgeführt wurden, haben ergeben, daß bei Optimierungen der genannten Anlagenparameter bei Verbrennungstemperaturen bis her-

(Kolo [SPD])

unter zu 900 Grad vergleichbare Ergebnisse wie bei der Forderung nach 1200 Grad bezüglich der Zerstörungseffizienz für polychlorierte aromatische Verbindungen erreicht werden.

Man ging ja bisher davon aus, daß man bei ca. 1200 Grad verbrennen muß, um diesen Crackeffekt zu erzielen. Bei diesen Beratungen wurde also festgestellt, daß man auf etwa 900 Grad herunterfahren kann und damit den gleichen Effekt erreicht. Wir wissen, daß in unseren meisten Müllverbrennungsanlagen auch aus Energiegewinnungsgründen diese Temperatur nicht erreicht wird. Meist bleibt man sogar unter der Temperatur von 800 Grad. Damit besteht die Gefahr, daß genau die Gifte entstehen, die wir alle zusammen fürchten müssen. Deshalb auch der Nachbesserungswunsch im Bundesrat, die TA Luft III hinsichtlich der Verbrennungstemperaturen, aber auch der Forderungen, die in unserem Antrag enthalten sind, zu ergänzen. Auch hier ist für mich die Ablehnung völlig unverständlich, zumal Bayern im Bundesrat diesen Nachbesserungsvorschlägen zugestimmt hat; ich habe bisher jedenfalls nichts anderes gehört.

Richtig ist allerdings, daß Bundesinnenminister Dr. Zimmermann die TA Luft III, die bis 1. Januar 1986 in Kraft treten sollte, nicht in Kraft gesetzt hat, weil er einiges, was im Bundesrat gesagt worden ist, überdenken und die TA Luft III vielleicht erst Anfang März in Kraft setzen will. Wie sie aussieht, darüber liegen mir keine Unterlagen vor; ich gehe davon aus, daß auch dieses Hohe Haus über keine Unterlagen verfügt. Es gibt keine Ausgabe einer TA Luft III, wie sie nunmehr von Herrn Zimmermann in Kraft gesetzt werden soll.

Die Notwendigkeit unseres Antrags ergibt sich aber auch aus einer weiteren Untersuchung. Wir haben die Staatsregierung vor nicht allzu langer Zeit gebeten, die thermischen Abfallverwertungsanlagen in Bayern untersuchen zu lassen. Das Ergebnis ist uns vor einigen Wochen in Form eines Tabellenbandes vorgelegt worden. Gleichzeitig enthält es eine Auswertung des Ministeriums vom Oktober 1985.

Diese Tabellenteile sind wesentlich später nachgereicht worden. Was ergibt sich daraus? Auch hier wird zunächst gesagt, daß die Emissionssituation hinsichtlich Dioxinen und Furanen bei Müllverbrennungsanlagen durchaus erträglich sei. Dabei gibt es allerdings ungeheuerliche Abweichungen. Wir haben Abweichungen in der Größenordnung von zwei Zehnerpotenzen zwischen Altanlagen und mit Absorbieren ausgestatteten neuen Einrichtungen.

Die Staatsregierung sagt selbst, daß bei den bisher nur mit Elektrofiltern ausgerüsteten Anlagen – das sind fast 80 Prozent – bereits Nachrüstmaßnahmen zur zusätzlichen Abgasreinigung eingeleitet wurden. Es handelt sich hier um den Versuch, Schadstoffe über Filter zurückzuhalten.

Es kann davon ausgegangen werden, daß durch eine verbesserte Zurückhaltung von Abgasbestandteilen auch bei solchen Anlagen ein Stand erreicht wird, der

den künftigen verschärften Anforderungen entspricht. Die Staatsregierung weiß, daß solche Anforderungen kommen werden. Deshalb ist es mir völlig unverständlich, warum die Mehrheitsfraktion in diesem Haus eine auch von der Staatsregierung als notwendig angesehene Verschärfung ablehnt.

Schauen Sie sich einmal die Tabellen an! Die Anlagen zur Müllverbrennung in Bayern, die wir als Altanlagen bezeichnen und die ausschließlich mit einem Elektrofilter ausgestattet sind, haben relativ hohe Werte bei den Abgasen und bei den Stäuben und sehr hohe Werte bei den Schlacken. Es heißt hier dort für mich völlig unverständlich, daß die höchsten Werte bei etwas mehr als 1 ppb liegen. Aber alle Werte befinden sich im Bereich zwischen 0,05 ppb und 4 ppb. In der Tabelle ist unter Nummer 4 die Müllverbrennungsanlage München-Süd mit immerhin 22 ppb bei TCDD 4 aufgeführt. Es finden sich noch 3 weitere Anlagen, die 32 ppb, 17,3 ppb und sogar 39 ppb aufweisen. Und da sagt man, es sei alles in Ordnung!

Wenn die Filteranlagen nicht ausreichen, ist es notwendig, in einem Maße Rückhaltetechnologien anzubieten, die uns vor diesen Giftsubstanzen und Schadstoffen bewahren. Wir sind der Meinung, daß man das, was heute im Bereich des Verbrennungsprozesses technisch möglich ist, auch anwenden müßte. Das entspricht auch weitgehend dem, was der Bundesrat zur Nachbesserung der TA Luft Teil III für notwendig gehalten hat.

Ich bitte Sie deshalb inständig, diesem Antrag ihre Zustimmung nicht zu verweigern.

Ich habe so ausführlich Bericht erstattet, weil ich davon ausgehen mußte, daß der Inhalt dieses Antrages vielen Kollegen nicht in diesem Maße geläufig ist.

Wir müssen bei der Ablagerung von Schlacken und Stäuben, insbesondere auch nach der Diskussion, die wir hier über den „Schlackentourismus“ von Hessen nach Bayern geführt haben, gewisse Mindestvorschriften einhalten. Ob nun solche Filterstäube und Schlacken auf Sondermülldeponien oder Hausmülldeponien gelagert werden sollen, will ich hier nicht vertiefen. Aber eines ist klar: Das Gefährdungspotential von Filterstäuben ist ein anderes als das von Schlacken, aber auch ein anderes als beim normalen Hausmüll. Wir müssen erreichen, daß solche Stäube zumindest von anderen abzulagernden Substanzen in der Weise getrennt gelagert werden, daß sie beobachtbar sind, daß man später – vielleicht bei weitergehenden Erkenntnissen – auch den unmittelbaren Zugriff hat, um die Sanierungsmaßnahmen, die dann möglicherweise gegeben sind, auch ausschöpfen zu können. In gleicher Weise ist es notwendig, bei den Stäuben, die natürlich gegenüber Verwehungen sehr anfällig sind, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, damit eine solche Verwehung nicht eintritt.

Ich weiß nicht, was dagegen spricht, bezüglich der vorhandenen Deponien diese Anträge der Staatsregierung mit auf den Weg zu geben. Ich weiß, daß

(Kolo [SPD])

auch die Bürger draußen im Land es so sehen. Gehen Sie mal bei den Deponien vorbei und fragen Sie, ob diese Forderungen nicht als Minimalschutz der dort wohnenden Bürger für unabdingbar notwendig gehalten werden. Vielleicht überlegen Sie sich dann mal, ob Sie Ihre bisher ablehnende Haltung nicht korrigieren müßten. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Nächster Redner, Herr Kollege Kling!

Kling (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Der Kollege Kolo hat recht, wenn er davon spricht, daß es in der Sitzung des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen eine sehr temperamentvolle Debatte um diesen Antrag der SPD gegeben hat.

Dem Antrag haben wir unsere Zustimmung deshalb nicht gegeben, weil er politisch überholt und in der Sache veraltet ist; der Text wurde von dem abgeschriebenen, was die beim Bundesinnenminister eingereichte Kommission für Dioxine und Furane formuliert hat. Im übrigen ist alles, was konkreter Bestandteil des Antrages ist, in Bayern schon verwirklicht.

Bei dieser Gelegenheit muß man Herrn Kolo und der SPD auch einmal sagen, welche Vorgeschichte dieser Antrag hat. Die SPD hatte im Januar 1984 darüber geschrieben. Die Presse hat das dann in einer Weise dargestellt, die bei vielen Bürgern Verängstigung hervorgerufen hat: „Ultragifte in bayerischen Müllverbrennungsanlagen“, „Überprüfung der Meßverfahren dringendst geboten“, „Umweltbehörden – kaum über Gefahrenquellen der Gifte nachgedacht“, „Bayern – hohes Maß an Sorglosigkeit“, am 20. Juli 1984: „SPD – groteske Verharmlosung bei Giften, Furanen und Dioxinen“, „Verharmlosungstaktik durch Umweltminister Dick“, „Sendepause bei Staatssekretär Fischer“, „Seebauer (SPD): Beispiele sollte man in den USA nehmen, wo in New York alle Müllverbrennungsanlagen stillgelegt wurden“. Ich will diese Zitate nur einmal aufführen, um darzutun, daß diesem Antrag eine nach meinem Dafürhalten unverantwortliche Kampagne mit der Angst vorausging.

(Beifall bei der CSU)

Stimmungsmache, irrationale Ängste, Irritationen, halbe Wahrheiten haben das Gefechtsfeld dieser Diskussion bestimmt; leider, muß ich sagen, Herr Kollege Kolo.

Sie haben in der Sache auch nur über eine Hälfte berichtet. Vor allem Ihre Darstellung über die Untersuchungsprogramme des TÜV-Bayern ist unrichtig. Sie haben erklärt, nur Flugasche und Stäube, nicht aber Abgase seien untersucht worden. Richtig ist, daß Flugstaub, Reingas, Schlacke, Schlämme und die Wirksamkeit verschiedener Rauchgasttechnologien

untersucht worden sind. Man hat im übrigen nicht nur Stichproben gemacht, sondern sämtliche Hausmüll- und Sondermüllverbrennungsanlagen in Bayern einer eingehenden Messung unterzogen.

(Abg. Kolo: Einer einzigen Messung!)

Sie können auch in diesem Punkt nicht daran vorbei, daß Bayern Spitze ist, was den gegenwärtigen Stand der Ausrüstung von Abfall- und Müllverbrennungsanlagen angeht.

(Zustimmung bei der CSU)

Der Einsatz staatlicher Fördermittel staatlicher Hilfen für neue Technologien auf diesem Gebiete ist einmalig und beispielhaft in der Bundesrepublik.

Zu den Ängsten, die Sie offensichtlich und absichtlich geschürt haben, will ich nur eine objektive Stimme der Wissenschaft zitieren. Das tue ich auch deswegen, weil Sie in diesen Tagen auf dem großen Ingenieurkongreß Ihrer Partei in Düsseldorf erklärt haben, zu den Wissenschaftlern, den Technikern, den Ingenieuren, zu Ihrem Wählerpublikum, wie Sie sagen, ein neues Verhältnis entwickeln zu wollen. Ich will dazu den ordentlichen Professor Karl-Heinz Balschmidter, Universität Ulm, Lehrstuhl für analytische Chemie, zitieren. Er hat zu Ihren Publikationen und Horrormeldungen gesagt; ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Wenn man Dioxin nicht gerade mit dem Hubschrauber über Augsburg oder München gestreut, ist kein Gefährdungsproblem gegeben.

Das ist die eigentliche Einschätzung der Wissenschaft.

(Zuruf des Abg. Messerer)

– Doch, Herr Kollege Kolo hat dann erklärt, daß es keinen Stand der Technik gebe und kein Wissen um den Stand der TA Luft, Teil III. Tatsache ist, Herr Kollege Kolo, das müßten Sie eigentlich wissen, daß die TA Luft III im März dieses Jahres, also in Bälde, in Kraft gesetzt werden wird.

(Abg. Kolo: Wissen Sie, was drinsteht?)

In Teil III sind die Werte, die ich Ihnen jetzt vortrage, von allen Bundesländern im Bundesrat und auch vom Bundesinnenminister unbestritten akzeptiert. Sie sind alle Bestandteile Ihres Antrags. Damit ist das, was Sie wollen, abgehakt.

(Abg. Schmolcke: So alt sind sie doch gar nicht!)

Um Teil III der TA Luft wird nun schon zwei Jahre lang diskutiert. In den Ausschüssen haben wir mehrfach darüber diskutiert. 70 Änderungsanträge sind bei der letzten Diskussion im Bundesrat eingebracht worden. Eine überwiegende Zahl der Änderungsanträge kam aus Bayern, so daß die Änderung auch überwiegend unsere – im übrigen gemeinsame – Handschrift trägt. Unbestritten ist heute, daß die TA Luft, die maßgeblich für die Autoabgase, die Schadstoffe unserer Müllverbrennungsanlagen, den Stand der Technik,

(Kling [CSU])

das Wohl der Allgemeinheit, schädliche Umwelteinwirkungen und ihre Begrenzung sein wird, folgende Grenzwerte vorsieht:

Bisher waren 100 Milligramm Staub pro Kubikmeter zulässig, künftig werden es nur noch 30 Milligramm sein, Reduktionsfaktor 3,3; bisher waren 1000 Milligramm Kohlenmonoxid pro Kubikmeter zulässig, künftig werden es 100 Milligramm sein, Reduktionsfaktor 10. Für organische Stoffe, die bisher nicht Bestandteil der TA Luft waren, wird künftig ein Grenzwert von 50 Milligramm pro Kubikmeter vorgesehen. Das ist Bestandteil Ihres Antrags. Für Schwefeldioxid – bisher nicht geregelt – wird künftig ein Grenzwert von 100 Milligramm pro Kubikmeter vorgesehen.

In der Neufassung des Teils III der TA Luft wird eine Begrenzung von gasförmigen anorganischen Chlorverbindungen und von gasförmigen anorganischen Fluorverbindungen von besonderer Bedeutung sein. In beiden Fällen wird der zulässige Grenzwert von bisher 100 Milligramm pro Kubikmeter auf künftig 50 Milligramm reduziert, Faktor der Reduktion 2.

Die TA Luft Teil III wird künftig ganz massiv der Emission staubförmiger anorganischer Stoffe, sogenannter schwermetallhaltiger Stäube. Bisher betrug die Wertigkeitsziffer in der Klasse I bei Cadmium, Quecksilber, Chrom, Nickel, Phosphor und Blei 20, künftig wird sie noch 0,2 betragen. Das ist ein Reduktionsfaktor von sage und schreibe 100. Das heißt, daß nach Inkrafttreten des Teils III der TA Luft künftig nur noch ein Hundertstel der vorher genannten Schwermetalle emittiert werden darf.

Ähnliches gilt für die Klasse II. Während bisher die Wertigkeitsziffer für Arsen, Kobalt, Nickel, Silber, Schwefel und Tellur 50 betrug, beträgt sie künftig nur noch 1. Das ist also ein Reduktionsfaktor 50.

In Klasse III beträgt der Reduktionsfaktor für Blei, Kupfer, Mangan, Chrom und anderes 15.

Sie können also zur Kenntnis nehmen, daß die Werte, die Sie mit Ihrem Antrag wollen, nicht nur eingehalten, sondern vom Stand der Technik überholt und sogar noch reduziert sind.

(Beifall bei der CSU)

Wie ist die Lage in Bayern? Der Landtag faßte am 17. Oktober 1984 den Beschluß, übrigens einstimmig, daß sämtliche Abfallverbrennungsanlagen ohne Rauchgasendreinigung auf den neuesten Stand der Technik zu bringen sind. Das bezog sich auf die toxischen, die kanzerogenen und mutagenen Stoffe. Diesem Auftrag ist Rechnung getragen. Wir haben in Bayern die Mindesttemperaturen, die Massenkonzentration, das Kohlenmonoxid, die Stäube, die anorganischen Chlorverbindungen und die anorganischen Stoffe im Griff.

(Abg. Kolo: Wie sind sie denn?)

Nur bei drei Anlagen muß nachgebessert werden: Für die Anlagen in Landshut, München-Süd und Neufahrn laufen Planungen für eine Nachrüstung. Dafür ist ein

Termin gesetzt. Hier gilt der bisherige Grundsatz der Rücksichtnahme auf die Wirtschaftlichkeit nicht. Feste Termine wurden gesetzt, bis zu denen nachgerüstet werden muß.

Eine letzte Anmerkung zu Giften und Dioxinen. Auch hier haben Sie zwei Jahre lang die Schlagzeilen beherrscht und Ihre Worte zum Sonntag immer wieder in alle Windrichtungen gesprochen. Nach dem bedauerlichen Unfall in Italien und der Geisterfahrt von 43 Seveso-Fässern durch ganz Europa haben Sie nicht gesagt, daß Dioxin ein ubiquitärer Verteilungsstoff ist, der in der weiten Welt zu finden ist, der bei jedem Verbrennungsprozeß vorhanden ist. Erhebliche Mengen von Dioxin sind in Spuren nachweisbar in Wohnungen, im Straßenstaub, in offenen Kaminen, in Kraftfahrzeugmotoren, im Zigarettenrauch jedes einzelnen, im Holzkohlegrill, im Filterstaub, in der Nahrungskette, in Muttermilch und in Pflanzenschutzmitteln.

Die Kommission des Bundesinnenministeriums und das Symposium an der Uni Bayreuth im Oktober letzten Jahres haben einvernehmlich erklärt, belegt durch zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen in der ganzen Welt, daß eine Dioxinkonzentration von 0,05 bis 0,40 ppm – Mikrogramm pro Kilogramm – unbedenklich ist, von ihr weder eine Gefährdung für Mensch noch Tier noch Pflanze ausgeht. Alle heute zulässigen Grenzwerte oder Grenzwertbetrachtungen liegen unter diesem Wert und wurden mit einem zusätzlichen erheblichen Sicherheitskoeffizienten eingeführt.

Erster Vizepräsident Kamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Christa Meier?

Frau Meier Christa (SPD): Herr Kollege Kling, sind Sie bereit zuzugeben, daß die ganze Diskussion um Grenzwerte eine Scheindiskussion ist, weil die Grenzwerte bei vielen Giften immer wieder revidiert werden mußten?

Kling (CSU): Ich gebe zu, daß die ganze Diskussion immer wieder neu geführt werden muß, und ich gebe zu, daß Analytik und Meßverfahren ständig fortgeschrieben werden müssen. Ich bitte aber auch zu verstehen, daß die Politik sich bei den Rahmenbedingungen einfach an das halten muß, was Wissenschaft, Technologie und Forschung als unbedenklich bezeichnen. Nur die Werte, die mit großen Sicherheiten kalkuliert sind, können in der jeweiligen Diskussion in die Grenzwertbetrachtung Eingang finden. Wenn, wie im vorliegenden Fall, Sicherheiten vorgegeben werden, die verlässlich mit Tierversuchen und durch jahrzehntelange Erfahrungen und Forschung belegt sind, dann kann man den gegenwärtigen Stand der Technik formulieren und solche Grenzwertdiskussionen führen, weil sie zu angemessenen Rahmenbedingungen führen, die Schäden und Risiken kalkulierbar begrenzen.

Ich bin der Meinung, daß zum Beispiel auch die Gefährlichkeit der Halbwertszeit berücksichtigt werden muß. Für die Seveso-Gifte hat man eine Halbwertszeit angegeben, derzufolge die Gifte aus erster Sicht ewig

(Kling [CSU])

bleiben würden. Aber in allen Böden, die fünf Jahre nach dem Unfall untersucht wurden, konnte nicht einmal in den Pflanzen eine Spur von Dioxin nachgewiesen werden. Bei der Auslaugung von Dioxinen durch Wasser, auch durch destilliertes Wasser, konnte nicht einmal eine Spur Dioxin bei Auslaugungstests im Wasser nachgewiesen werden.

Man könnte noch sehr viele Beispiele in die politische Diskussion einbringen, um darzulegen, wie viele Politiker in der Bevölkerung immer wieder neue Ängste entfachen. Das sollte nicht geschehen. Angst ist kein Mittel der Politik.

(Beifall bei der CSU)

Zum Schluß kann ich nur sagen, Herr Kollege Kolo, daß die Werte, die die Dioxin-Kommission beim Bundesinnenministerium im Einvernehmen mit dem Bundesumweltamt erarbeitet hat, von 20 Wissenschaftlern abgesegnet wurden; eine Vielzahl von wissenschaftlichen Instituten hat dazu ihre weltweite Erfahrung eingebracht. Der Dioxin-Bericht hat 283 Seiten plus Anlage. Auch das muß man einmal sagen, um Ihr Argument zu entkräften, daß nicht mit letzter Präzision und Gründlichkeit über Wirkungen, Ursachen und Folgen von Gift nachgedacht worden wäre.

Der Bericht enthält im einzelnen auch die präzise unwiderlegbare Aussage, daß es in Müllverbrennungsanlagen, in Filterstäuben und in Schlacken keine größere Anreicherung als 0,1 bis maximal 4,0 ppb 2,3,7,8 TCDD-Gehalte – das ist die chemische Formel von Dioxin – gibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD! Aus diesem Grunde gibt es keinen Anlaß, dabei will ich bleiben, Ihrem Antrag zuzustimmen. Er entspricht nicht dem Stand der Technik. Er ist veraltet und abgeschrieben. Deshalb können Sie unsere Zustimmung dazu nicht haben.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Kolo. Bitte, Herr Kollege!

Kolo (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Kling, ich muß immer wieder über Sie staunen,

(Zurufe von der CSU: Das macht nichts! –
Abg. Otto Meyer: Herr Kollege, das war
Qualität! Da können Sie nur staunen!)

weil ich Ihnen gerade in diesem Bereich eine Menge Sachverstand zubillige und auch weiß, daß Sie den haben. Ich finde es immer wieder verwunderlich, wie Sie trotz Ihrer Erkenntnisse und Ihres Wissens dennoch bereit sind, solche Volten zu schlagen und Dinge hier nach dem Motto darzustellen, es ist schon alles geschehen. Sie wissen, Herr Kollege Kling, daß das nicht der Fall ist.

(Zuruf des Abg. Kling)

– Doch, Sie haben zumindest den Eindruck erweckt, daß alles in bester Ordnung ist, daß es nicht notwen-

dig ist, so zu verfahren, weil der Stand der Technik längst weiter ist als das, was Kolo hier gesagt hat.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Otto Meyer)

Das ist schlicht und ergreifend falsch! Wenn das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen in Bayern das, was in unserem Antrag steht und was von der Arbeitsgruppe „Dioxin in Müllverbrennungsanlagen“ als Bericht erarbeitet wurde, als Anweisung herausgegeben hätte, Herr Kollege Kling, dann hätte es dieses Antrags nicht bedurft. Es gibt aber keine Verordnung oder Anweisung des Ministeriums, nach diesen Grundsätzen zu verfahren. Das ist das eine. Herr Kollege Kling, sind wir uns darin einig?

Ich habe Sie gefragt, wie es mit den Temperaturen in den Müllverbrennungsanlagen in Bayern aussieht. Sind Sie wirklich der Meinung, daß sie bei 900 Grad liegen?

(Abg. Kling: 800 bis 1200!)

– Also Herr Kollege Kling, bei den Hausmüllverbrennungsanlagen wird, wenn eine optimierte Energienutzung erreicht werden soll, garantiert unter 800, wahrscheinlich sogar in dem Bereich zwischen 600 und 700 Grad gefahren. Sie wissen aber ganz genau, daß Sie in diesem Bereich mit den Kohlenwasserstoffen nichts anfangen können.

(Zuruf des Abg. Kling)

Das ist das Problem. Sie wissen doch genau wie ich, wenn Sie das bei der Verbrennung nicht hinkriegen, das heißt mit hohen Temperaturen bei 1200 Grad, wie wir sie in Ebenhausen fahren, daß Sie dann ggf. mit entsprechenden Rückhaltetechnologien arbeiten, das heißt Filtereinbauten haben müssen. Sie wissen genauso gut wie ich, daß wir in Bayern – ich habe noch einmal in der Untersuchung nachgeschaut – fünf Anlagen haben, die Absorber haben, die also eine relativ vernünftige Technologie haben. Sie müssen davon ausgehen, daß alle übrigen Anlagen in Bayern nicht geeignet sind oder nicht dem Stand der Technik entsprechen.

Sie stellen sich hierher und sagen: Wir haben den Stand der Technik! Den haben wir nicht bei den Müllverbrennungsanlagen. Richtig ist, daß der Herr Staatssekretär in einem Schreiben vorab zu dieser Untersuchung mitgeteilt hat, daß einige Anlagen in Bayern umgehend umgerüstet werden müssen, weil sie im Flugstäubebereich bei über 30 ppb und mehr liegen, und daß alle übrigen, die lediglich mit dem E-Filter ausgestattet sind, selbstverständlich ebenfalls nachgerüstet werden müssen.

Herr Kollege Kling, Sie sind soweit Fachmann. Wir haben uns gestern unterhalten; ich weiß, daß man in einer Nacht diese Geschichte nicht durcharbeiten kann. Es ist doch immerhin überraschend, daß hier eine Untersuchung in Auftrag gegeben wird, wo das Reingas natürlich eine Rolle spielt. Sie haben das mit Recht erwähnt; ich habe das auch gesagt. Schauen Sie sich einmal die Statistiken an: Wir haben lediglich in drei Anlagen eine Untersuchung zum Reingas. Bei allen übrigen Anlagen hat man sich darauf konzen-

(Kolo [SPD])

triert, die Filterstäube und die Schlacke zu untersuchen, und in einigen Bereichen hat man sich darauf konzentriert, die Rußsituation bei Dieselaggregaten und ähnliches zu untersuchen.

Die Diskussion über die Reingassituation und was wir dort an Furanen und Dioxinen vorfinden, ist hochinteressant. Dann werden lediglich 3 oder 4 Anlagen auf die Reingassituation untersucht, nämlich – wenn ich mir das ansehe – beispielsweise Kempten. Hier liegen wir überall über den zunächst angegebenen Werten von 1 Nanogramm je Kubikmeter. Wir liegen bei 5,7 und bei 8,2.

Wir haben die Reingasuntersuchung noch bei München, und zwar bei München-Nord. Bei München-Süd haben wir lediglich Werte für Flugstäube, und da liegen wir in dramatischen Höhen mit 22 ppb.

Wir haben noch Reingasuntersuchungen bei Nürnberg, und hier liegen wir auch durchschnittlich bei 5 Nanogramm je Kilogramm Trockenmasse. Dann hört es bereits auf.

Bei Ingolstadt ist ein Wert beim Reingas angegeben, bei allen übrigen Anlagen aber, elf und folgende, haben Sie nirgendwo mehr Reingas, lediglich bei dem Dieselfahrzeug in der Deponie Gallenbach haben Sie noch Reingasswerte. Diese sind aber für uns in diesem Fall weniger interessant.

Angesichts dieser Situation gehen Sie hierher und sagen: Alles, was da in dem Antrag enthalten ist, entspricht nicht der Wirklichkeit und ist längst überholt! Ich muß Ihnen sagen, daß das brandaktuell ist.

Herr Kollege Kling, wenn wir in ganz Bayern wenigstens eine Rückhaltetechnologie hätten, wie wir sie in Ebenhausen haben, und wenn wir in allen Müllverbrennungsanlagen in Bayern die gleichen Temperaturen fahren würden, wie wie sie in Ebenhausen hoffentlich immer fahren oder wie es vorgegeben ist mit 1200 Grad, dann würde sich dieser Antrag erübrigen. Wir haben eben bei allen Müllverbrennungsanlagen in Bayern das Problem, daß wir nicht bei Temperaturen über 900 Grad liegen, sondern darunter. Das heißt, daß die Gefahr besteht, daß eben genau Dioxine und Furane im Abgas, in den Filterstäuben sind. Zum Zweiten haben wir die fatale Situation in Bayern, daß der größte Teil der Müllverbrennungsanlagen nicht mit den Rückhaltetechnologien ausgestattet ist, die den Stand der Technik garantieren.

Nun werden Sie wahrscheinlich sagen: Das mag schon sein, das ist vielleicht nicht Stand der Technik, aber es entspricht den Emissionswerten der TA Luft Teil III. Herr Kling, hierzu muß ich folgendes sagen:

Ich bin schon sehr neugierig, was am 1. März in dieser TA Luft Teil III steht.

(Abg. Kling: Das, was ich gesagt habe!)

– Nein, Herr Kollege Kling, das Problem besteht darin, daß der Bundesrat in seinen über 70 Nachbesserungsvorschlägen auch zu dem Komplex Müllverbrennungsanlagen identische Anmerkungen gemacht hat, z. B. eine Erhöhung der Verbrennungstempera-

turen von 800 auf 900 Grad. Er hat auch hinsichtlich der zu erfassenden Stoffe eine ganze Menge Ergänzungen gebracht. Wir wissen, und das ist die einzige Information, die bisher über den Tisch und die Medien ging, daß Herr Zimmermann gesagt hat, die TA Luft Teil III werde nicht in der Form, wie sie vom Bundesrat nachgebessert wurde, in Kraft gesetzt, sondern in abgeänderter Form. Zu diesen abgeänderten Werten und Maßnahmen hat er sich bisher nicht geäußert. Ich weiß nicht, woher Sie diese Kenntnisse haben. Dies weiß bisher noch nicht einmal jemand im Bundestag.

Es mag sein, daß Sie zum Vorzimmer des Ministers die besten Beziehungen haben. Dann wäre ich an Ihrer Stelle sehr vorsichtig, Herr Kollege Kling. Sie laufen Gefahr, irgendwann der Unglaubwürdigkeit geziehen zu werden, wenn Sie sich auf Werte berufen, die letztlich in der TA Luft Teil III nicht enthalten sein werden. Selbst wenn dem so ist, Herr Kollege Kling, wissen Sie, daß wir dann zwar in der TA Luft solche Werte haben, aber noch lange nicht am Kamin und in den Filterstäuben der Müllverbrennungsanlagen.

(Zuruf des Abg. Kling)

– Lieber Herr Kollege Kling, das ist doch genau diese Geschichte. Weil ich sehe, daß wir in Bayern hinsichtlich der Filtertechnologie Schwierigkeiten haben, weil ich weiß, daß wir bei vielen alten Müllverbrennungsanlagen mit den Nachrüstungen größte Schwierigkeiten haben, sollten wir das tun, was wir heute bereits tun können, nämlich die Nachverbrennungstemperaturen bzw. die Verbrennungstemperaturen erhöhen, um am Kamin nicht die Werte zu haben, die wir, weil wir keine Filter haben, nicht zurückhalten können.

Das ist doch logisch und vernünftig. Wenn Sie die Filtertechnologien haben, können Sie einige Dinge vergessen, weil wir dann das, was wir nicht cracken können, über die Filter zurückholen können.

Herr Kollege Kling, zum gesamten Bereich der Filterstäube und der Aschen haben Sie sich überhaupt nicht geäußert.

(Zuruf des Abg. Kling)

– Ängste sind doch nicht geschürt worden. Herr Kollege Kling, gehen Sie doch in die Bereiche; ob Sie nach Gallenbach oder in andere Bereiche gehen, wo Sie Filterstäube ablagern wollen, ist doch egal. Dort haben Sie doch mit Ihren eigenen Kommunalpolitikern Schwierigkeiten. Wollen wir denn diese Schwierigkeiten und diese Ängste der Bürger noch schüren, indem wir nichts tun?

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch das Problem. Man sollte hingehen und sagen: Leute, wir bemühen uns, bei den Filterstäuben eine Konditionierung zu wählen, um die Gefahr zu minimieren. Das können wir doch tun; das ist doch auch technisch machbar. Warum tun wir das nicht? Damit können wir doch die Ängste der Bürger abbauen. Dazu äußern Sie sich überhaupt nicht.

(Abg. Kling: Doch!)

(Kolo [SPD])

– Nein. Das ist auch in der Debatte nicht gesagt worden. Da hat man in der Art einer Verdünnungsstrategie gesagt: Wir nehmen die Filterstäube und die Schlacken und mischen sie zusammen, weil die sich gegenseitig verbacken und damit insgesamt der Schadstoffgehalt zurückgeht. Das ist die Ideologie, die wir bei den Kaminen hatten: Möglichst hoch, um zu verdünnen; die wir jetzt bei den Strahlen haben: Kamine möglichst hoch, um zu verdünnen; die wir bei der Abwassersituation haben: möglichst Wasser zuführen, um geringere Werte zu haben. Das kann doch nicht auf Dauer die Politik im Umweltbereich sein.

(Beifall bei der SPD und Bravo! – Zuruf des Abg. Kling)

– Wir wissen es nicht, Herr Kollege Kling. Das ist eine Frage der konservativen Betrachtung, auf die Sie sich ja immer wieder berufen, wenn es sinnvoll ist, wenn wir uns über Folgen bestimmter Maßnahmen unterhalten.

Ich kann nicht sagen, daß das absolut tödlich ist. Ich habe mir in diesem Fall auch keine apokalyptischen Bilder gemalt, das muß ich Ihnen ganz ehrlich sagen, weil ich der Meinung bin, daß wir hier noch eine Menge Forschung zu betreiben haben. Hier bedarf es noch einiger Erkenntnisse. Nur, wenn sich herausstellen sollte, daß die Filterstäube hinsichtlich ihrer Gefährdungsart und ihres Gefährdungsgrades anders zu behandeln sind, dann bin ich darum froh, daß ich sie gesondert gelagert habe, um sie gegebenenfalls einer Sonderbehandlung, die sich später einmal ergeben könnte, zuführen zu können. Ich verbacke sie nicht mit irgend etwas anderem, so daß ich sie nicht mehr herausholen kann.

Wir verfolgen doch bei fast allen Abfällen das Prinzip, eine möglichst starke Homogenisierung zu erreichen, weil nur homogene Abfallstoffe eine gewisse Chance der Nachbehandlung, der Aussonderung und der Recyclingung mit sich bringen. Ich hoffe, daß wir uns da einig sind. Hier wird aber vom Ministerium als Strategie – wenigstens in der Debatte im Ausschuß – empfohlen, Schlacke und Stäube zu vermischen, weil das die beste Art sei. Ich kann nur sagen, daß dies abenteuerlich ist und mit Ihrem Sach- und Fachverstand nicht in Einklang gebracht werden kann.

Ich bitte Sie, sich doch auch noch dazu zu äußern, gegebenenfalls doch noch die Kurve zu kratzen und diesen Antrag anzunehmen. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Kling. Bitte, Herr Kollege!

Kling (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde nicht die Kurve kratzen, aber den Herrn Kollegen Kolo in einigen Punkten ansprechen.

Erste Anmerkung, Herr Kollege Kolo, zur TA Luft:

Die TA Luft setzt technische Normen, sie ist ein technisches Regelwerk, sie ist Grundlage aller Genehmigungsbescheide in Raumordnungsverfahren, in Planfeststellungsverfahren und im Vollzug.

(Abg. Kolo: Die bestehen doch schon alle!)

Die Verschärfung zulässiger Emissionen und die Anhebung der Grenzen für zulässige Schadstoffe

(Abg. Kolo: Alles Altanlagen, Herr Kollege!)

werden in den nächsten Jahren zu einer fortschrittlichen und verschärften Umweltpolitik führen. Damit wird eine Um- und Nachrüstung einer Vielzahl von Anlagen in Bayern und in anderen Bundesländern verbunden sein. Die Verschärfung um die von mir vorher genannten Faktoren bei einzelnen Stoffen von zwei bis zu 200 wird auch zur Folge haben, daß unsere Filter- und Reinigungstechniken völlig neu überdacht und konzipiert werden müssen.

(Abg. Kolo: Haben wir aber nicht!)

Diese Schadstoffrückhaltung mittels Filter, vor allen Dingen bei den Stoffen der staubförmigen, anorganischen schwermetallhaltigen Stäube mit den hohen Anforderungen der TA Luft neu zu erreichen, wird nur dann möglich sein, wenn wir mit modernsten Technologien, wie ich sagte, wie Naßwäsche, wie Trockenabsorption oder möglicherweise auch Elektrofiltern, arbeiten. Kein einziges Werk wird davon ausgenommen sein, die Nachrüstung zu betreiben.

Weitere Anmerkung: Wie ist der Stand tatsächlich konkret in Bayern? Sie wollten es wissen. Ich kann Ihnen nicht ersparen, es Ihnen jetzt mit ein paar Sätzen zu sagen. In Bayern haben wir insgesamt neun Anlagen der Müllverbrennung, wo Ofeneinheiten über weitergehende Reinigungsstufen und über eine Schadstoffabgasreinigung verfügen, die im Prinzip die Anforderungen der TA Luft, Teil III neu, erfassen.

(Abg. Kolo: Machen Sie sich doch nicht lächerlich!)

Das sind Bamberg, Geiselbullach, Ingolstadt, Kempten mit dem Ofen 3, München-Nord mit dem Block 3, Nürnberg mit dem Ofen 4, Schwandorf und Würzburg. Das sind die Anlagen, die mit ihren Emissionen und ihren Schadstoffen in etwa der TA Luft neu entsprechen.

Zweitens haben wir Verbrennungsanlagen und Ofeneinheiten, wo Nachrüstungsmaßnahmen in Vorbereitung sind: Kempten Ofen 1 und 2 sind in Planung, 1986 wird der Umbau in Markt Oberdorf begonnen, für den Block 2 in München-Nord wird ein Ersatz geplant, in Nürnberg sind die Öfen 1 bis 3 in Planung, und in Rosenheim ist 1986 die Vergabe vorgesehen. Hier werden umfassende Nachrüstungsmaßnahmen betrieben werden, um auf den neuesten Stand der Technik zu kommen.

Drittens. Verbrennungsanlagen, bei denen noch Nachrüstungsmaßnahmen durchzuführen sind und wo noch ein Nachholbedarf besteht, sind Landshut, München-Süd und Neufahrn. Es besteht kein Meinungsunterschied, daß da die TA Luft, die im März in

(Kling [CSU])

Kraft gesetzt werden wird, ganz enorm gesteigerte, gehobene Anforderungen bringen wird.

Sondermüllverbrennungsanlagen, auch dies wollten Sie wissen: Ebenhausen hat ohne jede Beanstandung unzulässiger Emissionen Gaswäsche; das haben Sie selbst gesagt. Schwabach ist gegenwärtig in Nachrüstung. In Schweinfurt sind die Genehmigungsverfahren und die Ausschreibung für die Nachrüstung und eine moderne Filtertechnologie und Abgasreinigung in Arbeit.

Dies ist, Herr Kollege Kolo, die Folge unseres Landtagsbeschlusses vom 17. Oktober 1984, in dem wir allen Betreibern zur Auflage gemacht haben, nach- und umzurüsten und ihre Rückhaltetechnologien auf den neuesten Stand zu bringen. In Bayern gibt es bei diesen zuletzt genannten Anlagen mit Sicherheit den von Ihnen zitierten Nachholbedarf, nur werden auch Sie wissen, daß es nicht möglich ist, im Hauruck-Verfahren von heute auf morgen insgesamt 17 Anlagen in Bayern auf den jeweils neuesten Stand zu bringen.

Dann haben Sie stark attackiert, daß angeblich eine Verdünnungsstrategie unser Konzept wäre und daß dies falsch sei. Als Beispiel haben Sie Schlacken und Stäube angeführt. Die Dioxin-Kommission des Bundesinnenministers hat in ihrem Bericht sehr überzeugend dargelegt, daß man zwischen Schlacken und Stäuben, je nachdem, was mit ihnen geschieht, unterscheiden muß.

Soweit Schlacken einer weiteren Verwertung zugeführt, aus ihnen Baumaterialien, Schüttgüter, Baustoffe, was auch immer, hergestellt werden und eine Verbrennung außerhalb einer Reststoffdeponie erfolgt, sind diese Schlacken von Filterstäuben zu trennen. Das halte ich für sehr richtig und für konsequent, und das tun wir in Bayern. Sobald aber das Schlackengemisch mit den Filterstäuben auf der Reststoffdeponie verbleibt, so die Dioxin-Kommission, bestehen keinerlei Bedenken. Im Gegenteil, die Kommission hat sogar erklärt, daß es zweckmäßig ist, Schlacken plus Stäube ineinander vermengt zu haben, weil dabei die Gefahr der Entmischung, die Gefahr der Verwehung, die Sie in Ihrem Antrag ja gebracht haben, so nicht gegeben ist. Auch hier, Herr Kollege Kolo, zeigt sich, daß Sie zwischen verschiedenen Sachverhalten und Tatbeständen nicht unterscheiden können. Trennen Sie in Ihrer Argumentation bitte, was jeweils mit Reststoffen zu geschehen hat.

Wenn man solche Schlacken außerhalb einer Deponie unterbringt, dann mögen Sie recht haben. Wenn man aber innerhalb einer Reststoffdeponie Schlacken und Stäube gemeinsam ablagert, dann ist aus allen Gesichtspunkten der Vorsorge, auch nach der Meinung der seriösen Wissenschaft, eine gemeinsame und koordinierte Aufbewahrung und Lagerung richtiger, um damit einer Verwehung zu begegnen, um die Auslaugungsfähigkeit geringer zu halten, um Lagerraum und Deponiegelände zu sparen.

Alles in allem stelle ich noch einmal für diejenigen fest, die sich möglicherweise nicht voll informiert fühlen, siehe unsere Debatte von gestern:

Wir haben bei unseren Abfall- und Müllverbrennungsanlagen in Bayern, gemessen an dem Stand der bisherigen Technik, eine höchst moderne Technologie, wir haben überwiegend hochwirksame Rauchgasreinigungsanlagen in Betrieb, im Bau oder in Planung. Die Mindesttemperaturen werden eingehalten.

Herr Kollege Kolo, auch hier unterliegen Sie einem Irrtum. Entscheidend ist nicht, ob die Mindestverbrennungstemperatur 800 oder 900 oder 1100 oder 1200 Grad ist, sondern entscheidend ist, unter welchen Verbrennungsbedingungen, so die Dioxin-Kommission, die Verbrennung erfolgt. Die Dioxin-Kommission hat gesagt, wenn z. B. nur Temperaturen von 700 bis 800 Grad Celsius im Verbrennungsraum vorhanden sind, daß dann eine Nachverbrennung geschehen und ein Sauerstoffüberschuß bei der Verbrennung mit mindestens 6 Prozent Sauerstoffzugabe gewährleistet sein muß. Ihre vorhin vorgetragene Behauptung, in Bayern würde nach wie vor mit 500, 600, 700 Grad verbrannt, ist halt schlichtweg auch nur die halbe Wahrheit und technisch nicht das Gelbe vom Ei. Wenn Sie schon diskutieren, sollten Sie zumindest bei solchen technologischen Prozessen die gesamte technische Wahrheit sehen. Das haben Sie leider unterlassen.

Übrigens wird bei uns in bayerischen Anlagen längst, bevor Sie es beantragt haben, sowohl in der Brennkammer selbst als auch in der Nachbrennkammer die Temperatur gemessen, und dies kontinuierlich. Auch hier ist Ihr Vorhalt längst überholt.

Das gilt auch für die Mindestverweilzeiten. Auch dies ist ein Punkt, wo wir seit 1982 hinzugelernt haben. Zur Frage der Kollegin Meier von vorhin: Erst durch die Verbrennung von Seveso-Giften von Ciba-Geigy in Brüssel – bei 1200 Grad übrigens schadlos geschehen, bei allen 43 Fässern sind nachweislich nicht einmal Spuren von Dioxin feststellbar, ein Zeichen dafür, daß die Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler noch denken können, ihre Verantwortung kennen – haben wir die Erkenntnis, daß die Verweilzeit in der Brennkammer unter den vorher geschilderten Brennzeiten und Verbrennungsverhältnissen mindestens 0,6 bis 2 Sekunden dauern muß, wobei von Bedeutung ist, daß gleichmäßige Verbrennungsführung besonders wichtig neben Verweilzeit und Verbrennungstemperatur ist.

Bei den neuen Werten der TA Luft, wobei die Dioxin-Kommission als zusätzliche Sicherung für besonders wichtig die Absenkung von CO₂ von 1000 auf 100 mg/cbm und die Absenkung der Gesamtkohlenstoffmenge auf 50 mg/cbm hielt, kann jedermann in Bayern und in Deutschland sicher sein, daß wir nach dem modernsten Stand der Technik bei der Genehmigung und in Raumordnungsverfahren bei Abfall- und Müllverbrennung arbeiten. In diesem Punkt sind wir auch ohne Ihren Antrag, Herr Kolo, Spitze in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur **A b s t i m m u n g**. Die Ausschüsse empfehlen die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der SPD. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag mit Mehrheit **a b g e l e h n t**.

Außerhalb der Tagesordnung rufe ich die während der Vollversammlung eingegangenen Dringlichkeitsanträge auf:

1. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Tandler, Dr. Wilhelm, Diethel und anderer und Fraktion (CSU) betreffend Entschloßung für einen wirksamen Tierschutz (Drucksache 10/9322)

u n d

2. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Rothmund, Kolo und Fraktion (SPD) betreffend Novellierung Tierschutzgesetz (Drucksache 10/9325)

Werden diese Dringlichkeitsanträge von seiten der Antragsteller begründet? – Das ist nicht der Fall. Ich schlage vor, die Dringlichkeitsanträge an folgende Ausschüsse zu überweisen: für Ernährung und Landwirtschaft, für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik, für kulturpolitische Fragen, für Wirtschaft und Verkehr, für Bundesangelegenheiten und Europafragen. Das Hohe Haus ist damit einverstanden. Dann ist so **b e s c h l o s s e n**.

Ich rufe auf

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Tandler, Diethel, Dr. Beckstein und anderer und Fraktion (CSU) betreffend Bericht des Herrn Staatsministers des Innern zu Vorgängen auf dem WAA-Gelände (Drucksache 10/9323)

Wird der Dringlichkeitsantrag begründet? – Zur Begründung der Herr Kollege Diethel!

Diethel (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die CSU-Fraktion will mit diesem Dringlichkeitsantrag keine neue Diskussion über die Notwendigkeit und die Sicherheit der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage auslösen. Unsere Haltung hierzu ist, wie ich meine, allgemein bekannt. Weitere Erörterungen in diesem Zusammenhang sind kaum nötig.

Die Entscheidung, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Wiederaufarbeitungsanlage zu bauen, ist längst gefallen. Ich zitiere in diesem Zusammenhang eine Äußerung des Herrn Ministerpräsidenten, der vor einigen Tagen folgendes gesagt hat:

Wir machen nichts anderes, als was aufgrund eines einstimmigen Beschlusses eines sozialistischen Kanzlers und der sozialistischen Ministerpräsidenten der SPD-regierten Länder vor zehn Jahren als gemeinsame Energiepolitik festgelegt worden ist.

(Zustimmung bei der CSU – Widerspruch von der SPD – Abg. Kolo: Das ist die Unwahrheit!)

Soweit die Aussage des Herrn Ministerpräsidenten.

Herr Kollege Kolo, die Bayerische Staatsregierung führt pflichtgemäß durch, und das ist nicht widerlegt worden, was seinerzeit von dem von der SPD gestellten Kanzler Schmidt vernünftigerweise als richtig erkannt worden ist.

(Abg. Kolo: Sie sind falsch informiert! – Weitere Zurufe von der SPD)

Können Sie den Gegenbeweis dafür antreten? Jedenfalls ist bislang unwidersprochen, daß dies das Ergebnis der politischen Willensbildung des Bundeskanzlers Helmut Schmidt war.

Wer die Vorgänge auf dem WAA-Gelände im Taxölderner Forst richtig beurteilen will, muß sich vor Augen halten, daß die von der DWK durchgeführten Bauarbeiten unserem Rechtsstaat voll entsprechen. Unsere Rechtsordnung, meine sehr verehrten Damen und Herren, garantiert bei Großprojekten intensive Beteiligung der Nachbarn und aller möglicherweise Betroffenen. In der vergangenen Woche am Aschermittwoch ist das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zum Antrag von vier Anwohnern auf einstweilige Anordnung gegen die Baugenehmigung ergangen. Der Antrag ist abgelehnt worden, weil – so die Aussage des Urteils – keine hinreichenden Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung verfassungsrechtlich geschützter Eigentumspositionen der Kläger bestehen.

Ein weiterer Punkt ist der Selbsteintritt. Das Verwaltungsgericht Regensburg, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat den Antrag des damals amtierenden Landrats Dietmar Zierer, SPD, auf vorläufigen Rechtsschutz gegen den Selbsteintritt in einer an Deutlichkeit nicht zu überbietenden Weise zurückgewiesen. Damit hat das Gericht die Rechtmäßigkeit des vom Bayerischen Landtag auf Antrag unserer Fraktion im Verwaltungsverfahrensgesetz verankerten Selbsteintritts auch für die Landräte als Staatsbeamte in eindeutiger Weise bestätigt und damit die vordergründige Kritik der SPD daran zurückgewiesen. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat auch Anträge mehrerer Privatpersonen auf einstweilige Aussetzung des Vollzugs der Bebauungspläne westlich des Taxölderner Forstes abgelehnt.

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat die DWK nach allen rechtsstaatlichen Grundsätzen das unbestreitbare Recht, wie ich meine, den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in dem von der Baugenehmigung gesetzten Rahmen durchzuführen. Das Baugelände ist im übrigen Eigentum der DWK. Damit steht unmißverständlich und klar fest, daß rechtswidrig handelt, wer die rechtmäßigen Rodungs- und Bauarbeiten auf dem Grundstück unzulässig behindert. Er begeht, wie ich meine, zumindest Nötigung; darauf möchte ich Wert gelegt haben. Es ist dann auch die Aufgabe der Polizei, diese rechtmäßigen Bauarbeiten

(Diethel [CSU])

zu ermöglichen und strafbare Handlungen in diesem Zusammenhang zu unterdrücken und zu unterbinden.

Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich einen Satz aus der „Zeit“ vom 7. Januar zitieren, wo folgendes gesagt wird:

Kein rechtlich geordnetes Gemeinwesen kann es ohne Gefahr der Selbstaufgabe zulassen, daß sich ein Teil seiner Bürger auf selbstgewählten Inseln aus dem geltenden Recht und aus der geltenden Ordnung ausklinkt. Den Bauplatz kann – und mußte man räumen.

(Abg. Kurz: Man kann auch absperren!)

Ziel dieses Dringlichkeitsantrages ist es vor allem, vor diesem Hintergrund in der Öffentlichkeit noch einmal deutlich und unmißverständlich klarzustellen, daß bei den Vorgängen auf dem WAA-Gelände in weiten Bereichen – das haben die Kollegen miterlebt, die im Taxölderner Forst waren – eben nicht mehr von friedlichen Demonstrationen gesprochen werden kann.

Wir haben Respekt vor dem einzelnen, der Angst hat und Bedenken äußert. Niemand im Freistaat, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird je daran gehindert werden, diese seine Meinung oder auch diese seine Angst in einer friedlichen Demonstration geltend zu machen. Die Mehrheit der WAA-Gegner hält sich auch daran.

Es ist zwingend geboten, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine klare Trennungslinie gegenüber denen zu ziehen, die ihre Meinung nicht mit friedlichen Mitteln zum Ausdruck bringen. Leider sind eben eklatante Rechtsverletzungen und kriminelle Handlungen begangen worden. Fast täglich wurden im Taxölderner Forst neue Straßensperren und Barrikaden an öffentlichen Wegen errichtet, auch sogenannte Wolfsgruben, die abgedeckt wurden in der Annahme, es wird sicherlich schon einmal einer der Offiziellen hineinfallen.

Wir haben selbst auch Tausende von Nagelstellen in Bäumen gesehen, wo 30 cm lange Nägel eingeschlagen wurden; man nennt das vernageln. Man kann darüber lächeln, aber wenn diese langen Nägel in die Säge kommen, und damit muß jeder rechnen, der solche Nägel eingetrieben hat, kann es beim Auftreffen der Säge auf diese Hindernisse zu fürchterlichen Verletzungen kommen, wenn diese Nägel aus dem Holz des Stammes geschleudert werden und den treffen, der die Baumsäge betätigt,

(Abg. Fendt: Die Ketten reißen ab!)

oder wenn Ketten durch solche Nägel gesprengt werden.

Das alles, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat mit friedlichen Demonstrationen, wie sie das Grundgesetz verbürgt, nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Gott sei Dank ist es bisher nicht zu Todesfällen oder schweren Verletzungen bei Arbeitern oder bei der Polizei gekommen.

(Abg. Kurz: Bei den Bürgern der Oberpfalz ist es zu Verletzungen gekommen!)

Von friedlichen Demonstrationen kann auch dann nicht gesprochen werden, wenn zum Beispiel, wie anläßlich eines Informationsbesuches zweier Kabinettsmitglieder, von Herrn Innenminister Hillermeier und Justizminister Lang, und von CSU-Parlamentariern diese in geradezu hysterischer Weise als Faschistenschweine, als Nazis, als Landesverräter beschimpft werden; der Kollege Humbs ist als Heimatverräter bezeichnet worden und als CSU-Nazisau. Mit so üblen Bezeichnungen sind wir bei unserem Besuch belegt worden. Auch daß Kollege Zeitler durch Demonstranten behindert worden ist, hat mit einer friedlichen Demonstration sicherlich nichts mehr, aber auch gar nichts mehr zu tun.

(Abg. Kurz: Das zeigt Ihre Beliebtheit!)

Es hat mit friedlicher Demonstration auch nichts mehr zu tun, wenn das Auto eines Kommunalpolitikers, der ebenfalls zu unserem Besuch geladen war, durch ausgelegte sog. Krähenfüße lahmgelegt wird oder die Zufahrtsstraße zum Sitzungslokal blockiert wird und ähnliche Dinge mehr. Dasselbe gilt, wenn Leute, die sich zur WAA bekennen, wie uns von Kommunalpolitikern vor Ort bestätigt wurde, stundenlang telefonisch terrorisiert werden oder Angst haben müssen, daß möglicherweise am nächsten Morgen ihre Hausfassade oder ihre Haustüre beschmutzt und beschmiert ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf die Frage an die SPD stellen, ob sie bereit ist, eine klare Trennungslinie zu den gewalttätigen Demonstranten zu ziehen. Diese Frage muß gestellt werden.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann und Abg. Dr. Rothmund: Diese Frage ist eine Unverschämtheit! – Abg. Kurz: Vernagelt ist das!)

– Ich rede hier weiß Gott nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, sozusagen in die blaue Luft hinein, sondern zitiere damit nur, das bitte ist mir zuzugestehen, die Frankfurter Allgemeine vom 7. Februar, die da wörtlich schreibt:

Noch bedenklicher ist, in welcher schlechter Gesellschaft sich die bayerische SPD wohlfühlt. Im Oberpfälzer Wald agitieren nicht nur Idealisten und Ökologen, sondern auch der Mob und der Pöbel.

(Zuruf der Frau Abg. Harrer)

(Diethel [CSU])

– Ich darf das Zitat zu Ende führen.

Die SPD wird vielleicht sagen, sie könne sich ihre Verbündeten nicht aussuchen. Oh doch! Wie stark ihr Risikobewußtsein ausgeprägt war, zeigten ihre geradezu flehentlichen Ermahnungen an die Adresse der Demonstranten, von allen Gewalttaten abzusehen. Nun stellt sie, um den Schein zu wahren, sämtliche Protestaktionen als friedlich hin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte es bei diesen Ausführungen bewenden lassen und nur noch eine Frage an Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, stellen: Billigt es die SPD, der Schwandorfer SPD-Landrat Hans Schuierer an einer ungenehmigten Veranstaltung in der Münchner Universität teilnimmt

(Abg. Jena: Ich war auch dabei!)

und dort den Verantwortlichen des Staates vorwirft

(Abg. Frhr. von Truchseß: Seit wann sind Veranstaltungen in geschlossenen Räumen genehmigungspflichtig?)

– Ich darf zitieren, Herr Kollege von Truchseß –, den Abstand zwischen diktatorisch beherrschten Staaten und der bayerischen harten Linie, Widerstand zu brechen, immer mehr verringert zu haben?

(Abg. Kurz: Sehr richtig!)

– Auf Ihren Zwischenruf, Herr von Truchseß, darf ich Sie fragen: Billigt es die SPD, daß ihr Pressesprecher wörtlich feststellt, es sei ihm

(Abg. Frhr. von Truchseß: Es geht um eine genehmigungsfreie Veranstaltung!)

„vollkommen schnurzpiepegal“, ob die Veranstaltung genehmigt war oder nicht? Das hat Ihr Pressesprecher gesagt, und das ist immerhin eine Aussage, die auch Ihnen zu denken geben sollte.

(Abg. Frhr. von Truchseß: Das war doch eine Veranstaltung in geschlossenen Räumen ohne Genehmigungspflicht! – Abg. Kolo: Sie waren doch gar nicht dabei, Sie reden Unsinn! – Abg. Kurz: Wir werden nicht darauf warten, was Sie von der CSU genehmigen und was nicht! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun hat der SPD-Landesvorstand angekündigt, geschlossen an einer Friedensdemonstration in Wackersdorf teilzunehmen.

(Abg. Frhr. von Truchseß: Eine Zumutung ist das für dieses Haus! – Abg. Dr. Böddrich: Das ist doch nicht Gegenstand unserer Beratungen; wir reden doch nicht über Parteiaktionen, sonst reden wir einmal über Ihre!)

– Ich darf mit Ihrer Erlaubnis aber darauf hinweisen, Herr Kollege. Es ist zu fragen, ob der SPD nicht

bekannt ist, daß Gewalttäter, die bei den dortigen Demonstrationen festgestellt worden sind, Mitglieder von Terrororganisationen sind. Danach muß mindestens gefragt werden.

Ich darf Sie, Herr Kollege Böddrich, auch daran erinnern, daß die WAA von diesen Kreisen wider besseres Wissen als Atomwaffenfabrik, als militärisches Kriegsobjekt bezeichnet worden ist und daß bei der Ankündigung dieser Friedensdemonstration Abrüstungsbemühungen, Waffen im Weltraum und die WAA in einen Topf geworfen werden, auch behauptet wird, daß die Wiederaufbereitungsanlage ein „Werk zur Herstellung von Atombomben“ sei.

(Abg. Kurz: Was Sie jetzt schon alles in einen Topf geworfen haben!)

Das sind Äußerungen von Leuten, die sich mit Ihnen zusammengetan haben, so steht es jedenfalls in der Presse, um die Demonstration durchzuführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CSU-Landtagsfraktion will mit ihrem Dringlichkeitsantrag insbesondere auch allen Sicherheitskräften, die eingesetzt worden sind, für ihren pflichtbewußten und vorbildlichen Einsatz gegen Gewalttäter und Störer unter schwierigen Bedingungen danken.

(Beifall bei der CSU)

Wir unterstützen nachdrücklich die Linie des Innenministers, der Polizeiführung und auch der Einsatzleitung vor Ort und bitten sie, auch in Wackersdorf die bewährte bayerische Linie konsequent durchzuhalten. Wir begrüßen es insbesondere, daß der Innenminister alles in die Wege geleitet hat, um vereinzelt aufgetretene Schwierigkeiten bei der Unterkunft und Ausrüstung umgehend abzustellen.

(Abg. Hiersemann: Kniefall, Herr Diethel!)

– Herr Kollege Hiersemann, Ihr Zwischenruf gibt mir die Möglichkeit, in der gebotenen Kürze folgendes festzustellen:

Der Arbeitskreis war in Anwesenheit des Innenministers dort. Bei dieser Gelegenheit haben Polizeibeamte ihre Anliegen vorgetragen, Ihnen sicherlich auch. Dabei ist gesagt worden, die Ausrüstung sei ausgezeichnet mit Ausnahme

(Abg. Kolo: Die Waffen betreffend!)

z. B. gefütterte Stiefel; das wurde beispielhaft vorgebracht. Auch ist die Frage der Unterkunft angesprochen worden. Aber gleichzeitig hat der Innenminister erklärt, für die Anmietung sei bereits gesorgt; es wurde Abhilfe geschaffen. Von der Polizei sind Dinge angesprochen worden, die zum Teil auf örtlicher Ebene noch nicht bereinigt waren und die wir weitergegeben haben. Aber es hat keine Kritik am Innenminister gegeben; das möchte ich in der gebotenen Deutlichkeit klarstellen.

(Abg. Dr. Rothmund: Alles Mißverständnisse!)

(Diethel [CSU])

Ich stehe zu dem, was ich gesagt habe, auch wenn Randprobleme, die in der Pressekonferenz angesprochen wurden, nachher stärker gewichtet worden sind.

(Abg. Kolo: Das ist klar!)

Ich werde dazu auch in der weiteren Diskussion meine Meinung in der gebotenen Klarheit sagen.

Ich meine jedenfalls, daß es ein legales Anliegen der Polizei ist, ihre Probleme – kleine Probleme – vorzutragen. Vom Innenminister wurde in Wackersdorf noch an Ort und Stelle Erledigung zugesichert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stellen uns bewußt in Gegensatz zur SPD, die mit ihrem Vorwurf des „Terrors von oben“ – diese Formulierung ist leider gebraucht worden – eine Hetze schlimmster Art betrieben hat.

(Abg. Walter Engelhardt: Staatsgefährdend!)

Von Ein-Mann-Demokratie des Franz Josef Strauß war die Rede.

(Abg. Dr. Böddrich: Das wissen wir ja alle!
Das wißt Ihr doch besser als wir! – Weitere
Zurufe von der SPD)

– Aber Herr Kollege Dr. Böddrich, das glauben Sie doch selbst nicht!

(Abg. Dr. Böddrich: Aber er macht das gut!
– Abg. Frhr. von Truchseß: Das hat er gestern
bewiesen! – Abg. Jena: Das ist ein Zitat
aus einem CSU-Blatt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem der Kollege Hiersemann am Politischen Aschermittwoch sogar dem großen Staatsmann Franz Josef Strauß gehuldigt hat, können Sie sich, Herr Dr. Böddrich, dem doch nicht verschließen.

(Abg. Hiersemann: Wo habe ich ihm denn
gehuldigt?)

– Denken Sie an Ihre Rede! Sie haben wenigstens sinngemäß, Herr Kollege Hiersemann, zum Ausdruck gebracht, daß der Bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß zweifellos ein sehr bedeutender Staatsmann sei.

(Abg. Hiersemann: Niemals!)

Eine solche Bemerkung habe ich zumindest im Radio gehört.

(Zurufe von der SPD – Abg. Kurz: Beschuldigt,
nicht gehuldigt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Zusammenhang mit den rechtmäßigen Räumungen hat kein geringerer als Landrat Schuierer von „Terror in Vollenburg“ gesprochen und sich sogar zu der Behauptung verstiegen, daß Polizisten in kriegsmäßiger Ausstattung auf friedliche WAA-Gegner losgeschickt worden seien und – dies ist nie bewiesen worden – Hunde auf Demonstranten gehetzt hätten.

(Abg. Dr. Böddrich: Da gibt es Bilder!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Solche Äußerungen sind unverantwortlich, weil damit die Polizei wieder einmal zum Prügelknaben der Nation gemacht wird.

(Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Böddrich: Da gibt es ja Bilder, da gibt es ganze Fernsehfilme! – Abg. Kurz: Haben Sie die Frau im Krankenhaus besucht? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Da muß schon die Frage gestellt werden: Was kann sich ein Landrat Schuierer als staatlicher Beamter auf Kreisebene, auf Landratsebene noch alles leisten?

(Abg. Kolo: Von Hunden beißen lassen! – Weiterer Zuruf von der SPD: Die Dame hat sich selber gebissen!)

Diese Frage muß gestellt werden. Ich glaube, der Bayerische Landtag war gut beraten, daß er damals rechtzeitig, wie ich meine, den Selbsteintritt im Verwaltungsverfahrenstatuier hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD muß sich auch fragen lassen, und diese Frage muß sie beantworten, ob sie sich für die parlamentarische oder für die außerparlamentarische Opposition entscheiden will. Diese Frage können wir der SPD nicht erlassen.

Für die CSU, meine Damen und Herren, steht fest, daß die Einsatzleitung und die Polizeibeamten vor Ort großartige Arbeit, gute Arbeit geleistet haben. Die Polizei und die Oberpfälzer Bevölkerung haben durch ihr besonnenes Verhalten entscheidend dazu beigetragen, daß bisher größere Ausschreitungen verhindert worden sind. Für uns kann es keine Diskussion darüber geben, daß wir auch künftig Rechtsbrüche weder auf dem WAA-Gelände noch sonstwo dulden werden. Wir halten an unserer, wie ich meine, bewährten bayerischen Linie fest, durch rechtzeitige Bereitstellung ausreichender Einsatzkräfte zur Befriedung beizutragen und Gewalttätigkeiten vorzubeugen. Die CSU-Landtagsfraktion, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird weiterhin ihren Teil dazu beitragen, daß dies auch künftig in vollem Umfang sichergestellt werden kann. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Das Wort hat der Herr Staatsminister des Innern.

(Abg. Hiersemann: Erst mal muß man doch wohl zum Antrag sprechen!)

– Herr Kollege Hiersemann, die Staatsregierung kann zu jedem Zeitpunkt das Wort ergreifen; das steht in unserer Geschäftsordnung.

(Abg. Hiersemann: Erst muß doch über den Dringlichkeitsantrag abgestimmt werden!)

– Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Dr. Rothemund!

Dr. Rothemund (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben soeben damit begonnen, uns

(Dr. Rothemund [SPD])

geschäftsordnungsmäßig mit dem von der CSU gestellten Antrag zu beschäftigen. Es ist also ein Tagesordnungspunkt aufgerufen, und bevor dieser Tagesordnungspunkt nicht abgeschlossen ist, gibt es keine Möglichkeit der Staatsregierung, sich zu äußern.

(Abg. Fendt: Wo steht denn das?)

Sie kann sich erst nach Beendigung des Tagesordnungspunktes äußern.

Im übrigen habe ich den Verdacht, daß der Herr Staatsminister, noch bevor der Landtag beschlossen hat, daß er berichten soll, das Wort ergreifen will, um von sich aus zu berichten.

Ich meine, wir müssen uns wirklich einmal darüber unterhalten, ob wir in der Zukunft die Sitten in diesem Hohen Hause weiter im Sinne eines völligen Abgehens von der Bestimmungen unserer Geschäftsordnung verändern wollen. Wollen Sie das, oder wollen Sie es nicht?

Ich möchte also darum bitten, daß wir uns zunächst einmal darüber äußern, ob über den Antrag jetzt entschieden werden soll. Erst dann kann die Staatsregierung ihrerseits eine Erklärung abgeben.

Erster Vizepräsident Kamm: Ich darf einmal die Geschäftsordnungsbestimmung vorlesen. § 126 lautet:

Die Mitglieder der Staatsregierung und die von ihnen bestellten Beauftragten haben zu allen Sitzungen des Landtags, seiner Ausschüsse und Unterausschüsse Zutritt. Sie können verlangen, daß der Präsident der Vollversammlung... ihnen während der Beratung jederzeit, auch außerhalb der Tagesordnung, aber nach Abschluß einer Rede, das Wort erteilt.

(Abg. Dr. Rothemund: Wir sind in der Geschäftsordnung; das muß doch erst entschieden werden!)

Bitte, Herr Kollege Tandler!

Tandler (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manchmal verstehe ich die Welt nicht mehr.

(Beifall bei der CSU)

Aber das ist offensichtlich, um Ihren Wortschatz zu gebrauchen, auch ein Ausdruck von Verkommenheit.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich kann der Kollege Hiersemann jederzeit reden, und selbstverständlich ist der Innenminister jederzeit bereit, zugunsten des Herrn Hiersemann zu verzichten. Er hat sich gemeldet, und der Präsident hat ihn aufgerufen. Sie sagen halt, daß es Ihnen recht ist, wenn jetzt der Herr Hiersemann spricht. Dagegen haben wir selbstverständlich nicht das Geringste einzuwenden; denn so verkommen, wie Sie uns gern unterstellen, sind wir wirklich nicht.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Das Wort hat der Herr Kollege Hiersemann!

Hiersemann (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will noch einmal etwas sagen zu der Geschäftsordnungsfrage soeben.

Das, was der Kollege Tandler als große Gnade der CSU-Fraktion dargestellt hat, war keine.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU)

Wenn eine Fraktion einen Dringlichkeitsantrag einbringt, wie dies der Fall ist, und wenn dieser Dringlichkeitsantrag, wie es durch den Kollegen Diethel gesehen ist, begründet wird, hat die Opposition das Recht, ebenfalls ihre Meinung –

(Zurufe von der CSU, u.a. Abg. Fendt: Hätten Sie sich doch gemeldet! – Abg. Dr. Rost: Sie reden doch! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten – Frau Abg. Geiss-Wittmann: Da gibt's gar nichts zu kritisieren!)

– Lassen Sie mich doch mal ausreden! Ich wäre schon sehr dankbar, wenn ich ausreden könnte! – zum Dringlichkeitsantrag zu äußern. Dann kann natürlich ein Mitglied der Staatsregierung ebenfalls zum Dringlichkeitsantrag sprechen, aber nicht den geforderten Bericht abgeben, weil das ja wohl erst nach Beschlußfassung über den Antrag geht.

(Erneute Zurufe von der CSU, u.a. Abg. Will: Sie wissen doch gar nicht, was der Minister sagen wollte!)

Wenn das so klar gewesen wäre, frage ich mich, warum der Herr Hillermeier zum Rednerpult gehen wollte!

(Heiterkeit und Zurufe von der CSU – Abg. Fendt: Es wird ja immer noch besser! – Abg. Möslein: Jetzt wollen Sie ihm schon vorschreiben, wann er wohin geht! – Glocke des Präsidenten)

– Nein, ich will ihm nicht vorschreiben, wann er geht, aber ich bestehe auf dem Recht der Opposition, zu Anträgen sprechen zu können.

(Abg. Fendt: Hätten Sie sich halt frühzeitig gemeldet! – Abg. Wengenmeier: Was soll denn das überhaupt? – Abg. Daum: Er ist halt übersehen worden, mein Gott!)

– Herr Kollege Fendt, ich habe mich bereits zu Beginn der Rede des Kollegen Diethel beim Herrn Präsidenten gemeldet.

Und nun zu der Begründung des Herrn Kollegen Diethel.

Erster Vizepräsident Kamm: Herr Kollege Hiersemann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Tandler?

Hiersemann (SPD): Bitte sehr!

Tandler (CSU): Herr Kollege Hiersemann, sind wir uns nicht wenigstens darin einig, daß Ihre Vorwürfe an uns und an den Herrn Innenminister gegenstandslos sind und daß Sie sich halt über die Amtsführung des Herrn Präsidenten beschweren müßten, an der ich aber nichts auszusetzen finde?

(Beifall bei der CSU)

Hiersemann (SPD): Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender der CSU, ich bestreite nicht, daß ein Körnchen Wahrheit in Ihrer Frage war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu der Begründung des Herrn Kollegen Diethel:

Herr Kollege Diethel, ich habe nicht ganz begriffen, was Sie jetzt noch mit dem Bericht des Innenministers wollen. Ich bin immer davon ausgegangen, daß man sich einen Bericht anhört und ihn dann bewertet. Die Wertungen haben Sie jetzt bereits vorgenommen; also könnte man sich den Bericht ja schenken.

(Abg. Diethel: Ich kenne den Bericht nicht!)

Sie haben zum Beispiel gesagt: Es ist nicht wahr, daß da Hunde auf Menschen losgegangen sind. Wir wissen, daß Menschen gebissen worden sind.

(Abg. Manfred Hölzl: Von wem? – Weitere Zurufe von der CSU – Glocke des Präsidenten)

Es wäre ja bald so weit gekommen, daß Sie Ihre Rede unter das Motto gestellt hätten: Demonstrant beißt Hund!

(Abg. Walter Engelhardt: Schuierer beißt sich selbst!)

Hier wird ja wohl einiges verdreht. Wenn ich mir Ihren Antrag ansehe, muß ich sagen: Dabei fehlen ein paar Punkte. Insbesondere fehlt die Kritik, die von Ihnen und von Herrn Beckstein am Innenminister und an der Vorbereitung des Polizeieinsatzes geübt wurde. Ich habe da doch wohl in der Zeitung richtig gelesen, daß Sie das kritisiert haben: mangelnde Unterkunfts-möglichkeiten, fehlende sanitäre Einrichtungen, keine Stiefel,

(Abg. Huber [Landshut]: Die sind wohl barfuß gewesen?)

Sommerreifen an den Autos. Dann hat Sie der bayerische Ministerpräsident am nächsten Tag trocken rasiert, und daraufhin haben Sie den Kniefall gemacht.

(Abg. Diethel: Von wegen!)

Ich habe doch wohl recht mit dem, was ich im Sicherheitsausschuß gesagt habe: Der Innenarbeitskreis der CSU muß ja die reinste Desinformationstruppe sein, wenn das alles nicht gestimmt hat, was Sie da gesagt haben. Ich frage mich nur, warum das hier im Antrag nicht auftaucht. Das sind doch auch Fragen, die das Land interessieren und die vor allem die Polizeibeamten interessieren! Darüber sollte man dann doch auch reden.

Was die Wiedergabe meiner Rede in Vilshofen angeht, Herr Diethel: Ich muß sagen, Sie müssen bes-

ser zuhören. Das Wort „Staatsmann“ ist von mir nicht gebraucht worden. Es würde mir im Zusammenhang mit dem bayerischen CSU-Landesvorsitzenden auch nie einfallen.

(Beifall bei der SPD – Lebhafter Widerspruch bei der CSU, u. a. Abg. Manfred Hölzl: Das ist primitiv! – Abg. Will: Primitiver geht es nicht! – Abg. Möslein: Das ist in höchstem Maße arrogant! – Glocke des Präsidenten)

– Ist was? Ich werde doch noch das Recht haben, hier meine Meinung zu sagen! Wo leben wir denn?

(Weitere Zurufe von der CSU – Erneut Glocke des Präsidenten)

– Frau Kollegin Stamm, ich kann mich nicht erinnern, hier jemanden beleidigt zu haben. Ich habe nur gesagt, daß ich Herrn Strauß nicht in einen Zusammenhang mit dem Wort „Staatsmann“ bringe. Dabei bleibe ich. Unter einem Staatsmann stelle ich mir was anderes vor.

(Abg. Niedermayer: Das war vorhin anders formuliert! – Abg. Dr. Richter: Aber Sie halten sich wohl selbst für einen Staatsmann?)

– Herr Richter, ich bezeichne mich nicht als Staatsmann.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Aber Sie können gern weiter eine Reihe solcher Zwischenfragen stellen. Sie zeigen nur das Niveau, auf dem Sie hier arbeiten.

(Abg. Dr. Richter: Das Niveau haben Sie reingebracht!)

– Mein Gott, warum sind Sie denn so aufgeregt, Herr Richter?

(Abg. Dr. Richter: Wir sind gar nicht aufgeregt, wir wollen uns bloß nicht auf Ihr Niveau hinabbegeben!)

Wenn ich mich erinnere, welchen Unflat an Ausdrücken Sie über den Bundeskanzler Schmidt ausgeschüttet haben,

(Abg. Dr. Richter: Wo denn, wann denn?)

galt das nicht als Beleidigung, sondern als Wertung, die man als Oppositionspolitiker vornehmen kann,

(Zustimmung bei der SPD)

einschließlich hoher Repräsentanten Ihrer Partei.

(Abg. Spitzner: Ist denn der Schmidt überhaupt noch bei Ihnen? – Abg. Diethel: Was haben Sie jetzt gesagt?)

– Ich will ja gerade dazu kommen.

Also erstmal: Ich habe Strauß nicht als Staatsmann bezeichnet. Daran halte ich fest.

(Zuruf von der CSU)

(Hiersemann [SPD])

- Nein, aber den Herrn Diethel interessiert es, und deswegen muß ich ihm das sagen.

(Abg. Diethel: Ja, bitte!)

Ich habe gesagt, ich bestreite nicht, daß der Herr Strauß eine bedeutende Führungspersönlichkeit – und jetzt hören Sie genau zu – war. Das habe ich gesagt. Dann habe ich weiter gesprochen, was dann auch im Fernsehen kam, von den grauen Mäusen und allem Möglichen; das war der Zusammenhang. Ich würde bitten, daß Sie richtig zitieren, Herr Diethel, wenn Sie davon sprechen.

Nun zu Ihrer Begründung, Herr Diethel. Ich muß sagen, ich habe den Teil Ihrer Rede, in dem Sie die Sozialdemokraten aufgefordert haben, sich von Gewalttaten zu distanzieren, als eine eklatante Unverschämtheit empfunden, als nichts anderes.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben nicht den geringsten Anlaß,

(Doch! bei der CSU)

uns von Gewalttaten zu distanzieren, mit denen wir nichts zu tun haben, die wir nicht initiiert haben, zu denen wir keine Beihilfe gegeben haben, die wir nicht unterstützt haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß Sozialdemokraten sich nur an Demonstrationen beteiligen werden, die friedlich und legal verlaufen.

(Abg. Ponnath: Das haben wir gesehen!)

Wir lassen uns nicht von einigen wenigen Chaoten unser Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit kaputt machen!

(Zustimmung bei der SPD)

Wir lassen uns von der CSU auch nicht vorschreiben, an welchen friedlichen Demonstrationen wir teilnehmen und an welchen nicht.

(Abg. Dr. Hundhammer: Was sehen Sie als friedlich an?)

Sie wissen, daß außerhalb des Parteienspektrums bei derartigen Demonstrationen auch Gewalttaten vorkommen können. Aber wir haben vor jeder Demonstration darauf hingewiesen, daß wir bereit sind, an friedlichen Demonstrationen teilzunehmen, daß wir aber Illegalität nicht unterstützen, daß wir dazu aufrufen, jedwede Gewalttat zu unterlassen, weil wir über unsere rechtsstaatliche Einstellung hinaus auch wissen, daß derjenige, der Gewalttaten verübt, der CSU in der Frage der Wiederaufarbeitungsanlage auch noch in die Hand arbeitet.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt hier für uns nicht den geringsten Grund, uns zu distanzieren.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Diethel?

Hiersemann (SPD): Selbstverständlich!

Diethel (CSU): Herr Kollege Hiersemann, sind Sie angesichts Ihrer Aussage, es gebe keinen Grund, sich zu distanzieren, auch bereit, sich von der Aussage Ihres SPD-Landrats zu distanzieren, der gesagt hat, im Taxölderner Forst passiere Terror in Vollendung?

Hiersemann (SPD): Zu dem, was der Herr Schuierer gesagt hat, Herr Kollege Diethel, komme ich nachher noch.

Sie haben weiterhin gesagt, wir sollten eine klare Trennungslinie zu Gewalttaten ziehen. Das versuchen Sie die ganze Zeit. Es gibt keine Erklärung der CSU, die nicht diese Aufforderung in dieser scheinheiligen Form enthält.

Warum denn eigentlich? Weil Sie merken, wie die Zustimmung und die Bereitschaft der Bürger in der Oberpfalz, diese WAA zu akzeptieren, immer geringer werden. Weil Sie merken, daß Ihnen der Wind immer stärker ins Gesicht bläst,

(Starker Beifall bei der SPD)

versuchen Sie, auf diese miese Art eine neue Diskussion aufzumachen. Sozialdemokraten haben keinen Anlaß und keine Notwendigkeit, sich von Gewalttaten zu distanzieren. Sie haben keine begangen,

(Abg. Diethel: Das ist auch nicht behauptet worden!)

sie werden keine begehen, aber sie werden weiter friedlich gegen dieses Wahnsinnsobjekt demonstrieren und versuchen, dagegen Mehrheiten zu schaffen.

(Starker Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Abgeordneter, einen Moment bitte! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Fischer?

Hiersemann (SPD): Bitte, Herr Abgeordneter Fischer!

Dr. Fischer (CSU): Herr Kollege Dr. Hiersemann!

(Abg. Hiersemann: Bin ich nicht!)

Sind Sie wenigstens bereit, sich von der Äußerung des Unterbezirksvorsitzenden der SPD, des Kollegen Dietmar Zierer, zu distanzieren, der unbestritten und in den Zeitungen nachlesbar auf dem Marktplatz in Schwandorf vor Tausenden Demonstranten etwa wörtlich gesagt hat: „Wir segeln hier auf dem Schiff; auf einem Atomschiff, und auf dem Schiff spielt die Bordkapelle des Todes.“ Sind Sie bereit, sich davon zu distanzieren?

(Warum denn? bei der SPD)

Hiersemann (SPD): Also langsam wird es etwas bunt hier. Warum soll ich mich hier von einer Wertung des Kollegen Zierer distanzieren? Soll ich Sie fragen, ob Sie bereit sind, sich von der Äußerung des Kollegen

(Hiersemann [SPD])

Dr. Beckstein zu distanzieren, daß sich der Richter Winter aus Amberg, der gegen die WAA demonstriert, gute Ausreden einfallen lassen müsse, wenn er weiter im Amt bleiben wolle?

(Hört! Hört! bei der SPD)

Distanzieren Sie sich mal davon, Herr Fischer!

(Beifall bei der SPD)

So. Sie haben gesagt, wir befänden uns in schlechter Gesellschaft. Ich kann nur sagen, daß sich die Sozialdemokraten in dieser Frage nicht in schlechter Gesellschaft befinden.

(Widerspruch bei der CSU)

Wir befinden uns in Gesellschaft des Bundes Naturschutz und der Bürger der Oberpfalz, und das ist eine gute Gesellschaft.

(Starker Beifall bei der SPD)

Wenn ich mir Ihre aufgeregten Reaktionen ansehe, kann ich nur sagen, Sie wären froh, wenn Sie sich in dieser Frage in so guter Gesellschaft befinden würden.

(Lachen bei der CSU)

Ich will aber auch keinen Zweifel daran lassen, daß wir nicht bereit sind, Straftaten hinzunehmen. Wenn Straftaten begangen werden, müssen diese geahndet werden. Wir sind nicht bereit zu entschuldigen, daß Abgeordnete der CSU bei ihrem Besuch in Schwandorf behindert worden sind. Das ist nicht in Ordnung. So etwas darf nicht passieren. Das zeigt aber auch eines, damit entschuldige ich es nicht, daß Sie es nämlich geschafft haben, mit dieser Anlage einen tiefen emotionalen Graben durch die Oberpfalz aufzureißen und die Bürger in zwei feindliche Lager aufzuspalten, weil Sie nicht bereit waren, der Akzeptanz in der Bevölkerung bei diesem Vorhaben auch nur das geringste Augenmerk zu schenken.

(Beifall bei der SPD – Abg. Diethel: Eine Anlage, die von Herrn Schmidt als richtig anerkannt und als notwendig erachtet wurde!)

– Ich wollte dazu nicht Stellung nehmen, weil Kollege Kolo dies machen wollte, aber nach diesem Zwischenruf gehe ich gerne darauf ein, Herr Kollege Diethel. Es ist schon erstaunlich, und Sie müssen ganz schön mit dem Rücken an der Wand stehen, wenn Ihr eigener Ministerpräsident plötzlich versucht, Helmut Schmidt als Kronzeugen heranzuziehen, und Sie dies ebenfalls versuchen.

(Zurufe von der CSU)

Früher haben Sie ihn da wohl etwas anders behandelt. Wenn Sie ihn aber schon zitieren, dann bitte richtig. Die sozial-liberale Bundesregierung hat zu keiner Zeit erklärt, daß die Wiederaufarbeitungsanlage das einzige Konzept der Entsorgung sei. Die sozial-liberale Regierung hat vielmehr erklärt, es gebe die direkte Endlagerung und die Möglichkeit der Wiederaufarbeitung, und beide Möglichkeiten müßten geprüft werden.

(Widerspruch des Abg. Erwin Huber)

Dies ist der Stand gewesen. Sie können hier nicht jemandem die Verantwortung für eine Sache zuschieben wollen, die nur Sie zu vertreten haben.

Nicht verstanden habe ich Ihre Äußerungen zur ungenehmigten Veranstaltung, Herr Kollege Diethel. Seit wann müssen denn Veranstaltungen in geschlossenen Räumen genehmigt werden? Es kann doch bestenfalls darum gehen, ob der Präsident als Ausfluß seines Hausrechts diese Veranstaltung erlaubt oder nicht. Das hat aber doch nichts mit Genehmigung zu tun.

(Abg. Diethel: Das ist doch Wortklauberei! Die Ausübung eines Hausrechts ist einer Genehmigung sehr wohl vergleichbar! – Lachen und Zurufe bei der SPD)

– Nein, das ist keine Genehmigung. Nachdem Sie doch selbst stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses sind, Herr Kollege Diethel, sollten Sie meines Erachtens schon juristisch sauber verfahren und nicht alles durcheinanderschicken. Nun haben wir die Situation, daß der Präsident der Universität meinte, diese Veranstaltung sollte nicht stattfinden, weil sie parteipolitischen Charakter habe. Dies war der Grund. Dann haben wir ihn darauf hingewiesen, daß vorhergehende Veranstaltungen der Herren Lambsdorff, Bangemann und Stoiber in der Universität München ja wohl auch nicht dazu gedient hätten, Kindermärchen zu erzählen, sondern ebenfalls politische Veranstaltungen gewesen seien und daß wir nichts anderes wollen als gleiches Recht für alle.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kurz: Und einen Tag später Tandler in Bayreuth!)

Der Präsident der Universität hat diese Veranstaltung nicht verboten. Er hat also sein Hausrecht in negativer Art bezüglich dieser Veranstaltung nicht ausgeübt. Was werfen Sie jetzt dem Herrn Schuierer vor, wenn er dort spricht? Wogegen soll er denn verstoßen haben? Wenn Sie also Ihre ständige Linie, dem Herrn Landrat Schuierer am Zeug zu flicken, fortsetzen wollen, dann müssen Sie sich schon etwas Besseres einfallen lassen als das, was Sie hier geboten haben. Das hält nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen sagen, Herr Kollege Diethel, nachdem Sie mich gefragt haben, wie das mit Landrat Schuierer aussieht. Ich habe hohen Respekt vor einem frei vom Volk gewählten Landrat, der sich von der Staatsregierung nicht seine Meinung verbieten läßt,

(Starker Beifall bei der SPD)

der bereit ist, die Interessen seiner Bürger zu vertreten, der keinen Kniefall vor dem Herrn Ministerpräsidenten und der CSU in Bayern macht.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört Zivilcourage, und die hat Hans Schuierer! Wenn Sie wissen wollen, was wir von Hans Schuierer halten, dann antworte ich Ihnen damit, daß die bayerische SPD ihm in wenigen Wochen den Um-

(Hiersemann [SPD])

weltpreis dieses Jahres verleihen wird. Dann wissen Sie das.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich aber zu einem anderen Punkt etwas sagen.

(Zuruf von der CSU: Zierer auch?)

– Nein, Herrn Zierer nicht, wir haben nur einen Preis. Sie können dem Herrn Zierer aber dann den Ihrigen verleihen. Das wäre gar nicht schlecht.

(Abg. Diethel: Welchen? – Zurufe und Widerspruch bei der CSU)

– Ach Sie haben nicht mal einen? Da sollten Sie wohl einmal Ihre Stellung im Bereich des Umweltschutzes überprüfen.

(Abg. Diethel: Wir wissen nicht, welchen Orden wir dem Zierer verleihen sollen!)

Nun aber zum Ablauf dieser ganzen Geschichte:

Ich muß sagen, mich verwirrt das Ganze immer mehr. Gestern hatten wir in diesem Hohen Haus eine harte und auch emotionale Debatte darüber, daß es nicht notwendig sei, Geheimhaltung im Falle des Herrn Aguirre herzustellen, weil doch Ihre Mitglieder im Sicherheitsausschuß bereits informiert worden seien.

(Abg. Dr. Hundhammer: Nicht nur unsere, sondern auch Ihre!)

– Ja, natürlich. Da haben Sie gesagt, dann muß das hier nicht erfolgen. Sagen Sie mal, Herr Kollege Dr. Hundhammer, war ich eigentlich auf einer anderen Veranstaltung, als der Innenminister im Sicherheitsausschuß den Bericht zu Wackersdorf gegeben hat? Dann müßte doch das, was Sie gestern gesagt haben, heute auch gelten. Ich erinnere mich noch an den Kollegen Leeb, der zwar ohne große Begründung, aber mit der großen Mehrheit der CSU im Rücken im Sicherheitsausschuß unseren Antrag auf Herstellung der Öffentlichkeit bei diesem Bericht abgelehnt hat. Da wurde gesagt, das gehe nicht, weil der Bericht nicht in einen nichtöffentlichen und einen öffentlichen Teil aufgespalten werden könne. Heute geht das plötzlich beim Innenminister. Wie weit wollen Sie eigentlich die Willkür der Mehrheit in diesem Hohen Hause noch treiben?

(Starker Beifall bei der SPD)

Wenn der Innenminister heute in öffentlicher Sitzung einen Bericht zu Wackersdorf und den Vorgängen dort geben kann, dann hätte er dies genauso im Sicherheitsausschuß in öffentlicher Sitzung tun können, und dann hätten Sie unseren Antrag auf Herstellung der Öffentlichkeit nicht ablehnen dürfen. Anscheinend war Ihnen aber das Gremium zur Veranstaltung des Spektakels zu klein. Sie brauchen ein größeres Gremium, um von den eigentlichen Sorgen der Bürger in der Oberpfalz abzulenken, die Angst vor dieser Anlage haben, die sie nicht wollen und die Ihnen deswegen immer mehr zusetzen. Ich habe die Information als sehr interessant empfunden, meine

Damen und Herren, daß sich die DWK bei der CSU darüber beklagt, daß die Unterstützung durch die CSU-Ortsvereine zu gering sei und man deshalb Informationsveranstaltungen in den CSU-Ortsvereinen in der Oberpfalz machen wolle. Da muß ich sagen: Sie müssen es ganz schön notwendig haben.

Wir bleiben bei unserem Nein zur Wiederaufbereitungsanlage.

(Zuruf von der CSU: Das ist typisch!)

Wir bleiben dabei, daß wir in diesem Hause alle parlamentarischen Mittel benutzen werden, um diese Anlage zu verhindern, daß wir außerhalb des Hauses gemeinsam mit allen friedlichen Kräften legal gegen diese Anlage demonstrieren und protestieren werden und daß wir alles unternehmen werden, um in Bayern Mehrheitsverhältnisse herbeizuführen, die derartige Projekte in der Zukunft nicht mehr möglich machen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir zu dem Antrag selbst nicht vor. Ich bin der Meinung, wir sollten ihn dadurch erledigen, daß der Herr Staatsminister des Innern jetzt seinen Bericht gibt.

(Zurufe von der SPD: Nein, abstimmen lassen! – Unruhe und Lachen bei der SPD)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Kollege Dr. Rothemund.

Dr. Rothemund (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ein geradezu ungewöhnlicher Vorgang, der sich wieder einmal ereignet und der zeigt, daß die CSU, wenn sie etwas will, nicht im geringsten daran denkt, sich an die Geschäftsordnungsbestimmungen zu halten. Ich habe es vorhin schon bemerken müssen.

Sie müssen doch zunächst einmal das Ganze auf die Tagesordnung der Plenarsitzung setzen. Zu diesem Zweck müssen Sie beschließen, daß ein Bericht gegeben wird. Dann muß entschieden werden, ob er im Ausschuß oder hier im Plenum gegeben wird. Sie müssen dann die Nachtragstagesordnung noch um den einen Punkt ergänzen. Dies alles sind Geschäftsordnungsverhandlungen. Im Rahmen von Geschäftsordnungsverhandlungen, sehr verehrter Herr Staatsminister, hat die Staatsregierung zu schweigen. Das steht ausdrücklich in unserer Geschäftsordnung. Ihr dauernder Versuch, sich zu melden,

(Lachen bei der SPD)

wobei ich noch immer nicht weiß, wozu Sie sich eigentlich melden, kann doch nur darauf zurückzuführen sein, daß es vorher in der CSU-Fraktion so abgesprochen worden ist. Aber es ist immer noch Sache dieses Plenums zu entscheiden, wie verfahren wird. Das kann nicht durch eine Absprache zwischen der CSU und Ihnen geschehen.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Ich muß Sie berichtigen. Der Minister darf nach der Bayerischen Verfassung jederzeit das Wort ergreifen.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Dr. Rothemund: Jetzt machen Sie den gleichen Fehler!)

Das Wort hat der Herr Kollege Tandler.

Tandler (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Rothemund, Sie versuchen zwar dauernd – verzweifelt muß ich schon sagen – Probleme, die offensichtlich das Präsidium mit der Abwicklung der Tagesordnung hat, uns in die Schuhe zu schieben, aber dafür sind wir nicht zuständig. Wir haben mittlerweile feststellen können, daß das irgendwie pari ist; der Herr Minister darf sich zwar melden, aber zulassen darf ihn der Präsident nicht. Aber dafür ist doch das Präsidium und nicht die CSU-Fraktion zuständig.

Herr Präsident, ich beantrage namens der CSU-Fraktion, daß über unseren Dringlichkeitsantrag abgestimmt wird, da keine Wortmeldungen mehr vorliegen.

(Lachen bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Meine Damen und Herren! Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag der CSU abstimmen. Wer ihm die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion so beschlossen.

Darf ich jetzt die Frage stellen, ob der Bericht des Innenministers sofort oder erst später zu erfolgen hat? Die CSU-Fraktion geht davon aus, daß der Bericht jetzt gegeben wird. Ein anderer Antrag liegt nicht vor.

(Abg. Dr. Rothemund: Wir haben uns eben der Stimme enthalten, sehr verehrter Herr Präsident! Es ist daraus zu schließen, daß uns das gleichgültig ist!)

– Gut. Daraus schließe ich, daß Sie damit einverstanden sind. Das Wort hat der Herr Staatsminister des Innern.

Staatsminister Dr. Hillermeier: Herr Präsident! Hohes Haus! Zu diesem Vorspiel kann man eigentlich nur sagen: Die von Ihnen vermutete Antwort scheint Ihnen überhaupt nicht zu liegen, weil Sie sich so vehement dagegen wehren.

(Zurufe von der SPD: So wichtig ist das nun auch wieder nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Hiersemann, ich muß zunächst eine Klärstellung an Ihren Ausführungen anbringen:

Es kann überhaupt nicht die Rede davon sein, daß meine Antwort – Sie können das nachher natürlich prüfen – etwa den Inhalt der von der Mehrheit des Sicherheitsausschusses als geheim eingestuften Sitzung wiedergibt.

(Zuruf des Abg. Hiersemann: Das wäre ja auch noch schöner!)

Das ist eine völlig unzutreffende, durch nichts zu begründende Vorwegnahme einer Vermutung, die durch meine Antwort jetzt widerlegt wird. Aber schon die Vermutung war höchst unzulässig.

(Zurufe von der SPD: Wollen Sie uns jetzt etwas ganz anderes erzählen?)

– Ich erzähle Ihnen jetzt etwas, was Ihnen vermutlich nicht paßt. Sind Sie denn wirklich nicht in der Lage, zwischen dem, was im Sicherheitsausschuß in nicht-öffentlicher, und dem, was in geheimer Sitzung dargestellt wurde, zu unterscheiden?

(Zuruf von der SPD: Wir wissen doch gar nicht, was da gesprochen wurde! Deshalb können wir das nicht unterscheiden! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich berichte über verschiedene Vorgänge. Zunächst ein paar allgemeine Vorbemerkungen, dann zur Beantwortung der mir gestellten 7 Einzelfragen.

Seit Rodungsbeginn am 11. Dezember 1985 im vorgesehenen Gelände der Wiederaufarbeitungsanlage im Taxölderner Forst wird versucht, durch vielfältige Aktionen die Fortschritte dieser Arbeiten und damit den Bau der WAA zu behindern und letztendlich zu verhindern.

So nutzten WAA-Gegner erstmals am 14. Dezember 1985 die von der sogenannten Landeskonferenz der Bürgerinitiativen veranstaltete Großdemonstration, um den Bauplatz durch den Bau eines Hüttendorfes im Schutz einer massenhaften Beteiligung zu besetzen. An der Besetzung des Bauplatzes beteiligten sich zirka 1000 Personen aus den autonomen Gruppen, die zu diesem Zweck aus dem gesamten Bundesgebiet angereist waren.

Die polizeiliche Kontrolle dieser autonomen Gruppen an den Sammelorten in Nürnberg und Erlangen erbrachte die Sicherstellung zahlreicher gefährlicher Gegenstände wie Äxte, Hämmer, Krähenfüße, Messer, Bolzenschneider, Werkzeuge, die zum Bau von Hütten benötigt werden.

Im Schutz der Veranstaltung begannen zunächst zirka 100 Störer, im Rodungsgebiet eine Hütte zu bauen. Gleichzeitig blockierten zirka 500 bis 600 Militante eine Bahnunterführung und die Bahnlinie bei Altneschwand.

Wenig später wurden auf dem Rodungsgelände ein zirka 100 Quadratmeter großes Blockhaus aufgebaut, 8 Feuerstellen eingerichtet und 20 Zelte aufgestellt. Um das Camp wurde ein etwa 1 Meter tiefer Graben gezogen und ein Wall, gesichert mit Baumstämmen, errichtet.

Die Bahnlinie Schwandorf – Furth i. Wald wurde durch Baumstämme blockiert. Im Laufe der Nacht wurden weitere Gräben und Fallgruben ausgehoben. Polizeibeamte, die zur Beseitigung von Barrikaden eingesetzt waren, wurden mit Leuchtmunition beschossen.

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

Das Hüttendorf wurde am 16. Dezember 1985 geräumt, die Hütten und Barrikaden beseitigt. Im Zusammenhang mit der Räumung des Hüttendorfes wurden insgesamt 869 Personen festgenommen.

Ende der Räumung des Hüttendorfes war am 7. Januar 1986.

Nach der Hüttendorfräumung am 16. Dezember 1985 wurden die Rodungsarbeiten bis zum 19. Dezember 1985 fortgesetzt. Während der Rodungspause, ab dem 20. Dezember, insbesondere über die Weihnachtsfeiertage und die Jahreswende, hatten die WAA-Gegner aus dem gesamten Bundesgebiet, aber auch aus Holland und Österreich in einem bereits gerodeten Bereich ein Hüttendorf mit mehr als 60 Hütten und Baumhäusern sowie Straßensperren und Barrikaden errichtet.

Die Tage vor Rodungsfortsetzung am 7. Januar 1986, insbesondere der Dreikönigstag, wurden von den WAA-Gegner genutzt, um eine hohe Zahl von Hüttenbewohnern für den vorgesehenen Rodungstag zu mobilisieren. Am 7. Januar 1986 in den frühen Morgenstunden wurde die Räumung des Hüttendorfes durch Beseitigung von vorbereiteten Sperrungen in Form von angesägten Bäumen, Krähenfüßen und ähnlichem vorbereitet.

Nach der anschließenden Absperrung des Hüttendorfes um 9.35 Uhr wurde mit der Räumung unter gleichzeitiger Beseitigung der Hütten begonnen. Im Verlauf der Räumung mußten zahlreiche WAA-Gegner aus den Baumhäusern und Bäumen abgeseilt werden. Im Verlauf dieser polizeilichen Aktion wurden insgesamt 744 Personen unter anderem wegen Verdachts der Nötigung festgenommen. Bei weiteren 312 Personen, die das Hüttendorf freiwillig verlassen hatten, wurden die Personalien festgestellt. Noch im Verlauf der Hüttenräumung wurden die Rodungsarbeiten wieder aufgenommen.

Aktionen am Faschingswochenende: Am 8. Februar 1986 fand eine Kundgebung und am 9. Februar ein sogenanntes buntes Faschingstreiben auf dem WAA-Gelände statt. Die Aufrufe zu diesen Veranstaltungen enthielten die Hinweise, daß man am Faschingswochenende die letzte Möglichkeit sehe, etwas gegen die Rodungsarbeiten auf dem Gelände zu unternehmen. So drückten am 8. Februar 1986 kurz nach Beendigung der Kundgebung zirka 50 Personen gewaltsam das Tor zum Gerätelager auf und durchschnitten die Stacheldrahtrollen am Übersteigschutz. Daneben begannen zirka 100 Personen unter Anfeuerungsrufen mehrerer hundert Zuschauer mit der Errichtung von zirka 10 kleineren Hütten und Baumhäusern. Diese Hütten und Baumhäuser wurden innerhalb von drei Stunden durch die Polizei beseitigt.

Im Verlauf dieses Einsatzes wurden die Polizeibeamten mit Kanonenschlägen und Holzstücken beworfen. Auf Hubschrauber wurde mit Leuchtraketen und Steinschleudern geschossen. Der Versuch von zirka 200 Personen, am 9. Februar im Rahmen des soge-

nannten bunten Faschingstreibens erneut Hütten zu errichten, wurde polizeilich unterbunden.

Im Verlauf der Einsätze am 8./9. Februar 1986 wurden insgesamt 10 Personen vorläufig festgenommen. Die Rodungs- und Bauarbeiten im Taxölderner Forst wurden und werden insbesondere auch im Hinblick auf die Ablehnung der Baueinstellung durch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof am 12. Februar 1986 trotz Behinderungsversuchen planmäßig fortgesetzt.

Ich komme nun zur Beantwortung der sieben gestellten Einzelfragen. Ich wiederhole zuerst die Frage und gebe dann die Antwort.

Frage 1:

Wie sind die angeblich gewaltfreien Aktionen der Besetzer, zum Beispiel Angriffe auf Polizeibeamte, Errichtung von Barrikaden, Behinderung des Bahnverkehrs, Beschießung von Hubschraubern mit Leuchtraketen, Behinderung von Rodungstrupps, Fällung von Bäumen, Bauen von ungenehmigten Hütten, Stahlnägel in Bäumen und Nagelbretter, rechtlich zu beantworten?

Antwort:

Die angeblich gewaltfreien Aktionen der Bauplatzbesetzer erfüllen in der Regel Straftatbestände, die als Vergehen, unter besonderen Umständen sogar als Verbrechen mit Freiheitsstrafen zu ahnden sind. Die rechtliche Beurteilung der im Zusammenhang mit den Bauplatzbesetzungen tatsächlich begangenen Gewalttätigkeiten im einzelnen, wobei auf bußgeldbewehrte Tatbestände, soweit sie erfüllt wurden, nicht eingegangen wird:

Die Angriffe auf Polizeibeamte durch Steinwürfe und Leuchtraketenbeschuß erfüllen den Tatbestand eines Vergehens der gefährlichen Körperverletzung und eines Vergehens des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte nach § 223 a und 113 StGB.

Das Bereiten von Hindernissen auf den Gleisanlagen bei Altenschwand durch Baumsperrungen, Errichten von Steinhäufen und ähnlichem erfüllt den Tatbestand eines Vergehens des gefährlichen Eingriffs in den Bahnverkehr nach § 315 StGB. Wird dieses Hindernis in der Absicht bereitet, einen Unglücksfall herbeizuführen, ist dies ein Verbrechen nach § 315 StGB.

Das Schießen mit Leuchtraketen auf Polizeihubschrauber erfüllt ebenfalls den Tatbestand eines Vergehens beziehungsweise Vergehens eines gefährlichen Eingriffs in den Luftverkehr nach § 315 StGB.

Das Bereiten von Straßensperren in Form von Barrikaden, Fallgruben, Nagelbrettern, Stolperdrähten und ähnlichem auf tatsächlich öffentlichen Straßen und Wegen erfüllt den Tatbestand eines Vergehens des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr nach § 315 b StGB.

Die Behinderung von Rodungsarbeiten durch Errichten von Hütten und Baumhäusern sowie durch Sitzblockaden erfüllt den Tatbestand eines Vergehens der Nötigung nach § 240 StGB. Das Einschlagen von Nägeln in Bäume erfüllt den Tatbestand eines Vergehens der Sachbeschädigung nach § 303 StGB.

(Abg. Hiersemann: Ist das eine juristische Vorlesung?)

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

Frage 2:

Ist es richtig, daß Waffen und gefährliche Werkzeuge auf dem Baugelände und im Depots sichergestellt wurden?

Antwort:

Bereits im Verlauf der Vorkontrollen am 14. Dezember 1985 in Nürnberg und Erlangen wurden zahlreiche gefährliche Gegenstände wie Äxte, Hämmer, Krähfüße, Messer, Bolzenschneider und ähnliche Werkzeuge sichergestellt. Die Durchsuchung des sogenannten Schafstalles am 7. Januar 1986 bei Altschwand, der WAA-Gegnern als Unterkunft gedient hatte, erbrachte neben einer großen Zahl von Werkzeugen und sonstigen Utensilien auch 36 Feuerwerkskörper, sechs Farbspraydosen, eine Steinschleuder mit Schraubenmuttern,

(Abg. Dr. Wilhelm: Das ist ja ungeheuerlich!)

fünf Handfunksprechgeräte mit fünf Warnlampen der Polizeidirektion Amberg

(Zuruf von der CSU: Diebe! – Abg. Dr. Wilhelm: Das sind eure Verbündeten!)

und eine Straßensperrbake mit Verkehrszeichen.

Daneben wurden im Zusammenhang mit den Aktionen im WAA-Gelände neben zahlreichen Werkzeugen auch Messer, Signal- und Gaspistolen, Schleudern mit Stahlkrampen, Feuerwerkskörper, Krähfüße und Gaskartuschen sichergestellt.

(Abg. Dr. Wilhelm: Das sind eure Verbündeten! – Abg. Hiersemann: Ein Brunnenvergifter sind Sie, sonst gar nichts!)

Frage 3:

Trifft es zu, daß im sogenannten Hüttendorf ein übergroßes Bild der Ulrike Meinhof angebracht war? Liegen in diesem Zusammenhang Erkenntnisse über extremistische Einflüsse vor?

Antwort:

Es trifft zu, daß im sogenannten Hüttendorf ein übergroßes Bild der Ulrike Meinhof an einer Hütte angebracht war. Es ist jedoch nicht bekannt, wer dieses Plakat aufgehängt hat.

(Zuruf von der CSU: Der Hiersemann!)

Es liegt aber nahe, außerbayerische Autonome als Urheber zu vermuten. Über eine Distanzierung der übrigen Platzbesetzer von diesem Plakat ist nichts bekanntgeworden.

Auch für die Bezeichnung „Günther-Sare-Haus“ an einem hochgelegenen Baumnest dürften Autonome in Betracht kommen. Die Tatsache, daß in Publikationen autonomer Gruppen und auch einer dem terroristischen Umfeld nahestehenden Schrift zur Teilnahme an Demonstrationen und Platzbesetzungen und teilweise auch zu militanten Aktionen aufgefordert wurde, und entsprechende Beobachtungen lassen den Schluß zu, daß sich ein gewaltbereites Potential aus dem autonomen und einem dem terroristischen Umfeld nahestehenden Bereich an den Aktionen gegen die WAA beteiligt. Die Auswertung des Materials über die bei den Bauplatzräumungen und bei sonsti-

gen Störungen festgenommenen Personen, gegen die Strafanzeigen erstattet werden, läßt derzeit noch keine eindeutigen Rückschlüsse auf die Zugehörigkeit zu extremistischen Gruppen zu, da die Erkenntnisfragen noch nicht abgeschlossen sind.

Nach bisherigen Erkenntnissen stehen von den 1713 Personen, gegen die strafrechtlich ermittelt wird, 41 der Terrorismusszene nahe. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich bei den Räumaktionen am 16. Dezember 1985 und am 7. Januar 1986 das gewaltbereite Potential durch zeitgerechtes Absetzen der Festnahme entzogen hat.

(Lachen bei der SPD)

Insbesondere die Deutsche Kommunistische Partei mit ihrer Nebenorganisation Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend und der von ihr beeinflussten Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner sowie nahezu das gesamte Spektrum der undogmatischen neuen Linken beteiligten sich an der Propaganda gegen die WAA, wobei sie in ihren Medien die WAA als Atomwaffenfabrik beziehungsweise militärisches Kriegsprojekt bezeichneten. Zu den Großdemonstrationen gegen die WAA, zu Platzbesetzungen und anderen Aktivitäten wurde in Zeitschriften extremistischer Gruppen in mehr oder weniger verschleierte Form aufgerufen, zum Beispiel im DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ und in zahlreichen örtlichen DKP-Zeitungen, in der „TAZ“, in der Zeitschrift „Radikal“, in der Zeitschrift „Freiraum München“, im „Informationsdienst München“ – Autonome, dem terroristischen Umfeld nahestehend –, in der Zeitschrift „SPION“, auch wieder autonomes Spektrum, in der Zeitschrift „Was lefft-Erlangen“ und in der „Roten Fahne“. Daneben sind in örtlichen Alternativzeitschriften und Flugblättern mit extremistischer Zielrichtung im ganzen Bundesgebiet Aufrufe insbesondere zur Großdemonstration am 14. Dezember 1985 beim Baugelände und zum Faschingstreiben erfolgt.

Bei den Publikationen verdient der mittlerweile beschlagnahmte sogenannte „Freiraum Nr. 12“ Beachtung, der neben Bekenntnissen zu Brand- und Sprengstoffanschlägen auf Bau- und Industriefirmen in Baden-Württemberg vielsagend eine sogenannte schwarze Liste der am Bau der WAA beteiligten bayerischen Firmen enthält. Die gleiche Zeitschrift enthielt bereits in der Mai/Juni-Ausgabe 1985 einen Artikel über Sabotageakte auf dem WAA-Gelände und forderte zu weiteren Gewalthandlungen auf.

In der Folgezeit wurden zwei Brandanschläge auf Arbeitsgeräte einer der am Bau der WAA beteiligten Firma aus der Oberpfalz verübt. In einem Bezeichnungsschreiben zu einem am 13. Dezember 1985 in Stuttgart verübten Brandanschlag erklärte eine Gruppe „Hau weg den Scheiß“ Sektion Süd – so nennt sich diese Gruppe –, der Anschlag habe einem Mitverdiener an atomaren und militärischen Großprojekten gegolten und stehe im Zusammenhang dezentraler Aktionen gegen den Rodungsbeginn in Wackersdorf.

Auch eine Bezeichnung zu einem Brandanschlag am 27. Dezember 1985 in Heppenheim/Hessen enthält

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

neben Kampfaufrufen für die antiimperialistische Front und Solidaritätsbekundungen für die RAF-Inhaftierten unter anderem Proteste gegen die WAA Wackersdorf. Die Beteiligung extremistischer Gruppen bei Demonstrationen und Protestaktionen gegen die WAA zeigte sich am 12. Oktober 1985 bei der Großdemonstration in München, an der sich ein mindestens zum Teil aus Autonomen bestehender sogenannter schwarzer Block beteiligte, der, teilweise verummt, die Ausschreitungen beim zweiten Aufzug beging. Sie zeigte sich weiterhin am 4./5. Januar 1986 in der JVA Amberg, wo festgenommene WAA-Gegner Schmierschriften mit eindeutiger extremistischer Zielsetzung anbrachten, und am 7. Januar 1986 bei einer Demonstration in München, während der am Haupteingang des Rathauses ein Transparent mit folgender Aufschrift befestigt worden war: „Krieg dem Krieg – überall bringt die WAA zu Fall – Aufruhr, Widerstand, Freilassung aller Gefangenen aus dem Widerstand“.

Am 8. Februar 1986, dem Faschingssamstag, beim erneuten Versuch, ein Hüttendorf zu errichten, war an einem fast fertiggestellten Rundbau von den am Bau beteiligten Akteuren eine große SDAJ-Fahne befestigt worden.

Frage 4:

Gibt es Erkenntnisse über die Herkunft der Demonstranten?

Antwort:

Seit Beginn der Rodungsarbeiten am 1. Dezember 1985 bis 30. Januar 1986 wurden von der zuständigen Kriminalpolizeiinspektion 1713 Personen erfaßt, die im Zusammenhang mit Störungen der Rodungsarbeiten strafbarer Handlungen beschuldigt werden, wobei Mehrfach-Festnahmen einzelner Personen nicht berücksichtigt sind. Die vorläufige Auswertung dieses Personenkreises nach der Herkunft ergibt folgendes Bild; ich stelle Ihnen noch einmal die Gesamtzahl von 1713 Personen vor Augen:

Landkreis Schwandorf	41 Personen
Oberpfalz ohne Landkreis Schwandorf	408 Personen
Bayern ohne Oberpfalz	626 Personen
Bundesgebiet ohne Bayern	611 Personen
aus dem Ausland	21 Personen
ohne Wohnungsangabe	6 Personen

Der im Zusammenhang mit der Räumung des Hüttendorfes am 7. Januar mehrfach erhobene Vorwurf, einheimische Personen seien von den Festnahmen ausgeschlossen worden, entbehrt jeder Grundlage.

(Abg. Warnecke: Das ist gelogen! Glatte Lüge!)

Seit dem 1. Februar 1986 bis jetzt wurden im Bereich des Baugeländes der WAA von der Polizei 54 Aufgriffe getätigt, die sich wie folgt aufgliedern:

Landkreis Schwandorf	4 Personen
Oberpfalz ohne Landkreis Schwandorf	10 Personen
Bayern ohne Oberpfalz	16 Personen
Bundesgebiet ohne Bayern	17 Personen
aus dem Ausland	7 Personen

Frage 5:

Waren die Polizeibeamten besonderen Belastungen und Gefahren ausgesetzt?

Antwort:

Es ist unbestritten, daß die vor Ort zum Schutze der Baustelle rund um die Uhr eingesetzten Polizeibeamten in Wackersdorf außerordentlichen psychischen Belastungen ausgesetzt waren. Zu den meist witterungsbedingten Beschwerlichkeiten kommt die permanente Gefährdung, die zweifellos mit dem Auslegen von Krähenfüßen, Nagelbrettern sowie sonstigen Hinterhalten verbunden ist. Unabhängig von diesen ständigen Belastungen waren die zur Räumung der Hüttendorfer eingesetzten Polizeibeamten besonders gefährdet.

So waren rund um das Hüttendorf gespannte Stolperdrähte, Heugruben und Gräben ausschließlich dazu bestimmt, die anrückenden Polizeibeamten zu verletzen und sie dadurch an der Durchführung ihres Auftrages zu hindern. Unabhängig hiervon wurden die Beamten direkt mit Leuchtmunition beschossen und mit Steinen und sonstigen Gegenständen beworfen. Das gleiche gilt für die Hubschrauberbesatzungen. Darüber hinaus wird durch das Vernageln der Barrikaden bewußt eine erhebliche Verletzungsgefahr für die zur Beseitigung eingesetzten Polizeibeamten in Kauf genommen. Denn trifft eine Kettensäge beim Zerschneiden dieser Barrikade auf einen Stahlnagel, können durch Splitterwirkungen und Reißen der Kette schwerste Verletzungen hervorgerufen werden.

Besondere Gefahren sind mit der Räumung der Baumhäuser in bis zu 20 m Höhe für die Polizeibeamten verbunden. Erschwerend kommt bei diesen Einsätzen hinzu, daß die Baumbesetzer alle technischen Möglichkeiten nutzen, um das Besteigen der Bäume und den Zugriff im Baumhaus zu erschweren.

Bei der Beseitigung eines Baumhauses am 7. Januar stürzte ein Polizeibeamter aus ca. 3 m Höhe so unglücklich, daß er mit einer Schulterfraktur stationär behandelt werden mußte und noch immer dienstunfähig ist. Unabhängig hiervon wurden im Verlaufe der Aktionen im WAA-Bereich seit 14. Dezember 1985 insgesamt 8 Polizeibeamte durch tätliche Angriffe verletzt.

Frage 6:

Welche Kosten sind dem Steuerzahler durch die Einsätze entstanden?

Antwort:

Durch die Einsätze in Wackersdorf in der Zeit vom 14. Dezember 1985 – sogenannte Großdemonstration – bis einschließlich 16. Februar 1986 sind Mehrkosten in Höhe von 2,5 Millionen DM entstanden. Diese Mehrkosten beinhalten unter anderem die Reisekosten, Einsatzabfindung, Verpflegungskosten, Kraftstoffkosten und Fernmeldekosten hinsichtlich der eingesetzten Polizeibeamten.

Frage 7:

Wieviele Polizeibeamte werden durch zu erwartende Störaktionen langfristig gebunden?

Antwort:

Aufgrund der permanenten Behinderungs- und Störaktionen im Bereich des Baugeländes der WAA ist

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

rund um die Uhr eine starke Polizeipräsenz erforderlich. Da die Kräfte des örtlich zuständigen Polizeipräsidiums Niederbayern/Oberpfalz zur Durchführung dieser Aufgabe nicht ausreichen, müssen ständig im Bereich Wackersdorf Einheiten der bayerischen Bereitschaftspolizei und des Bundesgrenzschutzes eingesetzt werden. Langfristig ist nach derzeitiger Lagebeurteilung von einer Kräftebindung an Werktagen von bis zu zwei Hundertschaften und an den Wochenenden bis zu fünf Hundertschaften auszugehen. Die Kräftebindung hat zur Folge, daß sonstige sicherheitsbedeutsame Anlässe nahezu ausschließlich von der bayerischen Landespolizei ohne Unterstützung der bayerischen Bereitschaftspolizei bewältigt werden müssen. Eine Reduzierung der Polizeipräsenz auf der Straße ist in gewissem Umfang dadurch leider auf Dauer nicht auszuschließen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

(Widerspruch von der SPD)

– Dann bitte ich, das zu tun. Frau Kollegin Meier, Sie haben das Wort!

Frau Meier Christa (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Innenminister hat, soweit mir bekannt, die Räumung des Hüttendorfes im Taxölderner Forst am 7. Januar 1986 vom Hubschrauber aus zeitweise beobachtet. Vielleicht wäre es sinnvoller gewesen, sich der Diskussion mit der Oberpfälzer Bevölkerung zu stellen, die angeblich nicht anwesend war.

(Zurufe von der CSU)

Ich war in der Frühe von 5.30 Uhr bis nachmittags dort und habe mit der Bevölkerung gesprochen. Ich habe die Chaoten, die in großer Zahl dort gewesen sein sollen, nicht festgestellt.

(Lachen bei der CSU)

Ich werde Ihnen jetzt schildern, wie es abgelaufen ist.

Um 5.30 Uhr sind der Herr Abgeordnete Stieler vom Deutschen Bundestag, der Herr Abgeordnete Benner und ich mit dem Herrn Landrat und einigen Leuten aus Schwandorf zum Taxölderner Forst gefahren; dort war schon weiträumig abgesperrt. Als Abgeordnete hätten wir ja durchfahren können, aber wir wollten, daß die anderen, die mit dabei waren, auch mitgehen konnten; also sind wir die fünf bis sieben Kilometer zu Fuß gegangen.

Hin- und herrasende Autos in der Dunkelheit haben dazu geführt, daß sich der Herr Kollege Benner, weil er am Bankett abgerutscht ist, den Arm verstaucht und den Fuß angeknackst hat.

(Oho! bei der CSU)

Um 6.30 Uhr kamen wir auf dem Platz an. Dort herrschte gespannte Ruhe, aber alle, mit denen wir

gesprachen haben, und es waren viele, haben darauf hingewirkt, daß unbedingte Gewaltlosigkeit von seiten der Demonstranten eingehalten werden soll.

Kurz nach 7 Uhr begann ein massiver Aufmarsch der Polizei, so ungefähr, um einmal locker zu formulieren, auf einen Demonstranten drei Polizisten oder drei Leute vom Bundesgrenzschutz – auf einen also drei von diesen genannten Gruppen Polizei und Bundesgrenzschutz. Ich mache das nicht den Polizisten zum Vorwurf, denn wie der Aufmarsch stattfindet, hat ja nicht der einzelne Polizist zu verantworten, sondern die Einsatzleitung. Gummiknüppel, Tränengas, Maschinenpistolen – die Maschinenpistolen haben die Bevölkerung hochgebracht; sie hat sich geärgert. Auch Polizisten haben gegenüber der Bevölkerung erklärt, daß sie nicht glücklich über die Maschinenpistolen seien. Zudem wurde mir von Leuten berichtet, die mit der Polizei gesprochen hatten, daß diese Maschinenpistolen sozusagen als Attrappe ungeladen mitgenommen worden waren.

(Zuruf von der CSU: Etwa mit Pfeil und Bogen? – Zuruf von der SPD: Hört's doch mal zu!)

– Bitte, ich habe 15 Minuten Zeit, ich möchte nur darstellen, was abgelaufen ist. Wenn Sie auf den Landrat Schuierer eingehen und sagen, er hätte von Terror in Vollendung gesprochen, dann müssen Sie sich die Situation vorstellen: drei Ordnungskräfte auf einen Demonstranten. Das wirkt auf Leute, die friedlich demonstrieren wollen, wie psychischer Terror.

Wenn Sie die Äußerungen des Herrn Landrats kritisieren, dann frage ich Sie, warum Sie hier nicht kritisiert haben, daß da kein Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, wenn der Herr Justizminister einfach behauptet, die Demonstranten hätten Tagegelder vom Bund Naturschutz bezahlt bekommen. Darauf angesprochen, ob er Beweise hätte, sagte der Justizminister, er hätte nur Gerüchte weitergegeben, er wolle einen Stein ins Wasser werfen und damit die Diskussion anregen. Mit welchen Ellen messen Sie, wenn Sie das eine hier kritisieren und das andere außen vor lassen?

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mir die Polizisten betrachtet; ich war in der Absperrung gestanden. Das waren junge Burschen, unsicher, ängstlich, die wollten das gar nicht, die waren selber im Zweifel, ob das richtig sei, was da ablief.

Was hat man dann getan? Die Einsatzleitung hat dauernd angeordnet, daß die Ketten hin- und herwandern mußten, damit die Demonstranten mit den Polizisten nicht ins Gespräch kämen; denn dann wäre der eine oder andere wirklich, wie es manchmal passiert, beinahe am Weinen gewesen.

(Zurufe von der CSU)

– Nein, nein, sondern daß man solch junge Burschen in eine solche Situation hineinjagt.

(Widerspruch bei der CSU und Zuruf: Doch nicht 60jährige!)

(Frau Meier Christa [SPD])

Dann hat man Gummischnüre gespannt

(Unruhe und Glocke des Präsidenten)

und einen Laufkorridor errichtet, so wie man Löwen in den Zirkus treibt. Und da stand dann: „Durchlaßstelle“. Zwei solche Durchlaßstellen waren auf dem Riesengelände an einer Stelle plaziert, nicht weit auseinander. Als der Gottesdienst gehalten wurde, ging es auf einmal wieder los. Da hat man den katholischen und evangelischen Geistlichen und die Leute, die am Gottesdienst teilgenommen haben, wieder mit solchen Gummischnüren eingekreist. Da haben sich die Leute auch gefragt, was das solle, denn die hatten nun wirklich nichts vor.

Dann die Hunde! Die Hunde! Wir haben uns als Abgeordnete ausgewiesen; daraufhin hat man einen Einsatzleiter herbeigeholt, der uns gestattete, durch die Polizeikette zu gehen.

Mehrmals haben die vorhin genannten Kollegen und ich gebeten, man solle doch die Hunde zurückziehen; denn die Hundeführer waren fast nicht mehr imstande, sie zu halten, weil die Hunde sich in einer solchen Aufregung befanden.

Was war dann? Man sagte uns, man müsse mit dem Einsatzleiter verhandeln. Der Einsatzleiter hatte sich zuerst einmal eine Zeitlang nicht blicken lassen; dann sagte er, man wolle mal sehen. Dann ist er später gekommen und sagte, er müsse die Hunde da lassen, weil sie Rauschgift vermuteten und sie Rauschgift schnüffeln müßten. Das war die Begründung.

Als wir ihn daraufhin ansprachen, sagte er, nachdem es wie ein Lauffeuer über den Platz gegangen war, daß die Hunde auf den Landrat gehetzt worden seien, das sei nicht so der Fall gewesen, die Begleitung des Herrn Landrats wäre auf den Hund losgegangen, und sie hätten gesagt, den Hund schlügen sie tot.

(Heftiger Widerspruch bei der CSU)

Daraufhin haben wir den Einsatzleiter mit dem Herrn Landrat konfrontiert, und nichts mehr war zu hören von wegen Begleitung, der Herr Landrat war allein. Der Hund ist auf den Landrat losgesprungen, und 20 Zentimeter vor dessen Gesicht hatte ihn der Hundeführer noch abfangen können.

(Erneuter Widerspruch bei der CSU)

– So war es! So war es! Sie waren ja nicht dort! Wir haben mehrmals versucht, immer wieder, auf die Demonstranten beruhigend einzuwirken. Wir sagten ihnen: Bitte, die Polizisten hier tun nur ihre Pflicht. Beschimpft nicht die Polizisten, sie tun nur ihre Pflicht. Die Oberpfälzer waren sehr empört über das, was abgelaufen ist. Ich werde Ihnen noch einige Äußerungen zitieren, die ich beschwören kann. Wir haben also immer wieder versucht, sie zu beruhigen.

Um 8.45 Uhr wollte eine Familie mit Kindern den Platz verlassen. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht aufge-

fordert worden, den Platz zu verlassen. Die wollten aber gehen. Dann kamen sie zu uns und beschwerten sich und sagten: „Die lassen uns jetzt nicht raus.“ Wir haben dann gefragt: „Wieso denn?“ Dann gingen wir hin, und die Polizisten sagten: „Nein, wir lassen sie nicht raus; wir lassen sie raus, wann es uns paßt.“

Dann haben wir einen Einsatzleiter herbeizitiert, der das wieder rückgängig machte und sagte: „Selbstverständlich können sie den Platz verlassen.“ Wenn wir aber nicht dort gewesen wären, dann wäre diese Familie mit den Kindern mit drin gewesen.

(Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

Um 9.07 Uhr kam die Aufforderung, den Platz zu räumen, es sei eine halbe Stunde Zeit; die Personalien eines jeden, der den Platz verlasse, würden registriert.

(Zuruf bei der CSU: Sehr richtig!)

– Ja, warten Sie nur, da kommt ja noch der Clou! Also dessen Personalien würden registriert bzw. überprüft, und es würde eine grobe Abtastung vorgenommen. Zuerst war auf dem ganzen Platz nicht zu verstehen, daß bis um 9.45 Uhr da rauszugehen sei, weil ein Hubschrauber kreiste und die Lautsprecher in keinem Verhältnis dazu standen.

Aber gut. Es ging eine Reihe von Leuten. Männer und Frauen wurden von allen abgetastet, alle, Männer und Frauen, und zwar von männlichen Polizisten.

(Zuruf bei der CSU: Das ist ja unsittlich!)

Da frage ich Sie auch, ob das in Ordnung ist. Sonst sind Sie doch immer gleich bei der Sache! Da waren also Mädchen, ich habe das gesehen, die ihre Anoraks ausziehen mußten. Sie wurden von oben bis unten betastet, und zwar von Männern.

(Zuruf bei der CSU: War doch lustig!)

Weiter: Der Herr Landrat, der Herr Weinzierl, einige Leute und ich sind vor der dritten Aufforderung gegangen. Dann kommen wir da hin, und dann wurde uns gesagt: Personalausweis! Daraufhin sagte der Herr Schuierer, er habe keinen und der Herr Weinzierl auch nicht. Daraufhin wurde ihnen gesagt, dann könnten Sie nicht raus. Als die Polizei dann feststellte, wer sie seien, haben sie sie ohne Registrierung gehen lassen.

In meiner Begleitung waren mehrere Leute aus Schwandorf und aus Regensburg. Ich sagte: „Ich möchte aufgeschrieben werden, aber ich möchte die rechtliche Grundlage wissen. Ich möchte aufgeschrieben werden, damit nicht wieder ein Oberpfälzer unregistriert bleibt.“ Was war dann? Ich wollte die rechtliche Grundlage wissen. Daraufhin hat es eine Dreiviertelstunde gedauert, bis ein Einsatzleiter fähig war, mir die rechtliche Grundlage zu erklären. Er gab als Begründung an: „Polizeiaufgabengesetz nach § 12 zur Abwehr einer Gefahr“.

Ich sagte: „Gut, ich nehme das zur Kenntnis, ich bin also in Gefahr, obwohl ich freiwillig gehe.“ Dann hieß es: „Nein, zur Abwehr einer Gefahr – denn wenn da

(Frau Meier Christa [SPD])

drin etwas passiert, können wir beweisen, daß Sie nicht dabei waren." Das ist natürlich auch eine tolle Auslegung!

(Heiterkeit bei der CSU)

– Ja, das ist eine tolle Auslegung. Dann wollten sie mich also nicht mehr aufschreiben, als sie feststellten, wer ich bin. Dann habe ich darauf bestanden.

(Zuruf bei der CSU: Die Polizei, dein Freund und Helfer!)

Dann wollte ich wissen, was denn geschehe mit dem Zeugs, wenn sie das aufschrieben. Daraufhin wurde gesagt, das werde nicht registriert und nicht dauerhaft gespeichert. Ich sagte darauf: „Wer garantiert mir denn das?“ Ja, das könnten sie nicht sagen, da müßte ich mich an die Polizeidirektion Niederbayern-Oberpfalz wenden. Da sind viele Leute mit mir rausgegangen, die eigentlich hätten aufgeschrieben werden müssen, wenn die Einsatzleitung ihre eigenen Bekanntgaben ernstgenommen hätte.

Aber als die gemerkt haben, daß die aus Regensburg oder Schwandorf, Teublitz oder sonstwoher sind, haben sie sie einfach durchgeschleust.

(Zurufe von der CSU)

– Natürlich, das kann ich bezeugen! Ich war dabei, ich kann Ihnen die nennen, die sie haben laufen lassen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ein weiterer Punkt: „Von wegen die Oberpfälzer!“ Die Oberpfälzer sind Gott sei Dank nicht alle weggegangen, sondern haben zugeschaut und wollten wissen, was da abläuft. Die haben auch gerufen: „Aufhören! Laßt sie doch frei!“, als sie gesehen haben, wie manche Leute behandelt worden sind, die keinen Widerstand geleistet haben, Arme umgedreht, davongeschleift, durch den Dreck gezogen. Das waren nicht welche, die sich gewehrt haben! Da gab es Polizisten, die haben die einen so und die anderen so behandelt.

(Zuruf von der CSU)

– Wären Sie hingegangen! Ich hätte mir gewünscht, daß ein Beobachter der CSU dabei gewesen wäre, daß Sie nicht hinterher nur reden wie der Blinde von der Farbe, sondern daß Sie Ihre Kontrollfunktion wahrgenommen hätten.

(Beifall bei der SPD)

Nun sage ich Ihnen, was die Leute gesagt haben. Waren Sie am 7. dort? Dann wissen Sie, was die Leute gesagt haben, und das waren keine Chaoten oder Auswärtige oder was weiß ich.

(Zuruf von der CSU: Lauter Brave!)

Frauen mit 50 und 60, die wir in der Oberpfalz als „Mamm“ bezeichnen – den Ausdruck kennen Sie vielleicht, „Mutter“ –, haben zu den jungen Burschen gesagt: Buam, bedenkt's doch, es geht um unser Hoamat. Ihr gehts gegen eure eigenen Leut' vor. Was

machts ihr denn da? Ihr verteidigts doch nicht die Freiheit, sondern ihr verteidigts a paar, die da oben in München sitzen, anstatt daß sie hierhergehen!“

(Zustimmung bei der SPD – Widerspruch und Zurufe bei der CSU)

Diese Leute haben noch gesagt: „Bittschön, schauts mich an. Bin ich ein Chaot? Sind wir die angeblichen Chaoten, die ihr festnehmen müßt?“ Gegenüber dem Polizeipräsidenten Fricker haben zwei Frauen, ungefähr 40 Jahre alt, auch aus der Oberpfalz, aus Schwandorf, sie haben ja ihre Personalien zur Kenntnis gegeben, gesagt: „Heut' haben wir euch kennengelernt, das haben wir nicht gedacht!“ Ich will nicht weiter würdigen, wie sich der Einsatzleiter verhalten hat.

(Zuruf von der CSU)

Was die Oberpfälzer allgemein denken, das paßt Ihnen nicht, aber das ist der allgemeine Spruch, der überall herumgeht, auch bei denen, die dort nicht demonstriert haben, das ist: „Dös ko nix Geschehs sei, sonst daatn's mir in der Oberpfalz net kriagn.“

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Humbs.

Humbs (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich beginnen mit einem Dank an unsere Polizei, die, wie Sie ja gerade gehört haben, unter denkbar ungünstigen Situationen und Ausgangsbedingungen arbeiten muß. Lassen Sie mich auch dem innenpolitischen und sicherheitspolitischen Arbeitskreis der CSU-Landtagsfraktion für seinen Besuch danken. Denn es ist ein Unterschied, meine sehr verehrten Damen und Herren, ob sich Gegner der WAA in dieses Gebiet begeben oder Befürworter.

(Zustimmung bei der CSU – Aha! bei der SPD)

– Das sollten Sie einmal erleben! Gehen Sie einmal hin und sagen, Sie sind für die WAA, dann werden Sie auch gleich verstehen, warum der Minister nicht einfach hingehen und sich dort mit den Leuten unterhalten kann, weil es Sicherheitsprobleme erster Ordnung gäbe,

(Abg. Kurz: Die er heraufbeschworen hat!)

nicht nur für den Minister, sondern alle diejenigen, die daran beteiligt sind. Lassen Sie mich das sagen, denn ich war dabei. Gerade ist gesagt worden, wir sollen einmal zuhören, Herr Kollege Kurz. Sie, glaube ich, sind aus dem pädagogischen Fach, da müßten Sie wissen, daß man beim Zuhören lernt.

(Abg. Fendt: Das hat er als Lehrer nicht gelernt!)

Wie sieht es denn mit der „Gewaltfreiheit“ in diesem Gebiet aus, Frau Kollegin Meier? Das geht los mit Beschimpfungen für WAA-Befürworter, beginnt bei „Zi-

(Humbs [CSU])

geuner" – wobei ich mich übrigens wundere, daß die SPD sich nicht dagegen wehrt und für die Sinti eintritt – und hört bei „Mörder" auf. Das ist das erste.

Das zweite ist, daß in diesem Bereich öffentliche und private Gebäude besprüht werden. Das gilt heutzutage offensichtlich als „gewaltfrei", da wird ja keine Gewalt angewendet, wird nichts kaputtgemacht, Gewalt gegen Sachen ist ja offensichtlich an der Tagesordnung und ist „genehmigt".

Drittens werden freie Bürger, die sich an einem öffentlichen Ort zu einer freien Veranstaltung, die genehmigt ist, treffen, siehe z. B. Wirtschaftsbeirat der Union in Regensburg, behindert. Ich komme noch darauf zu sprechen, wer diese Leute sind; ich verallgemeinere schon nicht, da brauchen Sie keine Angst zu haben. Dann Besuch der CSU-Arbeitskreise für Innenpolitik und Sicherheit in Wackersdorf. Da kamen Kommunalpolitiker, die zu einem späteren Zeitpunkt geladen waren, natürlich etwas später und wollten in das Gelände einfahren, wo die Besprechung stattfand. Das war der CSU-Kreisvorsitzende, das waren Gemeinderäte aus Wackersdorf, das war der CSU-Abgeordnete Otto Zeitler, der dort im übrigen massiv bedroht wurde und mit seinem Jeep gerade noch die Kurve kratzen konnte. Das Auto ist verkratzt, bespuckt und geschlagen worden. Er sagte mir, er habe regelrecht Angst bekommen. Ich bezweifle das gar nicht. Von Krähenfüßen und den Umleitungen, die diejenigen, die dort hineinwollten, fahren mußten, will ich gar nicht reden, davon ganz zu schweigen! Darüber wird nicht gesprochen. Das ist heute gang und gäbe, wenn es sich um Leute handelt, die die Anlage befürworten.

Dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es auch Morddrohungen. Die haben vielleicht Sie auch schon bekommen, das bezweifle ich gar nicht. Ich sage auch gar nicht, daß das Leute Ihrer Couleur sind; um Gottes willen! Diese Behauptung würde ich nie aufstellen. Aber Sie müssen auch bedenken, was es für eine Frau bedeutet, wenn ihr Mann als Abgeordneter in München ist, hier um halb 9 Uhr abends noch da sein soll, um 1 Uhr heimkommt, in der Frühe um 5.20 Uhr fahren und seine Frau daheimhocken lassen soll, womöglich den ganzen Tag, die zufällig auch noch krank ist und nicht aus dem Haus kann. Diese Beeinträchtigungen sind halt einmal da. Ich laste sie Ihnen persönlich nicht an, aber komme noch darauf.

Dann gibt es neuerdings eine „Gold-für-Eisen“-Mentalität, die an Kriegszustände erinnert. Da werden die Leute aufgefordert, sie möchten ihre Eheringe abgeben, sie einschmelzen lassen, das Gold verkaufen und den Erlös als Unterstützung für die Bürgerinitiative hergeben.

(Zuruf von der CSU: Bald noch die Goldzähne!)

Das erinnert an Kriegszustände, meine sehr verehrten Damen und Herren, ganz abgesehen von der Art,

wie man dort diese Dinge ganz offensichtlich betrachtet.

Dann gibt es Einschüchterungen vor Ort am laufenden Band. Wenn z. B. die Bereitschaftspolizei zu einem Mann kommt, der dort ein Gebäude besitzt, und ihn bittet, ob sie sich irgendwo in einem Raum niederlassen und vielleicht ein Telefon benützen kann, weil sie in diesem Bereich keinen Einsatzstützpunkt hat, und der sich bereit erklärt, das zu überlegen, dann ist am nächsten Tag sein Werksgebäude besprüht. Der hört natürlich auf und bricht sofort alle Kontakte ab, ganz abgesehen davon, daß die Bereitschaftspolizei gesagt hat: Unter diesen Umständen wollen wir Sie nicht mehr beanspruchen, weil Sie sonst noch mehr Schaden haben würden. Das geht sogar soweit, daß Leute aus dem Demonstrantenkreis nachts oder bei Tage an Häusern, z. B. in Alteschwand, läuten und sagen: Ich telefoniere jetzt, um nacher wieder zu gehen, ohne zu bezahlen. Die Leute trauen sich nicht, dagegen was zu sagen. Zum Teil erlauben sie es, weil sie der gleichen Überzeugung sind. Es gibt aber auch Leute, die nicht der gleichen Überzeugung sind, aber das heutzutage dort nicht mehr zu sagen wagen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Warum erzähle ich das alles? Was sind das nun für Leute, die das alles tun? Sind das Chaoten, sind das Terroristen? Ich sage: zum überwiegenden Teil sind sie es nicht, meine Damen und Herren, das ist richtig. Aber ich sage Ihnen auch, wie diese Leute dazu kommen, sich so zu verhalten. Sie sagen, Sie leisten keine Beihilfe zu Gewalttaten, sie tun das auch direkt sicher nicht. Aber Sie betätigen sich, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, indirekt so, zum Teil. Ich sage ausdrücklich: zum Teil. Ihre Rede, Frau Christa Meier, war eigentlich ein Widerschein dessen, was man so alles hört.

(Widerspruch des Abg. Dr. Rothmund)

Ich werde Ihnen, Herr Fraktionsvorsitzender der SPD, einige Zitate vorlesen. Da ist z. B. ein Herr MdL Dietmar Zierer

(Zurufe von der CSU: Wo ist er denn? – Weiterer Zuruf von der CSU: Wo ist denn der Didi?)

– ich weiß es nicht –, den ich zitieren darf, der laut „Mittelbayerischer Zeitung" vom 30. Oktober 1985 gesagt hat, dieser Einsatz sei – ich nehme an, daß er sich auf den Einsatz der Polizei bezogen hat – „ein Lehrstück für autoritäre und nicht für demokratische Strukturen. Recht viel anders hätte sich eine Diktatur auch nicht verhalten." Das nächste Zitat nach der „Mittelbayerischen Zeitung" vom 11. November 1985: „Ein perfides Zusammenspiel zwischen Genehmigungsbehörde, Staatsregierung und Bauwerbern". Dann, am 13. November 1985 zu lesen in der „MZ" – Herr Kurz, Sie sind offensichtlich der gleichen Meinung wie der Herr Zierer, ich darf Sie wohl miteinbeziehen: „Eine Staatsdiktatur hätte sich hier auch nicht anders verhalten." Am 4. Februar 1986 laut „Mittelbayerischer Zeitung": „Wir sind auf dem besten Wege in ein autoritäres Staatssystem"

(Humbs [CSU])

(Abg. Kurz: Die „Ein-Mann-Demokratie“ muß jetzt noch kommen!)

und „Der Regierungspräsident Krampol sei nicht jemand, der ein politisches Gesicht hat“ – Sie wissen ja, welchen Körperteil Herr Zierer da gemeint hat; das paßt zu ihm –,

(Heiterkeit bei der CSU)

„sondern der Polizeibüttel der Staatsregierung“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! So reden Vertreter der SPD.

Dazu folgendes, in dieser Reihenfolge:

Erstens. Es gibt Regierungs- und Bundestagsbeschlüsse in Bonn unter Bundeskanzler Schmidt für die WAA. Das ist Gesetz, das ist nicht irgendeine witzige lokale Prüfung, bei der vielleicht einmal dieses oder jenes überprüft werden soll, sondern diese Entscheidung ist Gesetz.

Zweitens. Vor Ort in Gorleben ist man dagegen, es scheitert dieses Konzept. Dann kommt ein Beschluß aller Ministerpräsidenten zusammen mit dem Bundeskanzler der SPD zustande, in allen Bundesländern nach WAA-Standorten zu suchen. Dann ist man vor Ort gemeinsam mit den Grünen wieder dagegen, nach dem St. Florians-Prinzip, zumindest einmal ursprünglich. Dann folgen die Beschlüsse von unten, also Bezirks-, Landes- und Bundesbeschlüsse der SPD gegen die Wiederaufarbeitung überhaupt, und dann kommt noch ein Beschluß der SPD in Bayern, den Wahlkampf hier mit dem zentralen Thema der WAA-Gegnenschaft zu führen.

(Abg. Dr. Wilhelm: Großartig!)

Und da soll der Bürger noch Vertrauen in die Politik und in die Konstanz einer Politik haben!

(Beifall bei der CSU)

Was ist denn die Folge? Die Folge dieser ganzen Machinationen und auch der genannten Äußerungen, die ich zitiert habe und die nur einen Teil dessen wiedergeben, was man draußen hört, ist natürlich, daß in der Bevölkerung Angst auftritt ob dieses ungeliebten Vorhabens. Die Bevölkerung kommt also allmählich in Angst, Hysterie und vielleicht auch in Panik. Dies äußert sich beim einfachen Arbeiter darin, daß er renitent wird. Das ist verständlich, aber er kann nichts dafür, denn er ist aufgehetzt worden, Herr Kurz.

(Abg. Kurz: So, so!)

Dies zwingt natürlich den Staat und die Polizei dazu, mit Blick auf die von mir und vom Herrn Innenminister in hervorragend sachlicher Art und Weise geschilderten Abläufe, das, was von den Parlamenten nach vier, fünf Jahren während der Prüfung penibel untersucht und letztendlich genehmigt worden ist, wobei von einem Durchpeitschen, wie vorhin behauptet worden ist, überhaupt nicht die Rede sein kann, was also in rechtsstaatlich-demokratisch gewählten Gremien in freier Willensentscheidung mehrheitlich beschlossen

wurde, auch zur Durchführung zu bringen und dazu auch von dem Recht der Anwendung legitimer Gewalt, welches allein dem Staate zusteht, Gebrauch zu machen.

Präsident Dr. Heubl: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kurz? – Also nicht.

Humbs (CSU): Dies zwingt den Staat einfach dazu, und ich kann Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, zumindest in Ihrer Mehrheit, davon nicht entbinden, daß Sie an dieser Renitenz, an den Ängsten der Bevölkerung und damit natürlich auch an der Reaktion der Bevölkerung nicht unschuldig sind. Dabei kommt es dann zu solchen Auswüchsen, wie ich sie anfangs geschildert habe.

(Abg. Dr. Wilhelm: Jawohl!)

Sie treten den Dingen zwar entgegen, aber Sie tun es nur halbseiden. Was hilft es denn, wenn Sie vor Ort sagen: Seid friedlich!? Wenn dann etwas passiert, wie in Regensburg geschehen, dann heißt es: Ja, das war nur eine kleine Minderheit! Oder, wie bei diesem Baader-Meinhof-Plakat: Das Plakat hing zwar nur an einer von 50 oder 60 Hütten, das sind nur 2 Prozent. Was sind schon 2 Prozent? Die anderen 98 Prozent haben vielleicht aus Angst, weil sie dort Radikale vermuteten, gar nicht gewagt, sich dagegen zu wenden.

Da liegt der Hase im Pfeffer. Sie müssen sich da, meine Damen und Herren, einmal klipp und klar äußern und nicht nur sagen: Wir sind für friedliche Demonstrationen. Sie müssen auch einmal zugeben, daß irgendwo keine Friedfertigkeit geherrscht hat, und dürfen dann nicht sagen, das war ganz geringfügig.

(Sehr richtig! und Beifall bei der CSU)

Dazu fordere ich Sie auf.

Ich möchte auf das, was ich mir zu Ihrem Beitrag, Frau Kollegin, aufgeschrieben habe, jetzt nicht mehr eingehen; vielleicht tun es andere. Ich möchte nur noch eines bemerken, was die Aufgabe aller Politiker wäre, egal welcher Couleur, auch wenn sie gegen eine Wiederaufarbeitungsanlage sind, von denen es auch bei uns welche gibt; zum Beispiel ist mein eigener Ortsvorsitzender ein Gegner, aber er wird akzeptiert.

(Abg. Jena: Die schmeißen Sie doch raus!)

– Darf ich Ihnen sagen, daß Ihr Kollege Zierer in der vorigen Woche gesagt hat, der Bürgermeister von Wackersdorf möge sich endlich einmal dagegen äußern, die SPD warte darauf. Der Mann ist nämlich dafür. Bei uns ist noch keiner rausgeschmissen worden. Mein eigener Ortsvorsitzender bekennt sich dagegen.

(Abg. Kurz: Wie ist es mit Bayreuth?)

– Jawohl, Herr Kurz, Sie wissen ja nicht einmal Bescheid, was reden Sie denn.

Der CSU-Ortsvorsitzende in Schwandorf ist ein Gegner der WAA. Wir schmeißen ihn aber nicht raus, das täte Ihnen so passen, im Gegensatz zu denen, die den Bürgermeister von Wackersdorf zwingen wollen,

(Humbs [CSU])

sich gegen die WAA auszusprechen. Das heißt demokratische Partei.

(Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Rothemund:
Aber gegen den Ortsvorsitzenden von Bayreuth läuft ein Parteiordnungsverfahren! –
Gegenruf von der CSU: Das ist doch längst eingestellt worden!)

Die Gegnerschaft akzeptieren wir.

(Abg. Dr. Rothemund: Was ist denn dann mit Bayreuth!)

– Ich rede jetzt von dem Bereich, wo ich herkomme, selbstverständlich, ich bin nicht in Bayreuth daheim. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Gegnerschaft wird also akzeptiert. Das Schüren von Ängsten ist nicht Sache eines Politikers. Er hat die Aufgabe, der Bevölkerung die Angst zu nehmen.

(Abg. Jena: Das Projekt, nicht die Angst!)

Ich fordere Sie auf, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, auf dem Boden der demokratischen Rechtsordnung zu bleiben, Sie brauchen deshalb nicht für die Anlage zu sein, und nicht den Staat und die Exekutive zu beschimpfen, die sich nach Beschlüssen des Landtags und des Bundestags richten und diese durchsetzen wollen. Beschimpfen Sie sie nicht bei der Erfüllung ihrer Aufgabe, auch wenn der Beschluß gegen Ihre Minderheitsmeinung gefaßt worden ist.

Lassen Sie mich noch etwas anfügen. Ihre Gegnerschaft und die einiger unserer Kollegen wird natürlich akzeptiert, akzeptieren Sie aber auch, auch wenn es Ihnen nicht paßt und wenn Sie in Demonstrationen Ihre Gegnerschaft kundtun, die Entscheidungen der in demokratischen, geheimen und allgemeinen Wahlen geschaffenen Mehrheiten und Gremien. Darum würde ich Sie dringend bitten. Wir müssen das ja auch respektieren, haben es jahrelang respektieren müssen. Kontrollieren Sie mit uns zusammen kritisch im rechtsstaatlichen Rahmen die Einhaltung der Auflagen zur Sicherheit der Bevölkerung bei dieser Anlage. Dazu rufen wir Sie auf.

(Abg. Jena: Wir sind nicht für Auflagen, sondern wir sind gegen die Anlage!)

Präsident Dr. Heubl: Herr Kollege, ich muß Sie darauf hinweisen, daß Ihre Redezeit zu Ende geht.

Humbs (CSU): Danke schön, Herr Präsident.

Dann werden auch massive Polizeieinsätze, meine Damen und Herren, nicht mehr nötig sein. Ich bezweifle allerdings und bedauere dies, ob die neue SPD in Bayern die moralische Kraft hat, sich in den Konsens der Demokraten zurückzugeben.

(Beifall bei der CSU – Oh, oh! bei der SPD –
Zuruf von der SPD: Herr Präsident, rügen Sie das, er hat gesagt, wir sollen uns in den Konsens der Demokraten zurückbegeben!)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Wirth. Bitte!

(Abg. Jena: Rügen sollen Sie das, den Konsens der Demokraten!)

– Das ist eine politische Feststellung.

Wirth (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Staatsminister hat gemeint, wir hätten etwas gegen seinen Bericht. Im Gegenteil, Herr Minister! Die SPD hat nie etwas dagegen, wenn die Staatsregierung berichtet, sie hat nur manchmal das Gefühl, daß zu wenig berichtet wird. Auch bei Ihrem Bericht hat uns dieses Gefühl nicht getrogen, und deswegen war es richtig, daß die Kollegin Meier diesen Bericht ergänzt hat.

(Abg. Dr. Rothemund: Vielleicht stellen Sie jetzt Ihren Bericht richtig!)

Wir kritisieren also nicht, daß Sie hier einen Bericht erstattet haben. Wir erlauben uns allerdings, ironisch anzumerken, daß sich die CSU und die Staatsregierung in dieser Angelegenheit verhalten wie ein aufgeschuchter Hühnerhaufen.

(Beifall bei der SPD)

Da haben Sie vorhin gesagt, daß der jetzt öffentlich gegebene Bericht natürlich etwas anderes beinhaltet als das, was im Sicherheitsausschuß berichtet worden sei. Ich gehöre dem Sicherheitsausschuß nicht an, aber ich habe meinen Kollegen Hiersemann gefragt, und ich habe von ihm die Antwort erhalten: im Grunde genommen identisch, bis auf jene zusätzlichen Tatsachen, die nach der Sitzung des Sicherheitsausschusses waren. Über die konnten Sie im Ausschuß ja nicht berichten.

Der Kollege Diethel hat hier gesagt, er stehe bezüglich dessen, was er zur Polizei gesagt habe, zu seinem Wort. Das habe ich mir notiert. Herr Kollege Diethel, darf ich nachfragen: Zu dem, was Sie bei der ersten Pressekonferenz gesagt haben, oder zu dem, was Sie bei der zweiten Pressekonferenz gesagt haben? Im übrigen sind wir Sozialdemokraten mit Ihnen der Auffassung, daß die Polizei in Wackersdorf eine schwere Aufgabe zu bewältigen hat.

(Abg. Gustl Schön: Man muß sie unterstützen!)

Wir glauben allerdings, daß die Strategie der Staatsregierung, ihre Strategie der quantitativen Abschreckung, diese Aufgabe nicht erleichtert, sondern erschwert.

Wir sagen darüber hinaus: Es hat sich leider eingebürgert, daß Tausende und Abertausende von friedlichen und friedliebenden Demonstranten bei ihrer Demonstration durch eine gewaltbereite, verschwindende Minderheit kompromittiert werden.

(Abg. Dr. Wilhelm: Kann man dagegen etwas tun?)

Es kann aber nicht so sein, daß das Grundrecht der Demonstration, von dem wir seit dem Brokdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichts wissen, daß es ein

(Wirth [SPD])

sehr hoch anzusetzende Recht ist, deswegen aufgegeben wird, weil es welche gibt, die es mißbrauchen.

Der Kollege Hiersemann hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es für die SPD keinen Grund gibt, sich von denen, die strafbare Handlungen begehen, zu distanzieren, weil sie gegen unseren Willen handeln. Wir stehen auch nicht an zu verurteilen, wenn strafbare Handlungen begangen werden. Was wir allerdings auch verurteilen, ist der von Ihnen ständig gemachte Versuch, die Verantwortlichkeit zwischen denen, die die strafbaren Handlungen begehen und die eine sehr geringe Minderheit sind, und den Tausenden, die friedlich demonstrieren, zu verwischen.

Daß Sie diese Verwischung ganz bewußt betreiben, wird durch die Äußerung des Herrn Staatsministers der Justiz belegt, die Demonstranten hätten Tagegelder vom Bund Naturschutz erhalten. Das ist nicht nur eine geschwätzte Bemerkung gewesen, die einem Redner einmal entfahren kann; dahinter steckt System. Ähnliches ist von seiten der Staatsregierung auch geschehen nach der Demonstration gegen das SS-Treffen in Nesselwang. Da konnten wir auch in der Zeitung lesen, und der Kollege Kling hat sich bemüht, es weiter zu verbreiten, daß der DGB Demonstranten – natürlich hat es dann geheißenen „Chaoten“ – Handgelder bezahlt hätte. Die Nachfrage hat ergeben – ich habe Sie, Herr Minister, angeschrieben –, daß Sie davon natürlich nichts gewußt haben. Sie haben sich dann darauf bezogen, daß ein anonymen Kundgebungsteilnehmer behauptet hätte, Handgelder empfangen zu haben. Aus diesem anonymen Kundgebungsteilnehmer hat man dann einen Popanz aufgebaut und eine Kampagne gegen den DGB betrieben.

Nun ist es nicht Aufgabe des Parlaments, die Bürger zu kontrollieren, sondern es ist Aufgabe des Parlaments, die Exekutive zu kontrollieren.

(Beifall bei der SPD)

Zu dieser Kontrolle der Exekutive gehört natürlich auch, daß man sich darüber unterhält: Was war an den Polizeieinsätzen gegebenenfalls falsch? Hat jetzt der Landrat den Hund oder umgekehrt der Hund den Landrat gebissen? Das ist eine Frage, die uns natürlich zu interessieren hat.

(Abg. Möslein: Es wurde nicht gebissen, und es wurde niemand gebissen!)

– Herr Kollege Möslein, uns hat zu interessieren, warum der Herr Staatssekretär im Innenministerium eigentlich die Verkehrsabsperren angeordnet und die Demonstranten gezwungen hat, zum Kundgebungsort 8 bis 10 Kilometer zu laufen,

(Frau Abg. Stamm: Das tut doch gut!)

Und uns hat natürlich zu interessieren, auf welcher Rechtsgrundlage Namen registriert wurden. Der Polizeipräsident hat uns im nachhinein gesagt, es sei nicht auf seine Anordnung hin geschehen, nachdem er ja wußte, daß es keine Rechtsgrundlage gab, und

deswegen habe er, nachdem er das erfahren habe, die Vernichtung dieser Listen angeordnet.

Uns hat natürlich auch zu interessieren, ob selektiv festgenommen worden ist. Ihre wiederholte Behauptung, eine Selektion nach Oberpfälzern und Nicht-Oberpfälzern sei nicht vorgenommen worden, nehmen wir Ihnen nicht ab, Herr Staatsminister. Dafür haben wir in der Zwischenzeit zu viele Zeugen gehört.

(Beifall bei der SPD)

Erkundigen Sie sich beim Kollegen Warnécke, bei dem vier Bürger waren, die an der Demonstration beteiligt waren! Vier Freunde sind nebeneinander gestanden; drei sind festgenommen worden, und den vierten, der ortsansässig war, hat man nicht gewollt. Bei einem Gespräch, das wir mit Bürgern geführt haben, erzählte uns eine Hausfrau und Mutter, sie habe auch registriert und festgenommen werden wollen. Sie sei einem Polizisten sogar nachgelaufen und habe um ihre Festnahme gebeten – allerdings erfolglos.

(Heiterkeit bei der CSU)

Diese Selektion, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist natürlich rechtswidrig,

(Beifall bei der SPD)

und das muß man ankreiden.

Sie haben, Herr Staatsminister, auf die Kosten des Einsatzes hingewiesen. Es ist ein dicker Brocken, der da dem Steuerzahler erwächst. Nur ist meines Erachtens die Fragestellung falsch. Es ist doch nicht so, daß man diese Kosten denjenigen anlasten kann, die von ihrem Grundrecht Gebrauch machen. Aber diese Kosten sind ein Vorgeschmack dessen, was passiert, wenn wir in die Plutoniumgesellschaft tatsächlich eingetreten sind. Im Moment wird diese Anlage gebaut. Was wird erst an Sicherheitsvorkehrungen erforderlich sein, wenn die Anlage arbeiten soll! Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU! Sie haben der Polizei für ihren Einsatz gedankt. Wir Sozialdemokraten sind gerne bereit, den Polizisten, die ihre Pflicht in gesetzeskonformer Weise tun, und das unterstellen wir den meisten, ebenso zu danken.

(Beifall bei der SPD)

Wir meinen allerdings, man sollte auch den Bürgern danken, die sich, obwohl sie sich in großer Angst vor dieser WAA befinden, friedlich dagegen zur Wehr setzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe bedauert, von den Bürgern erfahren zu müssen, daß Ihr Arbeitskreis Innenpolitik, der ebenso wie der entsprechende Arbeitskreis meiner Fraktion in Schwandorf bzw. in Wackersdorf war, das Gespräch lediglich mit der Polizei, nicht hingegen mit den Bürgern gesucht hat. Beide Seiten sollte man hören. Wir haben beide Seiten gehört und glauben, daß wir deswegen ein besseres, ein korrekteres, ein objektives Bild gewinnen konnten.

(Wirth [SPD])

Wir halten nichts davon, daß man Polizeibeamte daran hindert, das Gespräch mit dem Bürger zu führen. Uns sind Fälle erzählt worden, in denen derartige Gespräche in der Tat von oben her unterbunden worden sind. Wir sind der Meinung, solche Gespräche wären nützlich. Wir sind dagegen, daß die Polizeibeamten geistig aufgerüstet werden, wie es von Ihrer Seite nach dem Besuch offensichtlich gefordert wurde, um den Sinn der WAA und ihres Einsatzes besser zu begreifen. Wir sind gegen eine derartige Indoktrination; wir glauben, daß sie einer Demokratie nicht würdig wäre.

Präsident Dr. Heubl: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Diethel?

Wirth (SPD): Ich spreche noch diesen Satz zu Ende.

Wir meinen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Vermittlung des Gesprächs zwischen Polizei und Bürgern, wie sie von uns versucht wurde und weiterhin versucht wird, in der Lage wäre, das, was sich auf der einen wie auf der anderen Seite aufgestaut hat, zumindest teilweise wieder abzuräumen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß auch Sie versuchen, dieses Gespräch wiederherzustellen, wie dies auch von uns versucht worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Hölzl!

Hölzl Manfred (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ihre Ausführungen, Herr Kollege, machen es notwendig, gleich zu Beginn meiner kurzen Stellungnahme klipp und klar für die CSU-Fraktion und mit Sicherheit auch für den allergrößten Teil der bayerischen und der deutschen Bevölkerung festzustellen:

Für uns wird es kein Zurückweichen vor der Gewalt der Straße geben, und bei uns wird das Diktat des Mobs nicht Platz greifen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD, u. a. Frau Abg. Meier: Sind die Oberpfälzer Mob? – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– Es ist schon bezeichnend für Ihre Rechtsauffassung, wenn Sie sagen, das sei eine Drohung. Das ist keine Drohung, sondern das unverrückbare Bekenntnis zu unserem Rechtsstaat. Wir wollen mit unseren Sicherheitsorganen die Bürger vor Ängsten und Befürchtungen schützen. Wir wollen, daß sich unsere Bürger in Sicherheit wiegen können. Wir suchen und finden das Gespräch mit dem Bürger. Auch zwischen der Polizei und dem Bürger gibt es ein permanentes Gespräch. Wir sind durchaus der Meinung, daß auch die Polizeibeamten über die wahren Sachverhalte und Vorgänge ausdrücklich informiert und unterrichtet werden sollen. Wir bezeichnen dies nicht negativ wie

Sie, Herr Langenberger, als geistige Aufrüstung. Aber wir wehren uns gegen das, was Sie tun und was ich in Teilbereichen – ich werde Ihnen noch Zitate nennen – als psychologische und moralische Aufrüstung des Gewaltpotentials bewerte, das im Taxölderner Forst und in anderen Regionen bereit ist, sich in gewalttätige Aktionen hineinreden und treiben zu lassen.

Wenn Sie hier ausführen, Herr Kollege Langenberger, daß damit Tausende friedlicher Demonstranten durch wenige zur Gewalt bereite Personen kompromittiert werden, muß ich Sie natürlich wieder einmal fragen: Wer hat denn die Zulässigkeit struktureller Gewalt gepredigt? Doch nicht die CSU! Wer ist denn nicht bereit, gerade um diese Unterwanderungen zurückzuschrauben, die Gewalttätigen bei friedlich angelegten Demonstrationen herauszufinden? Wer verzögert denn die Novellierung des Demonstrationsrechts, anstatt sie im Interesse unseres Rechtsstaates mitzutragen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir lasten die Kosten für diesen Polizeieinsatz natürlich nicht denen an, die friedlich von ihrem Grundrecht Gebrauch machen. Aber wir wehren uns dagegen, daß Sie in heuchlerischer Manier, ich kann es nicht anders sagen, auf der einen Seite auf den schweren Dienst der Polizei hinweisen

(Abg. Dr. Rothmund: Was heißt hier heuchlerisch? Wen meinen Sie damit? Wem werfen Sie Heuchelei vor?)

und sagen, daß dieser Einsatz schwer und schwierig und belastend sei, auf der anderen Seite aber durch Ihre agitatorischen Äußerungen dazu beitragen, daß die Polizei überhaupt in einem solchen Ausmaß zu Einsätzen gezwungen wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte Ihnen dazu gern ein Zitat bringen, auch zwei oder drei, ganz nach Wunsch. Beispielsweise hat Herr Eppler, immerhin Mitglied des SPD-Präsidiums, den SPD-Mandatsträgern ganz klar gesagt, er empfehle die Form eines Hüttendorfes, um ein geeignetes Zeichen zu setzen und gegen Gesetze zu verstoßen. Diese Form zivilen Ungehorsams auszuüben sei für ihn legitim.

(Zuruf des Abg. Messerer)

Oder: Herr Zierer empfiehlt ausweislich der „Mittelbayerischen Zeitung“ der Polizeiführung mehr Lockerheit und Gelassenheit; wegen einiger Hüttendorfer gerate der Rechtsstaat nicht in Gefahr.

Meine Damen und Herren! Es gilt, daß sich alle in unserem Staat gegen Rechtsverstöße und Radikalismus zur Wehr setzen, und wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie hier die Geschlossenheit aller Demokraten wiederherstellen könnten, statt sich in verbalen Äußerungen zu ergöhen, die die anderen erst zu noch mehr Radikalität ermutigen können.

(Frau Abg. Christa Meier: Sagen Sie das doch mal dem Justizminister!)

Präsident Dr. Heubl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schmolcke?

Hölzl Manfred (CSU): Bitte!

Schmolcke (SPD): Herr Kollege, nachdem Sie über Radikalität sprechen, frage ich Sie: Empfinden Sie sich nicht selbst als einen ganz besonders Radikalen?

(Widerspruch bei der CSU und Zurufe, u. a.
Abg. Diethel: Gar nicht darauf eingehen!)

Hölzl Manfred (CSU): Herr Schmolcke, es ist wohl müßig, auf eine unpassende Frage einzugehen. Ich kann nur jedem, der sich mit Engagement und Unnachgiebigkeit für unseren demokratischen Rechtsstaat einsetzt, ermuntern, dies tagtäglich 24 Stunden zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich darauf hinweisen, was an anderer Stelle in anderer Dimension geschehen ist: in Brokdorf, in Grohnde, bei der Startbahn West, in Berlin, beim sogenannten Spaziergang, bei der Tolerierung der sogenannten strukturellen Gewalt, d. h. Gewalt gegen Sachen. Das zeigt, wo diejenigen stehen, die unnachgiebig und geradlinig gegen die Aufweichung unserer Rechtspositionen Stellung nehmen, die die freigewählten deutschen und bayerischen Parlamente gesetzt haben und die von der Rechtsprechung bestätigt werden. Wir stehen dazu, ohne Abstriche zu machen.

Sie praktizieren leider, wie Ihre heutigen Beiträge zeigen, und das muß ich Ihnen vorwerfen, eine Strategie, die zugegebenermaßen rechtlich schwer angreifbar ist: Sie bekennen sich nur zu friedlichen Demonstrationen. Niemand von uns wirft Ihnen vor, daß Sie unfriedliche Demonstrationen veranstalten oder Gewalt anwenden, wie einer Ihrer Redner vorhin zurückgewiesen hat. Aber Strategie ist doch auch, daß Sie eine friedliche Demonstration veranstalten, daß SPD-Prominenz spricht, die „neue Kraft“ oder wer auch immer, wortreich und emotionalisierend. Man zündet an, man wiegelt im Prinzip mit dieser geistig-moralischen wortgewaltigen Agitation die Bevölkerung auf, und dann, wenn der Flächenbrand erreicht ist, erklärt man, damit sei die Versammlung geschlossen. Diese Aktion ist zugegebenermaßen rechtlich nicht angreifbar, aber damit entziehen Sie sich der Verantwortung vor Ort für das, was Sie angezettelt haben und was langfristig in der Bevölkerung fortwirkt. Dies halte ich für verwerflich, denn damit bringen Sie, ob Sie es wollen oder nicht, direkt oder indirekt Ihre Solidarisierung mit den Leuten zum Ausdruck, die in undemokratischer Weise meinen, gegen dieses Projekt in der Oberpfalz Agitation und Gewalt anwenden zu können. Es ist nicht so, daß alle, die dorthin zur Demonstration fahren oder die von Ihnen dazu aufgerufen werden, an andere Orte zu einer Demonstration zu kommen, völlig friedliche und hausbackene Demonstran-

ten wären, die nur ihr Grundrecht in Anspruch nehmen. Nein, wir wissen, daß dahinter auch ein beachtliches Potential an Gewalt und Aktionismus steht, um politisch auf primitivste Weise Wahlkampf zu betreiben. Aber ich bin fest davon überzeugt, daß die Überlegenheit unserer Bevölkerung Ihnen auch in diesem Punkt einen Strich durch die Rechnung machen wird.

Wir bekennen uns, ich möchte dies ausdrücklich betonen, zu dem Polizeieinsatz, der sich in Bayern in Strategie und Taktik bewährt hat: starke Präsenz zu zeigen und vorzubeugen, durch Prävention eine Radikalisierung in noch größerem Maße von vornherein zu verhindern.

Viele Einsätze in der Bundesrepublik und in Bayern haben die Richtigkeit dieser Linie unterstrichen. Die Polizeibeamten, mit denen wir gesprochen haben, erwarten nichts anderes, als daß sie von den politisch Verantwortlichen in diesem Lande unterstützt werden. Sie sind auch bereit, Erschwernisse und Unzulänglichkeiten hinzunehmen, die bei solchen Einsätzen in Teilbereichen unvermeidlich sind. Sie von der SPD versuchen auf Nebenkriegsschauplätze abzuschwenken. Herr Hiersemann hat es vorhin wieder getan. Diese Methode zieht nicht, vor allem nicht bei der Polizei und den Sicherheitsorganen selbst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir geben hier und heute

(Zuruf von der SPD: „In diesem unserem Lande“!)

dieser Einsatzkonzeption ausdrücklich unsere Zustimmung. Wir wehren uns gegen die von Ihnen vornehmlich geschürte Angst- und Verunsicherungsstrategie.

(Abg. Jena: Die Angst wird durch die WAA geweckt, Kollege! Da müssen Sie mit der Bevölkerung reden und nicht nur mit der Polizei!)

– Ja, das ist eben auch eine Ihrer Methoden, daß Sie Angst vor diesem Objekt wecken und sich damit in Widerspruch setzen zu den fundierten Äußerungen von Wissenschaftlern und Fachleuten. Sie stellen sich hin, Herr Kollege Langenberger, und sprechen von Plutoniumgesellschaft oder Plutoniumfabrik

(Abg. Jena: Der war gar nicht da! –
Abg. Diethel: Das war der Wirth!)

und verunsichern die Bevölkerung damit in unerträglicher Weise. Wir werden aber alles tun, damit diese Einrichtung zustande kommt, zum Wohle unserer Bevölkerung und zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Es wird auch keine Plutoniumgesellschaft geben, Herr Kollege Langenberger. Wir stehen jedenfalls zu dieser Einrichtung.

(Abg. Jena: Wo ist denn der Langenberger?)

– Entschuldigung, man kann sich ja einmal versprechen.

(Fortgesetzte Zurufe des Abg. Jena)

(Hözl Manfred [CSU])

– Ja, ich bitte um Nachsicht, ich kann doch einmal einen Namen falsch aussprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir bekennen uns zu dieser Art des Polizeieinsatzes. Wir sind im Gespräch mit der Bevölkerung,

(Abg. Jena: So?)

und wir wissen aus dem Gespräch mit dem Bürger, daß man durchaus bereit ist, sich von der Richtigkeit dieser Anlage überzeugen zu lassen, ohne daß es dabei zu der von Ihnen gewünschten brutalen Auseinandersetzung, wobei ich mit „brutal“ jetzt verbale Brutalität meine, mit ihren ganzen semantischen Tricks zwischen unserer bayerischen Bevölkerung und den Sicherheitsorganen und damit auch den gewählten Organen kommt.

(Abg. Hiersemann: Wer wünscht das? –

Abg. Dr. Rothemund: Das ist eine Frechheit!
Der von uns „gewünschten Auseinandersetzung“!)

Präsident Dr. Heubl: Herr Kollege, dieses muß ich natürlich zurückweisen.

(Abg. Dr. Rothemund: Der von uns „gewünschten Auseinandersetzung“! – Fortgesetzte Zurufe und Widerspruch bei der SPD)

Als nächster hat das Wort der Herr Staatsminister der Justiz.

Staatsminister Lang: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich melde mich zu Wort, weil es mir ein Anliegen ist, richtigzustellen, was der Herr Kollege Günter Wirth in den Raum gestellt hat.

Herr Kollege Wirth, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann haben Sie gesagt, ich hätte meinerseits behauptet, daß Demonstranten vom Bünd Natur-schutz Geld erhalten hätten. So haben Sie formuliert, es steht ja im Protokoll.

(Abg. Kurz: Tagegelder!)

– Tagegelder, Handgelder oder so ähnlich.

(Abg. Jena: Das haben Sie behauptet, ja!)

– Ich spreche jetzt den Herrn Kollegen Wirth an. Sie haben das als Zwischenruf gemacht, Herr Kollege Jena.

Herr Kollege Wirth, ich fordere Sie hiermit auf, zu belegen, wo ich behauptet habe, daß der Bund Naturschutz Tagegelder, Handgelder, Fahrgelder oder dergleichen gegeben haben soll. Bis zum Beweis des Gegenteils werfe ich Ihnen vor, daß Sie hier ganz bewußt die Unwahrheit gesagt haben.

Richtig ist, Kolleginnen und Kollegen, daß es nicht nur eine ganze Reihe von Meldungen in den Medien gegeben hat, sondern daß ich auch Zuschriften und Mitteilungen erhalten habe, daß ein Teil der Gewalt-demonstranten von verschiedenen Organisationen, die der Herr Innenminister heute schon genannt hat, Tagegelder bekommen hätte. Ein Teil hat auch zugege-

ben, erhebliche Spenden erhalten zu haben. Das ist das Erstaunliche. Ich wundere mich schon, daß bestimmte Bürgerinitiativen 145 000 DM, 40 000 DM, 50 000 DM, 200 000 DM Spenden bekommen, und auch darüber, was die mit den Geldern machen.

(Abg. Jena: Das ist doch überhaupt nichts gegen das, was die CSU bekommt!)

Sie haben nämlich die Gelder anschließend für Fahrtkosten, Tagegelder usw. verwendet. Ich wundere mich auch, was in den Gastwirtschaften rund um Wackersdorf alles geschieht und geschehen ist. Sie können mich ja noch fragen, Herr Kollege Wirth, wir werden das im Ausschuß noch im einzelnen darlegen.

(Abg. Schimpl: Die Spenden waren alle von Grundig!)

Auch Frau Kollegin Christa Meier behauptet Dinge, die einfach nicht richtig sind. Ich nehme die Gelegenheit wahr, Ihnen heute zu erwidern, und ich werde mir auch in Zukunft nicht mehr gefallen lassen, was Sie an Unwahrheiten daherreden.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Christa Meier?

Frau Meier Christa (SPD): Herr Staatsminister, Sie haben gerade davon gesprochen, daß Bürgerinitiativen 145 000 DM oder sonstige Beträge an Spenden erhalten hätten. Wissen Sie überhaupt, wofür gesammelt wird? Ist Ihnen bekannt, daß die Spenden in den Rechtshilfefonds gehen, weil sich die Bürgerinitiativen auf jahrelange Prozesse vorbereiten müssen, die von einem Rechtsanwalt geführt werden, der der Sohn eines Kollegen in diesem Hause ist?

(Widerspruch bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

Staatsminister Lang: Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Meier, ich wundere mich schon, daß Sie Einzelheiten wissen über die KPD, über die „TAZ“, über „Radikal“, über „Freiraum München“, über „Informationsdienst München“, über „SPION“, über „Rote Fahne“. Wenn Sie von Bürgerinitiativen sprechen, dann müssen Sie deutlich offenlegen, welche Bürgerinitiative Sie meinen. Sie können von den Grünen sprechen, Sie können von der Alternativen Gruppe sprechen, Sie können auch die 20 oder 100 verschiedenen alternativen Gruppen als Bürgerinitiativen bezeichnen. Sie können auch davon sprechen, daß es eine Dachorganisation der Bürgerinitiativen unter Führung von Daniels gibt, der z. B. zugibt, daß er Gelder bekommen hat. Davon könnten Sie sprechen, aber doch nicht so allgemein. Das wissen Sie auch ganz genau. Sie können nicht allgemein von der Bürgerinitiative sprechen. Es gibt in einigen Dörfern und Städten die Bürgerinitiativen Wackersdorf unter verschiedenen Namen, Kolleginnen und Kollegen, aber man kann nicht von einer Bürgerinitiative spre-

(Staatsminister Lang)

chen, denn es gibt deren bei uns eine ganze Reihe, 20, 30 oder 50 verschiedene.

(Abg. Kolo: Welche haben Sie denn gemeint, Herr Staatsminister?)

Präsident Dr. Heubl: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kurz?

Staatsminister Lang: Nein. Ich möchte auch von dem sprechen, Kolleginnen und Kollegen, was unser Anliegen ist, und es wäre wünschenswert, daß die SPD, insbesondere der Kollege Wirth, mich einmal in den Ausschuß einlädt. Ich würde gerne antworten, was beispielsweise in der Justizvollzugsanstalt Amberg geschehen ist, wo diese Leute wie die Vandalen gehaust haben.

(Beifall bei der CSU und Zuruf von der SPD)

– „Vandalen“ haben die Zeitungen geschrieben. Kolleginnen und Kollegen! Dort findet sich zum Beispiel: „Feuer und Flamme für diesen Knast – Freiheit für alle Gefangenen“ – „Kommt Zeit, kommt Rat, kommt Attentat“ – „Wir werden immer mehr, bald schlagen wir die Bundeswehr“ – „Gibt es Knast und Bullenprügel, kriegen Steine Flügel“ – „Was die Bullen schwitzen, wenn sie im VW-Bus sitzen“ – „Zerschlagt die NATO“. Das alles steht dort angeschrieben. Da ist nicht nur über die Meinhof geschrieben, nicht nur über brave Demonstranten, die friedlich und brav wie Pinguine dahermarschieren, da ist vielmehr von anderen gesprochen: „Zerschlagt die NATO“, „Zerschlagt den Staat“, „Zerschlagt die Justiz“. Das ist ein ganz glatter Angriff gegen diesen freiheitlichen Rechtsstaat.

(Beifall bei der CSU)

Ich freue mich, das muß ich einfach sagen, daß es eine ganze Reihe hervorragender Journalisten gibt, von Hans-Christian Braun vom Rundfunk bis Lutz Roßmann und Roswin Finkenzeller oder Gerd Otto in der „Mittelbayerischen Zeitung“; Roswin Finkenzeller zum Beispiel hat den Sozis in dem Artikel „Wackersdorf und SPD“ unter dem 7. Februar 1986 die Leviten gelesen.

(Abg. Dr. Rothmund: Was heißt „Sozis“! Sie sollten sich wenigstens anständig ausdrücken, es heißt immer noch Sozialdemokraten!)

Ich möchte Ihnen empfehlen, meine Damen und Herren, dies nachzulesen.

Kolleginnen und Kollegen, liebe Christa Meier! Ich möchte Ihnen eines sagen: Sie wissen doch ganz genau, daß Ihnen die Aktion aus den Händen gegliedert ist. Sie wollten sich an die Spitze einer Bewegung, an die Spitze dieser Aktion stellen, die Sie jetzt nicht mehr in der Hand haben.

Nicht wir, sondern der Journalist Roswin Finkenzeller schreibt vom „Mob und Pöbel“. Sie haben es nicht mehr in der Hand. Jeder von Ihnen, der ein bißchen

nachdenkt, kommt zu dem Ergebnis, das Gerd Otto so beschreibt: „Vorsicht: Rechtsstaat in Gefahr“.

So kann es nicht weitergehen. Es kann nicht normal sein, daß 1 1/2 Stunden lang eine Versammlung nicht mehr durchgeführt werden kann, weil Mob und Pöbel auf der Straße sind und Leute niederschlagen.

(Beifall bei der CSU)

Es kann doch nicht normal sein, daß zum Beispiel der Herr Kollege Otto Zeitler, als wir mit Mitgliedern des Innenausschusses, mit dem Innenminister, dem Justizminister und mit dem Regierungspräsidenten eine Veranstaltung durchführten, nicht mehr in den Saal gelangen konnte, weil er, wie er uns erklärt hat, beinahe von diesen Leuten erschlagen worden wäre. Das kann doch nicht normal sein.

(Lachen und Zurufe bei der SPD)

– Da lachen Sie noch!

(Gegenrufe von der CSU)

Fragen Sie mal die Arbeiter in Wackersdorf, die über die Krähenfüße fahren, die nicht zur Arbeitsstelle kommen, weil ihre Autos danach kaputt sind! Und da hat der Kollege Wirth tatsächlich die Stirn zu fragen: Hat der Landrat den Hund gebissen oder umgekehrt? Ich darf Ihnen nur sagen: Nach unseren Berichten wurden von einer Menge Demonstranten Hunde auf die Polizei gehetzt. Die Polizeibeamten konnten nicht mehr aussteigen, weil sie Angst hatten. Dies müßte auf den Tisch und hier angesprochen werden.

(Beifall bei der CSU)

Das wollte ich richtigstellen.

(Abgeordneter Dr. Rothmund meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Danke schön. Wir haben noch einiges auf der Latte.

(Beifall bei der CSU – Lebhaftes Zurufe von der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Kolo. Bitte, Herr Kollege!

Kolo (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will in erster Linie zu einer Behauptung Stellung nehmen, die Kollege Diethel am Anfang seiner Rede aufgestellt hat. Er sagte, die Sozialdemokratie hätte Beschlüsse, die einst gemeinsam gefaßt worden wären, und den demokratischen Grundkonsens generell verlassen.

Herr Kollege Diethel und Sie von der CSU: Es ist Gott sei Dank nachweisbar, wer gemeinsam gefaßte Beschlüsse verlassen hat! Es ist diese Bundesregierung und diese CDU/CSU-Regierung!

Am 28. September 1979 faßten die Regierungschefs von Bund und Ländern einen Beschluß, in dem unter Punkt 4 zu lesen steht:

Gleichzeitig werden auch andere Entsorgungstechniken wie zum Beispiel die direkte Endlagerung von abgebrannten Brennelementen ohne Wiederaufarbeitung auf ihre Realisierbarkeit und

(Kolo [SPD])

sicherheitstechnische Bewertung untersucht. Diese Untersuchungen werden so zügig durchgeführt, daß ein abschließendes Urteil darüber,

– hören Sie jetzt gut zu –

ob sich daraus entscheidende sicherheitstechnische Vorteile ergeben können, in der Mitte der 80er Jahre möglich wird.

Punkt 7 dieser gemeinsamen Erklärung lautet:

Die oberirdischen Fabrikationsanlagen für die eine oder andere Entsorgungstechnik sowie die Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und Endlagerung der radioaktiven Abfälle werden spätestens zum Ende der 90er Jahre betriebsbereit gemacht.

1979 wurde dieser Beschluß mit der Maßgabe gefaßt, beide Entsorgungstechniken, die möglich sind, zu untersuchen und Mitte der 80er Jahre erst zu entscheiden, welche gewählt werden sollte.

Es wurde der Auftrag gegeben, ein Projekt „andere Entsorgungstechniken“ an der Universität Karlsruhe durchzuführen. Dieses Projekt „andere Entsorgungstechniken“ lief von 1980 bis 1984. Die Projektgruppe hat ihren Bericht im Dezember 1984 vorgelegt. Bereits am 23. Januar 1985 – das läßt bei der „Arbeitswut“ der Bundesregierung, vor allem über die Weihnachtszeit, weit blicken – hatte die Bundesregierung angeblich die zunächst vereinbarte Prüfung vorgenommen, welche der beiden Entsorgungstechniken die richtige ist. Ich behaupte: Entgegen der Vereinbarung vom September 1979 hatte die Bundesregierung diese Prüfung noch nicht vorgenommen und war damit von den Vereinbarungen abgewichen. Sie hat kurz entschlossen behauptet, sie sehe keinen Anlaß, von dem im Atomgesetz festgelegten Entsorgungskonzept abzugehen, das vom Gebot der Reststoffverwertung und damit vom Grundsatz der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente ausgehe.

Dies ist so nicht richtig, ich sage sogar: es ist falsch.

Zweitens behauptet die Bundesregierung, die im Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom September 1979 gestellte Frage, ob sich aus der direkten Endlagerung abgebrannter Brennelemente sicherheitsmäßige Vorteile ergeben können, sei zu verneinen.

Ich behaupte: Diese Frage ist ohne Prüfung verneint worden.

Drittens wird behauptet, die direkte Endlagerung könne aus heutiger Sicht nicht in Anspruch genommen werden.

Das ist ebenfalls eine Behauptung, die nicht geprüft worden ist.

Viertens wird gesagt, aus heutiger Sicht komme die Endlagerung nur für solche Brennelemente in Betracht, für die die Entwicklung einer eigenen Wiederaufarbeitungsanlage wirtschaftlich nicht vertretbar sei.

Wir sind der Meinung, daß hier der gemeinsamen Beschlußlage der Regierungschefs von Bund und Ländern aus dem Jahre 1979 eindeutig entgegengehandelt wurde. Die Bewertung der Systemstudie „andere Entsorgungstechniken“ hat sich beim Vergleich der sicherheitsmäßigen Vorteile am Regelungsinhalt des § 9a Atomgesetz zu orientieren. Da heißt es, hören Sie gut zu, nachdem Sie in der Öffentlichkeit zu der Beschlußlage der Bundesregierung immer falsche Dinge behaupten:

Anfallende radioaktive Reststoffe sowie ausgebaute oder abgebaute radioaktive Anlagenteile, die

1. den in § 1 Nummer 2 bis 4 bezeichneten Zwecken entsprechend schadlos verwertet werden oder
2. soweit dies nach dem Stand von Wissenschaft und Technik nicht möglich, wirtschaftlich nicht vertretbar oder mit den in § 1 Nummer 2 bis 4 bezeichneten Zwecken unvereinbar ist, als radioaktive Abfälle geordnet beseitigt werden.

Ihr Argument, § 9a Atomgesetz schreibe von sich aus zwingend die Wiederaufarbeitung vor, ist schlicht und ergreifend falsch.

(Beifall bei der SPD)

Aber eine Prüfung ist ja gar nicht erfolgt. Eine Bewertung des Systemvergleiches „andere Entsorgungstechniken“ hätte nach folgenden Kriterien erfolgen müssen, die sich auch aus § 9a Atomgesetz ergeben:

Erstens. Entspricht der Entsorgungsweg dem Stand von Wissenschaft und Technik sowohl in Fällen direkter Endlagerung als auch in Fällen der WAA? Das heißt: Prüfung der Umweltauswirkungen.

Es heißt nämlich: Minimierung der Schadstoffe nach Stand der Technik. Wenn es einen Stand der Technik gibt, der die Bürger dieses Landes oder der Beschäftigten einer solchen Anlage in einem geringeren Maße Schäden aussetzt als eine andere, so ist diese Technik zu wählen. Das bedeutet „Stand der Technik“. Diese Prüfung ist nicht erfolgt.

Zweitens. Kriterium für den Vergleich der beiden Entsorgungstechniken muß sein: Ist der Entsorgungsweg wirtschaftlich vertretbar? Dies sind die technisch-wirtschaftlichen Aspekte.

Drittens. Ist für den Entsorgungsweg die Überwachung des Kernmaterials durchführbar, und inwieweit ist eine mißbräuchliche Verwendung von spaltbarem Kernmaterial ausgeschlossen? Das ist das Problem der Proliferation, der Aspekt der Weitergabe. Auch das ist ein Prüfungserfordernis beim Vergleich der Entsorgungswege.

Viertens. Wird durch den Entsorgungsweg verhindert, daß die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet wird? Dies betrifft den gesamten Komplex der Sozialverträglichkeit. Darüber wird jetzt ja weitgehend diskutiert.

Eine Abwägung ist in allen vier Punkten nicht erfolgt. Damit, meine Damen und Herren von der CSU-Fraktion, Herr Kollege Diethel, haben Sie eindeutig einen Beschluß verlassen, der im Jahr 1979 zwischen Bund

(Kolo [SPD])

und Ländern gefaßt worden ist, und die damaligen Vereinbarungen nicht eingehalten. Sie haben sozusagen den vorhandenen Konsens verlassen und einseitig Lösungen vorab verfolgt.

(Zustimmung bei der SPD)

Dazu einige Gesichtspunkte:

E r s t e n s. Stand der Technik und Auswirkungen auf die Umwelt. Es ist unbestreitbar und wurde von keinem der Wissenschaftler bestritten, die wiederholt von Ihnen angeführt worden sind, daß die Strahlenexposition über die Abluft für die Bevölkerung bei Entsorgung über direkte Endlagerung durch die Konditionierungsanlage 275mal geringer ist als bei der WAA: 0,04 mrem pro anno bei der direkten Endlagerung und 11 mrem pro anno bei der Wiederaufarbeitung. Damit kein falscher Eindruck entsteht, betone ich ausdrücklich, daß auch das unter dem Gesichtspunkt der Unterschreitung der erlaubten Grenze von 30 mrem gilt.

(Abg. Erwin Huber: Das ist unrealistisch!)

– Das ist nicht unrealistisch, sondern das Ergebnis der Untersuchung von Karlsruhe. Die direkte Endlagerung bringt eine geringere Beeinträchtigung der Bevölkerung mit sich als die WAA.

(Beifall bei der SPD)

Ein Staat muß von der Bevölkerung Schaden abwehren. Deshalb wurde das 1979 beschlossen. Damals hat uns der Herr Dr. Vogl immer wieder gesagt, die Wiederaufarbeitung sei das beste, was wir hätten; wir stellen den Schnellen Brüter an und brüten das Plutonium weg, dann sei die ökologische Situation geradezu hervorragend. Man hat uns weiszumachen versucht, daß die Strahlenbelastung der Bevölkerung durch Wiederaufarbeitung geringer wäre, daß die Direktendlagerung da nicht mithalten könne. Zwischenzeitlich hat sich herausgestellt, daß dem nicht so ist.

(Abg. Dr. Fischer: Wer hat das gesagt? –

Abg. Dr. Rothmund: Das weiß doch der Fischer nicht! – Abg. Jena: Woher soll das der Abgeordnete Dr. Fischer wissen!)

– Das besagt das von der Bundesregierung und den Ländern in Auftrag gegebene Projekt „andere Entsorgungstechniken“. Das sind keine Freunde der Sozialdemokratie, die am Kernforschungszentrum in Karlsruhe tätig sind, keine Widersacher der kerntechnologischen Nutzung, Herr Kollege Fischer.

Z w e i t e n s. Es muß die Wirtschaftlichkeit geprüft werden. Es ist für ein Land doch eine wesentliche Frage, ob man den gleichen Zweck, nämlich die Entsorgung radioaktiver Materialien, mit einem geringeren Aufwand erreicht. Von Investitionskosten und ähnlichem will ich gar nicht reden. Ergebnis der Studie: Die laufende Belastung der Stromkunden in der Bundesrepublik, also der Bürger dieses Landes, ist bei der Entsorgung über Direktendlagerung jährlich um 500 Millionen DM geringer als bei der Wiederaufarbeitung. Vielleicht überlegen Sie sich mal, wie man

mit 500 Millionen DM die Nachfrage und damit die Konjunktur ankurbeln und damit Arbeitsplätze schaffen könnte.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Herr Kollege Kolo, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kling?

Kolo (SPD): Ja, bitte!

Kling (CSU): Herr Kollege Kolo, ist es denn nicht intellektuelle Unredlichkeit,

(Nein! bei der SPD)

die Direktendlagerung so undifferenziert darzustellen und nicht zu sagen, daß dadurch eine jahrhundert-, jahrtausendelange Belastung entsteht, die gerade Sie in der SPD immer wieder als besonders gefährlich bezeichnen?

(Abg. von Heckel: So ein Schmarrn!)

Kolo (SPD): Herr Kollege Kling, ich muß revidieren, daß ich heute vormittag gesagt habe, daß ich Ihnen sehr viel Sachverstand attestiere.

(Zustimmung bei der SPD – Abg. Dr. Wilhelm: Soviel Sachverstand wie Sie hat er auch!)

Hier liegen Sie mit Sicherheit falsch. Herr Kollege Kling, wir sind uns doch darüber einig, daß wir auch bei der Wiederaufarbeitung nicht auf die Endlagerung hochradioaktiver Substanzen verzichten können. Ich weiß, was Sie meinen; Sie meinen den relativ geringen Prozentsatz reinen Plutoniums, der bei der Wiederaufbereitung sozusagen extrahiert und nicht endgelagert wird und damit keine Belastung mehr während der 24 000 Jahre Halbwertszeit bedeuten könnte.

(Abg. Huber Herbert (Landshut): Die beste Lagerung ist die Wiederverwendung!)

Das wollen wir nicht bestreiten. Das Plutonium ist aber dann extrahiert. Genau hier aber beginnt das dritte Abwägungserfordernis, Herr Kollege Kling: die Entsorgungswege im Hinblick darauf abzuklären, inwieweit Kernmaterialüberwachung und Proliferationsaspekte besser kontrollierbar sind.

(Abg. Leeb: Was hat das mit dem Dringlichkeitsantrag zu tun?)

Sie haben dann Plutonium in Pulverform, das handhabbar ist. Das ist dann ein aktuelles, viel größeres Gefährdungsrisiko als Verfrachtung in ein direktes Endlager.

(Zustimmung bei der SPD)

V i e r t e n s. Es wurde heute schon die Sozialverträglichkeit diskutiert. Sie haben gesagt, daß die Demonstrationen und die ganzen Vorgänge in Wackersdorf, die ganzen Bürgerinitiativen, eine Entwicklung seien, die von uns geschürt worden sei, die uns aber aus den Händen gleite. Meine Damen und Herren! Einige von Ihnen sind aus der Oberpfalz. Ein Kollege aus der CSU-Fraktion, wohl ein Befürworter der Wiederauf-

(Kolo [SPD])

arbeitung, ist hier im Haus, sein Sohn ist ein strikter Gegner. Bei uns ist das nicht anders. Der Bürgermeister von Wackersdorf, Sozialdemokrat, ist für die Wiederaufarbeitungsanlage, seine Familienangehörigen sind dagegen. Ein Projekt, das Familien, das eine ganze Region spaltet, kann doch wohl nicht als sozial verträglich angesehen werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Da bedurfte es keiner Hetzparolen und ähnlicher Dinge. Geben Sie doch endlich zu, daß Sie sich geirrt haben. Sie haben sich ganz gewaltig geirrt. Die DWK ist inzwischen auf Sie auch stocksauer, weil man ihr weisgemacht hat: Wir haben in Bayern überhaupt keine Probleme; wir haben in der Oberpfalz eine hohe Arbeitslosigkeit, und soweit sie noch nicht da ist, schaffen wir sie auch, um die Akzeptanz zu erhöhen.

(Abg. Leeb: Das ist eine üble Unterstellung, daß wir Arbeitslosigkeit bewußt schaffen! – Lebhafter Widerspruch und Zurufe von der CSU – Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Das werden wir Ihnen schon noch beweisen.

Zum zweiten hat man ihr weisgemacht, daß der Anteil der CSU-Wählerschaft so hoch sei, daß das Projekt in der Bevölkerung ohne weiteres durchgesetzt werden könne.

(Fortgesetzte Zurufe)

Jetzt sind Sie darüber erstaunt, daß die Bevölkerung, die Sie der DWK als lammfromme Böcklein annonciert haben, plötzlich aus selbstbewußten, heimatbewußten Bürgern besteht, die nicht alles mit sich geschehen lassen, was diese CSU als richtig ansieht.

(Abg. Niedermayer: Würden Sie wiederholen, was Sie zur Arbeitslosigkeit gesagt haben? – Lebhaftere weitere Zurufe von der CSU – Unruhe)

Im Hinblick auf die Sozialverträglichkeit sollten Sie sich überlegen, wohin es führt, wenn Sie jede Baustelle in Bayern, die von einem Privatmann wie der DWK betrieben wird, mit einem derartigen Polizeiaufgebot über Jahre hinweg schützen wollen. Das führt zum Ende der demokratischen Möglichkeiten, wenn Sie jedem Bürger auf Verlangen, wie der DWK, ein Polizeiaufgebot zum Schutz seiner privaten Einrichtungen zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Wilhelm: Weil Ihr die Leute aufhetzt!)

Dafür ist die Polizei weiß Gott nicht da.

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Erwin Huber. Bitte, Herr Kollege!

Huber Erwin (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kolo hat gerade den Versuch unternommen, die Energiepolitik

der SPD einschließlich WAA der 70er und 80er Jahre als eine geradlinige Entwicklung hinzustellen.

Dieser Versuch mußte natürlich scheitern, denn wir alle wissen, daß die SPD in diesen Jahren einen enormen Zickzackkurs verfolgt hat, der in allen Einzelheiten nicht mehr nachvollzogen werden kann.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abg. Dr. Rothemund)

– Herr Kollege Dr. Rothemund, ich möchte Ihnen das an vier Punkten zeigen. Sie haben wahrscheinlich in der SPD nicht mehr allzuviel zu sagen,

(Heiterkeit bei der CSU)

aber dennoch möchte ich es Ihnen gern erklären.

Erstens. Die Vierte Novelle zum Atomgesetz vom Jahre 1976 der SPD/FDP-Mehrheit in Bonn schreibt in § 9a den Vorrang der Wiederverwertung vor der Direktendlagerung vor.

(Abg. Kolo: Lesen Sie Absatz 2! Das stimmt nicht!)

Es steht dort: vorrangig wiederzuverwerten. Damit steht eindeutig fest, daß von der seinerzeitigen Koalition, zu der die SPD sich doch wohl bekennen muß, der Wiederaufarbeitung der Vorrang vor der direkten Endlagerung eingeräumt wurde.

(Abg. Kolo: Das ist un wahr!)

Zweitens. Ich verweise weiter auf die Vereinbarung vom September 1979, die Sie angesprochen haben. Sie haben natürlich nur den zweiten Teil zitiert, denn im ersten Teil, um den es eigentlich geht, wird festgeschrieben, daß sofort ein Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage in der Bundesrepublik gesucht und bestimmt,

(Zuruf des Abg. Dr. Rothemund)

das Genehmigungsverfahren eingeleitet und eine Wiederaufarbeitungsanlage gebaut werden soll. Das steht so drin.

(Zurufe von der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Meier?

Huber Erwin (CSU): Nein!

Darüber hinaus sollte, und zwar ganz eindeutig bis zur Entscheidung über den Baubeginn, geprüft werden, ob eine direkte Endlagerung eventuell nicht vorteilhafter ist. Das bedeutet einen klaren Entscheidungskatalog primär WAA, und sollte sich im Laufe der folgenden Jahre herausstellen, daß eine direkte Endlagerung vorteilhafter ist, sollte diese gewählt werden. Diese Prüfung ist erfolgt, und die jetzige Bundesregierung hat aufgrund des Gutachtens des Forschungszentrums Karlsruhe erklärt, daß direkte Endlagerung ganz eindeutig keinen technischen und wirtschaftlichen Vorteil bringt. Deshalb bleibt es beim Beschluß von 1979, daß Wiederaufarbeitung Vorrang hat.

(Zuruf des Abg. Kolo)

(Huber Erwin [CSU])

Drittens. Es wird immer vergessen und von Ihnen natürlich auch verschwiegen, Herr Kollege Kolo, daß die Enquêtekommission des Deutschen Bundestages „Zukünftige Kernenergiepolitik“ unter Vorsitz der SPD-Bundestagsabgeordneten Überhorst und Schäfer – Herr Schäfer ist jetzt noch im Deutschen Bundestag im Innenausschuß – sich in seinen Materialien, die 1980 und 1981 herausgekommen sind und die Sie nachlesen können, sich für eine Demonstrationsanlage mit einer Jahreskapazität von 350 Jahrestonnen in der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen hat. Genau das ist die Anlage Wackersdorf. Sie hat eine Kapazität von 350 Jahrestonnen. Sie können sagen, daß Sie sich geirrt haben, daß Sie sich deshalb vom bisherigen Kurs abwenden, dann sind Sie wenigstens ehrlich, aber es ist zutiefst unehrlich, rückblickend Geschichtsklitterung zu betreiben.

(Beifall bei der CSU)

Wir räumen doch auch ein, daß man gescheiter werden und nach 5 Jahren eine andere Position haben kann. Sich aber heute hierherzustellen und zu sagen, wir waren immer gegen die WAA, ist einfach falsch und unwahr.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Ich stelle also fest: Die Enquêtekommission des Deutschen Bundestags mit einer Mehrheit von SPD und FDP hat sich seinerzeit eindeutig für den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage eingesetzt und dieses so festgeschrieben.

Viertens. Meine Damen und Herren! Die DWK, die diese Wiederaufarbeitungsanlage bauen und betreiben wird, ist eine private Gesellschaft. Diese private Gesellschaft setzt sich aus allen maßgeblichen EVUs der Bundesrepublik Deutschland zusammen, angefangen vom Bayernwerk über RWE und Preussag.

(Abg. Kolo: Die Bayernwerke haben einen Zweidrittelanteil an diesem Verbrauch!)

– Nein, der Anteil der Bayernwerke liegt bei rund 20 Prozent, RWE und Preussag sind wesentlich stärker in den Organen der DWK vertreten.

(Zustimmung bei der CSU)

Es sind auch Landespolitiker aus Nordrhein-Westfalen und Hessen und Kommunalpolitiker der SPD aus Hessen, aus Nordrhein-Westfalen, aus Niedersachsen und Hamburg in der Trägergesellschaft vertreten. Sie treiben ein doppelzüngiges Spiel: Einerseits finanzieren Ihre Kommunal- und Landespolitiker in den entsprechenden Gremien der EVUs die DWK und ermöglichen diese im Grunde dadurch überhaupt erst, auf der anderen Seite aber, auf der politischen Seite, führen Sie den Widerstand gegen die DWK an.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Kolo, gehen Sie doch hier herauf, wenn Sie schon so lachen, und sagen Sie, daß in den Aufsichtsgremien von Preussag und RWE keine SPD-Politiker sitzen.

(Abg. Möslein: Das wäre eine Lüge! –

Abg. Kolo: Sie machen sich doch lächerlich!

– Weiterer Zuruf des Abg. Dr. Gantzer)

– Wir bekennen uns doch zur WAA, Herr Kollege Gantzer, wir treiben hier kein doppelzüngiges Spiel. Haben Sie jemals von Versuchen Ihrer Kollegen aus Hessen, aus Nordrhein-Westfalen, aus Niedersachsen oder Hamburg gehört, in den entsprechenden Gremien der EVUs DWK und WAA zu Fall zu bringen? Gehen Sie doch hier herauf und sagen Sie das. Diese Gesellschaften tragen doch die DWK, sie finanzieren die DWK. Deshalb kann sich die SPD nicht aus ihrer Verantwortung stehlen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Matschl?

Huber Erwin (CSU): Bitte sehr!

Dr. Matschl (CSU): Herr Kollege Huber, teilen Sie meine Auffassung, daß eine solche Intervention der Kollegen Kolo und Genossen bei Ihren Parteifreunden in Nordrhein-Westfalen und in Hessen und anderswo um so mehr veranlaßt wäre, als sie in diesem Hause unentwegt vom Freistaat Bayern, wo dieser Anteile hat, ein entsprechendes Verhalten fordern?

(Beifall bei der CSU)

Huber Erwin (CSU): Herr Kollege Matschl, Sie wissen, daß ich im allgemeinen und hier im besonderen Ihre Meinung in vollem Umfang teile.

Meine Damen und Herren! Der Kollege Kolo hat nun wieder ein beredtes Plädoyer für die direkte Endlagerung gehalten. Ich kann Ihnen dazu sagen: Direkte Endlagerung wird weltweit nirgends praktiziert, sie ist nirgends erforscht. Man kann wahrscheinlich erst Mitte der 90er Jahre sagen, ob direkte Endlagerung überhaupt realisierbar ist. So stehen wir heute vor der Situation, daß wir einen entscheidenden Schritt zur Entsorgung der Kernkraftwerke tun müssen. Realisierbar und in den USA, im Ostblock, in Frankreich, in Japan, in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland in Karlsruhe technisch erprobt, ist die Wiederaufarbeitungsanlage.

(Zuruf der Frau Abg. Meier Christa)

– Sellafeld, jawohl, ich war dort, Sie nicht, Frau Kollegin.

(Weiterer Zuruf der Frau Abg. Meier Christa)

Die Anlage ist seit vielen Jahrzehnten erprobt, wir stehen also heute vor der Situation, eine Technik, die weltweit erprobt ist, einzusetzen, oder auf eine Schimäre zu setzen, von der niemand weiß, ob sie überhaupt einmal realisierbar wird.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Wissen Sie, wie das Spiel der Gegner der WAA jetzt taktisch läuft? Man will

(Huber Erwin [CSU])

jetzt in einem Schritt die WAA kaputt machen, unrealisierbar, um dann natürlich mit dem gesamten Widerstand gegen die direkte Endlagerung loszugehen. Ich würde mich nach den Erfahrungen, die wir mit der SPD in allen Fragen haben, die mit der Kerntechnik zusammenhängen, nicht wundern, wenn Sie da dann wieder an der ersten Stelle stehen

(Beifall bei der CSU)

und sagen würden, die WAA ist gestorben, die direkte Endlagerung funktioniert nicht. Damit wäre für Sie dann der Entsorgungspfad der Kerntechnik zu Ende und damit Schluß mit der Kerntechnik in der Bundesrepublik. Das ist die Strategie, die hinter dem Widerstand steht. Wenn Sie das noch nicht erkannt haben, sind Sie blauäugig und naiv.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf in diesem Zusammenhang dem Hohen Haus auch eine Mitteilung machen, die mich sehr verwundert hat. Sie ist nicht von der SPD Bayern, die ja innerhalb der SPD-Bundesorganisation, Herr Kollege Matschl, das muß ich vielleicht noch dazusagen, sehr unbedeutend und einflußlos ist. Aber es gibt angeblich die Überlegung bei der SPD in Bonn, wenn die WAA kippt, die abgebrannten Brennelemente in der Sowjetunion wiederaufarbeiten zu lassen. Meine Damen und Herren, ich habe diese Information aus sehr zuverlässiger, glaubwürdiger Quelle.

(Lachen bei der SPD)

– Daß Sie lachen, beweist nur, daß Sie in den Informations- und Entscheidungsprozeß überhaupt nicht eingeschaltet sind.

(Beifall bei der CSU – Erneutes Lachen bei der SPD)

Ich weiß natürlich nicht, ob dies jemals Beschlußlage der SPD werden wird. Das kann ich nicht sagen. Das kann bei Ihnen überhaupt niemand voraussagen. Ich kann aber eines sagen: Es gibt derartige Überlegungen. Ich meine, daß Sie damit einen sehr gefährlichen Weg beschreiten, wenn Sie uns in der Kerntechnik von der Sowjetunion abhängig machen wollen.

(Zurufe von der SPD)

Verlassen Sie diese Überlegungen und gehen Sie mit uns gemeinsam einen Weg, der die Entsorgung in der Bundesrepublik Deutschland selbst sichert.

Ich möchte noch etwas zur Wirtschaftlichkeit sagen, Herr Kollege Kolo.

(Zurufe von der SPD)

Natürlich ist eine Wiederaufarbeitungsanlage teurer als die direkte Endlagerung. Das wird niemand bestreiten, der rechnen kann. Wir können uns das leisten, weil bei Wiederaufarbeitung der Strom aus Kernkraft wesentlich preisgünstiger kommt als aus Kohlekraftwerken.

Deshalb ist insgesamt die Kerntechnik wirtschaftlich; man kann da nicht die Entsorgung abtrennen. Man

kann doch auch nicht sagen, eine Abwasserkläranlage sei nicht wirtschaftlich. Sie ist notwendig zur Entsorgung der Bevölkerung. Ebenso ist die Wiederaufarbeitung notwendig zur Entsorgung der Kernkraftwerke.

(Beifall bei der CSU)

Beim Abfall vertreten Sie immer die Meinung, auf die Wirtschaftlichkeit komme es nicht an. Wir müßten Werkstoffverwertung machen, Grüne Tonne; da dürfe überhaupt nicht gerechnet werden, da müsse rohstoffsparend gearbeitet werden. Da haben Sie recht. Aber, meine Damen und Herren, warum gilt dann das gleiche nicht für die Brennelemente in der Kerntechnik?

(Beifall bei der CSU)

Die Wiederaufarbeitungsanlage wird uns jährlich elf Millionen Tonnen Kohle ersparen oder acht Millionen Tonnen Öl. Ja, ist denn das nichts? Die Leute, die sich in der Oberpfalz hinstellen und sagen, sie dächten an die zukünftigen Generationen, sie seien aus moralischen und ethischen Gründen dagegen, weil hier eine Belastung da sei, müssen sich doch sagen lassen: Wer Verantwortung hat für künftige Generationen und diese auch wahrnehmen will, muß den künftigen Generationen einen realisierbaren, gangbaren Weg der Energieversorgung offenhalten.

(Beifall bei der CSU)

Das tut heute, wer die technischen Möglichkeiten nutzt und weiterentwickelt.

Wir stehen dabei sicherlich an einem entscheidenden Weg in die Hochtechnologie in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn wir die Wiederaufarbeitungsanlage nicht bauen, schneiden wir uns ab von einer interessanten technischen Entwicklung und überlassen diese den Japanern, den Amerikanern und Franzosen. Das können wir uns als Industrieland erster Qualität nicht leisten. Kehren Sie doch zurück zu dem, was Sie als SPD einmal waren: eine Partei, die auch auf die Arbeitsplätze geschaut hat, die auf die Zukunft der Jugend gesehen hat. Dann gibt es auch für Sie nur die Entscheidung, die Entsorgung der Kernkraftwerke zu sichern.

(Beifall bei der CSU)

Noch einen Satz zu der sogenannten Sozialverträglichkeit. Meine Damen und Herren! Nirgends in deutschen Gesetzen ist Sozialverträglichkeit als ein Kriterium von Genehmigungsverfahren verankert. Nirgends! Sie ist neu in die Diskussion eingeführt, und zwar deshalb, weil man damit den Widerstand gegen diese Anlagen schüren kann. Sozialverträglichkeit ist im Grunde überhaupt nicht eindeutig zu definieren.

(Zuruf bei der SPD: Warum unterhalten wir uns dann?)

Man kann Sozialverträglichkeit, Herr Kollege Kolo, mit Sicherheit nicht so definieren, daß man sagt, man darf nur dann noch etwas machen, wenn es überhaupt keinen Widerstand mehr gibt. Wer einem solchen Kri-

(Huber Erwin [CSU])

terienkatalog das Wort redet und Sozialverträglichkeit nur noch gelten läßt, wo es keinen Widerstand gibt, wo es keine Gegenmeinung gibt, der predigt den absoluten Stillstand. Dann geht überhaupt nichts mehr.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind doch gefordert, Nutzen für das deutsche und das bayerische Volk zu mehren. Dazu muß man die Kraft und die Fähigkeit aufbringen, Entscheidungen zu treffen, und darf nicht nur darauf schauen, daß da ein paar Tausend oder sogar mehr dagegen sind. Man muß dem Gesetz getreu das Richtige tun.

(Beifall bei der CSU)

Sozialverträglichkeit so verstanden würde bedeuten, einen Stoß gegen die repräsentative Demokratie zu führen.

Meine Damen und Herren! Diese Anlagen werden gebaut. Sie beruhen auf dem Bundesatomgesetz und sind in einem Genehmigungsverfahren als rechtmäßig und genehmigungsfähig erklärt worden; unabhängige Gerichte, zweimal der Bayerische Verwaltungsgeschichtshof, haben diese Genehmigung für rechtmäßig erklärt. Wer dagegen Sozialunverträglichkeit als Argument anführt, will im Grunde Recht und Gesetz und die repräsentative Demokratie sowie die Verantwortung der Parlamente aus den Angeln heben.

(Beifall bei der CSU)

Es gibt überhaupt keinen Zweifel, daß es sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Bayerischen Landtag ganz klare Mehrheiten für die Wiederaufarbeitung gibt.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zusammenfassend zu dem Bericht, den Herr Staatsminister Hillermeier vorgetragen hat, noch etwas sagen:

Dieser Bericht war sehr erhellend, sehr aufschlußreich. Er hat gezeigt, daß es Widerstand gibt, natürlich, daß dieser Widerstand zu einem leider beängstigend großen Teil aber nicht friedlich ist; denn Besetzung von Baugelände und Bau von Hüttendörfern sind gesetzeswidrig, sind nicht friedlich.

(Zustimmung bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Kollege, die Redezeit ist abgelaufen.

Huber Erwin (CSU): Hier darf der Staat nicht der Straße weichen. In der Oberpfalz wird systematisch, gerade auch durch die SPD, die Angst geschürt. Herr Heinzmann vom „Donaukurier“ schreibt in einem Kommentar, es sei doch ganz eindeutig so, daß eiskalt kalkuliert werde mit Atomangst, mit Kriegsangst, mit Krebsangst. Sie tun dies in Anbiederung an die Grünen, als Morgengabe für eine rot-grüne Koalition in Bonn.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Dr. Gantzer!

Dr. Gantzer (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Wahlkampfreden werden hier immer mehr, und deren Krönung war jetzt die Rede von Herrn Huber. Ich habe eigentlich den Eindruck, wenn ich hier von „rot-grüner Koalition“ höre, und wenn ich sehe, wie die Angst beschworen wird, daß es Herrn Huber gar nicht um sachliche Argumente geht. Er braucht nur einmal nachlesen, was er hier gesagt hat. Dann wird er sehen, daß die Hälfte von dem, was er gesagt hat, gar nicht stimmt.

(Beifall bei der SPD)

Ich will mich aber jetzt nicht in diese Rechnereien einmischen. Ich möchte nur ein paar Dinge hier nicht stehen lassen.

Erstens zu dem, was der Herr Justizminister gesagt hat:

Wenn ich höre, wie auch hier wieder Angst geschürt und schließlich behauptet wird, daß Hunde auf die Polizei gehetzt worden seien, daß sich die Polizei nicht aus dem Wagen getraut hätte, dann kann ich nur sagen, daß wir im Sicherheitsausschuß zwar über alles geredet haben, daß wir aber darüber vom Herrn Innenminister nichts gehört haben, Herr Justizminister. Ich kann ja wohl sagen, die Sitzung ist ja geheim, was nicht berichtet worden ist, was nicht Inhalt der Sitzung gewesen ist. Und da muß ich sagen, alles das, was Sie gesagt haben, Herr Minister, kenne ich nicht, das höre ich zum erstenmal aus Ihrem Munde. Da es der Herr Innenminister nicht gesagt hat, kann ich nur sagen, Herr Justizminister, das kann nicht sein, das stimmt nicht. Mir ist kein Fall bekannt, daß Hunde auf Polizisten gehetzt worden wären. Ich bin der Meinung, daß hier jetzt wirklich der Wahlkampf schon einen Einfluß auf das Parlament nimmt, der nicht mehr hingenommen werden kann. Hier wird auf einmal mit Dreck und Schmutz geschmissen, was eindeutig natürlich gegen die SPD geht und damit endet, daß man „grün-rote Koalition“ sagt oder gleich „Freiheit oder Sozialismus“, um dann den Weg nach Moskau zu weisen, was der Herr Huber ja auch ganz schön gekonnt hat.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Kollege Dr. Gantzer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Tandler?

Tandler (CSU): Herr Kollege Dr. Gantzer, wie bewerten Sie angesichts dessen, was Sie gerade gesagt haben, die Tatsache, daß Ihr Fraktionskollege Kolo der Bayerischen Staatsregierung vorhin unterstellt hat, in der Oberpfalz künstlich Arbeitslosigkeit zusätzlich zu schaffen, um die Akzeptanz für die WAA zu erhöhen?

(Zuruf bei der SPD: Maxhütte!)

Dr. Gantzer (SPD): Ich bewerte diese Tatsache genau in dem Sinne, wie Kollege Kolo es gemeint hat, nämlich daß da gewisse Tendenzen vorhanden sind,

(Dr. Gantzer [SPD])

den Oberpfälzer Raum für Ihre Pläne planmäßig zu rechtzuschneiden. Und da paßt das auch hinein.

Ich möchte noch eines sagen, was in diese Tendenz jetzt paßt, was hier ausdrücklich diskutiert wird, auch durch den Kollegen Hölzl, den ich persönlich sehr schätze, der aber, und das kreide ich ihm an, immer einen Dreckkübel vor die Rednerbank schüttet, dann verschwindet und nie mehr da ist, um zu hören, was wirklich Tatsache ist. Ich kann nur eines feststellen, und das ärgert mich am meisten, eigentlich müßten das die Kollegen aus dem Sicherheitsausschuß genau wissen:

Es wird hier und heute gerade in dieser Diskussion von vielen wieder einmal betont und vom Kollegen Hölzl in die Richtung gefahren: Die SPD sei gegen die Polizei, die SPD mache Demonstrationen, es würden Polizisten angefordert – die armen Polizisten, die z. B. in der Oberpfalz ihren Dienst tun –, diese hätten ihren Dienst ausschließlich uns zu verdanken, die SPD sei daran schuld. Und weil wir dann auch noch auf Mißstände hinweisen, deswegen seien wir gegen die Polizei, und wer gegen die Polizei sei, sei natürlich wieder gegen den Rechtsstaat, und wer gegen den Rechtsstaat sei, sei für das rot-grüne Bündnis und sogar für den Sozialismus sowjetischer Prägung. Wenn ich dann höre, Kollege Huber, angeblich aus gut unterrichteter Quelle, daß wir uns in eine Abhängigkeit zur Sowjetunion begeben würden, weil wir deren Anlagen mitbenutzen wollten, dann scheint mir diese Quelle Ihre Parteizentrale zu sein und sonst nichts. Da kann ich nur sagen, damit ist ein Punkt in der Diskussion erreicht, bei dem wir die Gemeinsamkeit der Demokratie verlassen. Schon einmal haben Sie ganz schön nicht nur unser Selbstverständnis, sondern auch die Demokratie als Ganzes angekratzt, indem Sie uns mit den Kommunisten auf einen Haufen schmeißen wollten.

Ich kann nur sagen: Ich wehre mich dagegen, und dagegen wehrt sich die gesamte SPD, daß dann, wenn Mißstände aufzuklären sind, ganz gleich wo, und wenn es beim Einsatz von Polizisten ist, wenn wir also den Finger auf die Wunde legen, Sie uns unterstellen, wir seien gegen den Rechtsstaat.

Nehmen Sie doch nur z. B. die Vorfälle in Haidhausen! Es hat sich herausgestellt – das können Sie einem Bericht entnehmen, den der Polizeipräsident dem Oberbürgermeister der Stadt München gegeben hat –, daß die Krawalle durch ein Polizeiauto ausgelöst worden sind, das dort nicht hingehört hat! Das berühmte Polizeiauto, das dort beschmissen worden ist und letztlich die ganzen Krawalle ausgelöst hat, hat dort nichts zu suchen gehabt, das hätte dort nicht hinfahren dürfen, ist aus Versehen dort hingekommen. Das war ein Fehler, aber dadurch ist eine Eskalation entstanden, die wir aufklären müssen.

Nehmen Sie das, was alles in Wackersdorf passiert ist, daß dort offensichtlich versucht worden ist, unseren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden abzuhalten, dort hinzukommen, und daß andere Behinderun-

gen stattgefunden haben; all diese Dinge, meine Damen und Herren, gehören untersucht. Es kann doch nicht so sein, daß all das, was von Ihrer Seite aus in Auftrag gegeben wird, in Ordnung ist.

Ich kann nur ausdrücklich feststellen: Wir haben nichts dagegen, daß die Polizei ihren Dienst tut. Wir haben nichts gegen die Polizei. Aber wir haben sehr wohl etwas dagegen, wie Sie die Polizei einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Wirth!

Wirth (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Justizminister hat sich darüber beklagt, daß ich ihm vorhin in meiner Rede zu Unrecht unterstellt hätte, er hätte in der Öffentlichkeit geäußert, daß Tagegelder an Demonstranten bezahlt worden wären. Ich habe mich bei meiner Äußerung auf einen Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 28. Januar 1986 bezogen, aus dem ich mit Genehmigung des Präsidenten gern zitiere. Es heißt dort:

Mit der Behauptung, ein Teil der seit Wochen im Taxölderner Forst bei Wackersdorf gegen den Bau einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage protestierenden Menschen würde mit Tagegeldzahlungen für diesen Einsatz belohnt, hat sich der bayerische Justizminister August Lang in Schwierigkeiten gebracht. Lang, der auch Vorsitzender der CSU in der Oberpfalz ist, hatte die Anschuldigungen bei einer Besprechung mit Parteifunktionären in Weiden vorgebracht. Sein eigener Pressedienst verbreitete die Verdächtigung wenige Tage darauf und versah sie mit dem Zusatz, daß die Angelegenheit nach Langs Meinung noch ein Nachspiel haben werde.

(Abg. Kolo: Was sie hat!)

Doch der Minister ist inzwischen in Beweisnot geraten. Aus dem Justizministerium verlautete lapidar, daß Lang lediglich ein in der Oberpfalz kursierendes Gerücht weitergegeben habe. „Gerichtsverwendbare Beweise hat der Justizminister nicht“, gab Ministeriumssprecher Bernhard Knittel auf Anfrage zu. Nach Knittels Auffassung handelt es sich um eine politische Aussage Langs,

(Lachen bei der SPD)

der damit eine Diskussion habe in Gang setzen wollen. Die Ankündigung eines Nachspiels dürfe keineswegs als Androhung einer Nachprüfung oder gar Verfolgung der Angelegenheit mit juristischen Mitteln verstanden werden.

Herr Justizminister, ich bin gerne bereit, mich zu korrigieren, wenn Sie vorab die Süddeutsche Zeitung und Ihren Pressesprecher dementieren.

(Zurufe und Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Kolo!

Kolo (SPD): Zu vier Unwahrheiten, Herr Kollege Huber!

E r s t e n s. Die Behauptung, wir würden nichts für die Entsorgung der Kernkraftwerke tun und sie damit stilllegen, ist falsch. Wir sind der Meinung, daß die Entsorgung der Kernkraftwerke durch die direkte Endlagerung ökologischer und ökonomischer erfolgen kann.

(Zurufe von der CSU)

Z w e i t e n s. Sie sagen, die WAA sei im Gegensatz zur direkten Endlagerung Stand der Technik. Dies ist falsch in bezug auf die Anlage in Wackersdorf. Die dort vorgesehenen Abgabewerte sind nur erreichbar mit Technologien, die bisher nicht angewendet sind. Die WAA, die in Wackersdorf gebaut werden soll, ist in der Welt bisher noch nicht installiert. Insofern können Sie nicht sagen, dies sei Stand der Technik. Das ist ein Probeknödel!

(Beifall bei der SPD)

D r i t t e n s. Es ist unwahr, daß es aus den EVUs niemand gebe, der dagegen sei. Ich zitiere Herrn K. P. Messer, RWE:

Die Errichtung einer deutschen Wiederaufarbeitungsanlage WA 350 kann unter Außerachtlassung aller politischen Gründe rein betriebswirtschaftlich nicht begründet werden, da sie voraussichtlich nicht die kostengünstigste Lösung darstellt.

Er fährt fort:

Die Verschiebung der WAA um einige Jahrzehnte mit anschließender Entscheidung über die endgültige Behandlung in Abhängigkeit von dem herrschenden Umfeld auf dem Energiemarkt erscheint insofern optimal, als die Wiederaufarbeitung auf den Zeitpunkt des PU-Bedarfs für den Brüter verschoben und damit billiger werden kann, andererseits die direkte Endlagerung dann immer noch möglich ist. Dieser Weg dürfte allerdings

– so Herr Messer –

aus politischen Gründen derzeit nicht gangbar sein.

Lieber Herr Kollege Huber, vielleicht haben Sie die Güte, uns zu sagen, was denn die „politischen Gründe“ sind. Betriebswirtschaftliche und wirtschaftliche gibt es nicht. „Politische“ heißt: Diese Bundesregierung will die Anlage entgegen allen Interessen, auch der Wirtschaft, durchsetzen.

(Zustimmung bei der SPD)

V i e r t e n s. Es ist unwahr, wir würden nichts für Arbeitsplätze in der Oberpfalz tun. Wir haben deutlich gemacht, daß wir den gleichen Effekt auch unter Energiegesichtspunkten in der Oberpfalz mit einem viel höheren Beschäftigungseffekt erreichen wollen. Geben Sie das Geld lediglich zur Wärmedämmung aller Wohnungen und Häuser in der Oberpfalz, dann haben Sie eine Energieersparnis, die weit das überschreitet, was Sie mit einem Recycling können, viel mehr Geld erspart und Arbeitsplätze, die dann aber

auch von der Oberpfälzer Bevölkerung in Anspruch genommen werden können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Erwin Huber meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Machen Sie die Oberpfalz zum Zentrum der Wasserstofftechnologieforschung. Dann wären wir nicht nur in den nächsten fünf Jahren, sondern in den nächsten 50 Jahren konkurrenzfähig und in der ganzen Welt wettbewerbsfähig und hätten hochindustrialisierte Arbeitsplätze, die dort auch für die nächsten hundert Jahre Bestand haben könnten.

Erster Vizepräsident Kamm: Herr Kollege Kolo, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Kolo (SPD): Das geht von der Redezeit ab.

Erster Vizepräsident Kamm: Freilich.

Kolo (SPD): Eben!

Deshalb die letzte Bemerkung:

(Zuruf von der CSU)

„Wir sind diejenigen, die den Mob aufhetzen und ihm angehören, soweit wir mitdemonstrieren“: Herr Kollege Huber, wir haben mit Freuden zur Kenntnis genommen, daß der Herr Landeshauptmann von Salzburg zwischenzeitlich auch ein von Herrn Weinzierl ferngesteuerter Mobster ist und damit den „Mob“, der gegen die WAA in Wackersdorf Widerstand leistet, verstärkt. Internationale konservative ÖVP-Leute sind also auch auf der anderen Seite der Barrikade. Seien Sie in Zukunft vorsichtig, wenn Sie solche Landesoberhäupter mit der Bezeichnung „Mob“ belegen!

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Fischer. Bitte, Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Dr. Fischer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wende mich als Vorsitzender des Staatssekretärsausschusses für das Grenzland und die strukturschwachen Gebiete mit aller Vehemenz gegen die heute hier im Plenum erhobene Behauptung, die Bayerische Staatsregierung hätte absichtlich in der Oberpfalz die Schaffung von Arbeitsplätzen vernachlässigt, um nun mit der WAA zurechtzukommen. Ich weise dies mit aller Deutlichkeit zurück.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Zuruf des Abg. Kolo)

es tut mir wirklich leid, wenn ich ein so hartes Wort in diesem Hohen Hause sagen muß, aber ich behaupte, wer das sagt, ist ein Lügner.

(Beifall bei der CSU)

Es tut mir leid, Herr Präsident.

Erster Vizepräsident Kamm: Herr Staatssekretär, den Ausdruck „Lügner“ muß ich als unparlamentarisch zurückweisen.

(Abg. Gustl Schön: Dann sagt er eben die Unwahrheit! Das ist doch eine Lüge?)

Staatssekretär Dr. Fischer: Bitte?

Erster Vizepräsident Kamm: Ich muß den Ausdruck „Lügner“ als unparlamentarisch zurückweisen.

(Abg. Gustl Schön: Er sagt dann vorsätzlich die Unwahrheit!)

Staatssekretär Dr. Fischer: Ich nehme das in Kauf. Denn wer weiß, wie in all den Jahren Bundes- und Staatsregierung die schwierigen Probleme in der Oberpfalz – von der Maxhütte bis zu Klinikum Regensburg, Rhein-Main-Donau-Kanal usw. – angepackt haben, der kann eine so ungeheuerliche Behauptung nicht im Raum stehenlassen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD, u. a. vom Abg. Hiersemann)

Zweite Bemerkung! Herr Hiersemann, bei Ihnen scheint zur Zeit alles durcheinander zu gehen.

(Zustimmung bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Darf ich Sie einmal persönlich ansprechen, nachdem Sie sich aus dem Hintergrund so laut melden; Sie haben ja gestern abend im Fernsehen, ich glaube mit dem Kollegen von Waldenfels, diskutiert und dabei ganz großartig ausgeführt: Wir von der SPD, wir waren zwar 1979 dieser und jener Meinung, aber wir sind gescheitert geworden, wir sind weiser geworden, und wir haben nun einmal heute eine andere Meinung. Das haben Sie gestern abend im Fernsehen gesagt. Der Kollege Kolo hat vor einer halben Stunde aber genau das Gegenteil ausgeführt.

(Abg. Kolo: Genau das gleiche habe ich gesagt!)

Er hat erklärt, wir haben die gemeinsamen Beschlüsse nicht verlassen usw. Herr Kollege Hiersemann, stimmen Sie sich doch untereinander ab, das ist doch das mindeste, was Sie tun sollten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Hiersemann?

Staatssekretär Dr. Fischer: Aber bitte, gerne.

Hiersemann (SPD): Mit der Einschränkung, daß ich nachher zu dem letzten Punkt noch etwas sage, habe ich an Sie die Frage, Herr Staatssekretär: Was haben Sie denn hinsichtlich der 800 Arbeitsplätze des Kaltwalzwerkes in Haidhof überhaupt angepackt?

(Abg. Kurz: Kaltes Eisen!)

Staatssekretär Dr. Fischer: Wenn Sie diesen Fall jetzt in den Vordergrund stellen:

(Widerspruch bei der SPD)

Hat denn nicht die Bayerische Staatsregierung die ganzen Jahre hindurch mit Millioneneinsatz die Arbeitsplätze bei der Maxhütte erhalten? Nur dadurch sind sie erhalten geblieben. Das wissen auch die Arbeiter der Maxhütte. Sie tun sich jetzt ein halbes Jahr vor der Wahl schwer, Herr Kollege Hiersemann, dies in Ihrem Sinn zurechtzubiegen und den Arbeitern der Maxhütte einzureden, daß Sie etwas getan hätten. Sie haben die ganzen Jahre hindurch für die Arbeiter der Maxhütte überhaupt nichts getan.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf noch eine kurze Bemerkung zum Kollegen Kolo und zur WAA insgesamt machen.

(Abg. Kolo: Der traut sich was, ha?)

Da stellt sich der Kollege Kolo jetzt hierher und vertritt die direkte Endlagerung und tut so, als ob das der Weisheit letzter Schluß wäre. Ich darf Sie fragen: Habe ich als Mitglied der Bayerischen Staatsregierung die Meinung des Kollegen Kolo höher einzuschätzen als die Meinung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, die jetzt im Januar ein Gutachten erstellt hat, von jedermann nachzulesen und vom Ministerium auch zu haben, in dem sämtliche entscheidenden Physiker der Bundesrepublik Deutschland sich für die WAA aussprechen, aber nicht für die direkte Endlagerung? Ich wäre doch völlig falsch beraten, meine Damen und Herren, wenn ich tun würde, was Kollege Kolo sagt.

(Beifall bei der CSU – Abg. Kolo: Waren das alle Physiker der Bundesrepublik?)

Noch eine letzte Bemerkung dazu, weil hier leider nur ein Detail gebracht worden ist: Meine Kollegen, ich bin Oberpfälzer.

Erster Vizepräsident Kamm: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Christa Meier?

Staatssekretär Dr. Fischer: Bitte, gerne.

Frau Meier Christa (SPD): Herr Staatssekretär, Sie haben gerade auf das Gutachten der Deutschen Physikalischen Gesellschaft hingewiesen. Glauben Sie denn, daß die Physiker der Universität Regensburg, die von der Bayerischen Staatsregierung dort angestellt worden sind, 160 an der Zahl, alles Trottel sind?

(Abg. Fendt: 160 gibt es dort gar nicht!)

Staatssekretär Dr. Fischer: Zunächst einmal ist mir ein Fachgebiet Kernphysik an der Regensburger Universität überhaupt nicht bekannt. Das ist meine erste Bemerkung, das gibt es dort überhaupt nicht.

(Abg. Kurz: Was Sie nicht lesen wollen, gibt es nicht!)

(Staatssekretär Dr. Fischer)

– Nein, das gibt es nicht; Herr Kollege Kurz ist der Meinung, es gibt ein solches Institut an der Universität in Regensburg.

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Kolo: Aber eine Stellungnahme gibt es, sind denn das keine Wissenschaftler? – Glocke des Präsidenten)

Zweite Bemerkung: Ich weiß nicht, Frau Kollegin Meier, wieviele Physiker Sie jetzt gerade wieder genannt haben.

(Abg. Fendt: 160 hat sie gesagt! – Abg. Kolo: Aber Sie haben „alle“ gesagt!)

– 160 also. Wo sollen an der Universität Regensburg 160 Physiker sein?

(Frau Abg. Christa Meier: Professoren halt, Leute, die diese Stellungnahme unterschrieben haben! – Zahlreiche Zurufe von der CSU, u. a.; Soziologen waren das!)

– Ich bin gefragt worden und ich antworte. Unter den fünf ist ein einziger, der als Physiker anerkannt werden kann; ja, einen von den fünf würde ich anerkennen.

(Abg. Kolo: Als was?)

– Als Physiker, einen würde ich anerkennen. Wenn Sie allerdings alle Diplomanden und Studenten, die Physik belegt haben, als Physiker bezeichnen, dann, meine Damen und Herren, tut mir die SPD-Fraktion wirklich leid, das muß ich schon sagen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Gastinger?

Gastinger (CSU): Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, daß die Physiker der Universität Regensburg nach einem Zeitungsbericht in ihrer Erklärung selbst einräumen, daß sie in der Kernphysik fachlich nicht kompetent sind?

(Heiterkeit bei der CSU)

Staatssekretär Dr. Fischer: Wie gesagt, es ist ja schade, daß man darüber streiten muß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe vorhin begonnen zu sagen, daß ich Oberpfälzer bin. Frau Christa Meier ist dabei sofort aufgestanden. Ich bin das Kabinettsmitglied, das am nächsten bei der WAA wohnt. Es sind 35 Luftkilometer Entfernung zu meinem Heimatort, wo meine Familie immerhin seit 1645 auf einem Bauernhof mit diesem Namen lebt und auch weitere Generationen leben will.

Ich darf Ihnen sagen, daß wir uns, das wird ja hier überhaupt nicht mehr gesagt, die ganzen Jahre hindurch die größte Mühe gemacht haben, alles sorgfältig zu prüfen. Ich habe den unschönen Ausdruck von den „200-Mann-Jahren“ nicht erfunden und ich mag

ihn auch nicht, um das einmal zu sagen. 200-Mann-Jahre heißt, daß ein Mann 200 Jahre oder 200 Männer ein Jahr lang daran gearbeitet haben. Fordern Sie doch die Gutachten an, schauen Sie sich diese 30 Gutachten an, die erstellt worden sind. Eine unabhängige Arbeitsgemeinschaft hat das erklärt. Sind das alles keine Fachleute?

Was machen Sie denn jetzt mit meiner geliebten Oberpfalz?

(Abg. Kolo: Das TÜV-Gutachten!)

– Herr Kollege Kolo! Mit Ihren einseitigen Zwischenrufen erreichen Sie bei mir gar nichts, um das einmal zu sagen.

(Abg. Kolo: Zweiseitige kann ich nicht machen!)

Ich habe heute früh geglaubt, daß Sie wenigstens nur einmal hier heraufgehen, aber nein, zweimal ist er heraufgegangen, um auf das Vorhergehende zu erwidern, obwohl die ganze Geschichte abgeschrieben war, das nur nebenbei. Der Kollege Karl Kling hat Ihnen das auch bestätigt.

In der Oberpfalz haben wir derzeit eine schwierige Situation.

(Abg. Dr. Rothmund: Was soll das jetzt?)

Muß man da jetzt unbedingt dazu beitragen, daß die Verwirrung, die dort sehr groß ist, noch weiterhin gefördert wird?

Herr Kollege Hiersemann, Kolleginnen und Kollegen von der SPD! In welche Gesellschaft haben Sie sich denn jetzt mit der WAA-Gegnerschaft begeben?

(Abg. Kurz: In die Ihrer Bevölkerung!)

Das mag für Sie momentan und insbesondere in den nächsten Monaten noch gut klingen,

(Zuruf von der CSU: Bis zum Herbst ist das vorbei!)

aber die Geister, die Sie riefen, werden Sie sobald nicht mehr los werden.

(Beifall bei der CSU)

Die Oberpfälzer Bevölkerung kann genau unterscheiden. Wissen Sie, die Oberpfälzer Bevölkerung demonstriert nicht gern und sie protestiert auch nicht gern, aber sie ist neugierig. Ja, das gebe ich zu, sie ist neugierig. Wenn dort ein Hüttendorf gebaut wird und wenn dort solche Dinge gemacht werden, dann gehen sie halt hin.

(Abg. Dr. Rothmund: Und dazu brauchen Sie einen Haufen Polizei!)

Die Bevölkerung hat auch Lebensmittel gebracht.

(Zuruf von der SPD: Auch aus Neugierde?)

Zur Polizei noch eine Bemerkung! Ich will dabei dem Innenminister nichts vorwegnehmen, es ist seine Angelegenheit.

(Zurufe von der SPD, u. a.: 5000 Polizisten! – Glocke des Präsidenten)

Alle rechtsbewußten und rechtsstaatlich eingestellten Kolleginnen und Kollegen haben heute früh mit großer Aufmerksamkeit registriert, was die Kollegen der

(Staatssekretär Dr. Fischer)

SPD zu Polizei, Polizeieinsatz, Rechtsstaatlichkeit und diesen Dingen gesagt haben. Dem Kollegen Kolo ist dabei nichts und dem Kollegen Gantzer nur ganz selten etwas über die Lippen gekommen, aber der Kollege Wirth hat es für richtig gehalten, von der „gesetzestreuen Polizei“ zu sprechen; von Polizisten, so habe ich registriert, die in gesetzestreuer Weise ihren Dienst verrichten. Er hat dann noch gesagt, daß die Polizei eine schwere Aufgabe hat. Wer aber macht ihr dort die Aufgabe so schwer, meine Damen und Herren? Wer denn?

(Beifall bei der CSU – Abg. Kolo: Die Ein-satzleitung!)

Ich weiß, daß dies ein schwieriges Problem ist und daß es noch viel schwieriger zu erklären ist.

(Abg. Dr. Rothmund: Schaffen Sie doch gleich das Demonstrationsrecht ab!)

– Es hat gar keinen Sinn, auf Sie einzuwirken und einzureden, weil Sie sich festgelegt haben. Bis zum 12. Oktober wollen Sie dieses Thema unbedingt am Kochen halten. Aber welche Gefahr soll denn auf die Bevölkerung der Oberpfalz ausgehen? Ich muß es verantworten, ich lebe dort und ich will auch in Zukunft dort leben.

Die Teilerrichtungsgenehmigung ist mit der größten Sorgfalt und nach Inanspruchnahme internationaler Kapazitäten erteilt worden, wir stehen dazu. Von der WAA geht keine Gefahr für unsere Bevölkerung in der Oberpfalz aus.

Erster Vizepräsident Kamm: Das Wort hat der Herr Staatsminister der Justiz.

Staatsminister Lang: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht mir nicht um Rechthaberei, sondern es geht mir noch einmal darum, etwas richtigzustellen.

Der Kollege Wirth hat hier behauptet, ich hätte gesagt, daß der Bund Naturschutz Handgelder, Tagelöhner oder so etwas bezahlt hätte. Dazu habe ich erklärt, das solle er mir beweisen. Das hat er nicht beweisen können. Denn die Veröffentlichungen in der Süddeutschen Zeitung und in anderen Zeitungen dieser Art sind ja bekannt.

(Abg. Kurz: Warum haben Sie es nicht dementiert? – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich möchte Ihnen folgendes erwidern, Herr Kollege Rothmund:

Da wird jemand, der aus der DDR kommt, in Haft genommen. Er ist seit August auf dem WAA-Gelände. Da muß sich doch jeder fragen, seien wir doch nicht so blauäugig: Wovon lebt der? Ich habe doch nicht behauptet, daß er von Ihnen Geld bekommen hat, und ich habe nicht behauptet, daß er vom Naturschutz Geld bekommen hat. Aber von irgend etwas muß der Mann leben, und er gibt auch an, woher er das Ganze bekommen hat.

(Abg. Kolo: Aus Moskau?)

Ich werde Ihnen das zur gegebenen Zeit auch noch sagen.

Meine Damen und Herren! Lassen wir uns doch nicht ins Bockshorn jagen! Die Menschen, die dort wochen- und monatelang demonstrieren und dann in Haft genommen werden, werden entsprechend bezahlt. Das sollten wir wissen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Das Wort hat der Herr Kollege Hiersemann.

(Abg. Klasen: Das war ein dummes, leichtfertiges Geschwätz!)

Hiersemann (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Staatssekretär Fischer, was Sie hier gesagt haben, war in weiten Passagen eine ziemliche Offenbarung für die Bürger der Oberpfalz.

Niemand bestreitet, daß sich die Staatsregierung in der Vergangenheit bei der Maxhütte engagiert hat. Dies hat unsere volle Zustimmung gefunden, und wir haben es immer unterstützt. Aber jetzt, als es darauf ankam, rund 800 Arbeitsplätze beim Kaltwalzwerk in Haidhof zu erhalten, habe ich von der Unterstützung der Staatsregierung nicht mehr viel sehen können.

(Zustimmung bei der SPD)

Diese 800 Dauerarbeitsplätze sind weg.

Was ist daran auszusetzen, wenn ich dann sage, daß in Wackersdorf mit rund 10 Milliarden DM zwischen 1000 und 1500 Dauerarbeitsplätze geschaffen werden sollen, angeblich um die Arbeitsmarktprobleme der Oberpfalz zu beheben, während die Staatsregierung nicht bereit war, ein Prozent dieser Summe, nämlich 120 Millionen DM, zu geben, um die Arbeitsplätze beim Kaltwalzwerk in Haidhof zu sichern? Das macht doch deutlich, daß es Ihnen um etwas ganz anderes geht.

Dann sagen Sie, Herr Staatssekretär, die Arbeiter in der Maxhütte und im Kaltwalzwerk seien zufrieden. Ja, mit wem reden Sie denn überhaupt? Bei uns waren die Betriebsräte hell empört darüber, daß die Staatsregierung nichts tut. Die Stimmung bei den Arbeitnehmern des Kaltwalzwerkes ist ganz anders, als Sie sie hier darstellen wollten.

(Abg. Dr. Hundhammer: Herr Kolo hat aber etwas ganz anderes gesagt!)

Dann haben Sie gemeint, es gebe unterschiedliche Äußerungen von Hans Kolo heute und mir gestern abend im Fernsehen.

(Abg. Dr. Hundhammer: Ja, sicher!)

Das ist schlichtweg nicht wahr. Ich habe heute genau das gleiche ausgeführt. Ich habe darauf hingewiesen, daß die damalige Bundesregierung sowohl ein Endlager als auch eine Wiederaufarbeitung als möglich angesehen

(Abg. Kolo: So ist es!)

und gesagt hat, man müsse weiter prüfen.

(Abg. Kolo: So ist es!)

(Hiersemann [SPD])

Nun sind bei dieser Prüfung, bei den vielen Fachgesprächen und Hearings, Sozialdemokraten zu dem Ergebnis gekommen, daß die Wiederaufarbeitung erstens ökologisch gefährlich und zweitens ökonomisch unsinnig ist. Das ist das Ergebnis.

Man kann natürlich darüber reden, deswegen habe ich auch von „Fehler“ gesprochen, ob man die WAA nicht bereits damals hätte ausschließen müssen. Das war es. Also gibt es hier eine Übereinstimmung zwischen dem, was ich gestern gesagt habe, und dem, was ich heute gesagt habe, auch mit dem, was Hans Kolo gesagt hat.

Ich stelle des weiteren ständig fest, daß hier behauptet wird, alle Fachwelt sei für die WAA. Ja, wo kommen denn eigentlich die kritischen Stimmen her? Herr Staatssekretär Fischer, kennen Sie das Gutachten des Energiewirtschaftlichen Instituts in Köln, das doch ziemlich nahe bei den EVUs angesiedelt ist und das zu dem Ergebnis kommt, eine WAA sei ökonomisch unsinnig? Das ist doch wohl auch Fachwelt; Sie wollen sie nur nicht zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Kurz: Die falsche Fachwelt, eine Fach-Unterwelt!)

Niemand bestreitet, daß es in Bayern erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen gibt. Herr Kollege von Waldenfels hat es gestern einmal kurz versucht, aber wir sind sehr schnell einer Meinung geworden. Insbesondere die Oberpfalz gehört mit zu den ärmsten Regionen in Bayern. Es kommt doch nicht von ungefähr, daß nach einer EG-Statistik zu den 50 ärmsten Regionen im gesamten EG-Bereich sechs aus der Bundesrepublik und davon drei in Bayern, darunter die Oberpfalz, gehören.

Deshalb kann man nicht so tun, als sei dort alles in Ordnung und als müsse man dorthin nur ein bißchen WAA tun, und schon hätten die Menschen Arbeit. Wenn es gleichzeitig Arbeitslosenzahlen von 20, 25 Prozent gibt, muß es andere Ursachen geben.

(Abg. Gastinger meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Erster Vizepräsident Kamm: Herr Kollege Hiersemann, gestatten Sie – –

Hiersemann (SPD): Ich möchte jetzt fertig werden. Ich antworte nur auf den Herrn Kollegen Fischer, Herr Kollege Gastinger; sonst gerne.

Sie haben das Gutachten angesprochen. Da hagelt es Ihnen ja zur Zeit gewaltig in die Hütte. Da erfahren wir plötzlich, daß die Staatsanwaltschaft in Hessen der Staatsregierung Hinweise auf fehlende Seriosität des TÜV-Gutachtens gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Warum hören wir hier eigentlich nichts darüber, was die Staatsregierung aufgrund dieser Meldungen an Überprüfungen unternommen hat?

Dann gibt es, soweit ich weiß, zwei Gutachten zur Frage der Standsicherheit, jedenfalls mindestens zwei; ich kenne nur zwei. Herr Staatssekretär, Sie werden in den nächsten Wochen von unserer Seite ebenfalls ein paar Fragen dazu erleben, die sich nach der Seriosität dieser Gutachten erkundigen, und zwar sowohl bezüglich des Inhalts als auch bezüglich der Personen, die sie gemacht haben. Ich frage mich nämlich wirklich, ob man von unabhängigen Gutachten sprechen kann, wenn diese von Leuten erstellt werden, die erst kurze Zeit vorher aus dem bayerischen Staatsdienst ausgeschieden sind, wie das bei den Standsicherheitsgutachten der Fall ist.

Nächster Punkt! Es war für mich wirklich interessant zu hören, daß die Oberpfälzer nur aus Neugier dorthin gehen.

(Abg. Walter Engelhardt: Das war der Hammer des Jahres!)

Ich wünsche und hoffe, daß Sie weiter bei diesem Irrtum bleiben. Denn das zeigt nur, mit welcher Verkennung der Situation in der Oberpfalz wir es zu tun haben. Das ist doch Ihr Hauptproblem! Sie waren der Meinung: In der Oberpfalz gibt es große Mehrheiten der CSU; da werden wir das durchhalten, dort ist es politisch durchsetzbar. Nun aber merken Sie, wie es Ihnen ständig unter dem Hintern wegbricht, wie immer mehr Bürger bis zu CSU-Mitgliedern sagen: Nein, wir wollen die WAA nicht. Jetzt werden Sie immer nervöser, und dann kommen auch noch so Äußerungen wie: Neugier, pure Neugier sei es gewesen.

Ein letztes, Herr Kollege Fischer! Sie haben gefragt: Wer macht es denn der Polizei so schwer? Das ist der Stil, den der Herr Huber und vorher der Herr Hölzl hier eingeführt haben.

(Abg. Dr. Wilhelm: Der Kollege Huber war ganz hervorragend!)

Nicht derjenige macht es der Polizei schwer, der sein Demonstrationsrecht wahrnimmt, das ihm das Grundgesetz gewährt,

(Abg. Maurer: Es darf gelacht werden!)

sondern derjenige setzt die Ursachen, der nicht bereit ist, bei seiner Politik die Frage der Akzeptanz einer Maßnahme durch die Bevölkerung in die eigene Überlegung mit einzubeziehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatssekretär Fischer, in einer Demokratie regiert die Regierung nicht über das Volk, sondern mit dem Volk, und das haben Sie immer noch nicht begriffen. Deswegen kommt doch das ganze Dilemma für Sie in der Oberpfalz zustande.

Jetzt zu Ihnen, Herr Justizminister! Ich will es ganz kurz machen. Ich kenne Sie noch aus der Zeit, als Sie hier Fraktionsvorsitzender waren. Auch damals haben mir Ihre Reden viel Freude bereitet, weil sie immer eine Mischung aus nett vorgetragenen Tatsachen

(Abg. Klasen: Schlitzohrigkeit!)

(Hiersemann [SPD])

– das darf man nicht sagen – und auch ein bißchen Märchenstunde waren. Nun kommen Sie heute her und sagen: Aber da ist einer auf dem Gelände, der kommt aus der DDR, der arbeitet nicht und hält sich dort auf. Für den Justizminister des Freistaates Bayern ist es völlig klar, daß ihn dann Moskau bezahlt; wer schließlich sonst? Daß die Bürger der Oberpfalz dort tagtäglich Lebensmittel hinbringen, scheinen Sie überhaupt nicht zur Kenntnis zu nehmen. Sie müssen es sich halt einmal ansehen. Die Abgeordneten von Ihnen aus dem Raum wissen das und bedauern es ja auch sehr.

Dann, Herr Staatsminister, kommt die Sache mit den Hunden, die die Demonstranten auf die Polizei gesetzt haben sollen; ich kann es nur wiederholen.

(Abg. Dr. Hundhammer: Hiersemann läßt grüßen!)

– Nein, nein! Herr Kollege Hundhammer, damit können Sie mir jetzt nicht kommen; denn das war erst nach der Behauptung des Herrn Justizministers. So geht es nicht.

(Abg. Dr. Hundhammer: Trotzdem!)

Dann kommt also der Herr Kollege Gantzer und sagt mit Recht, im Sicherheitsausschuß hat der Innenminister derartiges nicht erzählt. Dann gibt es doch nur zwei Lösungen: Entweder haben Sie, Herr Staatsminister der Justiz, hier fabuliert; dann fordere ich Sie auf, den Nachweis für Ihre Behauptung anzutreten. Oder wenn Sie nicht fabuliert haben, Herr Staatsminister des Innern, dann haben Sie den Sicherheitsausschuß nicht voll zutreffend und umfassend informiert. Also, gegen einen von beiden bleibt doch der Vorwurf.

(Beifall bei der SPD)

Vorhin wurde von Herrn Fischer gesagt, der Kollege Kolo und ich sollten eine Sprachregelung finden. Ich muß sagen: Was Sie gemeinsam bräuchten, wäre schon ein ganzes Wörterbuch von Sprachregelungen, damit Sie über die Runden kommen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Fischer: Unglaublich!)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung, Herr Staatssekretär von Waldenfels!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fühle mich durch einige Bemerkungen zum Thema Arbeitsplätze, aber auch zum Energiekonzept unmittelbar angesprochen und möchte doch richtigstellen, was hier vor allem von den Kollegen der SPD falsch dargestellt wurde.

Herr Kollege Kolo, Sie fühlen sich zu Recht angesprochen. Wir hatten uns ja gestern abend schon darüber unterhalten.

Herr Kollege Hiersemann, was uns nicht verständlich ist, ist das Abgehen der bayerischen SPD vom Ener-

giekonzept der Bundesregierung aus dem Jahr 1979. Sie haben das hier bestritten. In Beantwortung einer Kleinen Anfrage der CDU/CSU hat Bundeskanzler Schmidt 1980 ausdrücklich die Wiederaufarbeitungstechnologie als die derzeit einzige und bis Ende 1984 einzig technisch mögliche und nach allen Sicherheitsvorkehrungen auch wünschenswerte Entsorgung von Kernkraftwerken innerhalb eines integrierten Entsorgungskonzepts bezeichnet.

(Abg. Hiersemann, zu Staatsminister Dr. Hillermeier: Sagen Sie doch einfach, daß Sie jetzt auch nicht mehr mögen!)

Herr Hiersemann, jetzt hören Sie einmal ganz kurz zu!

(Abg. Hiersemann: Ich muß mich doch auch mal mit dem Innenminister unterhalten!)

Es sollte Sie folgendes interessieren, ich habe es gestern schon zitiert:

Der hessische Innenminister hat 1981 gesagt:

Sollte die Bundesregierung einer Aufarbeitungsanlage zustimmen, dann will ich sie in Hessen haben. 1500 qualifizierte Arbeitsplätze und vier Milliarden DM Investitionen sind ein Segen. Zukunftsinvestitionen müssen geschützt, aber nicht alte Industriestrukturen konserviert werden.

Holger Börner, SPD-Ministerpräsident!

Da muß man schon fragen: Was hat sich denn seit 1981 in der Technik geändert? Seit 1971 läuft die Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe störungsfrei. Die überwältigende Mehrzahl der Fachwissenschaft steht zur Wiederaufarbeitungstechnologie. Wenn Sie, Herr Kollege Kolo, sich auf einen Mathematiklehrer aus Wanne-Eickel berufen, kann das doch nicht Maßstab für eine Äußerung zum Thema Wiederaufarbeitungstechnologie sein! Die überwältigende Mehrzahl der Wissenschaft, ob im Gorleben-Hearing oder im VDI – –

(Abg. Kolo: Wissenschaftsfragen kann man doch nicht durch Mehrheitsentscheidungen klären!)

– Ich habe gerade schon gesagt, Sie nehmen Ihr Wissen von einem Mathematiklehrer aus Wanne-Eickel. Das kann doch nicht Maßstab sein für die Wiederaufarbeitungstechnologie!

Im VDI, dem Verband der deutschen Ingenieure, sind über 90 000 Ingenieure zusammengeschlossen. Über 8000 Energieingenieure sagen ausdrücklich ja zur Wiederaufarbeitungsanlage, während Sie halt ein paar exotische Meinungen vertreten, die nicht die Mehrheitsmeinung sind. Hier gehört auch Ihre politische Verantwortung angesprochen.

Zur Frage der **Arbeitsplätze** hat der Herr Kollege Kolo in der spk einen sehr polemischen Beitrag gebracht. Die Oberpfalz ist seit vielen Jahren ein besonderer Förderschwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik. Allein im Raum Schwandorf haben wir seit 1977 18 neue Betriebe mit rund 900 neuen Arbeitsplätzen angesiedelt, unterstützt und geschaffen. In der gesamten mittleren Oberpfalz sind seit 1977 über 61 neue Betriebe mit rund 1500 bis 1600 Arbeitsplätzen entstanden, eben weil wir um die strukturellen

(Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels)

Schwächen der mittleren Oberpfalz wissen. Wer hier eine Behauptung bringt wie Sie, Herr Kollege Kolo, stellt die Wahrheit einfach auf den Kopf.

Das Problem Arbeitsplätze wirkt sich schon bei der Auftragsvergabe aus. Die ersten Aufträge für Wackersdorf sind in einer Größenordnung von 34 Millionen DM vergeben. Davon gingen Aufträge mit einem Volumen von 21 Millionen DM ausschließlich in die Oberpfalz; die gesamte Summe, 100 Prozent, gingen nach Bayern. Das sind Zahlen, die Ihnen, Frau Kollegin Meier, zu denken geben dürften und die der Bauwirtschaft in der Oberpfalz unmittelbar zugute kommen. Man kann doch hier nicht auf der einen Seite staatliche Beschäftigungsprogramme fordern und von „Bayern-Milliarde“ reden, aber hier bei einer mehrere Milliarden umfassenden privaten Förderung für Ostbayern sich auf den Standpunkt stellen, das müsse man verhindern.

Wir haben mit der Entscheidung für Wackersdorf, wie ich meine, einen wichtigen und einen richtigen Schritt für die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in der mittleren Oberpfalz getan. Ich hoffe, daß wir auch in den nächsten Wochen und Monaten bei zügigem Fortgang der Bauarbeiten entsprechende weitere Aufträge dort abwickeln können.

Ich bin sehr dankbar dafür, daß der Herr Innenminister hier so deutlich zum Polizeieinsatz Stellung genommen hat; Herr Kollege Diethel hat es auch schon vorgetragen. Was im Taxölderner Forst passiert, Frau Kollegin Meier, ist doch kein Indianerspiel.

(Frau Abg. Christa Meier: Leider nicht!)

Der Taxölderner Forst ist doch kein Abenteuerspielplatz. Dazu haben Sie ihn aber teilweise gemacht.

(Zustimmung bei der CSU)

Das ist eine normale Baustelle. Ein Unternehmen hat Rechtsansprüche, dort zu bauen, und Sie behandeln es, als wäre es ein Tummelplatz für Abenteurer. Das ist es nicht! Es ist eine Baustelle, die auch entsprechend geschützt werden muß.

Ich habe Ihrer Fünf-Uhr-dreißig-Erzählung sehr genau zugehört und muß schon sagen: Wenn der Landrat Schuierer sich entsprechend verhält, daß ihn der Polizeihund fast beißt, na also, schon eher umgekehrt, bevor Schuierer den Polizeihund beißt, sollte eher umgekehrt reagiert werden! Ich haben den Eindruck, hier ist die Welt einfach verdreht!

(Abg. Walter Engelhardt: Das ist eine Frechheit! – Abg. Kolo: Ich möchte mal wissen, ob man da überhaupt einen Polizeihund einsetzen darf! – Weitere Zurufe von der SPD)

Auf einmal wird der angeklagt, der Rechtsansprüche schützt, während umgekehrt diejenigen, die sich widerrechtlich auf solchen Grundstücken aufhalten, von Ihnen noch belobigt werden.

(Abg. Klasen: Mein Lieber, Sie sind ein sauberer Jurist! Von Verhältnismäßigkeit haben Sie noch nie was gehört!)

Meine Damen und Herren, der Schuierer weiß, in welche Gefahren er sich begibt.

(Abg. Kolo: Ach, so ist das?)

Da muß man schon sagen: Wenn er sich in seinem missionarischen Eifer rechtswidrig bis kurz vor die Nase eines Polizeihundes begibt,

(Frau Abg. Pausch-Gruber: Das ist wohl ein alter Rechtsgrundsatz!)

muß er auch die Gefahr in Kauf nehmen, daß er möglicherweise gebissen wird.

(Lebhafte Zurufe und Heiterkeit bei der CSU – Glocke des Präsidenten – Abg. Hiersemann: Also, ich bin froh, daß Sie nicht im Justizministerium sind! Herr Innenminister, das ist kein Staatssekretär für Sie!)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend ein Wort sagen. Der Herr Kollege Hiersemann hat vorhin von einem Graben in der Oberpfalz gesprochen. Damit spreche ich ein ganz ernstes Thema an. Es geht nicht um schweigende oder laute Mehrheiten. Es geht darum, daß Sie mit einem ganz gezielten politischen Kalkül, meine sehr geehrten Kollegen von der SPD, diese Frage aufwerfen, um die dortige Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen.

(Beifall bei der CSU)

Sie appellieren an Urängste der Menschen, in diesem Fall vor dem Atom, vor dem Krebs und vor der Bombe. Die spk-Verlautbarung vom 14. Februar 1986, in der steht „Die WAA ist eine doppelte Bombe“, unterstellt schweigend, daß die Wiederaufarbeitungsanlage explodieren könnte nach dem Schema Hiroshima. Wer das tut, Herr Kollege Hiersemann, betreibt eiskalt menschenverachtende Politik auf Kosten der Oberpfälzer Bevölkerung.

(Beifall bei der CSU)

So weit darf Oppositionspolitik nicht gehen. Wir haben alle Verständnis dafür, daß das in einem Wahljahr so oder so gesehen werden kann. Aber diese Fragen der Hochtechnologie kann keiner von uns hier im Raum im Detail beantworten.

(Abg. Jena: Aber genehmigen tun Sie es schon!)

– Dafür sind die Behörden da. Wir haben ein langwieriges Behördenverfahren. Alle Gerichte haben bisher ja gesagt zur Wiederaufarbeitungsanlage.

(Frau Abg. Pausch-Gruber: Bayerische Gerichte!)

Sie schüren primitivste Urängste und reißen die Gräben auf, von denen Sie sprechen.

(Beifall bei der CSU)

Sie und Ihre Partei, Herr Hiersemann, müßten bei diesem schwierigen Thema mit uns in einer Reihe stehen,

(Abg. Kurz: Meister im Verbreiten primitivster Urängste ist die CSU!)

(Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels)

denn hier geht es darum, insgesamt ein Energiekonzept zu schließen, das von einer großen Mehrheit der Fachwissenschaft getragen wird, das wir notwendig brauchen für die Entsorgung unserer Kernkraftwerke. Ein verantwortungsvoller Politiker, Herr Kollege Hiersemann, Sie haben heute schon einmal vom Staatsmann gesprochen, ein Staatsmann hat Verantwortung, auch wenn er in der Opposition steht. Das fehlt Ihnen heute noch.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Staatsminister des Innern.

(Abg. Klasen: Endlich darf er! – Abg. Hiersemann: Herr Hillermeier, fragen Sie erstmal, ob Sie wirklich schon dran sind!)

Staatsminister Dr. Hillermeier: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Innenminister wurde in der Tat längere Zeit auf die Folter gespannt, aber die Beiträge, die Argumentation und das Fechten meiner Kollegen in Fraktion und Kabinett waren so hervorragend, daß ich manches, was korrekturbedürftig war, jetzt nicht mehr korrigieren muß, weil es klargestellt wurde.

(Zuruf von der SPD)

– Ich komme noch auf Ihr berühmtes Hundethema zu sprechen. Sie werden aber nachher wahrscheinlich nicht mehr mit dieser Siegesfreude dasitzen wie jetzt, Herr Kollege.

Herr Kollege Gantzer, Sie haben vorhin eine Formulierung gebraucht, die den Inhalt der Diskussion, jedenfalls soweit sie von der CSU geführt wurde, in Tenor, in Intention und Ausdruck nicht im geringsten wiedergibt. Sie haben davon gesprochen, hier werde mit Dreck und Schmutz geworfen.

Nun, ich möchte einmal wissen, wer von meinen Kollegen heute morgen mit Schmutz geworfen hat. Es ist kein Geheimnis, und Sie wissen das auch, daß Sie aus mehreren Gründen sowohl hinsichtlich der Haltung der früheren Bundesregierung als auch hinsichtlich Ihrer wie auch immer gearteten Beiträge zur Eskalation in Wackersdorf ein sehr schlechtes Gewissen haben. Das hat man heute ganz deutlich gemerkt. Das muß auch so sein, denn die Bocksprünge und Zickzackkurse, die die SPD da veranstaltet, sind ja nicht mehr überbietbar.

(Beifall bei der CSU)

Einerseits geben Sie sich als die großen Anwälte der Umwelt aus und Ministerpräsident Rau weht mit großem Getöse Ibbenbüren ein, was weiß Gott nichts mit Umweltschutz zu tun hat,

(Abg. Tandler: So ist es! – Abg. Kolo: Aber Zolling!)

Ihre Freunde haben deshalb auch gewaltig den Kopf eingezogen, auf der anderen Seite aber wollen Sie

das Konzept, das Ihre frühere Regierung, Herr Kollege Hiersemann, nicht nur geprüft, sondern zusammen mit den Ministerpräsidenten auch der SPD-regierten Bundesländer beschlossen hat, plötzlich nicht mehr wahrhaben. Was wollen Sie denn eigentlich? Was will diese SPD überhaupt? Ich komme nicht mehr mit, was diese SPD will. Sie weiß es wahrscheinlich selber nicht.

(Abg. Wengenmeier: Bocksprünge machen!)

Bocksprünge, Zickzackkurs am laufenden Band. Slalom wird da gelaufen und nichts anderes. Herr Kollege Hiersemann, Sie haben heute morgen und jetzt erneut davon gesprochen, daß in den Beschlüssen der Bundesregierung und Umweltministerkonferenz nur von Prüfen gesprochen worden wäre. Das ist Geschichtsklitterung, Fälschung, Verfälschung geschichtlicher Realitäten und Gegebenheiten. Ich will Ihnen das kurz nachweisen, obwohl ich das Thema nicht mehr strapazieren möchte.

Da ist zum Beispiel auf Betreiben der Bundesregierung eine Umweltministerkonferenz für den 9. Februar 1976 einberufen worden. Damals wurde folgender Beschluß gefaßt; ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Die Genehmigungsbehörden der Länder und des Bundes werden gebeten, Errichtung und Betrieb von weiteren Kernkraftwerken nur dann zu genehmigen, wenn die Möglichkeiten der Entsorgung nachgewiesen sind.

Dann geht es weiter:

Die Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage sowie einer Anlage zur säkularen Endlagerung radioaktiver Abfälle ist intensiv voranzutreiben.

Also auch die Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage ist intensiv voranzutreiben. So der Beschluß der Umweltministerkonferenz auf Betreiben der Bundesregierung. Herr Kollege, wo steht denn da etwas von Prüfen?

(Abg. Hiersemann: Wo ist denn die Entscheidung?)

Nein, da steht nichts von Prüfen. Damals sind vielmehr Fakten geschaffen worden. Ein weiteres Zitat:

In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion führt die damalige Bundesregierung unter Bundeskanzler Schmidt am 23. Juli 1980 unter anderem wörtlich folgendes aus, wiederum mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Im Rahmen der Prüfung zum Gorleben-Projekt wurde die grundsätzliche sicherheitstechnische Realisierbarkeit einer großen Wiederaufarbeitungsanlage insbesondere bei Berücksichtigung des neuesten Standes von Wissenschaft und Technik bestätigt.

Es geht weiter:

Es ist daher möglich, für eine Wiederaufarbeitungsanlage bis 1984 genehmigungsfähige Unterlagen vorzulegen. Für ein Verfahren zur Konditio-

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

nierung und Endlagerung unaufgearbeiteter Brennelemente gibt es bisher nur Konzeptbeschreibungen. In den USA sind erste Experimente im Gange. Gegenüber der Wiederaufarbeitung ist hier jedoch weltweit noch kein vergleichbarer Stand von Wissenschaft und Technik erreicht.

Auch das ein Beschluß des Jahres 1980. Ihre frühere Bundesregierung hat dem Land Hessen und dem Land Rheinland-Pfalz sowie dem Freistaat Bayern nun ausdrücklich gedankt; auch dem Freistaat Bayern, daß er bereit ist, eine solche Wiederaufarbeitungsanlage zu stationieren; auf ausdrücklichen Wunsch von Bundeskanzler Schmidt hat sich der Freistaat Bayern im Dezember 1980 bereiterklärt, einen geeigneten Standort zu finden. Es ging also nicht etwa um die Frage, noch einmal zu prüfen, ob Wiederaufarbeitungsanlagen an sich sinnvoll oder notwendig sind, sondern darum, einen Standort zu prüfen. Das geht doch wesentlich weiter als das, was Sie heute mit Prüfung sagen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Das sind doch Dinge, die nicht zu bestreiten sind. Warum wollen Sie sich denn heute davon wegstellen? Wahrscheinlich deshalb, so kann ich mir vorstellen, weil Sie um 180 Grad anders marschieren und Ihre frühere Haltung als SPD nicht mehr wahrhaben wollen. Das ist der Grund, warum, Sie sich heute von diesen Beschlüssen wegstellen wollen. Das mußte noch einmal ganz deutlich anhand konkreter Beschlüsse der zuständigen Konferenzen mit Bundeskanzler und Ministerpräsidenten gesagt werden.

Es ist auch immer wieder der Versuch unternommen worden, sich von dem wegzustellen, was ich heute morgen aufgrund der Anfrage meiner Fraktion in sieben Punkten kargestellt habe: Es wäre zu schweren Verstößen gegen Recht und Ordnung, zu Gefährdung von Menschenleben der Polizei und zu Gefährdung des Bahnverkehrs mit unausdenkbaren Folgen gekommen, wenn es der Polizei nicht gelungen wäre, rechtzeitig alles zu beseitigen, was Chaoten dort aufgetragen haben. Gewiß haben Sie sich nicht im strafrechtlichen Sinne – Mittäterschaft, Beihilfe, Anstiftung – schuldig gemacht, das hat auch niemand behauptet, aber Ihren moralischen Beitrag zur jetzigen Eskalation und Hysterie, die dort zum Teil entstanden sind, können Sie nicht hinwegleugnen,

(Starker Beifall bei der CSU)

der wird Ihnen ewig anhaften, das sage ich Ihnen. Daß meine Freunde und ich neulich beim Besuch des Innen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises in der Tat maßlos beschimpft worden sind, darüber empfinde ich nicht Zorn, sondern Mitleid, weil die Leute verhetzt und aufgepeitscht worden sind. Aber Sie müssen ein Schuldgefühl bekommen, weil Sie mit dazu beitragen, daß solche Dinge eskalieren können.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie überhaupt noch ein Gewissen haben, dann mußte Ihnen dieses jetzt schlagen. Herr Kollege

Hiersemann, Sie haben ja für die Wahl am 12. Oktober die 35-Prozent-Marke angepeilt. Das ist schon recht bescheiden. Die Polizeibeamten werden Sie mit Sicherheit nicht wählen nach dem, was hier alles gegen sie gelaufen ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich doch noch unterstreichen, wie Sie anheizen und wie Sie gleichsam im Wettbewerb geradezu versuchen, möglichst das dümmste Geschwätz zu erfinden.

(Heiterkeit bei der CSU – Zurufe bei der SPD)

Offensichtlich muß bei Ihnen ein Wettbewerb stattfinden unter dem Motto: Wer erfindet das dümmste Geschwätz? Anders kann ich mir das überhaupt nicht vorstellen. Der, der dabei Preisträger sein müßte, ist heute gar nicht anwesend. Wo ist er denn eigentlich, der Kollege Zierer?

(Abg. Hiersemann: Ich dachte, ich bin das!)

Ich hätte mich an der Stelle des Kollegen Zierer heute bei dieser Diskussion auch noch als Halbtoter hier hereinbegeben.

(Abg. Dr. Rothmund: Es geht Sie gar nichts an, wo er ist! Wir haben Ihnen gegenüber keine Offenlegungspflicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn der Kollege Zierer keine anderen Sorgen hat als das vorübergehende Flugbeschränkungsgebot über dem Wackersdorfer Gebiet, das vor wenigen Tagen vom Bundesverkehrsminister zu Recht erlassen worden ist, dann ist er glücklich zu preisen. Da hat er doch nach einigen sonstigen Gedankensprüngen und merkwürdigen Formulierungen gemeint, nachzulesen in der spk vom 7. Februar: „Oder vermutet ihr Ministerium“ – er meint das Bundesverkehrsministerium – „gar, daß es zu Luftkämpfen zwischen Sportfliegern und Polizeihubschraubern über dem WAA-Gelände kommen könne?“ Wer solche Gedankengänge anstellt, den kann man überhaupt nicht ernst nehmen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Sie kann man nicht ernst nehmen!)

Ich komme noch einmal sehr ernsthaft auf die Tatsache zurück, daß Sie draußen in Ihren Erklärungen die Stimmung anheizen. Ich meine damit nicht nur ein paar SPD-Genossen, die sich möglicherweise – ich habe das Stichwort Wettbewerb schon genannt – gegenseitig überbieten wollen. Ich zitiere die Grundsatzklärung der bayerischen SPD zur Wiederaufarbeitungsanlage vom 13. Oktober 1985, die kein einmaliger rhetorischer Ausrutscher sein kann. Sie müßten sie eigentlich kennen, und Sie müßten jetzt schon den Kopf gesenkt halten ob dem, was da kommt.

(Abg. Hiersemann: Dann würden Wir Sie ja gar nicht mehr sehen!)

– Ich möchte Sie nicht auf die Folter spannen, Herr Kollege Hiersemann, zumal Sie das wahrscheinlich sehr wesentlich mitzuverantworten haben. Es heißt hier:

Alle Bürger müssen wissen, was in Wackersdorf wirklich geschehen soll: Dort sollen atomare

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

Brennstoffe mit einer Spreng- und Strahlkraft von 10000 Hiroshima-Bomben zu Plutonium aufbereitet werden. Die Technologie der Wiederaufarbeitung muß auf die Dauer staatspolitisch zerstörerisch wirken, weil sie die Bundesrepublik und den Freistaat Bayern zwangsläufig in den Atomstaat treibt. Wer ausgebrannte und wieder angereicherte radioaktive Brennstäbe täglich über Schienen und Straßen der Bundesrepublik transportieren will --

(Abg. Dr. Rothmund: Mich interessiert nur, wo Sie das herhaben!)

– Ich verstehe natürlich, Herr Kollege, daß Ihnen das unter die Haut geht.

(Lachen und Zurufe bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Tandler?

(Anhaltende Zurufe von der SPD: Wo ist das veröffentlicht worden?)

Tandler (CSU): Herr Staatsminister, können Sie bitte die Neugierde des Herrn Dr. Rothmund befriedigen, der zum Zeitpunkt der Grundsatzklärung nicht mehr Landesvorsitzender der SPD und damit Vorsitzender des Präsidiums war, indem Sie sagen, in welchen Publikationen diese Erklärung veröffentlicht worden ist?

Staatsminister Dr. Hillermeier: Die Frage hat sich mehr oder weniger selbst beantwortet durch das, was ich vorgetragen habe.

(Anhaltende Zurufe von der SPD: Wo haben Sie das her?)

– Das kann Ihnen jederzeit nachgewiesen werden. Nach meinen Unterlagen ist das eine Grundsatzklärung des Präsidiums der bayerischen SPD.

(Anhaltende Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Es geht weiter:

Wer ausgebrannte und wieder angereicherte radioaktive Brennstäbe täglich über Schienen und Straßen der Bundesrepublik transportieren will, muß Sicherheitseinrichtungen schaffen und Polizeikräfte in einer Zahl einsetzen, von der sich die Bayerische Staatsregierung, die sich gegenüber dem großen Geld so willfährig zeigt, noch gar keine Vorstellung gemacht hat. Es versteht sich von selbst, daß bei einem derartigen Polizei- und Überwachungsstaat eine Reihe von Grundrechten und Grundfreiheiten geopfert werden müßten.

In diesem Stil geht es weiter.

(Anhaltende Zurufe von der SPD: Wo haben Sie das her)

– Das kann Ihnen jederzeit nachgeliefert werden.

Nun komme ich zu einigen Äußerungen des Herrn Schuierer, die in die gleiche Richtung gehen, nachdem Sie immer behaupten, Sie seien nur für friedliche Demonstrationen, gegen Gewalt, und die Bevölkerung solle in gar keiner Weise in irgendeine gewalttätige Richtung getrieben oder gegen die Polizei aufgebracht werden. Eine Äußerung von Herrn Schuierer: „Brutale Machtdemonstration der Polizei gegen das Volk, die einen denken läßt, die Oberpfalz gehöre schon zur DDR“. Oder: „Psycho-Terror, Terror in Vollendung. Auch diese Dinge erinnern mich an das Dritte Reich.“ Oder: „Kriegsmäßiger Einsatz der Polizei, Terror in Vollendung“.

Das alles stammt aus: Schuierer, „Zur Räumung des Hüttendorfes am 7. Januar“. Weitere Äußerungen: „Wer Polizisten in kriegsmäßiger Ausstattung auf friedliche WAA-Gegner losschickt und Hunde gegen Demonstranten losläßt, untergräbt das Vertrauen in die demokratische Staatsführung.“ Da muß man sich fragen: Wundern Sie sich wirklich noch, daß die Dinge dann einfach eskalieren, daß sie außer Rand und Band geraten, daß viele sich ermuntert fühlen und ihren Rücken gestärkt sehen?

(Beifall bei der CSU)

Diese Äußerungen wären noch durch eine ganze Reihe ähnlicher Passagen anzureichern.

Ich möchte noch auf einige Bemerkungen zurückkommen, die heute morgen gefallen sind. Wenn Sie sagen, Frau Kollegin Meier: drei Polizeibeamte auf einen Demonstranten, dann kann ich Ihnen nur sagen: Seien Sie froh, daß es durch in der Tat massive Polizeipräsenz gelungen ist, gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei zu verhindern. Seien Sie froh, daß sich die autonomen Gruppen, von denen ich vorhin gesprochen habe, noch rechtzeitig, von der bayerischen Polizeipräsenz beeindruckt, zurückgezogen haben. Sie sollten uns dankbar sein, daß wir da waren und Auseinandersetzungen in dieser Weise verhindert haben,

(Beifall bei der CSU – Widerspruch der SPD)

daß nicht etwa Verletzte oder Tote zurückgeblieben sind.

Die Frage der Maschinenpistolen dürfte doch wohl auch schon längst geklärt sein.

(Abg. Jena: Glauben Sie, die waren mit Spielzeugpistolen dort?)

Ich habe überhaupt den Eindruck, als ob die heutige Diskussion von Ihrer Seite mit vielen Argumenten bestritten wird, die vom Kernpunkt Ihres schlechten Gewissens ablenken sollen. Zu den Maschinenpistolen ist vor kurzem dargelegt worden, daß die Sache auf einen falsch verstandenen Einsatzbefehl zurückzuführen ist. Die Maschinenpistolen sollten zwar mitgeführt, aber im Auto gelassen und nicht zum Polizeieinsatz vor Ort mitgenommen werden.

(Frau Abg. König: Das ist Geheimnisverrat!
– Weitere Zurufe von der SPD: Das wurde in einer geheimen Sitzung gesagt!)

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

Die Diskussion um den Einsatz der Hunde amüsiert mich schon seit längerem. Die Hunde werden in Wackersdorf allein zur Eigensicherung der Polizeibeamten und im wesentlichen zur Sicherung der Fahrzeuge eingesetzt. In anderer Weise sind sie nicht eingesetzt worden. Es ist dümmstes Zeug, wenn Herr Schuierer behauptet, man habe Hunde gegen Demonstranten gehetzt.

(Abg. Kolo: Dafür gibt es doch Zeugen! – Weitere Zurufe von der SPD – Gegenruf von der CSU)

– Ihnen wird bei Ihren Besichtigungen vor Ort doch nicht entgangen sein, daß einige Demonstranten ihre Hunde mitgebracht hatten. Warum? Das lasse ich einmal dahingestellt. Es ist natürlich, daß zwischen Polizeihunden auf der einen und Hunden von Demonstranten auf der anderen Seite aus biologischen Gründen eine gewisse Spannung und Nervosität entstehen kann.

Nun zu dem, was Kollege Lang vorhin zitiert hat:

Die Nachweise liegen auf der Hand, daß bei der großen Demonstration in Wackersdorf am 15. Februar 1985 zumindest ein Hund auf einen Polizeibeamten gehetzt wurde.

(Abg. Hiersemann: Ein Hund? Hunde!)

Der Polizeibeamte hätte diesen Hund erschossen, wenn der Hundebesitzer nicht den Hund zurückgenommen hätte.

(Abg. Hiersemann: Und die Polizei konnte nicht aus dem Auto heraus!)

So weit weg lag Kollege Lang mit dieser Behauptung also nicht. Man kann das nicht nachweisen, aber es ist immerhin bei dem vielen, was geschehen ist, denkbar, daß möglicherweise bei weiteren Einsätzen ähnliches passiert ist. Das ist nicht bewiesen, das ist nur eine Vermutung.

(Abg. Klasen und Abg. Dr. Rothmund: Aha, zwei Hunde!)

Frau Kollegin Meier, Sie haben zum Schluß eine Bemerkung gemacht und waren wohl der Meinung, das wäre jetzt eine Abschlußbemerkung, die einen riesigen Beifall provoziert. Sie meinten, man sage draußen, die WAA könne doch gar nichts Gescheites sein, denn sonst hätte die Oberpfalz sie nicht bekommen.

(Frau Abg. Meier: Richtig!)

Ich muß Sie doch einmal fragen, Frau Kollegin Meier: Wie steht es eigentlich mit dem Großklinikum in Regensburg, das wir in die Oberpfalz gebracht haben? Ist das auch nichts Gescheites?

(Zahlreiche Zurufe von der CSU: BMW!)

Ist die Ansiedlung des BMW-Werkes, die unser Herr Ministerpräsident und die Staatsregierung insgesamt vehement und mit größter Intensität unterstützt haben, vielleicht auch nichts Gescheites für die Oberpfalz?

(Zustimmung bei der CSU – Frau Abg. König: Sie kommen mir vor wie ein Nikolaus aus dem vorigen Jahrhundert! – Lachen bei der CSU und zahlreiche Zurufe, u. a. Abg. Möslein: Wo ist der Sack? – Abg. Gastinger: Mit der Frau König kannst doch eine Geisterbahn aufmachen! – Abg. Diethel: Knecht Rupprecht! – Abg. Möslein: Sie hätte die Rute gebraucht! Danach hat sie gerufen! – Gegenrufe von der SPD: Osterhase! – Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie noch einen Funken Realitätssinn haben, woran ich aufgrund der Vorgänge, Ihrer Erklärungen, der Erklärungen Ihrer Freunde und des Ablaufs der heutigen Diskussion zweifle, dann müßten Sie mindestens jetzt erkennen, zwar spät, aber noch nicht zu spät, daß Sie sich wieder einmal auf dem falschen Dampfer befinden.

(Beifall bei der CSU)

Das hat den Kollegen Tandler jetzt zu einer Zwischenfrage animiert.

(Heiterkeit)

Tandler (CSU): Herr Staatsminister, wären Sie so freundlich, der SPD zu sagen, daß die von Ihnen vorher zitierte Pressemitteilung von Herrn Fridolin Scheuble der Öffentlichkeit übergeben worden ist?

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU)

Staatsminister Dr. Hillermeier: Herzlichen Dank für diese Schützenhilfe. Herr Kollege Hiersemann, ich nehme an, daß Sie jetzt wahrscheinlich über einiges nachdenken.

(Heiterkeit bei der CSU – Abg. Möslein: Die „neue Kraft“ denkt nicht, die dampft!)

Wenn Sie sich jetzt mehr oder weniger von dem distanzieren, was Herr Scheuble schreibt, dann können wir das noch weniger ernst nehmen als bisher. Was ich vorhin vorgetragen habe, ist im Namen des Präsidiums der SPD gelaufen; wie Sie das intern gestalten, ist Ihr eigenes Bier. Das geht jedenfalls auf das Konto der gesamten bayerischen SPD.

(Beifall bei der CSU)

Vorhin ist eine Äußerung gefallen, die ich in einer anderen Formulierung aufgreifen möchte. Meine Damen und Herren von der SPD! Bei so manchen Situationen hat man sich hinterher gesagt: Wer Wind sät, wird Sturm ernten. In dieser Situation befinden Sie sich jetzt. Sie, Herr Kollege Hiersemann, haben ja am 12. Oktober 1985 auf dem Odeonsplatz einen Anschauungsunterricht bekommen.

(Abg. Dr. Wilhelm: Das war leider nicht heilsam!)

Lehren scheinen Sie daraus nicht gezogen zu haben. Sie sind auf das Rednerpult mit geschwellter Brust gestiegen,

(Abg. Hiersemann: Und Sie haben sich hinter dem Fenster versteckt!)

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

um eine große Rede zu halten. Nach zwei, drei Minuten sind Sie wie ein begossener Pudel vom Rederpult marschiert, beworfen mit allerhand Gegenständen, bedacht mit wirklich unfätigen Ausdrücken, hochroten Kopfes, blamiert und deprimiert. Wenn Ihnen das nicht zu denken gibt, wo Ihre Freunde sitzen, nach dem Motto „Wie man sich bettet, so liegt man“ oder „Sage mir, mit wem Du umgehst, dann sage ich Dir, wer Du bist“, dann zweifle ich in der Tat an Ihrem Gespür für die wirklichen Entwicklungen. Dann haben Sie keinen Sinn mehr für die Realität, weil Sie völlig von dem Gedanken in Anspruch genommen sind, wenn wir schon sonst nichts gegen diese CSU und Staatsregierung haben, dann müssen wir uns am Strohalm der WAA festklammern. Sie versteigen sich dann zu solchen Formulierungen: Ja, wenn der Rau im Januar 1987 die Wahl gewinnt – völlig daneben, wie Sie wissen, nicht realistisch gedacht –,

(Lachen bei der SPD)

dann wird alles wieder rückgängig gemacht. Herr Kollege Hiersemann, ich war der Meinung, Sie hätten einmal Jura studiert. Das muß aber lang her gewesen sein.

(Heiterkeit bei der CSU)

Das muß schon sehr lange her sein, denn sonst könnten Sie doch nicht sagen, daß die Rechtsposition eines freien Trägers rückgängig gemacht wird, der die Entscheidung getroffen hat, in Wackersdorf die WAA zu errichten, der die baurechtliche Genehmigung hat, die inzwischen längst von hohen und höchsten Gerichten abgesegnet ist; alles, was dagegen angelaufen ist, ist abgeprallt.

(Abg. Dr. Rothmund: Der Gesetzgeber kann das ohne weiteres!)

Das ist völlig unreal. Immerhin zeigt aber ein solcher Gedanke schon, wes Geistes Kind Sie sind. Das muß ich Ihnen doch in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen von Heckel?

Staatsminister Dr. Hillermeier: Nein. Wenn Sie wirklich meinen, Sie müssen weiterhin mit den Mitteln und in der bisherigen Weise gegen die WAA Sturm laufen, dann werden Sie am 12. Oktober 1986 Ihre blauen Wunder erleben; das kann ich Ihnen heute schon prophezeien. Unser bayerisches Volk hat einen Sinn dafür, wo Recht und Ordnung geschützt wird und wer Chaoten letzten Endes moralisch unterstützt.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Die Quittung dafür werden Sie bekommen. Herr Kollege Hiersemann, Sie tun gut daran, wenn Sie sich jetzt in der Vorwahlzeit von einigen Genossen – wie Sie es im Wolferstetter Keller getan haben – noch mit dem erhobenen V-Zeichen feiern lassen. Ich glaube

fest zu wissen, daß Sie nach dem 12. Oktober 1986 dazu keine Gelegenheit mehr haben werden.

(Zuruf des Abg. Kobler)

Humorvoll ausgedrückt könnte man sagen, daß Sie bei dieser Wahl etwa mit 1,30 Meter mit Hut gerade noch herauskommen. Mehr werden Sie wahrscheinlich nicht mehr aufzuweisen haben.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Hiersemann.

(Abg. Kobler: Die „neue Kraft“! Macht die Fenster auf!)

Hiersemann (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube nicht, Herr Staatsminister, daß Sie sich über die Frage meiner Größe unbedingt Gedanken machen müssen. Selbst wenn eine solche Reduzierung erfolgen sollte, wäre ich immer noch größer als Sie heute, Herr Staatsminister.

(Zuruf von der CSU: Länger!)

– Danke für den Hinweis. Der Herr Staatsminister sprach auch von Größe und nicht von Länge. Ein ganz neues Hillermeier-Gefühl war das heute, Herr Staatsminister. Ein Wahlkämpfer, der endlich einmal seine Pflicht gegenüber dem Herrn Ministerpräsidenten und CSU-Landesvorsitzenden erfüllt.

(Zurufe von der CSU)

Ein tiefer Griff in die Trickkiste, Gott sei Dank ist diese sehr flach gewesen. Herr Hillermeier, eines funktioniert nicht mehr, die übliche CSU-Methode „Haltet den Dieb!“ Das funktioniert in der Oberpfalz nicht mehr!

(Beifall bei der SPD)

Nicht die, die friedlich gegen die WAA demonstrieren, sind diejenigen, die den Unfrieden in die Oberpfalz gebracht haben, sondern diejenigen, die mit allen Mitteln diese Anlage dort installieren wollen, haben die Gräben aufgerissen, und das wissen die Bürger dort.

(Beifall bei der SPD)

Dann haben Sie eine Reihe von Menetekeln an die Wand gezeichnet. Es hieß zum einen: Wir werden am 12. Oktober unser blaues Wunder erleben! Wenn wirklich für Sie alles so günstig aussähe, wenn Sie der Meinung wären, daß wir schnurstracks auf dem falschen Trip sind, dann brauchen wir hier drin doch gar nicht zu reden. Da müßten Sie uns doch anschieben, damit wir weiter auf dem Trip bleiben, damit Sie Ihren Wahlerfolg noch vergrößern.

(Beifall bei der SPD)

Alein die Tatsache, daß Sie heute diesen Dringlichkeitsantrag mit einer eindeutigen Ausrichtung eingebracht haben, macht deutlich, wieviel Angst Sie davor haben, daß Sie am 12. Oktober in der Oberpfalz die Zeche zahlen müssen und die Quittung für Ihre Politik ausgestellt bekommen.

(Zurufe von der CSU: Ha, ha, ha!)

(Hiersemann [SPD])

Sie sagen, die Polizeibeamten werden uns nicht wählen. Meinen Sie die Polizeibeamten, Herr Hillermeier, die Sie zu zwei, drei Hundertschaften in eine Turnhalle gepfercht haben, die Sie mit unzureichenden Stiefeln in die kalte Witterung und in den Schnee hinausgestellt haben?

(Zurufe von der CSU)

Meinen Sie vor allem die Polizeibeamten, die mit großem Widerwillen dort ihren Dienst tun, weil sie selbst gegen die Wiederaufarbeitungsanlage sind?

(Beifall bei der SPD)

Davon gibt es eine ganze Reihe. Allzu schön war die Geschichte mit dem Hund. Herr Staatsminister der Justiz, Sie haben vorhin gesagt: Da haben Demonstranten Hunde auf Polizeibeamte gehetzt, daß diese nicht aus dem Auto aussteigen konnten. So war doch Ihre Äußerung, Sie nicken sachverständig.

(Zurufe von der SPD: Angst hatten sie!)

Nun sagt der Herr Innenminister, das war so. Am 15. Februar 1985, vor einem Jahr, war das so, aber es waren doch nicht Hunde, sondern ein Hund.

(Zurufe von der SPD: Dressierte Eichhörnchen!)

Ein Hund ist auf Polizeibeamte losgegangen, aber der Herr Lang spricht von Hunden. Wissen Sie, an was mich das erinnert? Das erinnert mich an den alten bayerischen Witz, wo in einem Lokal gesagt wird: Mein Gott, in dem Lokal bei uns stinkt das aber! Da sagt der andere: Das sind die Hunde! Da sagt der erste wieder: Da sieht man doch gar keine! Dann sagt der andere: Die werden schon noch kommen!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sie sollten sich schon einmal einigen. Herr Lang, ich fordere Sie nach wie vor auf, hier den Nachweis für Ihre Hunde-Story anzutreten. Irgendwann muß doch einmal Schluß sein!

(Zurufe von der CSU)

Sie stellen sich hier hin und blasen irgend etwas ab, und hinterher war nichts gewesen. Bitte sind Sie so nett und treten Sie mir den Beweis an.

Herr Innenminister, ich bestreite gar nicht, daß es mir nicht gefallen hat, daß ich mit Gegenständen beworfen wurde und am Reden gehindert worden bin. Ich habe auch sehr deutliche Worte dazu gesagt. Nur wissen Sie, es gibt doch einen Unterschied. Ich kann mich erinnern, daß bei einer ähnlichen Gelegenheit das Problem damals dadurch bereinigt wurde, daß die Störer von der Polizei entfernt wurden, und zwar auf Grund einer verfassungswidrigen Weisung des Herrn Strauß gegenüber dem Vizepräsidenten der Münchner Polizei.

Herr Staatsminister, daß das mit dem Jurastudium, was juristische Fähigkeiten angeht, gerade von Ihnen kommt, hat mich schon verblüfft. Es gibt auch nicht viel Sinn, hierüber zu streiten. Wir können in einen in-

ternen Diskurs darüber eintreten, dann werden wir weitersehen. Sie sagen, das sei nicht möglich. Haben Sie schon einmal etwas davon gehört, daß man ein Gesetz ändern kann? Haben Sie schon einmal gehört, daß man z. B. das Atomgesetz dahingehend ändern könnte, daß die Möglichkeit der Wiederaufarbeitung herausgenommen wird?

(Zurufe von der CSU)

Natürlich entsteht dann eine Entschädigungspflicht, aber möglich ist das. Sie haben sich hierhergestellt und so getan, als ginge das überhaupt nicht. Die Frage, wer die Wahl im Januar gewinnt, ob Johannes Rau oder Helmut Kohl, müssen wir nicht auch noch debattieren. Das wird der Wähler und der Bürger entscheiden.

(Abg. Dr. Rothmund: Das warten wir gelassen ab! – Zurufe von der SPD: Der Kanzler des Blackout!)

Dann werden wir weitersehen. Um einmal zu zeigen, mit welchen Methoden Sie hier gearbeitet haben, ich weiß nicht mehr, wer es war, ich glaube Sie, Herr Staatssekretär, möchte ich auf folgendes hinweisen:

Sie haben gesagt, wir Sozialdemokraten hätten in der spk in schlechter Weise hergezogen --

(Abg. Asenbeck: Was ist das?)

– Herr Asenbeck, haben Sie jetzt den ganzen Vormittag geschlafen? Ihre eigenen Minister haben das Wort ständig verwendet, da hätten Sie diese fragen sollen. Sie haben gesagt, in der spk seien wir schlicht hergefallen über die Wiederaufarbeitungsanlage, unverantwortlich, scharfmacherisch, schürend, unmoralisch, einfach nicht mehr erträglich. Wir hätten von einer doppelten Bombe gesprochen.

(Abg. Asenbeck: Niemand hat von der spk gesprochen!)

– Herr Asenbeck, wenn Ihr Staatssekretär niemand ist, müssen Sie sich einen anderen Staatssekretär suchen. Ich habe die spk hier. Wissen Sie, was in der spk steht? Eine Darstellung der Stellungnahme des Landes Salzburg an die Staatsregierung, die ich selbst gerade noch einmal nachgelesen habe. Sie ist korrekt in der spk wiedergegeben. In dieser Stellungnahme findet sich folgende Passage; Universitätsprofessor Dr. Gofmann, USA, schreibt zur Problematik von WAA:

Jede WAA ist eine doppelte Bombe. Nach vorne kann sie losgehen als Spaltmateriallieferant für Atombomben, nach hinten als mögliche Verseuchungsquelle mit einem Radioaktivitätsinhalt von mehreren 10000 gezündeten Hiroshima-Nagasaki-Bomben.

Das ist von uns überhaupt nicht bewertet worden. Wir zitieren umfassend aus der Stellungnahme des Landes Salzburg, auch viele andere Dinge. Wenn Sie nun meinen, dies sei üble Brunnenvergiftung, dies sei moralisch nicht mehr erträglich, hier werde scharf gemacht in einer schlimmen Art und Weise, Herr Staatssekretär, dann setzen Sie sich bitte mit Ihrem Partei-

(Hiersemann [SPD])

freund im Land Salzburg auseinander, aber nicht mit den Sozialdemokraten hier.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Glück.

Glück Alois (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur eine kurze Anmerkung machen.

Ich glaube, daß jedermann jedem seine Meinung zum Sachverhalt zugesteht, daß aber von Politikern verlangt werden muß, daß sie mit Fakten sorgfältig umgehen und schon gar nicht bewußt das Gegenteil von dem sagen, was sie vermutlich wissen.

Herr Kollege Hiersemann hat in einem Beitrag vorhin behauptet, das Energiewirtschaftliche Institut in Köln, Professor Michaelis, hätte die Anlage als ökonomisch unsinnig bezeichnet.

(Abg. Hiersemann: Ich habe gesagt:
„Kommt zu dem Ergebnis“!)

– Herr Kollege Hiersemann, das trifft auch nicht als Ergebnis zu. Ich habe hier ein Schreiben von Professor Michaelis an den Vorsitzenden des Ausschusses für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages zum Thema WAA. Professor Michaelis legt darin zunächst dar, daß eine WAA rein ökonomisch betrachtet, für sich allein betrachtet, teurer komme als Endlagerung. Diese sachliche Feststellung ist unbestritten, das ist auch von anderen Autoren festgestellt worden.

(Zurufe von der SPD)

Anschließend schreibt Professor Michaelis auf Seite 10, Sie können es hinterher nachlesen:

Diese Feststellung ist aber keine Antwort auf die den Gesellschaftern der DWK am 4. Februar 1985 gestellte Frage, was günstiger ist, eine 350-Jato-Wiederaufarbeitungsanlage zu bauen oder auf den Bau zu verzichten und im Endergebnis direkt die Endlagerung in Aussicht zu nehmen.

Er schreibt weiter:

Es ist letztlich folgende Überlegung ausschlaggebend: Der bereits seit einiger Zeit anstehende und letztthin erwartete Beschluß, in Deutschland eine Wiederaufarbeitungsanlage zu bauen, verbessert die Marktstellung der deutschen EVU in den Verhandlungen mit der französischen COGEMA und der britischen BNFL, die abgebrannten Brennelemente dort wiederaufarbeiten zu lassen.

Tatsächlich haben COGEMA und BNFL bereits seit geraumer Zeit ihre Bereitschaft bekundet, in ihren Preisforderungen zurückzustecken. Anders wäre es gewesen, wenn keine Bauabsicht bestanden hätte und auch kein Baubeschluß gefaßt worden wäre. Dann hätten nämlich COGEMA und BNFL bei ihren Preisforderungen davon ausgehen können, daß die gegebene Rechtslage den deut-

schen EVU keine Alternative zur Wiederaufarbeitung in Frankreich oder in Großbritannien läßt.

Von zusätzlichem Vorteil wäre es, wenn die deutschen EVU zu gegebener Zeit mit der Zulassung direkter Endlagerung rechnen könnten. Der damit erschlossene neue und kostengünstige Entsorgungsweg wird die Verhandlungsposition der deutschen EVU auf dem Markt der Entsorgungsleistungen weiter stärken und im Ergebnis die Entsorgungskosten drücken. Aus diesem Grunde ist es zu begrüßen, daß direkte Endlagerung auf Dauer ausgeschlossen wird.

– Soweit Originalzitat.

Herr Kollege Hiersemann, so können Sie nicht mit den Fakten umgehen und mit Presseverlautbarungen, wie sie vorher zitiert worden sind. Wenn Sie sagen, es sei wirtschaftlich unsinnig, worüber man streiten kann, können Sie sich nicht auf Michaelis berufen, sondern es ist Ihre persönliche Wertung. Sie sollten da nicht den Gutachter in Anspruch nehmen, das können Sie nicht. Sie können es sowieso nachlesen. Wenn man dann darüber hinaus in Sicherheitsfragen, die natürlich relevanter sind, in der Bevölkerung eine Endzeitstimmung hervorruft, wie man es mit diesen Presseverlautbarungen versucht hat, dann ist das schlicht und einfach verantwortungslose Politik.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Tandler!

Tandler (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nur eine einzige Frage an die SPD: Identifiziert sich der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bayerischen Landtag Herr Hiersemann mit der Grundsatzklärung des Präsidiums der bayerischen SPD vom 13. Oktober 1985 oder distanziert er sich davon? Das hätte uns zumindest interessiert.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Abgeordneter Kolo, bitte!

(Zuruf von der CSU: Das war eine direkte Frage!)

Kolo (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Glück, Sie meinten hier den Nachweis erbringen zu können, daß das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität Köln nicht die Aussagen des Kollegen Hiersemann unterstütze, und haben den Brief eines Professors Michaelis zitiert.

(Zuruf bei der CSU: Er ist Leiter des Instituts!)

Herr Kollege Glück, Dr. Dieter Schmitt, Geschäftsführer des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln, hat in der Ausgabe „Wirtschaftsdienst“ 85/3, worauf wir uns eigentlich schon seit längerer Zeit beziehen, ganz eindeutig auch zu der Frage der Wirt-

(Kolo [SPD])

schaftlichkeit Stellung genommen. Er schreibt auf Seite 124; ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten:

Die Wiederaufarbeitung erscheint somit weder aus sozioökonomischen noch aus kernenergiestrategischen Gründen zwingend geboten. Vielmehr erwächst ihr mit der Entwicklung der direkten Endlagerung nunmehr eine Entsorgungsalternative, die auf absehbare Zeit die Schließung des Kernbrennstoffkreislaufes zu niedrigeren Kosten verspricht.

Er rechnet dies dann vor. Ich bitte Sie weiter auf Seite 127 zu lesen:

Auf der Basis erster bekanntgewordener Investitionsschätzungen ergaben sich für die WAA 350 Kosten der Schließung des Kernbrennstoffkreislaufes, die um 30 bis 100 Prozent über dem für Modell WAA 700 errechneten Niveau liegen.

Da geht es also um den Vergleich der 350- und 700-Tonnen-Anlage. Die Kostendifferenz zwischen Endlagerung und WAA wird dann betrachtet in der Größenordnung von 0,35 bis 1,5 Milliarden pro Jahr in konstanten Preisen. Er fährt dann fort, daß bei Weiterentwicklung der Endlagerung die bisherigen Kostenschätzungen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen für die Endlagerung sich noch verbessern werden. Er schreibt Ihnen ins Gebetbuch auf Seite 128:

Auch die Auslegung des im Atomgesetz niedergelegten Wirtschaftlichkeitskriteriums nach formaljuristischen Aspekten und nicht nach Maßgabe der wirtschaftlichen Vernunft dürfte kaum befriedigen.

Insgesamt auch Dr. Schmitt in seiner Zusammenfassung:

Dies

– die Entscheidung für die WAA –

ist keine ökonomische Entscheidung, sondern eindeutig eine politische Entscheidung.

Sie sind bisher der Aufforderung nicht nachgekommen, uns zu sagen, warum Sie sich politisch für diesen Weg der Entsorgung entschließen, obwohl nach allen Untersuchungen zumindest die Wirtschaftlichkeit und auch die Ökologie gegen diesen Weg sprechen, und die Sozialverträglichkeit, auch wenn der Kollege Huber der Meinung ist, daß diese keine Rolle spielt, ebenfalls eher für die direkte Entsorgung spricht, weil die Akzeptanz aus mehreren Gründen größer sein dürfte als bei der WAA, weil sie gleichzeitig Ausstieg aus der Kerntechnologie und Vermeidung der Brütertechnologie ermöglicht, Herr Kollege Huber.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Kollege Glück, Sie haben das Wort.

Glück Alois (CSU): Herr Kollege Kolo, es ist nie bestritten worden, nur Sie haben immer versucht, es so darzustellen, daß bei einem Kostenvergleich, der aus-

schließlich ökonomische Kriterien bewertet, ohne den Nebeneffekt, wie vorher im Schreiben von Michaelis dargestellt, Endlagerung billiger kommt. Wir haben die Notwendigkeit der Wiederaufarbeitung deshalb noch zu keinem Zeitpunkt ökonomisch begründet. Hier führen Sie permanent Scheingefechte, indem Sie die Notwendigkeit der Endlagerung damit begründen, daß diese billiger komme.

(Beifall bei der CSU)

Kollege Huber hat dazu das Notwendigste gesagt, nachdem bei Ihnen ansonsten in Fragen der Entsorgung Kostenargumente keine Rolle spielen.

Zweitens. Bei dem gesamten Komplex sind die Nebenkosten zu sehen, die im Zusammenhang mit dem Weltmarkt entstehen. Dies hat Michaelis in dem Schreiben dargestellt. Man kann dies nach wie vor politisch so oder anders werten. Sie können aber in keinem Fall das Energiewirtschaftliche Institut, den Gutachter im Deutschen Bundestag, dafür in Anspruch nehmen, daß in der Quintessenz der Bewertung aller ökonomischen Faktoren dies ökonomisch unsinnig wäre. Wenn Sie das weiter tun, sprechen Sie nicht mit gutem Gewissen, sondern verhalten sich wie gegenwärtig bei der WAA: Was erzielt Wirkung? Alles andere interessiert uns nicht.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Kollege Kolo, Sie haben das Wort.

Kolo (SPD): Herr Kollege Glück, was hier geschieht, macht wieder einmal deutlich, wie das mit Gutachten so ist. Unterhalten wir uns doch auch darüber, in welchen Beziehungen Herr Professor Michaelis direkt zu EVUs und DWK steht.

Es gibt unterschiedliche Auffassungen. Nur, wenn Sie meinen, Michaelis hätte als Vorteil einer eigenen WAA angeführt, daß damit ein Drohpotential gegeben wäre, um bessere Verhandlungsergebnisse mit der COGEMA oder mit Sellafeld zu erreichen, dann kann ich Ihnen nur sagen, daß er damit, daß er sagt, gegenüber den Preisen ausländischer Wiederaufbereitungsanlagen könne Deutschland sowieso nicht konkurrieren, vorab – wie wise – Stellung nimmt, gar keine Frage. Unsere WAA wird nie mit den Preisen in La Hague oder in Windscale konkurrieren können, denn deren Preise werden wesentlich höher liegen. Das ist unbestritten, das wird auch Kollege Glück bestätigen.

Schmitt schreibt dazu:

Gegenüber den Preisen ausländischer Wiederaufbereitungsanlagen vermag allerdings lediglich die direkte Endlagerung zu konkurrieren.

Und bei der gesamten Berechnung von Schmitt sind alle Kriterien enthalten inklusive das, was der Kollege Huber gesagt hat, die in etwa den Strompreis beeinflussen. Er kommt dazu: Für die WAA gibt es ökonomisch, auch aus der Sicht der E-Wirtschaft, überhaupt keine Begründung.

(Beifall bei der SPD und Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Nochmals, Herr Kollege Glück!

Glück Alois (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will jetzt den Zahlenstreit nicht weiterführen.

(Zuruf von der SPD)

– Sie können es ja machen, wenn Sie wollen!

Aber eine Bemerkung, Herr Kollege Kolo, veranlaßt mich trotz der fortgeschrittenen Zeit, noch einmal hierherzugehen.

Ich will mich einmal sehr zurückhaltend ausdrücken: Ich denke, es sollte hier im Haus niemals einreißen, daß Wissenschaftler mit unterstellenden Bemerkungen im Hinblick auf ihre wissenschaftliche Qualität verdächtigt werden.

(Anhaltende Zurufe von der SPD, u. a. vom Abg. Kolo)

– Hören Sie mir zuerst einmal zu! Es gibt in der Bundesrepublik eine ganze Reihe von Wissenschaftlern aus diesem Fachbereich, dazu zählt auch der Herr Michaelis, denen wir – –

(Abg. Kolo: Das weiß ich!)

– Sie wissen es schon wieder, ehe ich den Satz zu Ende gesprochen habe! Das ist das Problem,

(Zuruf von der CSU: Der hört das Gras wachsen, bevor es gesät ist!)

daß Sie immer schon eine festgelegte Meinung haben, bevor man überhaupt etwas sagen kann.

(Zuruf des Abg. Klasen – Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Kolo, diesen Wissenschaftlern und auch den Gutachtern, vom TÜV bis zum bayerischen Umweltministerium, verdanken wir, daß wir in Deutschland in der Kernergietechnik einen Sicherheitsstandard haben, wie er weltweit nirgendwo gegeben ist.

(Beifall bei der CSU)

Sie praktizieren in diesen Diskussionen permanent eine Politik der Verdächtigungen gegenüber der Qualifikation und der Vertrauenswürdigkeit von Wissenschaftlern und Genehmigungsbehörden, obwohl Sie kein einziges Beispiel ins Feld führen können, das belegen würde, daß etwa unsere Genehmigungsbehörden oder die Fachleute der Reaktorsicherheitskommission dieses Vertrauen in auch nur einem einzigen Punkt nicht gerechtfertigt hätten.

(Zurufe von der SPD)

– Wo denn? Wo haben Sie denn ein einziges Beispiel?

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

– Die Kritik der Teilerrichtungsgenehmigung ist Ihre Bewertung! Aber die Praxis der Kernkraftwerke in Deutschland und in Bayern zeigt – –

(Zuruf des Abg. Dr. Rothmund)

– Herr Kollege Dr. Rothmund, im Zweifelsfall messe ich die Glaubwürdigkeit von Personen an dem, was sie in ihrer bisherigen Arbeit getan haben und wie sie sich verhalten haben. Und da kann ich nur feststellen, daß die Leute, auf die wir uns auch gutachtlich stützen, sich bewährt und bewiesen haben mit dem, was sie bislang in der Entwicklung der Kernenergie geleistet haben. Deshalb haben Sie nicht von vornherein einen Blankoscheck für alles, aber es ist einfach nicht verständlich, daß sie gegenüber diesen Personen permanent mit Verdächtigungen und Unterstellungen arbeiten, ihnen Qualifikation und Redlichkeit absprechen wollen und von vornherein allen glauben, die dagegen sind. Sie glauben letztlich nur noch denen, die von vornherein sowieso dagegen sind.

Ich meine wir sollten deshalb Leute wie Michaelis und andere in diesem Parlament nicht so behandeln.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Das Wort erteile ich dem Staatsminister der Justiz.

(Ein Abgeordneter der SPD bellt – Vereinzelte Heiterkeit und Zurufe)

– Ich meine, man sollte so etwas unterlassen. Das entspricht nicht der Würde des Hohen Hauses und deklassiert eigentlich den, der es tut.

(Zustimmung bei der CSU – Anhaltende Zurufe und Gegenrufe)

Staatsminister Lang: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Hiersemann hat an mich eine Frage gerichtet, und er hat ein Anrecht darauf, daß ich antworte.

Nach meinen Lageberichten ist unter dem 26. Dezember 1985 folgendes vermerkt:

Aus einer Gruppe von hundert Personen wurden Hunde

– nicht einer –

auf Polizeibeamte gehetzt.

Ich bin bereit, im Rechts- und Verfassungsausschuß aus dem Lagebericht zu zitieren. Es scheint mir auch geboten, daß wir über die Schäden, die in der JVA oder andernorts angerichtet worden sind, das Haus unterrichten, zumindest den Rechts- und Verfassungsschutz. Ich bin bereit, mit meinen Beamten aus der Strafrechtsabteilung dort Rede und Antwort zu stehen. Ich bin auch bereit, den beiden Fraktionen die Unterlagen über diesen Bericht zuzuleiten. Ich tue das gern.

Aber zum Abschluß, Kolleginnen und Kollegen! Wir kämpfen in der Oberpfalz und setzen uns auseinander nicht nur mit der SPD, wir setzen uns auch mit Leuten auseinander, die folgendes schreiben, und das sollte sich jeder von uns in diesem Haus durch den Kopf gehen lassen:

Die Notwendigkeit, daß dieser Staat zerschlagen werden muß, wird immer offensichtlicher, eben nicht nur wegen Wahnsinnsprojekten wie die WAA, sondern wegen dem ganzen Schweine-

(Staatsminister Lang)

system, was zugegebenermaßen ziemlich reibungslos funktioniert.

WAA in Bayern – nie!

usw.

Mit diesen Dingen haben wir uns auseinanderzusetzen, und zwar jeden Tag. Und mit diesen Leuten verbündet sich der Kollege Hiersemann. Das hätte ich nie geglaubt!

(Beifall bei der CSU – Lebhafter Widerspruch bei der SPD und anhaltende Zurufe – Abg. Dr. Rothmund: Unverschämtheit!)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Kollege Hiersemann, Sie haben das Wort!

Hiersemann (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zu der Hundegeschichte nichts mehr sagen, das hat sich wohl selber erledigt nach Ihrer letzten Darstellung. Lageberichte werden im Innenministerium angefertigt, und der Herr Innenminister kennt diesen Vorgang nicht.

Herr Staatsminister, ich weise mit aller Entschiedenheit die Verleumdung zurück, daß ich mich mit solchen Leuten verbünden würde,

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

und verbitte mir eine derartige Unterstellung. Ich fordere Sie mit Nachdruck auf, dies sofort nach meiner Rede am Rednerpult zurückzunehmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Das ist eine ungeheuerliche Verleumdung!

Kein Sozialdemokrat, und der Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Partei in Bayern erst recht nicht, hat mit Leuten, die derartiges schreiben, auch nur das geringste gemeinsam. Was Sie hier tun, ist Brunnenvergiftung um jeden Preis.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Und ein Staatsminister hat die Pflicht, derartiges schleunigst zu bereinigen, wenn er noch ernst genommen werden will.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

(Anhaltende Zurufe von der SPD – Abg. Dr. Rothmund meldet sich zu Wort)

– Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Dr. Rothmund!

Dr. Rothmund (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was wir soeben erlebt haben, kann so nicht hingenommen werden.

(Warum? bei der CSU)

Wenn der Justizminister nicht bereit ist, diesen Ausdruck zurückzunehmen, den er vorhin verwendet hat,

(Anhaltende Zurufe von der CSU)

dann werden wir nicht umhin können, eine Unterbrechung der Sitzung und die Einberufung des Ältestenrates zu verlangen.

(Beifall bei der SPD – Anhaltende Zurufe von der CSU)

Im übrigen sage ich mit Nachdruck, Frau Kollegin Stamm, wenn Sie so lachen und meinen, daß das auch irgend etwas mit Anstand zu tun hat:

(Lebhafter Widerspruch von der CSU)

Wenn das, was hier der Herr Justizminister gezeigt hat, noch irgend etwas mit Anstand zu tun hat, dann kann ich mich in Ihre Begriffswelt hineinversetzen. Dann muß ich Ihnen aber sagen, es fehlt Ihnen auch die geringste Fähigkeit zu einem vernünftigen Verhalten gegenüber dem politisch Andersdenkenden.

(Zustimmung bei der SPD – Zuruf der Frau Abg. Stamm)

Wir werden, meine sehr verehrten Damen und Herren, so nicht weitermachen können, wie der Herr Justizminister dies vorhin getan hat. Und ausgerechnet der Justizminister! Herr Justizminister, Sie sollten gerade aus der Verpflichtung Ihres Amtes, die eine ganz besondere ist, keine Sekunde zögern, hierherzutreten und diese Behauptungen zurücknehmen im Interesse auch des politischen Anstandes in diesem Hohen Hause.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt jetzt erledigt.

(Zurufe von der SPD: Unterbrechen!)

– Es ist Einberufung des Ältestenrats beantragt. Darf ich fragen: Zu welcher Zeit? Sofort? Oder können wir noch einige Anträge erledigen?

(Zurufe von der SPD: Sofort! – Abg. Spitzner: Zum Schluß, nach der Sitzung!)

– Nach der Geschäftsordnung muß der Ältestenrat „auf Verlangen einer Fraktion“ einberufen werden. Ich berufe somit den Ältestenrat für sofort ein, und zwar für die Dauer von 10 Minuten. Das müßte ausreichend sein. Einverstanden? – Ich unterbreche die Sitzung hierzu bis 15 Uhr 30 Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung von 15 Uhr 12 Minuten bis 16 Uhr 08 Minuten)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Meine Damen und Herren! Ich bitte, Platz zu nehmen. Sie können dann gleich wieder aufstehen.

Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe bekannt, daß die Fraktion der SPD eine Fraktionssitzung bis etwa 16.35 Uhr durchführen möchte.

(Zurufe von der CSU: Bis morgen!)

(Zweiter Vizepräsident Lechner)

Herr Tandler sagt, daß die CSU-Fraktion ebenfalls zu einer Fraktionssitzung gebeten wird. Die Sitzung wird um 16.35 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung von 16 Uhr 09 Minuten bis 16 Uhr 47 Minuten)

Präsident Dr. Heubl: Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

Zu Wort hat sich gemeldet der Herr Kollege Dr. Rothemund.

Dr. Rothemund (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem mir vorliegenden Protokoll der Sitzung von heute hat der Justizminister Lang zu dem fraglichen Punkt, zu dem wir vorhin die Unterbrechung der Sitzung und die Einberufung des Ältestenrates beantragt haben, folgendes erklärt:

Aber zum Abschluß, Kolleginnen und Kollegen! Wir kämpfen in der Oberpfalz und setzen uns auseinander nicht nur mit der SPD, wir setzen uns auch mit Leuten auseinander, die folgendes schreiben, und das sollte sich jeder von uns in diesem Haus durch den Kopf gehen lassen:

Die Notwendigkeit, daß dieser Staat zerschlagen werden muß, wird immer offensichtlicher, eben nicht nur wegen Wahnsinnsprojekten wie die WAA, sondern wegen dem ganzen Schweinesystem, was zugegebenermaßen ziemlich reibungslos funktioniert. WAA in Bayern – nie.

usw.

Mit diesen Dingen,

– so wiederum Zitat Justizminister Lang –

haben wir uns auseinanderzusetzen, und zwar jeden Tag. Und mit diesen Leuten verbündet sich der Kollege Hiersemann.

(Zurufe von der CSU: „Verbindet“ sich!)

– Lassen Sie mich zu Ende zitieren.

Das hätte ich nie geglaubt!

In der Form, in der es mir vorliegt, ist das Wort „verbündet“ mit einem kleinen Merkzeichen versehen und darunter steht „wörtlich: verbindet“. Es könnte nur die Kontrolle des Tonbandes ergeben, ob „verbündet“ oder „verbindet“ gemeint ist, aber letztendlich ist dies belanglos.

(Abg. Dr. Wilhelm: So ist es!)

Der Justizminister Lang hat damit dem Kollegen Hiersemann den Vorwurf gemacht, daß er sich verbündet oder verbindet mit Leuten, die den Staat zerschlagen wollen und die den Staat, nämlich unsere Demokratie, als das „ganze Schweinesystem“ bezeichnen.

Herr Kollege Hiersemann hat sich mehrfach zur Frage der Gewalt geäußert. Ich zitiere Äußerungen des Kollegen Hiersemann aus der spk vom 25. Oktober 1985:

Hiersemann betont, daß die SPD mit allen Gruppen gesprächsbereit ist, die sich bei den Formen des Widerstandes

(Abg. Otto Meyer: Also!)

an die demokratischen Spielregeln halten.

(Abg. Dr. Böddrich: Also!)

Die SPD werde von sich aus entsprechende Gespräche anbieten. Unabdingbare Voraussetzung dafür sei allerdings eine klare Distanzierung der Gesprächspartner von jeder Form der Gewalt.

Er hat am 22. Oktober 1985, also einige Tage vorher, erklärt:

Wenn die Grünen für Randalierer, Schreier und Chaoten Verständnis haben, ist das ihre Sache. Die SPD hat mit solchen Bündnispartnern und ergo auch mit den Grünen, die sich so benehmen, nichts zu schaffen und läßt sich in ihrem von großer Sorge um die Zukunft vieler Generationen getragenen Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage nicht von unbesonnenen, im Wald verirrt Randgruppen beeinträchtigen.

Meine Damen und Herren! Die eindeutige Distanzierung von jeglicher Form von Gewalt hat Herr Kollege Hiersemann so wie alle anderen Sozialdemokraten bei vielen Gelegenheiten deutlich gemacht. Das ist für uns Sozialdemokraten auch geradezu so selbstverständlich, daß wir es eigentlich gar nicht zu betonen bräuchten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Soweit ich höre, stammen die Zitate aus einem Flugblatt, das obendrein auch noch beschlagnahmt worden sein soll und das möglicherweise strafrechtlich relevant ist. Ich weise die Äußerung des Herrn Justizministers Lang, mit der er den Kollegen Hiersemann mit Leuten in Verbindung zu bringen versucht hat, die davon ausgehen, daß dieser Staat zerschlagen werden muß und die diesen Staat als „Schweinesystem“ bezeichnen, mit aller Entschiedenheit zurück.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Bei aller Härte der politischen Auseinandersetzung darf nicht hingenommen werden, daß ein solcher Vorwurf – auch noch vom Justizminister – erhoben werden kann. Ich fordere deshalb den Justizminister nachdrücklich auf, diese seine Äußerung in bezug auf den Herrn Kollegen Hiersemann hier und heute in vollem Umfang und uneingeschränkt zurückzunehmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sollte er diese Äußerung nicht zurücknehmen, dann werden wir – dies erkläre ich für die Fraktion der SPD – mit diesem Justizminister in keiner Weise mehr zusammenarbeiten. Dann werden wir an keiner Sitzung – etwa in Ausschüssen – mehr teilnehmen, in denen der Justizminister auftritt. Wir stellen jede Form der Zusammenarbeit mit einem Justizminister ein, der nicht so viel Rechtsgefühl hat, daß er sich für diese Art der Äußerung hier und heute entschuldigt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

(Dr. Rothemund [SPD])

Falls der Justizminister diese Äußerung nicht zurücknimmt, fordern wir ihn im übrigen auf, seinen Hut zu nehmen und zurückzutreten; denn ein solcher Justizminister ist für Bayern untragbar,

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Starker Widerspruch bei der CSU und erregte Zurufe)

der in verleumderischer Weise einen Kollegen dieses Hohen Hauses in dieser Art beschuldigt, gemeine Sache mit Leuten zu machen, die diese Demokratie, diesen demokratischen Staat zerstören wollen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Asenbeck: Sie fühlen sich als Schiedsrichter der Nation!)

Ich bedaure, meine Damen und Herren, daß es unter den Kollegen der CSU offenkundig immer noch welche gibt, die meinen, die Äußerung des Justizministers in irgendeiner Weise verteidigen zu müssen. Ich bedaure dies, Herr Kollege Hundhammer.

(Abg. Dr. Hundhammer: Sie haben uns gestern verleumdet!)

Ich möchte einmal wissen, was hier los wäre, wenn wir sagen würden, Sie verbinden sich mit Faschisten, oder ähnliches.

(Beifall bei der SPD)

Was würden Sie da sagen?

(Beifall von der SPD – Erregte Zurufe von der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Fendt: Denken Sie an gestern, Herr Rothemund!)

– Entschuldigung!

(Abg. Asenbeck: Was war denn am Odeonsplatz?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte immer noch gehofft,

(Abg. Gustl Schön, Sie hoffen das nicht, Sie werfen uns Verkommenheit vor!)

daß wenigstens der große Teil der Kollegen der CSU

(Abg. Kopka: Erinnern Sie sich daran, was Sie gestern gesagt haben!)

soweit nachdenklich geworden ist, daß er sich nicht in dieser Art und Weise benimmt.

(Weitere Zurufe von der CSU)

Ich habe immer gewußt, daß es auch bei Ihnen einige gibt, die offenkundig jede Form der Beleidigung, wenn sie sich an Sozialdemokraten wendet, zu entschuldigen bereit sind.

(Abg. Hofmann: Sie haben es provoziert!)

Ich kann hier nur noch einmal feststellen: Wem daran gelegen ist, dies in vernünftiger Form zu bereinigen, der muß alles tun, um auf den Justizminister Einfluß zu nehmen, daß er diese beleidigende, unhaltbare, undenkbare Äußerung heute und sofort zurücknimmt.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Tandler.

Tandler (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Fast müßte man sagen: Das mußte ja wohl alles so einmal kommen nach dem, wie es angefangen hat.

(Beifall bei der CSU)

Herr Dr. Rothemund, wenn es in den vergangenen Wochen und Monaten viele Äußerungen von Ihnen und Repräsentanten Ihrer Partei, die ich anschließend zitieren werde, und zwar in großer Ruhe, nicht gegeben hätte, dann hätten Sie allen Anlaß, so empört zu sein, wie Sie es eben waren.

Sie haben beispielsweise gestern – im Zusammenhang mit der Tatsache, daß der Herr Kultusminister, um in Ihrer Wortwahl zu bleiben, sich „erdreistet“ hat zu sagen, daß Reden des bayerischen Ministerpräsidenten für bayerische Schüler von besonderer Bedeutung seien – Ihre Replik folgendermaßen eingeleitet:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin immer wieder überrascht, wie sehr eigentlich politische Gesinnung dabei ist zu verkommen.

(Abg. Dr. Rothemund: So ist es! – Erregte Gegenrufe der CSU)

– Den Kommentar geben Sie selber.

(Abg. Kolo: Sie haben heute den Beweis antreten müssen!)

Nachdem es einige Zurufe und Unruhe in der CSU-Fraktion gab, wobei ich mich frage, ob die Unruhe hier oder gestern dort größer war, weiter gesagt:

Ihre Intoleranz gegenüber meinen Äußerungen

– wie oft haben Redner der CSU-Fraktion schon die Intoleranz erdulden müssen, von Ihrer Fraktion am Reden gehindert zu werden –

zeigt geradezu, wie verkommen ein Stück politischer Kultur in diesem Lande inzwischen ist.

(Abg. Dr. Wilhelm: Ist das richtig? – Abg. Fendt: Sehr gut! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Dazu stehen Sie?

(Wiederholte Zurufe)

– Ich nehme das zur Kenntnis. Ich kann nur sagen: Jeder, der diesen Vorgang verfolgt oder dem man ihn vermittelt, bedarf keines weiteren Kommentars.

(Abg. Hofmann: Sehr richtig!)

Diese Ausführungen und Ihre heutige Reaktion darauf sagen alles.

(Beifall bei der CSU – Abg. Klasen: Was hat das mit der Qualität von Parlamentariern zu tun?)

– Das müssen Sie sich halt einmal anhören.

(Abg. Geisperger: Bitte schön! – Abg. Jena: Wir sitzen ja da!)

(Tandler [CSU])

Es gibt einen Presseartikel, der sich mit der Situation von Wackersdorf und der Rolle der SPD befaßt. Da heißt es:

Noch bedenklicher ist, in welcher schlechter Gesellschaft sich die bayerische SPD wohlfühlt.

(Abg. Dr. Wilhelm: Nichts anderes sagen wir!)

Im Oberpfälzer Wald agitieren nicht nur Idealisten und Ökologen, sondern auch der Mob und der Pöbel. Die SPD wird vielleicht sagen, sie könne sich ihre Verbündeten nicht aussuchen. O doch! Wie stark ihr Risikobewußtsein ausgeprägt war, zeigten ihre geradezu flehentlichen Ermahnungen an die Adresse der Demonstranten,

(Abg. Dr. Rothmund: So ein Unfug!)

von aller Gewaltanwendung abzusehen. Nun stellt sie, um den Schein zu wahren, sämtliche Protestaktionen als friedlich hin, und die CSU ist sehr geneigt, aus Rücksicht auf den guten Ruf des Freistaates diesen Schwindel mitzumachen. Als friedlich sind die Geschichten aus dem Wackersdorfer Wald nur insofern zu bezeichnen, als kein Blut geflossen ist. Ansonsten kam es zu Nötigung und Sachbeschädigungen, darüber hinaus einem Forstfrevel sondergleichen,

(Lachen bei der SPD)

denn einige angebliche Naturfreunde ruinierten außer den Bäumen, die ohnehin gefällt werden, auch gleich solche, die nach dem Willen der Planer stehenbleiben sollten.

und so weiter.

(Abg. Klasen: Würden Sie zitieren, wen Sie zitiert haben?)

– Ja, ich zitiere die „Frankfurter Allgemeine“. Die Fundstelle ist sehr leicht zu finden.

(Abg. Dr. Weiß: Im „Vorwärts“ würde es sich wohl ein bißchen anders lesen!)

Ich habe Sie vorhin gefragt, Herr Hiersemann, und auch Sie, Herr Dr. Rothmund, ob Sie bereit sind, sich von einer Grundsatzklärung des Präsidiums der bayerischen SPD zur WAA zu distanzieren, oder ob Sie sich mit ihr identifizieren. Die Antwort sind Sie mir schuldig geblieben. Entschuldigen Sie bitte, auch für die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag kann doch eine Grundsatzklärung des Präsidiums der bayerischen SPD nicht wertlos sein!

(Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Rothmund:
Was soll das? – Abg. Klasen: Reden Sie doch zur Sache!)

Oder der Pressesprecher, der doch Ihrer Dienstaufsicht untersteht, Herr Fridolin Scheuble, veröffentlicht etwas, was nicht der Wirklichkeit entspricht. Das kann doch gar nicht anders sein, noch dazu, wenn es heißt:

(Abg. Dr. Böddrich: Das ist ein Ablenkungsmanöver! – Abg. Klasen: „Nebel“ heißt das!)

„die inhaltlich identisch ist mit den von Hiersemann auf der Kundgebung beabsichtigten Ausführungen“.

(Hört, hört! bei der CSU – Abg. Hiersemann:
Das habe ich im Ältestenrat klargestellt! Es gehört auch zum Anstand, zu sagen, daß das nicht stimmt, Herr Tandler!)

– Ach, wissen Sie, „Anstand“: Ich frage Sie jetzt hier, und Sie haben die Gelegenheit, in aller Öffentlichkeit dazu Stellung zu nehmen.

(Abg. Hiersemann: Sie saßen dabei!
Ich finde das unerhört!)

– Nein, das finde ich nicht unerhört.

(Beifall bei der CSU)

Wer nicht bereit ist, die Sache in einer anderen Form zu bereinigen, sondern hier den Justizminister so angreift, muß sich dann auch die Dinge anhören, der muß die Toleranz dazu aufbringen. Es ist ein Stück demokratischer Kultur, Herr Dr. Rothmund, sich die Reden der anderen anzuhören.

(Beifall bei der CSU – Zuruf: Vorlesen!)

– Ich will es Ihnen ersparen, das vorzulesen; es sind zwei Seiten.

(Abg. Otto Meyer: Das macht nichts!)

Man kann sie ja anschließend verteilen. Die Presse hat es. Aber bitte, da heißt es:

Alle Bürger müssen wissen, was in Wackersdorf wirklich geschehen soll. Dort sollen atomare Brennstäbe mit einer Spreng- und Strahlkraft von 10000 Hiroshima-Bomben zu Plutonium aufbereitet werden. Plutonium hat eine Halbwertszeit von 25000 Jahren. Bei äußeren Katastrophen oder betriebsbedingten Unfällen werden die Oberpfalz und alle Oberpfälzer jahrtausendlang strahlen. Das Ganze kostet vorläufig sechs Milliarden Mark....

(Abg. Klasen: Dasselbe sagt der Landeshauptmann von Salzburg!)

Die Technologie der Wiederaufarbeitung muß auf die Dauer staatspolitisch zerstörerisch wirken, weil sie die Bundesrepublik und den Freistaat Bayern zwangsläufig in den von Robert Jungk so nachhaltig beschriebenen Atomstaat treibt... Es versteht sich von selbst, daß bei einem derartigen Polizeiüberwachungsstaat

(Hört, hört! bei CSU)

eine Reihe von Grundrechten und Grundfreiheiten geopfert werden müßten.

Sie können sagen, ich habe nicht alles zitiert. Ja, Sie können ja sagen, was Sie meinen.

(Abg. Klasen: Das versuchen Sie in Bonn im Augenblick mit Gesetzen! – Abg. Spitzner:
Das verwechseln Sie jetzt aber mit dem Radetzky-Marsch!)

Herr Schöfberger, Ihr Landesvorsitzender, hat gesagt, die Freiheitsgeschichte der Partei reiche von ihrem Widerstand gegen das nationalsozialistische Er-

(Tandler [CSU])

mächtigungsgesetz bis zur Rede des Schwandorfer SPD-Landrats Hans Schuierer am Samstag bei der Demonstration gegen die atomare Wiederaufarbeitungsanlage.

(Abg. Dr. Wilhelm: Sagenhaft!)

Das muß man sich einmal vorstellen, was den Leuten hier suggeriert wird! Da wird der Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur gleichgestellt mit dem Widerstand gegen eine Einrichtung, die demokratisch legitimierte Institutionen als rechtmäßig anerkannt haben.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Schosser: Das ist Verkommenheit! – Glocke des Präsidenten)

„Eine Demonstration polizeistaatlicher Allmacht und Willkür – Christa Meiers Beobachtungen bei der Räumung des WAA-Bauplatzes – ihr Gesamteindruck“, und dann kommen ihre Schilderungen in der spk, einer Publikation der Sozialdemokratischen Fraktion in diesem Lande.

(Abg. Dr. Rothemund: Das ist bloß noch kindisch!)

„Eine Demonstration polizeistaatlicher Allmacht und Willkür“! Für Christa Meier bleibt von dieser Räumungsaktion ein „schlechter Nachgeschmack“. Ich möchte bloß wissen, was die Dame sagen würde,

(Abg. Klasen: Was heißt „die Dame“?)

wenn ihr Garten besetzt würde?

(Zuruf von der SPD)

– Entschuldigen Sie bitte, ich bin der Auffassung, gleich, wem etwas gehört, das Eigentum ist zu achten!

(Beifall bei der CSU – Abg. Klasen: In der Bayerischen Verfassung ist der freie Zugang gesichert!)

Das, was Sie hier betreiben, führt zu einem Verfall demokratischer Kultur in diesem Lande.

(Beifall bei der CSU – Abg. Kolo: Der freie Zugang steht in der Verfassung!)

Zur Handlungsweise der Polizei, für die Sie doch immer stehen, bleibt für Frau Christa Meier von dieser Räumungsaktion ein „schlechter Nachgeschmack“.

Friedliche Bürger, alte Leute, denen es um ihre Heimat, Jugendliche aus christlichen Jugendverbänden – alle wurden behandelt wie eine gefährliche Ansammlung von Chaoten, nach denen man vergeblich suchen mußte.

„Abendzeitung“, 19. Januar:

Schuierer wird noch deutlicher. Er spricht von kriegsmäßigem Einsatz der Polizei und von Terror in Vollendung.

(Frau Abg. Geiss-Wittmann: Ja, gibt's das auch!)

Ist er jetzt Ihr Verbündeter oder ist er das auch nicht?

(Abg. Dr. Rothemund: Das ist ein frei gewählter Landrat! – Abg. Hiersemann: Ist das eine Äußerung von mir oder von wem?)

– Herr Hiersemann, ich bin mir des Vorwurfs und der Dinge, die im Raum stehen, voll bewußt. Aber wenn man dies kritisiert, muß man bereit sein, auch andere Äußerungen der gleichen Kritik zu unterwerfen. Dann ist man ehrlich!

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann: Die Schlammschlacht ist eröffnet! – Zurufe von der CSU, u. a. Abg. Daum: In großer, breiter Front von Ihnen! „Die neue Kraft“! – Glocke des Präsidenten – Gegenruf des Abg. Hiersemann: Glaubt bloß nicht, daß wir das nicht auch können! Die Frage ist bloß, ob das gut ist für dieses Haus! – Erneute Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Heubl: Meine Damen und Herren! Das Wort hat der Kollege Tandler.

Tandler (CSU): Die Frage, ob das gut ist in diesem Hause, stelle ich mir auch, Herr Kollege Hiersemann. Die Frage stelle ich mir wirklich.

(Abg. Dr. Rothemund: Im Augenblick hat Sie die CSU-Fraktion daran gehindert zu sprechen!)

– Ich habe mich nicht gehindert gefühlt zu reden. Ich warte eben so lange, bis es wieder ruhiger ist.

Ich komme zu dem Vorgang, der heute bereits eine Rolle gespielt hat.

(Abg. Hiersemann: Nicht ganz sauber!)

– Wer ist nicht ganz sauber?

(Abg. Hiersemann: Sie nicht, Entschuldigung!)

Das finden Sie also auch einen angemessenen Ausdruck in diesem Haus? „Der ist nicht ganz sauber“, darunter versteht man doch normalerweise: Der spinnt!

(Abg. Hiersemann: Das ging überhaupt nicht in Ihre Richtung! – Abg. Klasen: Setzen Sie sich doch nicht jeden Hut auf!)

– Ich nicht!

(Abg. Hiersemann: Sie wissen ganz genau, daß ich mit Ihnen noch nie in diesem Stil verkehrt bin! – Abg. Dr. Rothemund: Ein Ablenkungsmanöver!)

Was hat Hans Kolo heute nachmittag gesagt?

(Zuruf von der SPD)

– Ja mein Gott, das kann doch jedem einmal passieren. Ich war jedenfalls der Meinung, er hat sich so in Rage geredet, und da hat jeder schon etwas mehr gesagt, als er bei Nachdenken hätte sagen können. Aber nein, ich finde es jetzt auch in der spk. Ich frage mich, wie man so etwas eigentlich sagen kann.

(Zuruf von der SPD: Theatralisch!)

(Tandler [CSU])

– Nein, das ist nicht theatralisch, überhaupt nicht. „Richtig muß es heißen, im Raum Schwandorf wurden Arbeitsplätze vernichtet bzw. nicht neu geschaffen, um eine höhere Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber der WAA zu erreichen.“

(Unerhört! bei der CSU – Abg. Otto Meyer:
Ein Irrsinn!)

Das gehört zur politischen Kultur in diesem Lande. Das heißt, Sie unterstellen der Staatsregierung, sie habe bewußt Arbeitsplätze vernichtet und die Arbeitslosigkeit künstlich erhöht; das war ja die Frage, Herr Dr. Gantzer, die ich als Zwischenfrage aufgeklärt hatte. Die Arbeitslosigkeit in der mittleren Oberpfalz ist von der Staatsregierung künstlich erhöht worden, „um die Akzeptanz für eine Wiederaufarbeitungsanlage in der Oberpfalz zu steigern“, wirft Hans Kolo der Staatsregierung vor, „die Oberpfälzer Arbeitslosigkeit ist CSU-gestrickt“.

(Zuruf des Abg. Klasen)

Ich kann das Material nicht alles vorlesen, sonst wären wir abends um 7 Uhr noch beisammen.

Zu GSG 9:

Bewußte Irreführung der Öffentlichkeit hat der Landesvorstand der bayerischen SPD dem bayerischen Innenminister im Zusammenhang mit dem Einsatz der GSG 9 im Rahmen des Polizeieinsatzes gegen Demonstranten in Wackersdorf vorgeworfen. Der bayerische SPD-Vorstand stellte auf seiner letzten Sitzung fest, Hillermeier sei damit überführt, die GSG 9 speziell angefordert und in Wackersdorf auch entsprechend zur Verfügung gehabt zu haben.

Mit Recht muß ich sagen, denn wenn etwas ernsthaft geschehen wäre, hätten Sie dem gleichen Innenminister vorgeworfen, nicht entsprechend vorgesorgt zu haben.

(Beifall bei der CSU)

Er hat doch nicht die GSG 9 angefordert, um sie gegen ältere Leute oder gegen die Mitglieder der christlichen Jugendverbände, um mit Frau Christa Meier zu sprechen, einzusetzen. Entschuldigen Sie bitte, hat es denn nicht auch ein anderes Großprojekt in der Bundesrepublik Deutschland gegeben, das ähnlich umstritten war, wo es die reinsten Feldschlachten gegeben hat, wo bayerische Polizeibeamte auch aushelfen mußten, weil die landeseigenen Kräfte nicht erreicht haben? Startbahn Frankfurt-West.

(Zuruf von der CSU: Brokdorf!)

– Nein, nein, Hessen, SPD-regiert.

(Abg. Dr. Rothmund: Was soll das?)

– Was soll das? Vergleichen Sie einmal das Verhalten der CDU im Hessischen Landtag und des Landesverbandes der hessischen CDU bei diesem Großprojekt. Damals hätte man auch populistisch sein können.

(Beifall bei der CSU)

Ich hoffe, Sie werten die Tatsache, daß ich „populistisch“ gesagt habe.

(Zurufe der Abg. Dr. Rothmund und Kolo)

„Die verharmlosend ‚bayerische Linie‘ genannte Einsatzweise der bayerischen Polizeikräfte in Wackersdorf durch den bayerischen Staatsminister des Innern trage damit immer mehr Züge der Terrorisierung von oben.“

(Erregung bei der CSU)

Das halten Sie für die angemessene Sprache, die Sie im Umgang mit der Bayerischen Staatsregierung pflegen. „Terrorisierung“!

(Frau Geiss-Wittmann: Terror! Weiß man nicht mehr, was Terror ist?)

Sie wissen, was Terrorisierung bedeutet. Das ist schon fast so viel wie die Terroristen. Da gibt es oben Baader-Meinhof, und ein bißchen weiter darunter kommen gleich Hillermeier und Co.

(Lachen bei der SPD)

Dann kommt die Uni-Sache. Also ich möchte einmal wissen, was Sie sagen würden, wenn ein Mitglied der Bayerischen Staatsregierung dort auftreten würde, obwohl der Rektor der Universität damit nicht einverstanden ist.

(Abg. Klasen: Hat er doch nicht!)

Dann sagt noch der Pressesprecher der SPD, das sei ihm vollkommen „schnurzipieegal“.

Karl-Heinz Hiersemann: „Wir lassen uns im Widerstand gegen die WAA nicht beirren. Vor allem das Innenministerium muß sich den Vorwurf gefallen lassen, Recht und Gesetz nach Belieben zu verbiegen.“

(Widerspruch bei der CSU – Abg. Hiersemann: Was ist es denn anders, wenn Leute aus der Oberpfalz dabei nicht festgenommen werden? Das hat mit Recht und Gesetz nichts zu tun! – Gegenrufe der CSU)

Und dann aus Vilshofen: „Die CSU, die Statistiken fälsche, wenn es um die Darstellung der Situation im Lande gehe, arbeitet mit Marcos Methoden.“

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU –
Abg. Hiersemann: Wer hat das gesagt? –
Abg. Kopka: Unerhört ist das!)

– Bitte, ich zitiere aus der tz vom 13. Februar 1986:

Die CSU, die Statistiken fälsche, wenn es um die Darstellung der Situation im Lande geht, arbeitet mit Marcos-Methoden, Strauß solle endlich seine Memoiren schreiben, dann nämlich sei die CSU nur noch eine Aufgüßbeutelpartei.

usw.

Na ja, das andere ist eben politische Wertung. Ich halte Ihnen ja nur das Zitat wegen Marcos vor.

(Abg. Hiersemann: Das ist falsch! Marcos kam in einem ganz anderen Zusammenhang vor! – Lachen bei der CSU – Abg. Hiersemann: Können Sie mir mal sagen, warum Sie ständig so blöd lachen? – Große Heiterkeit bei der CSU und Zuruf: Jetzt wird er nervös!)

(Tandler [CSU])

– Fortgesetzte Unruhe und Zurufe – Glocke des Präsidenten – Abg. Dr. Heinz Kaiser:
Zur Sache jetzt! Zur Sache!

– Es gehört doch zur politischen Kultur, Herr Kaiser, daß man einander zuhört, das haben wir gestern hier vernommen. Was Zitate anbelangt, zitiere ich abschließend aus der spk vom 18. Februar 1986:

SPD-Landesvorstand geschlossen bei der Demonstration in Wackersdorf. SPD ruft zu WAA-Widerstand und zu Friedensdemonstrationen auf. Der Landesvorstand der bayerischen SPD hat die Behauptungen von Strauß, die SPD mache in Wackersdorf mit Rechtsbrechern gemeinsame Sache, als pure Verleumdung zurückgewiesen. Auf der gestrigen Sitzung unterstrich der SPD-Landesvorstand, daß sich die bayerische SPD ausschließlich an friedlichen Demonstrationen beteiligt und ausschließlich zu gewaltfreien Aktionen aufruft.

Das heißt also, daß Sie die Besetzung und die Hütten und das alles für richtig halten.

Die SPD bedarf als älteste demokratische Partei des Landes in Sachen Rechtsstaat und Demokratie keiner Belehrung.

(Beifall bei der SPD)

Ausdrücklich begrüßt der Landesvorstand der SPD die auch in diesem Jahr stattfindenden Aktionen der Friedensbewegungen in der Osterzeit.

(Beifall bei der SPD)

– Das ist eine sehr gemischte Veranstaltung.

(Heiterkeit bei der CSU – Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Vor der gemeinsamen Kundgebung der Friedens- und der Anti-WAA-Bewegung in Wackersdorf am Ostermontag, dem 31. März 1986, die unter dem Motto steht „Auf der Erde abrüsten – nein zur WAA“

– Was hat eigentlich das eine mit dem anderen zu tun?

(Zuruf von der SPD: Das geht Sie nichts an!)

– Das geht mich nichts an? Das geht mich sehr wohl etwas an, selbstverständlich.

(Beifall bei der CSU)

Ganz klar.

– „Keine Waffen in den Weltraum“

– Was hat das mit WAA zu tun –

(Abg. Dr. Wilhelm: Eine Dummheit!)

wird eine Vielzahl von eigenständigen Aktionen stattfinden. Zentrale Orte der Aktionen im Freistaat werden Nürnberg und München sein. In Südbayern finden die traditionellen Ostermärsche zwischen dem 28. und 30. März statt. In München am Ostersonntag, dem 30. März. Die Auftaktkundgebungen für die zentrale Kundgebung in Wackersdorf sind am Montag, dem 31. März, zwischen 10

und 11 Uhr in Nürnberg; anschließend fahren die Teilnehmer gemeinsam mit der Bundesbahn nach Wackersdorf. Der SPD-Landesvorstand wird sich geschlossen in die Demonstration der Friedens- und der Anti-WAA-Bewegung in Wackersdorf einreihen und sich an den örtlichen Aktionen der Friedensbewegung beteiligen.

(Zuruf von der CSU)

Gleichzeitig hat der Landesvorstand in seiner gestrigen Sitzung die bayerischen Sozialdemokraten aufgerufen, sich an der Aktion zu beteiligen. Wer die Verpflichtung zur atomaren Abrüstung ernst nimmt, muß gegen die Herstellung von waffenfähigen Kernbrennstoffen in unserem Land eintreten.

(Zurufe von der CSU)

– Das ist Vergiftung des politischen Klimas!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Das Engagement der Friedensbewegung ist nach Meinung des Landesvorstandes der bayerischen SPD unverändert notwendig. Angesichts zunehmender Hochrüstung einer Bundeswehrplanung, die bis zur Jahrtausendwende 30 Prozent des Bundeshaushalts verschlingen wird, einer Befürwortung des Krieges der Sterne durch die Bundesregierung, die eine neue Runde des Rüstungswettlaufs mitmacht und sich gegenüber den jüngsten Vorschlägen Gorbatschows zögernd bis ablehnend verhält, ist dieses Engagement notwendiger denn je.

– Das alles wird in Zusammenhang mit WAA gebracht.

(Zuruf von der SPD)

Herr Kollege Hiersemann, ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie zu diesem ganzen Paket von Äußerungen Stellung nähmen. Ich hatte ja angeboten, daß wir die Äußerung des Herrn Justizministers in einer Sitzung des Ältestenrates, die am kommenden Mittwoch um 11 Uhr aufgrund eines Ihrer Anträge stattfindet, mit Äußerungen verschiedenster Persönlichkeiten vergleichen. In diesem Hause ist jetzt, schon im Februar, eine Stimmung, wir haben es gestern erlebt, daß man nur froh sein kann, daß nach den Ferien keine Sitzungen stattfinden.

(Zuruf von der SPD: Sie tragen dazu entscheidend bei!)

– Ich habe doch nur zitiert, was Sie gesagt und zu verantworten haben!

(Beifall bei der CSU – Lebhafter Widerspruch bei der SPD)

Wenn wir alle diese Dinge ernst nehmen,

(Dr. Rothemund: Natürlich!)

dann müssen wir uns verpflichten, gemeinsam dafür zu sorgen, daß alles zurückgeschraubt wird. Dann müssen Sie aber mit der Hetze gegen die WAA in dieser Art und Weise Schluß machen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Eine Unverschämtheit!)

(Tandler [CSU])

Solange Sie den Eindruck erwecken, wie Sie es mit der Entschließung des Landesvorstandes der bayerischen SPD getan haben, daß WAA und Wettrüsten in einem Zusammenhang stehen, solange haben wir nicht den geringsten Anlaß, uns von dem zu distanzieren, was der Kollege Lang hier gesagt hat.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Kollege Hiersemann.

Hiersemann (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf der Frau Abg. Stamm)

– Ich weiß gar nicht, was Sie immer haben, wenn ich an dieses Pult trete.

Herr Tandler, ich bedauere, daß auch Sie trotz der Sitzung des Ältestenrates nicht in der Lage waren, eindeutige Worte zu dem zu äußern, was der Herr Justizminister hier gesagt hat. Das ist kein gutes Bild für eine Fraktion. Wenn Sie auf die Stimmung dieses Hauses hinweisen, dann kann ich nur sagen: Mit solchen Reden, wie Sie eben eine gehalten haben, tragen Sie entscheidend zu dieser Stimmung bei.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Ich werde versuchen, dies zu beweisen. Ich beschäftige mich mit den Dingen, die mich selbst betreffen, da der Justizminister mich persönlich angegriffen hat. Es gibt für mich nicht den geringsten Anlaß, mich mit irgendwelchen Äußerungen anderer zu beschäftigen.

(Zuruf von der CSU)

– Ich verantworte meine Äußerungen. Derjenige, der Äußerungen macht, verantwortet sie selbst, und wenn Sie es wünschen, können wir ja über sie diskutieren. Im übrigen hat Kollegin Meier heute nichts anderes dargestellt als das, was im spk-Artikel stand. Die zwei Punkte waren:

Erstens die Erklärung des Präsidiums, in deren Vorspann steht, daß in ihr meine Rede, die ich auf dem Odeonsplatz halten wollte, wiedergegeben wird. Herr Tandler, ich habe Ihnen im Ältestenrat in Anwesenheit des Präsidenten bereits erklärt, daß dies eine Fehlinformation war und daß meine Rede, die ich auf dem Odeonsplatz halten wollte und zum Teil auch gehalten habe, damit nicht einmal in Ansätzen identisch ist. Dies wußten Sie. Dennoch stellen Sie sich hierher und erheben die gleiche Behauptung, ohne hinzuzufügen, daß ich das bereits im Ältestenrat ausgeräumt habe. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Tandler meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Tandler (CSU): Herr Kollege Hiersemann, möchten Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß ich die Frage deshalb hier aufgeworfen habe, weil mich natürlich darüber hinaus interessieren würde, ob Sie sich mit dem

dort Wiedergegebenen identifizieren oder ob Sie sich davon distanzieren?

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Hiersemann (SPD): Herr Kollege Tandler, ich habe vorhin schon gesagt, ich beschäftige mich mit meinen Äußerungen. Das ist meine Aufgabe. Aber wenn wir über Distanzierung reden wollen, dann treiben wir das doch weiter:

Ich habe, vielleicht nehmen Sie das auch einmal zur Kenntnis, im Ältestenrat gesagt, ich verstehe das ewige Hin- und Herschieben von Distanzierungen nicht mehr. Ich habe mich dagegen gewehrt, daß der Fraktionsvorstand der CSU irgendeine Wertung der Äußerungen des Justizministers vornehmen muß oder soll. Das ist nämlich allein Aufgabe des Justizministers.

Die Debatte um Distanzierung können wir fortführen. Ich habe das heute nachmittag schon einmal getan, als ich auf die Äußerung des Kollegen Beckstein bezüglich eines Richters hinwies, der demonstriert hatte, daß dieser gute Ausreden brauche, wenn er weiter im Amt bleiben wolle. Soll ich Sie auffordern, sich davon zu distanzieren? Es ist doch Unfug, hier so miteinander umzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens haben Sie eine Berichterstattung über meine Rede in Vilshofen gegeben. Es ist schon interessant, daß Sie zur Stützung Ihres Verteidigungsfeldzuges für den Justizminister nichts anderes finden, als mir etwas aus einer Rede in Vilshofen vorzuhalten. Zu Vilshofen:

Das, was Sie zitiert haben, ist falsch, weil Sie zwei Aussagen kombiniert haben. Es sind sowohl die Worte „Manipulation der Statistik“ als auch das Wort „Marcos“ gefallen, wenn auch in unterschiedlichen Zusammenhängen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hundhammer)

– Herr Kollege Hundhammer, Sie sollten doch wissen, daß ich immer, wenn ich so etwas anspreche, dann auch sage, wie es wirklich war. Sie haben selber doch schon oft darunter leiden müssen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich habe über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gesprochen. Ich habe gesagt, daß diese Bundesregierung und die sie tragenden Parteien unfähig und unwillig seien, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, und stattdessen lieber über die Manipulation der Arbeitslosenstatistik nachdenken.

(Beifall bei der SPD)

Das war der erste Punkt.

Was Herrn Marcos angeht: Man muß sich daran erinnern, daß die Rede an einem Aschermittwoch in Vilshofen gehalten wurde und daß auch der Landesvorsitzende der CSU bei seiner Rede in Passau mit Sozialdemokraten und Politikern der SPD nicht gerade glimpflich umgegangen ist.

(Hiersemann [SPD])

Ich habe gesagt und daran erinnert, daß Herr Strauß seit dem Jahre 1977 eine Ehrenprofessur für chilenisches Recht innehat und daß ihm dadurch, daß sich Baby Doc aus Haiti abgesetzt hat, die zweite leider verlorengelassen sei, vielleicht könne Herr Marcos hilfreich einspringen. Das war meine Äußerung.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Derartiges und von noch viel schärferer Qualität finden Sie in allen möglichen Aschermittwoch-Reden.

(Zurufe von der CSU)

Ich gebe zu, daß Ihnen das nicht gefallen kann, das braucht Ihnen auch nicht zu gefallen. Aber das rechtfertigt nicht die Behauptung des Herrn Lang heute.

(Zustimmung bei der SPD)

Nachdem ich selbst hier angegriffen worden bin, geht meine Aufgabe nicht über das hinaus, was ich soeben gesagt habe. Ich will nur eines noch sagen:

Seitdem Sie merken, daß der Widerstand der Bevölkerung in der Oberpfalz viel größer ist, als Sie geglaubt haben, versuchen Sie, diesen Widerstand zu kriminalisieren.

(Zustimmung bei der SPD)

Was heute in diesem Haus geschehen ist, war der Versuch, die Sozialdemokraten in diese Kriminalisierung einzubeziehen. Das lassen wir uns nicht bieten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Nächster Redner, Kollege Dr. Rothemund!

Dr. Rothemund (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe Kollegen Tandler nicht aufgefordert, die Äußerungen des Justizministers zu bewerten. Ich habe den Justizminister gebeten, den Vorwurf zurückzunehmen, den er erhoben hat.

Herr Kollege Tandler, Sie haben gemeint, eine ganze Fülle von Zitaten von Freunden, die sich irgendwo irgendwann geäußert haben, hier vortragen zu müssen, bis hin zu Bemerkungen, die ich gestern gemacht habe.

(Zuruf von der CSU: spk!)

Wenn Ihnen das alles nicht gefällt, habe ich nicht den geringsten Einwand dagegen, daß Sie mich deshalb auch kritisieren.

(Abg. Dr. Hundhammer: Und Sie entschuldigen sich nicht? – Abg. Asenbeck: Eine Entschuldigung kennt der doch nicht! – Weitere Zurufe von der CSU)

Das ist Ihr gutes Recht. Das ist die Auseinandersetzung politischer Art, die wir führen und führen müssen.

(Zuruf von der CSU: Die Sie führen!)

Selbstverständlich gefällt es Ihnen nicht, daß wir uns mit der Friedensbewegung solidarisieren. Trotzdem

werden wir uns mit der Friedensbewegung solidarisieren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dobmeier: Wissen Sie, was da für Leute drin sind?)

Selbstverständlich gefällt es Ihnen nicht, daß wir gegen die Wiederaufarbeitungsanlage sind, und trotzdem werden wir weiterhin dagegen sein.

(Beifall bei der SPD)

Das ist aber alles nicht der Punkt.

(Zurufe von der CSU)

Ich trage hier auch nicht die Rede des Herrn Strauß in Passau vor und frage Sie, ob Sie zu dieser oder jener Passage ja oder nein sagen.

(Zurufe von der CSU)

Ich habe mich vorhin aus einem ganz einfachen Grunde zu Wort gemeldet: weil die Äußerung des Justizministers eine ganz andere Qualität hat als alle hier zitierten Äußerungen,

(Zustimmung bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

ganz gleichgültig, von wem sie stammen. Wenn ich mich über all das Unerfreuliche aufregen wollte, das Sie mir im Lauf der letzten 20 oder 25 Jahre bei dieser oder jener Gelegenheit gesagt haben, hätte ich viel zu tun. Das war nie meine Absicht. Ich werde mich aber immer aufregen, wenn man mich mit gewissen Leuten auf ein und dieselbe Stufe stellt.

(Abg. Dr. Hundhammer: Strauß und Marcos auf eine Stufe stellen ist schon erlaubt! – Abg. Dr. Böddrich: Gastgeschenk eine Pistole! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Entschuldigen Sie, es ist schlicht und einfach nicht wahr, daß Herr Hiersemann Herrn Strauß und Herrn Marcos auf die gleiche Stufe gestellt hat.

(Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Ich wehre mich dagegen, wenn man mich in die Nähe von Leuten stellt, und das haben Sie häufig genug versucht, die Kommunisten sind, die den Rechtsstaat bekämpfen und ähnliches mehr.

(Abg. Daum: Friedensmarschierer!)

– Ihr Einwurf „Friedensmarschierer“ beweist wieder einmal mehr, daß Sie ganze Gruppen diskriminieren wollen, die nichts anderes tun, als sich engagiert für den Frieden einzusetzen.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie sollen auch einmal daran denken, wer da alles dabei ist.

(Zurufe von der CSU: Ja eben!)

Auch von den Kirchen sind beispielsweise welche dabei.

(Abg. Möslein: Ja, auch!)

Die SPD ist stolz darauf, Teil der Friedensbewegung in unserem Lande zu sein.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Rothmund [SPD])

Sie können uns kritisieren, aber wir werden es nicht hinnehmen, daß Sie uns in eine Ecke mit denen stellen, die dieses Flugblatt verbrochen haben und gegen die möglicherweise ermittelt wird.

(Abg. Kalb: Da werden Sie es aber schwer haben! – Abg. Asenbeck: Was sagt Rau in Amerika?)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie diese Art der politischen Auseinandersetzung weiterführen wollen,

(Abg. Kalb: Man muß Grenzen ziehen!)

dann tragen Sie dazu bei, daß die politischen Sitten bei uns verwildern.

(Zustimmung bei der SPD)

Deswegen verlangen wir, daß der Justizminister ein Wort der Distanzierung sagt. Gerade der Justizminister! Wie soll denn jemand Respekt vor einem Mann haben, der an der Spitze des Justizministeriums steht, der so etwas behauptet und dann unfähig ist, diesen Vorwurf wieder zurückzunehmen?

(Zustimmung bei der SPD)

Ein solcher Justizminister diskreditiert auch die gesamte Justiz.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD – Starker Widerspruch bei der CSU)

Wenn Sie diesen Qualitätsunterschied nicht feststellen, dann fehlt es allerdings weit.

(Abg. Dr. Hundhammer: Das ist Dialektik!)

Dann werden wir uns auch im Ältestenrat am nächsten Mittwoch nicht näherkommen können.

Herr Kollege Tandler, ich bedauere, daß Sie diese Rede gehalten haben,

(Abg. Dr. Wilhelm: Ihr müßt einmal vom hohen Roß runtergehen!)

nicht deswegen, weil ich Ihnen nicht das Recht zubillige, all das heftig zu kritisieren, was ich sage, sondern weil Sie sich darauf beschränkt haben.

(Abg. Dr. Weiß: SPD-Politiker zu zitieren!)

Entweder hätten Sie schweigen sollen, Herr Kollege Tandler,

(Widerspruch bei der CSU)

und warten sollen, ob sich der Justizminister äußert

(Zuruf von der CSU: Die Fakten haben weh getan!)

– nein, die Fakten haben gar nicht weh getan –,

(Zuruf von der CSU: Doch!)

oder Sie hätten wenigstens deutlich machen sollen, daß zwischen dem, was hier passiert ist, und dem, was Sie zu Recht oder Unrecht aus Ihrer Sicht kritisieren, ein großer Unterschied besteht, ein Qualitätsunterschied.

(Zurufe von der CSU)

Um diesen Qualitätsunterschied geht es uns.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sage noch einmal: Ich hatte überhaupt nicht die Absicht, erneut eine Schärfe hier hereinzutragen. Das wollte ich bei Gott nicht. Mir geht es auch darum, daß dieser Sachverhalt aus der Welt geschafft wird, daß er bereinigt wird. Ich glaube, daß der Kollege Hiersemann erwarten kann, daß der an ihn adressierte Vorwurf zurückgenommen wird. Denn er engagiert sich für diesen sozialen Rechtsstaat, er engagiert sich gegen die Gewalt wie kein anderer.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU:
Ach, geh weiter!)

Er braucht es sich nicht gefallen zu lassen, mit solchen Vorwürfen bedacht zu werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich will nicht dazu beitragen, das Ganze noch zu verschärfen. Ich sage aber noch einmal: Unsere Erklärung steht. Der Justizminister hat zu wählen: Entweder bringt er es fertig, hier zu sagen, daß er diesen Vorwurf nicht aufrechterhält; dann sind wir bereit, dies zu akzeptieren. Ich will noch nicht einmal ein Wort der Entschuldigung von ihm hören, sondern ich will nur hören, daß er diesen Vorwurf nicht mehr wiederholen wird. Oder er bringt es nicht fertig, dann sehe ich mich außerstande, mich irgendwo mit diesem Justizminister an einen Tisch zu setzen. Das gilt auch für die Fraktion. Dann kündigen wir die Zusammenarbeit auf.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD – Abg. Dr. Wilhelm: Unglaublich!)

Diese Partei hat eine große starke freiheitliche Tradition. Für diese Tradition ist sie in der Vergangenheit in einer Weise verfolgt worden, daß sie jede Form der Gewalt immer abgelehnt hat.

(Zuruf des Abg. Wengenmeier)

Die freiheitliche Tradition, welche diese Sozialdemokratische Partei hat, lassen wir uns von niemandem nehmen und die lassen wir von niemandem in den Dreck ziehen. Wir sind Sozialdemokraten, und wir sind Leute, die für diesen Rechtsstaat immer eingetreten sind, die immer für ihn gekämpft haben und immer dafür kämpfen werden

(Abg. Asenbeck: Mit den Grünen!)

und die nichts mit Leuten zu tun haben, die Terroristen sind oder auch nur in die Nähe von Terroristen gekommen sind.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, daß dieser Dringlichkeitsantrag damit seine Erledigung gefunden hat.

Ich rufe auf

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Rothmund, Hiersemann, Christa Meier und Fraktion SPD betreffend Grundwasserschäden im Bereich der RMD-AG der Staustufe Geisling donauaufwärts (Drucksache 10/9324)

(Präsident Dr. Heubl)

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann schlage ich vor, diesen Dringlichkeitsantrag dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, dem Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen, dem Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft und dem Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen zu überweisen. Es ist so beschlossen.

(Abg. Dr. Rothemund: Zur Geschäftsordnung!)

– Herr Kollege Dr. Rothemund hat das Wort zur Geschäftsordnung!

Dr. Rothemund (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich erkläre für unsere Fraktion, daß wir uns an den heutigen Verhandlungen nicht weiter beteiligen. Der Herr Justizminister war nicht bereit, seine Erklärung zurückzunehmen. Wir verlassen somit den Plenarsaal.

(Die SPD-Fraktion verläßt den Sitzungssaal)

Präsident Dr. Heubl: Ich rufe auf

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Tandler, Leeb, Wünsche, Dr. Schosser und Fraktion CSU betreffend Änderung der Römischen Verträge (Drucksache 10/9361)

Das Wort hat der Herr Kollege Leeb.

Leeb (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich für die CSU-Fraktion in aller Kürze den Dringlichkeitsantrag zur Änderung der Römischen Verträge hier begründe.

Die Bundesregierung hat am 17. Februar diesen Jahres die Vereinbarungen zur Änderung der Römischen Verträge unterzeichnet. Die Unterschriften dreier Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, nämlich derjenigen von Dänemark, Griechenland und Italien, stehen allerdings noch aus.

Einerseits begrüßen wir natürlich Schritte, die uns der europäischen Einigung näherbringen. Viele unserer politischen Ziele sind auf Dauer besser mit einer gemeinsamen Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik zu verwirklichen. Daß wir auf den Europäischen Markt angewiesen sind und insbesondere im Hinblick auf unseren hohen Exportanteil von ihm profitieren, ist sicherlich unbestritten. Andererseits aber erfordern die beabsichtigten Änderungen erneut eine Diskussion über die Frage, ob auch alle Änderungsvorschläge vereinbar sind mit unseren politischen Zielen und vor allem mit dem föderativen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland.

Nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland prägen regionale Besonderheiten das Bild, der Weg zur Regionalisierung der politischen Verantwortlichkeiten zeigt sich auch andernorts in der Gemeinschaft. Jede Vertragsänderung muß deshalb Europas Vielfalt beachten.

Meine Damen und Herren! Wir hatten schon in der Vergangenheit wiederholt Anlaß, uns mit der Frage von Kompetenzverlagerungen weg von den Ländern zum Bund und weg vom Bund in Richtung Europa zu unterhalten. Diese Diskussion war insbesondere auch in diesem Hohen Hause erforderlich geworden, als es um die Behandlung eines Vertragsentwurfes des Europäischen Parlaments zur Gründung einer Europäischen Union ging. In diesem Zusammenhang hat der Bayerische Landtag einstimmig am 8. Mai 1985 beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Behandlung des Entwurfs eines Vertrages zur Gründung einer Europäischen Union durch Bundesorgane darauf hinzuwirken, daß keiner Regelung zugestimmt wird, durch welche Kompetenzen der Bundesländer auf die geplante Europäische Union übertragen werden sollen.

Meine Damen und Herren! Wir haben Anlaß, in Kenntnis des Entwurfs der Änderung der Römischen Verträge uns mit einem ähnlichen Appell deutlich zu artikulieren. Die Neufassung der Römischen Verträge in der von der Bundesregierung unterzeichneten Form würde nämlich Eingriffe in die Zuständigkeiten und Hoheitsrechte der Länder, etwa in dem Bereich der Forschung, im Bereich der technologischen Entwicklung und im Bereich des Umweltschutzes, bringen, möglicherweise auch zu Eingriffen in die Kulturhoheit der deutschen Bundesländer führen.

Meine Damen und Herren! Im Hinblick darauf, daß nach dem derzeitigen Wortlaut des Artikels 24 des Grundgesetzes die Bundesrepublik in der Lage wäre, ohne Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte der Länder auf überstaatliche Organisationen zu übertragen, stellt sich in diesem Zusammenhang erneut die mehrfach auch von diesem Haus erhobene Forderung nach einer Änderung des Artikels 24 des Grundgesetzes dahingehend, daß vor solchen Übertragungen von Hoheitsrechten auf supranationale Organisationen eine Zustimmung des Bundesrates herbeizuführen ist.

Der von uns hier heute eingebrachte Dringlichkeitsantrag verweist in diesem Zusammenhang auf Vorschläge der Enquête-Kommission, die seit über 10 Jahren einer Diskussion durch den Bundestag harren. Der Dringlichkeitsantrag verweist des weiteren auf Vorstellungen, die eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu Beginn des vergangenen Jahres erarbeitet hat.

Meine Damen und Herren! Bedenken gegen die vorliegende Änderung der Römischen Verträge bestehen aus der Sicht des Freistaates Bayern und, wie ich meine, darüber hinaus aus der Sicht aller Bundesländer auch deshalb, weil eine Neufassung des Artikels 145 des EWG-Vertrages vorsieht, daß der Kommission Befugnisse zur Durchführung von Vorschriften übertragen werden können. Bislang gehen wir im Verfassungsaufbau der Bundesrepublik Deutschland davon aus, daß es von einigen Ausnahmen und Sonderfällen abgesehen Sache der Landesverwaltung sei, auch Bundesgesetze zu vollziehen.

(Leeb [CSU])

Durch die schwammige Formulierung des Artikels 145 der Neufassung des EWG-Vertrages wird aber unter Umständen die Möglichkeit eröffnet, daß eine EWG-weite unmittelbare Verwaltung neben die vorhandenen Verwaltungsstrukturen treten könnte. Das kann nicht von uns gewollt sein, das kann nicht Sinn einer Verbesserung der Verhältnisse sein. Darüber hinaus ist meines Erachtens zu beachten, daß durch die vorgeschlagenen Formulierungen in Artikel 100a des Vertrags Regelungen geschaffen werden, die bei der Angleichung von Rechtsvorschriften in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Umweltschutz und Verbraucherschutz die Gefahr nicht ausschließen, daß selbst geltende hohe deutsche Qualitätsstandards auf ein insgesamt niedriges europäisches Niveau herabgedrückt werden können. Ich darf in diesem Zusammenhang lediglich an die leidvolle Katalysatordiskussion innerhalb der Europäischen Gemeinschaft verweisen. Dies in aller Kürze.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion zu akzeptieren, weil wir glauben, daß durch seine Annahme der Verhandlungsstand der Bayerischen Staatsregierung gegenüber dem Bund gestärkt werden kann. Wenn die Bayerische Staatsregierung zu ihren bisherigen vielfältigen Bemühungen in diesem Zusammenhang sich zusätzlich darauf berufen kann, daß auch der Bayerische Landtag ihr Schützenhilfe bei ihrem Anliegen gibt, so ist das sicherlich wertvoll, hilfreich und auch eine Sache, die uns in die Lage versetzt, den Stand des Verhältnisses zwischen Bund und Ländern zu verbessern.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Meine Damen und Herren! Herr Kollege Börner hat die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt.

(Zurufe von der CSU)

– Ich habe mich an Fakten zu halten und nicht an Motivationen.

Nach § 129 Absatz 3 der Geschäftsordnung muß der Präsident die Beschlußfähigkeit oder Beschlußunfähigkeit des Hauses feststellen. Bei einer überschlagsweisen Zählung kann ich die Beschlußfähigkeit des Hauses beim besten Willen nicht als gegeben erachten. Ich darf deshalb die Sitzung für 10 Minuten unterbrechen. Ich hoffe, daß das Haus dann beschlußfähig ist. Sollte dies nicht der Fall sein, müßte ich die Sitzung auf die nächste Plenarsitzungswoche vertagen.

Die Sitzung ist zunächst auf 10 Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 17 Uhr 49 Minuten bis 17 Uhr 56 Minuten)

Präsident Dr. Heubl: Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Ich stelle fest, daß die Beschlußfähigkeit immer noch nicht gegeben ist. Ich vertage damit die Sitzung auf die nächste Plenarsitzungswoche.

(Schluß der Sitzung 17 Uhr 57 Minuten)

DLP 10199

S.6794